Heft 10 Oktober 1982 5 DM C 4143 E

Konkret

SPD und Grüne:
Neue Mehrheit gegen rechts?

Engelsstaub:
Die Massendroge aus den USA

in konkret Oktober 1982

Vorwort von Manfred Bissinger

An KONKRET

Der hessische Deutsche von Hermann L. Gremliza

Nachrichten

Die Lüge mit der langen Leitung von Sabine Rosenbladt
Wenn Washington die Lippen spitzt, wird in der Bundesrepublik gepfiffen. Springer, Löwenthal und Konsorten sind angetreten mit obskuren Berichten und seltsamen Zeugen, Reagans Willen in Europa durchzusetzen. Um das Erdgas Röhren-Geschäft mit der Sowjetunion wird ein Propaganda-Krieg geführt, wie wir ihn seit den jetzt zehn Jahre zurückliegenden Auseinandersetzungen um die deutsche Ostpolitik nicht mehr erlebt haben. KONKRET hat die Hintergründe recherchiert -in Washington wie in Bonn, in Moskau wie an der Pipeline in Kursk.

Deutsche Gespräche von Horst Tomayer
Horst Tomayer telefonierte als Franz Beckenbauer mit dem Vorsitzenden des Freien Deutschen Autorenverbandes Hubertus Prinz zu Löwenstein

Libyens 3. Weg von Randy Brauer
Nach dem israelischen Krieg Im Libanon sind die meisten arabischen Staatschefs wieder fest an der Leine Amerikas. Nur einer fordert auch wie vor Präsident Reagans Supermacht öffentlich heraus: Libyens Revolutionsführer Muammar el-Gadhafi. Die Verleumdungskampagne, die Pentagon und Ölmultis seit Jahren gegen ihn führen, zeugt von der Bedeutung, die der revolutionären Sprengkraft Gadhafi'scher Ideen zugemessen wird. Er selbst sieht seine Rolle so: »Libyen ist eine unbedeutende Größe, verglichen mit dem Potential der Supermächte. Aber es ist das Sandkorn, das die ganze Maschine funktionsuntüchtig machen kann.«

Konkurs nach 13 Jahren von Winfried Wolf
Eine Ära deutscher Nachkriegs-Politik geht zu Ende. Der sozialdemokratische Versuch, dem Kapitalismus ein menschliches Antlitz aufzuschminken, ist gescheitert. Eine Bilanz.

Der häßliche Deutsche: Gut rückversichert von Otto Köhler
Er kam aus der Vorstandsetage eines Versicherungskonzerns, und da will er wieder hin: Otto Graf Lambsdorff. Als FDP-Wirtschaftsminister hat er der Marktwirtschaft treu gedient und dabei gut verdient.

PCP - die allgemeine chemische Droge von Günter Amendt
Nach Heroin ist in den USA eine neue »Killer-Droge« in Mode - PCP oder auch »Angeldust« genannt. Zur Herstellung des Betäubungsmittels sind nur wenige Chemikalien notwendig. Anbau, Transport, Schmuggel, all das fällt weg. Die neue Droge wird massenhaft geschluckt, geraucht oder geschnupft. Allein in der Metropole New York sind ihr Zehntausende verfallen.

KONKRET-Extra: Sozialismus mit Grün? von Werner Heine
In Bremen stritten sie noch um die Kleiderordnung, in Hessen brachten sie jetzt die Sozialdemokraten um die Macht. Mehr als 1.000 Parlamentsabgeordnete der Umweltschutz-, Frauen- und Friedensbewegung sitzen mittlerweile in Stadt-, Kreis- und Länderparlamenten. In Hamburg wollen die Grün-Alternativen der SPD zum Weiterregieren verhelfen, wenn sie sich bereit findet, eine linke Politik zu machen. Kommt jetzt der Sozialismus mit Grün?

KONKRET-Extra: »Laßt es uns doch mal probieren!« von Thomas Ebermann, Hans-Ulrich Klose, Jürgen Reents

Allen gängigen Prognosen zum Trotz gibt es immer noch eine Mehrheit links von der Mitte - jedenfalls im Bundesland Hamburg. Friedensbewegung und Investitionslenkung, Umweltschutz und Arbeitsplätze, Regierungspolitik und Hausbesetzungen - können Sozialdemokraten und Alternative unter einen Hut kommen? Können sie zusammen reden und regieren? Thomas Ebermann, Fraktionssprecher der GAL in der Hamburger Bürgerschaft, und Hans-Ulrich Klose, Ex-Bürgermeister und Mitglied des SPD-Landesvorstands, versuchen in einem Gespräch, Standorte zu klären. Jürgen Reents war als Moderator dabei.

Wie es euch gefällt von Caroline Fetscher

Heavy-Metal-Fans, Hippies, Mods, Punks, Rastas, Skinheads und Teds - so wird die Jugend von Soziologen und Psychologen aufgerastert. Expertisen und Enquetes liefern Politikern und Industrie die Typologie einer Generation, die den Dialog verweigert: Schnittmuster zum ausschneiden für Jedermann. KONKRET analysiert die Analysen.

Krebs von Martin Buchholz

Schon das Wort verursacht gelinde Panik. Eine unheilbare Angst im Angst-Zeitalter. Ein Horror, der im Hirn fortwuchert. Urgewalt der Zerstörung, gegen die wir letztlich machtlos scheinen. Gegen Krebs ist nun mal kein Kraut gewachsen. Doch möglicherweise haben jetzt Biologen ein Gegenmittel gefunden: Krebs.

Frust vor Lust von Martin Buchholz

Empfängnisverhütung - dieses Thema schien erledigt, als vor zwanzig Jahren die Pille auf den Markt kam. Doch das Pillengeschäft ist rückläufig: Vielen Frauen ist der tägliche Hormonstoß zu riskant geworden. Zu Recht. Auch bei den neuen Präparaten sind Nebenwirkungen nicht auszuschließen. Was ist mit der Spirale? Wie sicher sind Diaphragmen und Kondome? Warum sind die Drei-Monats-Spritzen vom Markt verschwunden? Und wo, bitte, bleibt die Pille für den Mann?

Fünf gegen Hollywood von Wolf Donner

Wie sich das deutsche Kino gegen die US-Konfektion wehrt, ist ehrbar. Die fünf neuen Filme, die diesen Monat anlaufen, zeigen aber auch, wie hilflos diese Versuche immer noch sind.

Kino: Der andere Raum von Horst Königstein

Die Zeit der großen Kinopleiten ist vorbei. Aber jetzt kommt die ganz große Pleite. Nach der Umwandlung der Stadtrand-Kinos in Abholmärkte ist jetzt auch bald der letzte City-Palast zerstört. Der Kinoketten-Multi Riech hat die Innenstadttheater fast vollständig unter seine Kontrolle gebracht und sie zumeist in verschachtelte Abspielställe umbauen lassen. Wo nicht, wird anders »zweckentfremdet«. Jüngstes Beispiel dafür ist das traditionsreiche Hamburger »Esplanade«, das in diesen Wochen zum Tagungsraum einer Bank wird. Zerstört werden da nicht nur Kino-Räume, zerstört wird da auch die Kino-Kultur. In anderen europäischen Ländern und in amerika wird sie bewahrt; für deutsche Kinos, die den Krieg überstanden haben, und für die Paläste der fünfziger Jahre gab es nur »Exit«.

Kulturnotizen

Von Buchhaltern und Büchern von Karl Pawek

Nicht die Religion - wie von den Veranstaltern geplant - wird das Schwerpunktthema der diesjährigen Frankfurter Buchmesse (6. - 11. Oktober) sein, sondern die Krise. Aber wie bei allen Krisen gibt es viele Verlierer und ein paar, die dran verdienen.

Warum die Bestseller-Listen lügen von Hartmut Schulze

Die Literaturkritik verabscheut die wöchentlichen Bestseller-Listen des »Spiegel«. Dabei könnten sie ganz nützlich sein, wenn sie nur einigermaßen korrekt wären.

Der Krach im Verband»Prima Frieden! Kaufen Sie Frieden!« von Bernt Engelmann

Ein ernsthafter Streit unter Literaten? Das wäre ja etwas ganz neues in diesem Land. Und so geht es beim Austritt einiger Autoren aus dem bundesdeutschen Schriftstellerverband (VS) und bei der Pressekampagne gegen seinen Vorsitzenden Bernt Engelmann auch nicht um einen inhaltlichen Disput, sondern um Demontage. Hier soll eine Friedensinitiative kaputtgemacht werden, die Fronten aufgeweicht hat. In KONKRET nehmen Bernt Engelmann und ein prominentes VS-Mitglied, der Entspannungspolitiker und Publizist Günter Gaus, Stellung.

Der Krach im VerbandEinsichtskraft und guter Wille von Günter Gaus

Bücher: Lebensekel für die Schöngeister von Gisela Elsner

Thomas Bernhards neue Erzählung »Beton« bestätigt wieder alle Vorbehalte gegen den Endzeit-Dichter.

Bücher: Terror-Bruder Leichtfuß von Karin Reschke

Die Italienerin Luce d'Eramo, viel gelobt für ihr autobiographisches Buch »Der Umweg«, legt jetzt einen Roman über die römische Terrorszene vor.

Bücher: Katastrophen-Storys von Hermann Peter Piwitt

In seinem neuen Buch »Jammerschoner« übt sich H. C. Buch in faszinierenden erzählerperspektiven.

Bücher: Nochmal Brinkmann von Daniel Dubbe

Neues und Altes und immer noch neues Altes vom 1975 tödlich verunglückten Rolf Dieter Brinkmann.

Gremlizas Express von Hermann L. Gremliza

Konkret 10/82, S. 4

Manfred Bissinger

Vorwort

Was bleibt von Helmut Schmidt? Da muß man schon lange überlegen: Hat er nicht damals auf den Antillen einem gewissen Jimmy Carter gezeigt, was ein Weltökonom ist? Half er nicht als Freund des konservativen französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing die Sozialisten bekämpfen? Segelte er nicht regelmäßig mit der Jacht eines Hamburger Bankiers durchs Nordmeer? Ließ er nicht seinen Sekundärtugenden freien Lauf, als er versuchte, Erhard Eppler oder Hans-Ulrich Klose oder Günter Gaus oder Oskar Lafontaine aus der SPD zu drücken? Entdeckte er nicht für die amerikanische Rüstungs-Lobby und ihren Präsidenten Ronald Reagan die Raketen-Lücke? Hat er nicht mit dazu beigetragen, daß die Gewerkschafts-Funktionäre mehr an ihre Ämter als an ihre Aufgaben gedacht haben? Bevorzugte er nicht Kamingespräche mit den Vorstands-Herren von Bayer, Mannesmann und Deutscher Bank? Hat er sich nicht vielmehr als Manager der Macht denn als Sozialist empfunden?

Er hat, er hat, er hat. Der »Vorstands-Vorsitzende der Firma Bundesrepublik Deutschland« (Schmidt über Schmidt) soll nun unbedingt Chef des Betriebsrats werden - als Oppositions-Führer. Wer dem zustimmen will, muß sich die Frage stellen: Was bleibt dann noch von der SPD? Die Mehrheit links von der Mitte geht jedenfalls endgültig verloren. Als Kopie der CDU (noch dazu mit schlechtem Gewissen) ist die SPD überflüssig. *Winfried Wolf* hat für KONKRET Bilanz über 13 Jahre sozialliberale Koalition gezogen (Seite 36).

Wenn die SPD noch zu retten sein will, dann erinnert sie sich an die guten Zeiten von Willy Brandt: Er hat es verstanden, der Partei eine Richtung zu geben. Ende der Sechziger ist es ihm gelungen, die außerparlamentarische Opposition in die SPD hereinzuholen. Mit den Grünen und Alternativen wird sich das nicht wiederholen lassen. Dafür war Helmut Schmidt zu lange Kanzler. Gemeinsame Ziele gibt es aber immer noch. KONKRET-Extra - es entstand, als SPD und FDP noch gemeinsam dran waren - ist diesmal dem Thema »Sozialismus mit Grün« gewidmet. (Seite 55) Was links von der Mitte möglich sein könnte, darüber berichten wir am Beispiel Hamburg. Friedensbewegung und Investitionslenkung, Umweltschutz und Arbeitsplätze, Wohnungsbau und Hausbesetzungen - können Sozialdemokraten und Grün/Alternative da gemeinsam handeln?

Was gerade in Hamburg stattfindet, kann sich sehr bald in Bonn wiederholen. Das Ergebnis von Neuwahlen muß nicht zwangsläufig die absolute Mehrheit für die Union sein. Und es macht schon einen Unterschied, wer die Bundesrepublik regiert. Das kann niemanden gleichgültig lassen.

Eines ist sicher: Die Politik von Helmut Schmidt wird die fehlende historische Dimension nicht dadurch bekommen, daß er sie aus der Opposition weiterbetreibt. Er ist kein Olof Palme. Wenn es ihm darum geht, die Rolle des Weltökonomen weiterzuspielen, sollte er in New York anrufen. Dort residieren Henry Kissinger, Lord Carrington und William D. Rogers mit ihrer Firma Associates Inc. Sie beraten finanzkräftige Unternehmen und Regierungen bei »strategischer Planung«. Helmut Schmidt könnte ihnen so passen.

Die große Tat der Sozialliberalen war die Aufgabe des Klischees, daß alles Böse aus dem Osten komme. Dieser Kinderglaube, dem der amerikanische Präsident immer noch anhängt, wird seit Monaten mit obskuren Geschichten und seltsamen Zeugen neu aufgelegt. Die Auseinandersetzungen um die von Willy Brandt eingeleitete deutsche Ostpolitik (gerechterweise muß gesagt werden, *da* hat Helmut Schmidt bis zuletzt mitgespielt) wird mit einem neuen Propaganda-Aufguß wiederbelebt. Es geht um die Erdgas-Pipeline von Sibirien nach West-Europa. Springer, Löwenthal und ihre inkriminierende Vereinigung werden jetzt mit ihren Haß-Tiraden vom Sklaven-Gas einen CDU-Kanzler erst recht unter Druck setzen. Die Sklaven-Saga hat *Sabine Rosenbladt* bei Emigranten-Organisationen im Westen ebenso recherchiert wie an der Baustelle im Osten: Sie war in Moskau und in Kursk (Seite 12).

Unter den Schecks, die die CDU/CSU für freundliche Unterstützung jetzt einlösen muß, wird auch einer von der katholischen Kirche sein. Die Kardinäle, die auch eine atomare Auseinandersetzung in Europa billigend in Kauf nehmen , wünschen sich wieder die Macht über den Bauch der Frauen. Einig sind sie da mit den Gynäkologen.

Die dumpfe Ideologie, die dahinter steckt, war schon mehrfach Thema in KONKRET. Der Medizin-Soziologe *Prof. Gerhard Amendt,* der im April-KONKRET dargestellt hat, daß die Frauenärzte ähnlich wie die Kirche sich zum Kontrolleur der Sexualität aufgeschwungen haben, veröffentlicht in diesem Monat im KONKRET-Literatur Verlag den Band »Die Gynäkologen«.

Ein weiteres Buch ist in Vorbereitung: Nach *Sabine Rosenbladts* Erfahrungs-Bericht über die Behandlung, die sich Frauen auf dem Gynäkologen-Stuhl gefallen lassen müssen, haben uns viele Briefe erreicht - viel mehr, als wir auf den Aufruf »Wehrt Euch!« erwartet haben. Was da an Dokumenten über die »Gewalt auf Krankenschein« zusammengekommen ist, wird im Frühjahr 1983 als Anklage-Schrift erscheinen. Noch kann sich jedefrau beteiligen.

Ein Aspekt des Themas findet sich in diesem Heft: Empfängnisverhütung. Die Diskussion schien erledigt, als vor 20 Jahren die Pille auf den Markt kam. Doch viele Frauen wollen sie nicht mehr nehmen. Denn die Pille verändert den Organismus so weit, daß Gesundheitsschäden die Folge sind. *Martin Buchholz* beschreibt, warum das so ist und welche Alternativen es gibt (Seite 84). Frage: Wo bleibt die Pille für den Mann?

Für Pharma-Millionäre entsteht ein neuer Drogen-Markt im Dunkeln: Das Mittel wird »Angeldust« genannt und macht den Dealern den Nachschub leichter: Das Risiko, das Anbau und Schmuggel erhöhen, fällt weg. Zur Herstellung sind nur ein paar Chemikalien nötig. Unser Drogen-Experte *Günter Amendt* hat in New York die Szene abgeleuchtet (Seite 46).

KONKRET berichtet nicht über das Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern von West-Beirut. Die Täter sind bekannt. Wer das Verbrechen der Israelis, die beim tausendfachen bestialischen Mord an Männern, Frauen und Kindern Schmiere standen, »vernachlässigte Fürsorgepflicht« nennt, wie Springers »Welt« das getan hat, muß die Urteile gegen manche NS-Verbrecher posthum aufheben. Wer nicht sehen will, was nicht einmal die »Jerusalem Post« übersehen konnte, ist unbelehrbar.

KONKRET-Leser kannten die blutrünstigen Terrorbanden des Faschisten-Führers Beshir Gemayel und Major Haddad und deren Blutsbrüderschaft mit Menachim Begin aus *Kai Hermanns* Bericht im August-Heft. Die Leser der »FAZ«, der »Welt«, der »Zeit« etc. wußten bis dahin nur von einer so ethisch klingenden Organisation wie den »christlichen Milizen« und von Libanons »frei gewähltem Präsidenten Gemayel« (»Welt«). Die Schreibtischtäterschaft solcher Sprachkünstler beim Massenmord von Beirut analysiert KONKRET im nächsten Heft.

Mit der Lage in Nahost setzt sich ein anderes Stück in diesem Heft auseinander. Nach dem ersten Waffenstillstand von Beirut waren die arabischen Staatschefs auf die Linie von Israels Verbündeten, den USA, eingeschwenkt. Nur einer machte nicht mit. Muammar Al Gadhafi. Er vergibt Milliardenaufträge an die deutsche Industrie, ist in der Bundesrepublik dennoch nicht gern gesehen. Kürzlich hatte er Besuch von der deutschen Friedensbewegung und Mitgliedern der Grünen und Alternativen. Ob auf die auch der Satz des libyschen Staatschefs anzuwenden ist: »Libyen ist eine unbedeutende Größe, verglichen mit dem Potential der Supermächte. Aber es ist das Sandkorn, das die ganze Maschine funktionsuntüchtig machen kann.« So könnte es nach den Neuwahlen im März nächsten Jahres auch in Bonn kommen: Ohne grün-alternative Stimmen keine funktionstüchtige Regierung. Das Portrait von Gadhafi und seinem Land zeichnet *Randy Brauer* auf Seite 26.

Der Oktober ist gewöhnlich der Monat der Buchmesse. Doch der Wechsel in Wiesbaden und Bonn wird überdecken, daß nach 13 Jahren sozialliberaler Koalition die Republik intellektuell nichts mehr zu bieten hat. Die neue Weinerlichkeit der Linken produziert eher nasse Papiertaschentücher als vernünftige Paperbacks. Die Krise der

Verlage ist auch eine Krise der Köpfe. Beiträge zu diesem Thema finden Sie von Seite 104 bis 119. Zwei seien stellvertretend genannt: *Günter Gaus* und *Bernt Engelmann* analysieren die abwegige Auseinandersetzung über die Austritte aus dem Verband der Schriftsteller (VS).*

Dieser Streit um Dissidenten-Ehren wäre vor drei Jahren noch undenkbar gewesen. Hoffen wir, daß es in drei Jahren wieder so ist.

Der Entscheidung, wofür man ist und für wen man ist, kann sich nach dem Machttausch in Bonn und nach den Wahlen in Hessen niemand mehr entziehen.

PS: Für CSU-Chef Strauß, seine Partei und seine Regierung droht neues Ungemach. Rechtzeitig zur Wahl in Bayern erscheint im KONKRET Literatur Verlag das Buch »Operation EVA - Die Affäre Langemann« . Die Autoren *Frank P. Heigl* und *Jürgen Saupe* veröffentlichen neues Material aus dem Geheimarchiv und schildern, wie es zu der Affäre kam, wer alles darin verwickelt ist und was noch alles zu erwarten ist.

*Wer am VS Zweifel bekommen hat, muß *Horst Tomayers* Telefongespräch mit dem Präsidenten des Konkurrenzunternehmens, des Freien Deutschen Autorenverbandes, Prinz zu Löwenstein, lesen (Seite 24). Kollege Tomayer schlüpfte diesmal in die Stimme von Franz Beckenbauer.

Konkret 10/82, S. 6

An KONKRET

WETTEN, DASS...

*KONKRET 9/82: »Dialektik in Grün« - Hermann L. Gremlizas Aufruf zur Wahl der Grünen*Als Stahlbetonbauer möchte ich Ihnen, Herr Gremliza doch ganz entschieden widersprechen, wenn Sie schreiben, daß Beton-Facharbeiter die markantesten Vertreter der Vernichtungs- und Zerstörungspolitik machtbesessener und geldgieriger Politiker sind.

Es sind vielmehr die Politiker selbst, die anzuklagen und nicht mehr wählbar zu machen sind. Und das, und nur das, ist der Kern der Sache.

Ihr linker, manchmal beschämter Baufacharbeiter

L PALITZSCH

INGERSHEIM

Auf diese Argumentation habe ich fast schon gewartet: Nur weil das politische Aufbegehren nicht von schwieliger Proletarierfaust ausgeht, hat H.L.G. natürlich was daran herumzumäkeln.

Wahrscheinlich ist, daß die Grünen in ihrer widerspruchsvollen, unübersehbaren Vielfalt genau so lange politisch wichtig bleiben werden, wie Sozialisten á la Gremliza hoffen, daß sich die »unterdrückte Klasse« endlich mal zu Taten aufrafft. Die Grünen, zu denen ich nicht gehöre, denen aber meine ganze Sympathie gehört, sind mitten in der Arbeit. Und sie arbeiten aufgrund ihrer diffusen, mehr gefühlt als bewußten Ablehnung gegen dieses System und kommen zu entsprechend unklaren politischen Konzepten und Handlungsformen. Häufiger über die Praxis als über Theorie. Aber immerhin: sie arbeiten.

Ich habe für mich eine sinnvolle Art und Weise gefunden, sowohl H.L.G (bei aller Solidarität), als auch Karl Marx (bei aller Bewunderung), als auch die Grünen (bei aller Sympathie) am besten zu verstehen: nämlich aus ihrer eigenen Beschränktheit heraus.

ARNOLD MEIERBOTTROP

Werter Genosse Gremliza, ich biete Dir folgende Wette an:1. Die Grünen werden die 80er Jahre überleben!2.KONKRET wird die 80er Jahre nicht überleben! Um was wetten wir?

Um 'ne Flasche Krim-Sekt, die wir völlig undiszipliniert auf den Stufen des Winterpalais saufen, und dabei freuen wir uns darüber, daß Du, ich und das Winterpalais die 80er Jahre überlebt haben!

JO MÜLLER, MITGLIED D. BUNDESHAUPTAUSSCHUSSES »DIE GRÜNEN

BREMEN

NEBENBEI: WARNUNG

*KONKRET 9/82: »Walesa wird wieder eine Rolle spielen können« - Manfred Bissinger interviewte Polens Nummer Zwei Mieczyslaw Rakowski*Rakowski vermittelt in diesem Interview zu schnell den Eindruck, als hätten Partei und Regierung tatsächlich einen Weg zur Bewältigung der Krise gefunden. Die zweieinhalb Millionen Parteimitglieder verfügen über eine Autorität, mit der sie sich kaum ein Butterbrot erbetteln könnten (und das sage ich als westdeutsche Kommunistin).

Meiner Meinung nach weiß niemand zur Zeit in diesem Land, wie es weitergehen soll, dazu ist der Grad der Desorientierung, der Demoralisierung und der Unmündigkeit des Einzelnen zu hoch.

EVA WEICKARTMAINZBissingers Nebenbei-Warnung vor Kommunisten (oder wen meint er eigentlich mit »Dogmatikern« und die ziemlich dumme DDR-Punker-Story (in Heft 8/82) liegen für uns ebenfalls auf der 'neuen KONKRET-Wellenlänge'. Wenn sich dieser Stil in weiterem Umfang in KONKRET durchsetzen sollte - was wir uns eigentlich nicht vorstellen können, es sei denn, Gremlizas Anschauungen und Auffassungen sind künftig nur noch als exotisches Beiwerk gedacht - werden wir mit Sicherheit unser Abo kündigen und KONKRET wie 'Stern' und 'Spiegel' ansehen; selten bis gar nicht. BÄRBEL U. ARNO HEITMANN

KIEL

SENSATIONSGEIL

*KONKRET 9/82: »Am Leben verzweifelt - den Tod gewünscht« - Susanne Mersmann über ein Selbstmordbuch*Es hat mich doch unangenehm berührt, in KONKRET, in dem ich mich vor Derartigem bisher sicher gefühlt habe, in dieser Größe aufgemacht und sensationsgeil breitgetreten, den auf Seite 60/61 gezeigten Selbstmord zu sehen. Zumal es meiner Ansicht keinerlei Informationswert besaß und in keiner Beziehung zum eigentlich lesenswerten Artikel von S. Mersmann stand.

MICHAEL HAASULMEN/EIFFEL**TERROR GESTEIGERT**

*KONKRET 9/82: »Die weiße Gewalt«. - Knud Bergmann über Südafrika*Über den Abdruck des Artikels hat sich die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) sehr gefreut. Eine so treffende, faktenreiche Darstellung eines Systems, das von der UNO als »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« gegeißelt wird, ist in bundesdeutschen Medien selten zu finden. Für die Aufrechterhaltung dieses Systems trägt die Bundesrepublik Deutschland eine wesentliche Verantwortung, da sie eine der ersten Plätze unter Südafrikas Partnern auf wirtschaftlichem, militärisch-atomarem, politischem und kulturellem Gebiet einnimmt. Die Bundesrepublik hat entscheidend dazu beigetragen, daß das Rassistenregime heute die Fähigkeit zum Bau der Atombombe besitzt.

Der so schonungslos beschriebenen Unterdrückungs- und Ausbeutungsmaschinerie innerhalb Südafrikas entsprechen die völkerrechtswidrige Besetzung Namibias und die brutalen Aggressionsakte gegen die Frontstaaten durch das weiße Minderheitsregime. Entgegen allen anderslautenden Behauptungen hat Pretoria in den letzten Jahren seinen Terror sogar noch gesteigert - höchste Zeit, zu dessen Beendigung durch eine vollständige Isolierung dieses verbrecherischen Systems beizutragen. Die UNO hat das Jahr 1982 zum »UNO-Jahr der Mobilisierung für Sanktionen gegen Südafrika« ausgerufen. Jeder kann dazu einen Beitrag leisten.

INGEBORG WICK, GESCHÄFTSFÜHRERIN

BONN

INFAME UNTAT*KONKRET 9/82: »Punkt Punkt Komma Strich« - Michael Schilling über neue St. Pauli-Bücher*

Zugegeben, ich bin Partei, weil ich das Vorwort zum Buch von Hans Eppendorfer »Szenen aus St. Pauli« geschrieben habe. Was ich infam finde: Da spricht Herr Gremliza, einem Mann die Fähigkeit zum Schreiben ab, der nach meinem Urteil und dem Urteil anderer sehr gut schreibt, und diese Verurteilung wird mit keinem einzigen Argument belegt. Wo steht in dem ganzen Buch etwas über Leder oder »Sado-Maso«? Wenn Herr Gremliza das Wort »schneeig« nicht kennt, dann möge er sich bei der Duden-Redaktion erkundigen, und es gibt auch eine Gesellschaft für deutsche Sprache. An welcher Stelle macht Eppendorfer seine Leser zu Voyeuren? Herr Gremliza braucht ja nichts von Literatur, von Poesie, von Zwischentönen zu verstehen. Aber muß er das veröffentlichen? Ich möchte wissen, welche Absicht hinter diesem Verriß steckt, den Herr Gremliza, seine Untat verharmlosend, eine Glosse nennt.

PROF.DR. HELMUT KENTLER

HANNOVER

Prof. Kentler der irrt. Verfasser der Untat war nicht Hermann L. Gremliza, sondern der KONKRET-Autor Michael Schilling. - Die Red.

Mir ist, genau wie der Leserin Niewendick (Brief in KONKRET 9/82) nicht klar, wieso Ihr Euch nicht-sexistisch nennen könnt und gleichzeitig mit solchem Bildmaterial arbeitet. Auch in dieser neuen Ausgabe wieder muß der höchst überflüssige, x-te Artikel über Bücher über das Nuttenmilieu mit so einem Scheiß-Foto dekoriert werden. Denkt Ihr Euch da wirklich nichts bei? Für so blöd halte ich Euch eigentlich nicht. Der Verfasser des dazugehörigen Artikels sagt es ja selbst, 'der kleine bürgerliche Voyeur' soll gekitzelt werden. Meint Ihr, die Tatsache, daß Ihr Euch darüber bewußt seid und es auch noch sagt, macht die Sache weniger schlimm? Ich fühl mich da als Frau ehrlich verarscht.

CLAUDIA LOHMANN

OFTERSHEIM

HERR, GIB MIR RUHE

KONKRET 9/82: » Vom Allgemeinen zum besonders Falschen« - Essay von Michael Ben

Tucholsky hat einmal gesagt: »Lieber Gott, gib mir den Himmel der Geräuschlosigkeit. Unruhe produziere ich allein. Gib mir die Ruhe, die Lautlosigkeit und die Stille. Amen.« Diesen Satz möchte ich - aus tiefstem Herzensgrunde - ergänzen: »Herr, gib mir die Ruhe vor sogenannten 'Essayisten' wie Michael Ben mit ihren prestigehaschenden und nichtssagenden Aufsätzen.«

JOHANNES ROTHERANDERNACH**KINDERGLAUBEN VERLIEREN**

KONKRET-Extra 9/82: Otto Köhler über die Geschichte der bürgerlichen Vereinigung »IG Farben«

Der Artikel über IG-Farben war gut und vor allem sehr wichtig. Vielleicht hilft er mit, daß mancher seinen »Kinderglauben« an diesen Staat verliert. Das dauernde Gerede über »Demokratie« und die heutzutage etwas längeren Zügel usw. hat auch bei den Linken erschreckend einschläfernde Wirkung gehabt.

Ich wünsche mir noch viele solcher Arbeiten, denn historische Aufklärung ist wirklich bitter nötig.

THOMAS WALTHER

FRANKFURT

Seit 4 Jahren ist unsere Bürgerinitiative aktiv in Sachen BAYER. Die von Ihnen angeführten Verbrechen gegen die Menschheit, vollzogen von der IG-Farben, können wir auf Grund unserer langjährigen Erfahrung mit dem BAYER-Konzern nur

bestätigen. Zwar werden heute keine Menschenversuche mehr durchgeführt, Vernichtung von Wohn- und Lebensqualität findet jedoch täglich statt.

1. BAYER ist nichts heilig außer dem Maximalprofit. Bei einem Realprofit von jährlich mind. 100 Milliarden Mark treten Leben und Gesundheit von Beschäftigten und Konsumenten in den Hintergrund; da zählt auch die Unversehrtheit der Natur nicht mehr.

2. Betroffene wehren sich. In Wuppertal, Krefeld, Köln, Dormagen, Brunsbüttel. In der BRD, Belgien, Holland, Brasilien und anderswo. In der BAYER-Koordination haben sich bereits mehr als zwanzig Umweltschutzorganisationen, Ärzteinitiativen, 3.-Welt-Gruppen, DKP-Betriebsgruppen zur Zusammenarbeit gegen die menschen- und umweltfeindliche Politik des BAYER-Konzerns zusammengefunden.

CHRISTIANE SCHNURA

KONTAKTADRESSE: AXEL KÖHLER, PARADESTR. 32, 56 WUPPERTAL

Ich bin in der BASF beschäftigt und habe Euren Bericht über die IG-Farben mit großem Interesse gelesen, nicht zuletzt deshalb, weil sich Herr Dr. Otto Ambros* nach über 30jähriger Abstinenz im vergangenen Jahr wieder bei der BASF gemeldet hat und auch empfangen worden ist.

NAME DER REDAKTION BEKANNT

*Otto Ambros, IG-Vorstandsmitglied 1932-45, NSDAP, DAF, Wehrwirtschaftsführer, Träger des Ritterkreuzes des Kriegsverdienstkreuzes, Leiter des Sonderausschusses »C« (Giftgas) und der Hauptausschüsse für Pulver und Sprengstoffe beim Rüstungslieferungsamt, Sonderberater beim Leiter der Abteilung Forschung und Entwicklung Vierjahresplan, Standortentdecker für die IG Auschwitz. In Nürnberg wegen Versklavung und Massenmord zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, danach Aufsichtsratsmitglied: Süddeutsche Kalkstickstoff-Werke, Bergwerksgesellschaft Hibernia, Internationale Galalithgesellschaft, Pintsch-Bamag AG, Feldmühle Papier- und Zellstoffwerke, Telefunken GmbH, Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG (VIAG)

Konkret 10/82, S. 8

Hermann L. Gremliza

Der hessische Deutsche

Wahlen. Es fragt, an diesem hessischen Sonntag, ein Hörer die Teilnehmer des Internationalen Frühschoppens, dieser ältesten öffentlich-rechtlichen Unterhaltungs-Sendung, bei der das Schweinderl keine fünf Mark bekommt, warum denn die USA auch nach dem Massaker von Beirut die treuesten Verbündeten des Staates Israel blieben. Und es antwortete der amerikanische Gast: «Weil Israel eine Demokratie ist, wie wir.«

Demokratische Wahlen. Das dämpft die Spannung in den sechs Stunden, die zwischen Höfer und der ersten Hochrechnung liegen., Vor Schließung der Lokale, in denen der Souverän alle paar Jahre eine Meinung abschlagen darf, tun ein paar Zeilen Lektüre gut, Immunstoff gegen Sätze wie diesen: «Diese Wahl ist von aller Welt mit großem Interesse erwartet worden«, den ein Kommentator kurz nach 18 Uhr sprechen wird. Also: «Der Imperialismus ist ebenso sehr eine geschichtliche Methode der Existenzverlängerung des Kapitalismus wie das sicherste Mittel, dessen Existenz auf kürzestem Weg objektiv ein Ziel zu setzen ... Schon die Tendenz zu diesem Endziel der kapitalistischen Entwicklung äußert sich in Formen, die die Schlußphase des Kapitalismus zu einer Periode der Katastrophen gestalten.«

Der Weg war nicht so kurz, wie Rosa Luxemburg 1912 gehofft hatte, die Katastrophen dauern noch siebzig Jahre danach an. Eine davon fand in den Lagern der Palästinenser statt, herbeigeführt von «christlichen« Hilfstruppen der Israeli, die wiederum Statthalter der imperialistischen Großmächte, auch der Bundesrepublik Deutschland, im Nahen Osten sind. Rosa Luxemburg, *die* Antwort auf die Schlußphase einer Gesellschaftsformation, die mehr Blut und Tränen über die Menschheit gebracht hat als jede andere der Geschichte, stand in Hessen nicht zur Wahl.

Gewählt werden konnten die Freunde sauberer Verhältnisse hier und in allen Lagern der Erde. Gewählt werden konnte die Arbeiterbewegung mit der Dachlatte vorm Kopf, von der. Lenin sagte, sie sei «in ihrer Lebensart, nach ihrem Einkommen, in ihrer ganzen Weltanschauung vollkommen verspießert« und darum «die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie«. Gewählt werden konnte schließlich eine grüne Hoffnung, die vom Prinzip, nach dem diese Gesellschaft funktioniert, erst weiß, was sich in Biblis und an der Startbahn West davon manifestiert.

Die offene Brutalität wurde mehrheitlich nicht «nachgefragt«, ihre Hiwis Genscher, Gries und Hoffie gingen zurück wie saures Bier. An den Sozialdemokraten erwies sich wieder einmal die besinnungslose Treue einer Anhängerschaft, die sich alle paar Jahre zu einem letzten Gefecht mobilisieren läßt. Und es wurde reichlich gehofft.

Der Hoffnungsvollste von allen heißt Willy Brandt: Jetzt endlich, so frohlockte er am Abend der Wahl, gebe es «eine Mehrheit links von der Union und der FDP«, eine «schwierige Mehrheit, gewiß«, aber eben doch. Und nun müsse die SPD diese Wähler, die Sozialliberalen, die sich von Genschers FDP abgewandt hätten, wie die Anhänger der Friedens- und Ökologiebewegung für sich gewinnen.

Wozu? Um sie wieder mit denselben Illusionen zu betäuben und mit denselben Ritualen einzumachen wie ein gutes Jahrzehnt zuvor die Außerparlamentarische Opposition? Um die «Idealisten« an die «politischen Realitäten« so nahe heranzuführen wie zuvor die Systemveränderer Karsten Voigt und Wolfgang Roth? Um die Tragödie, die schon als Farce aufgeführt wurde, noch einmal zu geben: als Schwank?

Als wäre die unaufhaltsame Endlosigkeit der Roth und Voigt individuelle Verfehlung und nicht historische Konsequenz. Als *müßte, könnte* und *sollte* die SPD jemals durch Appelle, Wünsche oder redliches Mühen ihrer hundertjährigen Bestimmung entzogen werden: die erträglichste Verwalterin unerträglicher Zustände zu sein, der Valium-Sanitäter im Kampf der Klassen, national und international. Sage keiner, dies sei immer und überall eine unnütze Rolle. Aber um damit *umzugehen,* bedarf es keiner Liebe und keiner Identifikation. Die SPD muß kalt genossen werden.

Die Grünen und Alternativen sitzen nun in sechs Landesparlamenten. In zweien (Hamburg und Hessen) kann die SPD ohne «diese Gruppierung, die ihr Verhältnis zum Parlamentarismus und zur Gewalt nicht erklärt hat« (Holger Börner), nicht parlamentarisch-gewaltlos regieren. Im Bundestag könnte es in ein paar Monaten auch so weit sein. Was dann?

Es ist nicht zu erwarten, daß die Grünen ihr Verhältnis zum Parlamentarismus und zur Gewalt rechtzeitig nach Maßgabe der Godesberger Arbeiterführer klären. Andererseits muß man nicht befürchten, daß diese länger auf eine Klärung dringen als es der Bewahrung ihrer Ämter bekommt. Man wird sich also arrangieren: Die SPD regiert, die Grünen und Alternativen tolerieren und zwingen die SPD in die revolutionäre Nähe sozialdemokratischer Parteitagsbeschlüsse, die ja nie im Bewußtsein gefaßt worden waren, einmal politische Wirklichkeit werden zu können, sondern stets von ihren Befürwortern wie von ihren Gegnern bloß nach ihrer Tauglichkeit befragt wurden, Wählerstimmen zu gewinnen.

Und so wird der polemische Anwurf der Rechten, die politische Realisierung sozialdemokratischer Wunschvorstellungen ruiniere die Wirtschaft und führe geradewegs in eine «andere Republik« (Karl Schiller, später Helmut Kohl), sich als

banale Wahrheit erweisen. Es wird, erst leise, dann spürbar chaotisch werden: Kapital auf der Flucht.

Das ist gewiß nicht ungefährlich, aber gefährlicher als der Atomrüstungswahnsinn, der uns unter dieser Konstellation erspart bleiben wird, ist es auch nicht. Und das kleine bundesdeutsche Chaos könnte immerhin jenes über dreißig Jahre festgefügte System von Bier- und Friedhofsruhe zerschlagen und die Verhältnisse für Fragestellungen wie die, die in diesem Land mit Rosa Luxemburg totgeschlagen wurden, wieder empfänglich machen.

Damit der Sozialismus nicht auf weitere Jahrzehnte in diesem Land nur als das Credo des hessischen Deutschen Holger Börner politische Gestalt (oder Gewalt) annimmt. Und der amerikanische Gast eines posthumen Frühschoppens irgendwann einmal nicht mehr sagen wird, die Bundesrepublik sei eine Demokratie »wie wir«.

Konkret 10/82, S. 10

Nachrichten

Gemeinsamkeiten

Ein vertrauliches Papier, das in Bonner SPD-Kreisen zirkuliert, zeigt, daß es bei vielen Themen eine große »sachpolitische Nähe in den Einstellungen von SPD- und Grünen-Wählern« gibt. Fast 90 Prozent beider Wählergruppen glauben nicht an eine längerfristige Sicherung des Friedens durch »Stationierung von mehr und neuen Atomwaffen der Amerikaner in der BRD und Westeuropa«. Auch privates Fernsehen wird von dem Wählerpotential der beiden Parteien überwiegend abgelehnt, und im Gegensatz zur CDU/CSU und FDP sind über 80 Prozent der Rot-Grünen Wähler der Ansicht, daß die Wirtschaft ohne Hilfe des Staates die Arbeitslosigkeit nicht reduzieren kann.

Das Papier, das verschiedene Meinungsumfragen aus den Jahren 1981 und 1982 vereint, gibt vielen Genossen neuen Optimismus: Nach dem Desaster mit der FDP signalisieren die Gemeinsamkeiten mit den Grünen neue Koalitionsmöglichkeiten.

Spitzeleien

Der Hamburger Verfassungsschutz überprüft Mitarbeiter des Norddeutschen Rundfunks. Von dieser Praxis erfuhr der Personalrat des Senders, als ein Redakteur über das Ansinnen des Verfassungsschutzes berichtete, Aussagen über Trink- und Bettgewohnheiten von Kollegen zu machen. Auf Anfrage beim Intendanten Räuker (CDU) wurde dem Personalrat erklärt, die »Überprüfungen« erfolgten auf Grund einer schon unter Intendant Neuffer (SPD) getroffenen »Vereinbarung« mit der Innenbehörde. Innensenator Pawelczyk (SPD) will dagegen von der Schnüffelei nichts wissen. Nach dem Gesetz muß er auch nichts davon wissen. Denn dem Hamburger Parlament liegt eine »vollständige Liste« der Unternehmen vor, in denen der Verfassungsschutz tätig werden darf. Dazu gehört zwar zum Beispiel die Lufthansa, aber der NDR ist nicht dabei. Auch die Hamburger Parlamentarische Kommission zur Überwachung des Verfassungsschutzes wurde von Spitzeleien gegen NDR-Redakteure nie unterrichtet.

»Bielefelder Appell«

Auch in der Opposition ist es gut, über die künftige sozialdemokratische Politik nachzudenken. »Mut für eine bessere Zukunft« wünschen sich deshalb die 32.000 SPD-Mitglieder, die bisher den »Bielefelder Appell« unterschrieben haben. Damit es noch mehr werden, treffen sich am 10. Oktober in der Stadthalle Bad Godesberg Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Sympathisanten. Neben Heinrich Albertz, Bernt Engelmann diskutieren Hans Ulrich Klose und Oskar Lafontaine. Teilnahme und Mittagessen kosten 20.-Mark. Anmeldungen bei: Dieter Begemann, Sandbrede 15, 49 Herford

Ablaßzahlung

Am 1. Oktober jährt sich zum fünfundzwanzigsten Mal die Einführung des Arzneimittels Contergan. 3500 körperbehinderte Kinder wurden geboren, bis das Mittel vom Markt verschwand. Das Strafverfahren gegen den Hersteller Grünenthal wurde zugunsten eines außergerichtlichen Vergleichs - 100 Millionen Mark einmalige Entschädigung an die Opfer - eingestellt. Der Skandal war vergessen. Mittlerweile scheint sich auch der »Bundesverband der Eltern körpergeschädigter Kinder e.V. - Contergankinder-Hilfswerk« mit der Firma Grünenthal gut zu verstehen. Conterganopfer, die ihr Verhältnis zur Firma diskutieren wollten, wurden vom Hamburger Landesverbandsvorsitzenden Norbert Allary als »Nörgler« bezeichnet, weil sie »immer an den Verursacher ihrer Behinderung erinnern«. Bundesvorsitzender Herbert Schleifenbaum drohte Opfern, die am 1. Oktober vor dem Grünenthalwerk demonstrieren wollten, mit dem Ausschluß. Schleifenbaum zu KONKRET: »Wir halten eine Demonstration für kein geeignetes Mittel«.

»Abgefeimter Opportunist«

Woche für Woche tauchen neue Dokumente aus dem Archiv des bayerischen Staatsschützers Dr. Hans Langemann auf. KONKRET druckt das Protokoll, das Langemann nach einem Gespräch mit dem Vizepräsidenten des Bundesnachrichtendienstes (BND), Norbert Klusak, gefertigt hat. Klusak äußert sich über seine direkten Vorgesetzten und Bonner Politiker.

»Herr Klusak nahm kritisch zu der Persönlichkeit des derzeitigen BND-Präsidenten Stellung. Er führte aus, daß dieser es von Anfang an darauf angelegt habe, nichts zu riskieren, um seine Weste 'möglicherweise noch weißer zu halten als sie

schon ist'. Damit wolle er erkennbar dazu beitragen, seine Zielvorstellungen, demnächst Staatssekretär im AA zu werden, nachrichtendienstlich möglichst ungeschmälert zu erhalten. Nur so könne auch der Unsinn verstanden werden, daß Kinkel nunmehr ins Bundeskanzleramt dränge, um dort als Ministerialdirektor Koordinator der Nachrichtendienste zu werden. Herr Klusak verwunderte sich: 'Da gibt es gar nichts zu koordinieren. Das ist doch alles Unsinn. Was will er denn in den Akten herumwühlen, um schließlich damit gar nichts zu bewirken? Da müßte er schon Minister sein.' Es bestehe demnach wohl die begründete Vermutung, daß Kinkel lediglich in einer Übergangsphase sich zum 'Aufpasser der FDP im Bundeskanzleramt' degradieren lasse, um sich dadurch den späteren Wiedereintritt als Staatssekretär ins AA zu erkaufen. Er (Klusak) und die Spitze des BND könnten über Kinkels Verhalten nur den Kopf schütteln. Andererseits sei der Wechsel gut, weil möglicherweise ein neuer Präsident, 'der dann bis zu seinem dienstlichen Lebensende in Pullach bleiben will', dem BND wieder operativen Schwung und risikofreudige Impulse vermitteln werde. So nämlich, wie jetzt, sei der Zustand desolat. Denn außer einer wohlwollenden Verbesserung des Arbeitsklimas im menschlichen Bereich sei unter Kinkel so gut wie nichts geschehen. Wenn Meier (Präsident BFV) komme, werde es schwierig. Meier sei zwar ein Könner, der aber von einer ungewöhnlichen persönlichkeitsmäßigen Schwankungsbreite behaftet sei. Zumeist neige er zur Vereisung. Meier sei auch keineswegs der Mann, der dem Innenminister Baum wirklich die Stirn geboten hätte, wie das fälschlich behauptet werde. Im Gegenteil: Meier sei von Baum derartig in den Clinch genommen worden, daß Meier gegenüber Baum sicherlich jeden Schneid verloren hätte...

Dabei sei Baum ein abgefeimter Opportunist, der der Tagespolitik bedenkenlos auch die vordringlichsten sicherheitspolitischen Relevanzen opfere. Es sei völlig falsch, davon auszugehen, daß Baum etwa um die Erhaltung einer prononcierten liberalen Rechtsstaatlichkeit bemüht sei. Ihm gehe es nur um den Effekt gewisser Maßnahmen nach außen. Dabei sei er durchaus bereit, manche Einschränkungen, die er aus politischen Gründen auf den Markt werfe, unter verdeckten anderen Begriffsbildungen wieder aufleben zu lassen. Die pressemäßige Durchlöcherung seines Büros, auch des Büros von Staatssekretär von Schoeler, sei unvorstellbar und erschreckend. Ganze Inhalte geheimer Akten wanderten an die Redaktionen der Frankfurter Rundschau und des Stern. Meier wisse das ganz genau und habe nur wenig getan, um Abhilfe zu schaffen...

Der BND gehe sicherlich einer schweren Zeit entgegen. Die tatsächliche Aufklärungslage sei schwach ... «

Zitat I

»Dr. Strauß ist eine im politischen Leben stehende Persönlichkeit, gegen die in einer öffentlichen Versammlung eine üble Nachrede, sowie eine Verleumdung begangen werden soll. Dies erfolgt aus Beweggründen, die mit der Stellung des Beleidigten im öffentlichen Leben zusammenhängen, da Dr. Strauß, als Politiker, ins Zwielicht gerückt und verächtlich gemacht werden soll. Dies ist dazu geeignet, sein öffentliches Wirken erheblich zu erschweren.

Wider besseres Wissen wird behauptet, der bedauerliche Anschlag auf der Theresienwiese sei durch »Faschisten oder Neonazis« verübt worden. Spätestens seit ihrer Vorsprache im Kreisverwaltungsreferat am 13.9.82 weiß die Veranstalterin, daß das Bayer. Landeskriminalamt, das mit der Aufklärung des Verbrechens betraut war, in seinem Schlußbericht festgestellt hat, das Attentat auf dem Oktoberfest sei unpolitischer Natur gewesen.

Auch steckt keine Organisation dahinter. Es war die Tat eines geistig anormalen Menschen. Dieses Abschlußergebnis wurde auch in der Presse veröffentlicht.

Die Veranstalter wurden ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das Versammlungsthema möglicherweise verschiedene Tatbestände des Strafgesetzbuches verletzen könnte. Die Veranstalter zeigten bis heute keine Bereitschaft, das Thema der Versammlung zu korrigieren.«

Die Stadt München in der Begründung des Verbots einer Kundgebung am 26.9.82 zum zweiten Jahrestag des Oktoberfestattentats.

Zitat II

»Ich fühle mich wie ein Ministerpräsident, der bevollmächtigt worden ist, eine mächtige Armee zu kommandieren, die vor Berlin steht, wo sich - unter unschuldigen Menschen - Hitler und seine Bande in tiefen unterirdischen Bunkern versteckt halten. Das jüdische Volk hat sich geschworen, daß derjenige, der das Volk Israels vernichten will, seinem Schicksal nicht entkommen darf.«

Israels Ministerpräsident Begin in einem Schreiben an US-Präsident Reagan.

Unverdächtig

Aus »politischer Neutralität« lehnte es Bundespostminister Matthöfer ab, Plakate gegen die Ausländerfeindlichkeit in den Postämtern aushängen zu lassen. Das internationale Kinderhilfswerk terre des hommes hatte ihn um den kostenlosen

Aushang von Plakaten gebeten, die ein türkisches Kind vor dem rot durchgestrichenen Schriftzug »Ausländer raus!« zeigen. Text: »Deutsche und ausländische Kinder halten zusammen - Kinder kennen keine Grenzen.« Das war dem Minister zu politisch. Der Aushang zeige »eindeutig politische Tendenzen«, die Bundespost sei jedoch zur strikten politischen Neutralität verpflichtet, schrieb Matthöfer an terre des hommes. »Die Deutsche Bundespost (darf) sich nicht einmal dem Verdacht aussetzen, sie identifiziere sich mit den Aussagen in solchen Plakaten.« Wen wundert es da noch, daß die Sozialdemokraten die Macht verloren haben.

Konkret 10/82, S. 12

Sabine Rosenbladt

Die Lüge mit der langen Leitung

Wenn Washington die Lippen spitzt, wird in der Bundesrepublik gepfiffen. Springer, Löwenthal und Konsorten sind angetreten mit obskuren Berichten und seltsamen Zeugen, Reagans Willen in Europa durchzusetzen. Um das Erdgas Röhren-Geschäft mit der Sowjetunion wird ein Propaganda-Krieg geführt, wie wir ihn seit den jetzt zehn Jahre zurückliegenden Auseinandersetzungen um die deutsche Ostpolitik nicht mehr erlebt haben. KONKRET hat die Hintergründe recherchiert -in Washington wie in Bonn, in Moskau wie an der Pipeline in Kursk.

Das Strafgefangenenlager liegt im Moor: drei Holzbaracken mit vergitterten Fenstern, von Maschendraht eingezäunt. Sechzig Häftlinge leben hier. Einer erzählt:

»Die Arbeit? Die Arbeit ist hier saumäßig schwer. Vorgeschriebenes Tagespensum sind 44 Kubikmeter Soden ringeln. Das heißt, du mußt jeden Tag 5.300 Torfsoden einzeln zum Trocknen auf kleine Haufen stapeln, Das schlimmste ist dabei das Kreuz. Du bist den ganzen Tag gebückt. Der Torf ist naß, kalt und schwer - in die unterste Sode mußt du voll reingreifen, sonst fällt sie auseinander. Hier gibt's wohl keinen, der nichts mit den Handgelenken oder eine Sehnenscheidenentzündung hat. Aber wer zu oft krankmacht, wird abgeschossen und muß zurück in 'n Bau. Also darf man nicht zu oft krankmachen, auch wenn man krank ist.«

Der Bericht dieses Strafgefangenen ist nachzulesen im GEO-Magazin vom August 1978 - in einem Artikel über bundesdeutsche Moore. Bis vor einem Jahr schufteten dort, im Lager Ahlen-Falkenberg, Bremer Knackis. Makabre Tradition: Vierzig Jahre früher wurden hier, in insgesamt 15 von den Nazis errichteten Strafarbeitslagern, die »Moorsoldaten« zu Tode geschunden. Dennoch wird zwischen diesen beiden Tatsachen keiner einen Zusammenhang herstellen wollen.

Seit einiger Zeit aber ist wieder von »Sklavenarbeit« die Rede. Genauer gesagt: Seit dem 23. Juni 1982. An diesem Tag veröffentlichte die Frankfurter Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e.V. (IGfM)« Informationen, wonach »beim Bau der Erdgasleitung Sibirien-Europa Strafgefangene in großer Zahl als billige Arbeitssklaven eingesetzt werden. Darunter Bürgerrechtler, Gewissensgefangene, verfolgte Gläubige - auch Frauen.«

Wie der Zufall es will, hatte just fünf Tage vorher, am 18. Juni, US-Präsident Ronald Reagan sein Handelsembargo gegen das europäisch-sowjetische Erdgasgeschäft auch auf europäische Firmen ausgedehnt. Allerdings mit geringem Erfolg: Alle betroffenen EG-Länder - Frankreich, Italien, Großbritannien, Bundesrepublik - ignorieren das Verbot und liefern, wie die Verträge es vorsehen.

Der geplante »Wirtschaftskrieg« - ein US-Regierungsbeamter zur »Times«: »Wir können nur zwei Hebel gegen die Sowjetunion benutzen - den militärischen und den ökonomischen. Natürlich wollen wir den militärischen nicht einsetzen, wenn wir es nicht müssen« - ging nach hinten los. Bluten mußte erstmal die ohnehin schon krisengeschüttelte amerikanische Wirtschaft: Inzwischen hat zum Beispiel die Firma Caterpillar Tractor Co. in Peoria/Illinois, die für die Gasleitung 200 Rohrlegekräne liefern wollte, 18.500 Beschäftigte entlassen, die Fertigungskapazitäten sind nur noch zur Hälfte ausgelastet, der Firmengewinn fiel im 2. Quartal 1982 um 93,9 Prozent. Insgesamt wird das Embargo die US-Industrie mehr als eine Milliarde Dollar an verlorengegangenen Aufträgen kosten.

In diese Situation platzte die Nachricht von den »Arbeitssklaven«. Die IGfM (dessen geschäftsführenden Vorsitzenden Agrusow die Frankfurter »tat« bisher unwidersprochen einen CIA-Mann nennen darf) forderte in einem offenen Brief den Bundeskanzler auf, sofort von dem Erdgasgeschäft Abstand zu nehmen.

Und die publizistischen Hilfstruppen solcher Aktionen nahmen ihre Arbeit auf: In Löwenthals ZDF-Magazin und in »Bild am Sonntag« (BamS) wurde das »rote Sklavengas« zum Dauerbrenner, von jenseits des Atlantiks sekundierten US-Senator Jesse Helms (»Pipeline-Holocaust«) und der Kolumnist William Safire (»Das größte Zwangsarbeiter-Projekt seit den Pyramiden«).

Immer neue Zeugen marschierten auf, immer grausigere Details wurden den »BamS«Lesern beschrieben: Bald waren es 100.000 politische Häftlinge, die hungernd, frierend, zahnlos und lungenkrank mit ihren bloßen, blutigen Händen die Trasse für die Pipeline graben müssen, nur »damit wir es schön gemütlich haben« (Löwenthals »Konservative Aktion« in einer »Welt«-Anzeige).

Aufgeschreckt versprachen die Regierungen der Bundesrepublik und Frankreichs, die Vorwürfe zu »untersuchen«. Nur - wie? Um definitiv ausschließen zu können, daß beim Bau der »europäischen« Pipeline Urengoi-Ushgorod Häftlinge, gar politische Häftlinge, eingesetzt werden, müßten während der gesamten zweijährigen Bauzeit (die Baustelle ist genau 4.451 Kilometer lang) westliche Beobachter danebenstehen. In der Tat ein etwas schwieriges Unterfangen.

Häftlingsarbeit als solche ist ja wohl nichts Verwerfliches. Für bundesdeutsche Knackis besteht nach § 41 des Strafvollzugsgesetzes Arbeitspflicht: Sie verdienen zwischen 63 Pfennig und 1,05 DM pro Stunde und arbeiten in allen

Branchen der Wirtschaft. Sklavenarbeit? Sogar IKEA-Möbel, linker Wohn-Chic hierzulande (»Legal - illegal - IKEA-Regal«), werden teilweise in schwedischen Gefängnissen angefertigt. Legal - illegal - Sklavenregal?

Bliebe also nachzuprüfen, auf welche sachlichen Informationen die IGfM ihre Behauptungen stützt. Da wird es dann dünn: Der einzige Zeuge, der sagt, er *selbst* habe als Zwangsarbeiter auf Kompressorstationen und Gaswerken in der sibirischen Region Tjumen gearbeitet, Machmet Kulmagambetow, war von 1964 bis 1972 in Haft und Verbannung. Die Gasleitung Urengoi-Ushgorod ist aber erst seit Anfang 1982 in Bau. Alle anderen Aussagen beziehen sich auf Zweite-Hand-Informationen.

Nach Angaben der IGfM und des Sacharow-Komitees sollen jedoch auch sechs namentlich genannte prominente Dissidenten als Arbeitssklaven an der Pipeline bauen. Da Mitglieder von Amnesty International und anderen Gefangenenbetreuungsorganisationen mit diesen Dissidenten in jahrelangem Briefkontakt stehen, können die IGfM-Behauptungen nachgeprüft werden: Sie sind in allen sechs Fällen falsch.

»Mein Gott, wissen diese Leute überhaupt, was sie anrichten?« sagt Christa Bremer zornig zu mir am Telefon: »Mit solchen Falschmeldungen schaden sie den Betroffenen doch ungeheuerlich.« Christa Bremer (52) aus Bremen ist seit neun Jahren Amnesty-Mitglied. Mit drei der Genannten wechselt sie seit Jahren Briefe. Kontakt zu den anderen drei Dissidenten hat Dr. Cronid Lubarsky, München, ehemals selbst politischer Gefangener und Herausgeber eines »UdSSR-News-Letter«.

Dr. Lubarsky: »Ich bin strikt gegen diesen Pipeline-Bau. Aber diese Aussagen, die hier gemacht werden, sind schlicht und einfach Lügen.«

So behauptete »Bild am Sonntag« am 22. August, gestützt auf Informationen des Sacharow-Komitees:

Semjon Gluzman (54), Psychiater, wird jeden Morgen unter Bewachung mit scharfen Hunden aus einem Lager bei Tjumen zur Arbeit an der Pipeline geführt.

Richtig ist: Dr. Semjon Gluzman (36), Psychiater, wurde nach siebenjähriger Lagerhaft in Perm und dreijähriger Verbannung in Nischnaja-Tavda am 12. Mai freigelassen und wartet zur Zeit in Kiew auf die Ausreisegenehmigung (die nach *diesen* Meldungen in westlichen Zeitungen jetzt gefährdet ist).

Sinovij Krassivksi (61), ein ukrainischer Dichter, arbeitet an der Gasleitung im Zwangslager von Lugowoj.

Richtig ist: Sinovij Krassivski (52), ukrainischer Dichter, zuletzt verurteilt zu acht Monaten Lagerhaft und fünf Jahren Verbannung, arbeitet als Verbannter im Dorf Lugovoj. Er hat dort ein kleines Fotostudio.

Julius Sasnauskas (25), litauischer Bürgerrechtler, ist zwischen Surgut und Tjumen eingesetzt;

Richtig ist: Julius Sasnauskas (23), als Schüler verurteilt zu eineinhalb Jahren Gefängnis und fünf Jahren Verbannung, arbeitet im Dorf Parabjelskoje bei Tomsk als Köhler.

Jurij Grim (Alter unbekannt), wurde zur Zwangsarbeit nach Ustij-Ischim/Tjumen verschickt.

Richtig ist: Jurij Grimm (47), wurde im Oktober 1980 zu drei Jahren Haft verurteilt und arbeitet zur Zeit im Dorf Borovsky bei Tjumen als Holzfäller.

Vladimir Marmus und Alexander Ussatjut befinden sich zur Zeit an unbekanntem Ort in Sibirien am Pipeline-Bau.

Richtig ist: Vladimir Marmus (33), wurde zu sechs Jahren Lager und fünf Jahren Verbannung verurteilt und arbeitet zur Zeit in einer Sowchose im Dorf Schorochowo bei Tjumen als Schweinepfleger, Alexander Ussadjuk (67), Rumäne, wurde zu sieben Jahren Lager und fünf Jahren Verbannung verurteilt und arbeitet zur Zeit im Dorf Karasulskaja bei Tjumen als Hausmeister.

Alle sechs »BamS«-Zeugen ahnen von ihrer unverhofften Publizität als Erdgas-Sklaven im Westen nichts. Christa Bremer: »Es ist mir völlig unverständlich, wie man sich 'Menschenrechtsorganisation' nennen und trotzdem auf so leichtfertige Weise Menschen gefährden kann. Ihre ohnehin schon schlimme Lage wird durch solche Meldungen mit Sicherheit nur verschlechtert.«

Dieser Teil der westlichen Horror-Meldungen kann abgehakt werden. Bleibt die Frage, ob so ein gewaltiges Bauwerk überhaupt mit Strafgefangenen bewältigt werden kann?

Anfrage in Moskau, nach zwei Wochen kommt das Einreise-Visum. Gespräch mit dem Stellvertretenden Minister für den Bau von Betrieben der Erdöl- und Erdgasindustrie (»Wir sind mit rund 500.000 Beschäftigten die größte Firma ihrer Art auf der Welt«). Er erklärt mir, daß in Sibirien derzeit an der Pipeline nicht gearbeitet wird. Aus klimatischen Gründen. Ich könne stattdessen die Baustelle bei Kursk, rund 800 Kilometer südlich von Moskau, besichtigen.

Im ersten nebligen Morgenlicht fahre ich mit dem Fotografen und Dolmetscher Vladimir. Uljew los, auf einer extrem holprigen Straße nach Schegri, zum Camp der Baubrigade. Eine Handvoll ziemlich wettergegerbte blaßblaue Holzhäuschen, ein paar recht seltsame röhrenförmige Objekte, die offenbau auch bewohnt werden, einige nagelneue Wohncontainer. Jede Menge Hunde, abenteuerliche Mischungen, die auf den sandbestreuten Wegen herumrennen. Auf

handtuchgroßen Flächen zwischen den Hütten sind liebevoll kleine Öko-Gärten angelegt: Da wachsen Sonnenblumen, rote Beete, Gurken, Kohl und Petersilie.

Weniamin Andrianowitsch Asanow, der leitende Ingenieur dieser Baubrigade, empfängt uns vor dem Dorfeingang; ein sanfter, stiller, liebenswürdiger Mann mit großen Arbeiterhänden und wasserblauen Augen. Weniamin Andrianowitsch kommt, wie die meisten Mitglieder seines Trupps, aus Armavir im Bezirk Krasnodarsk am Kaukasus. Seit 15 Jahren baut der Pipeline-Spezialist Erdgas- und Erdölleitungen in der ganzen Sowjetunion. Ein Wanderleben, aber ein gut bezahltes, wie ich erfahre. »Mit manchen Leuten aus der Brigade arbeite ich schon sehr lange zusammen, schon in der zweiten Generation: Vater und Sohn sind gemeinsam hier«, sagt Weniamin Andrianowitsch.

Die Brigade ist gerade dabei, das Lager zu verlassen. Es ist halb acht, gearbeitet wird von acht bis 19 Uhr. In einer der Hütten erwischen wir gerade noch Viktor Babanski, 33, Elektroschweißer. Babanski zieht mit Frau und zwei kleinen Töchtern seit zwei Jahren von Pipeline-Baustelle zu Pipeline-Baustelle. »Solange ich jung bin, gefällt mir das.« Zu seinem Verdienst will er sich nicht äußern, weil er »Akkord arbeitet«; der muß aber, wie mir von mehreren Seiten versichert wird, für sowjetische Verhältnisse geradezu enorm hoch sein.

»Keiner hier«, **sagt Weniamin** Andrianowitsch, »verdient unter 600 Rubeln im Monat, die meisten 700.« Das wären, nach Steuer- und Essensgeld-Abzug, rund 600 Rubel netto, mehr als 2.000 Mark nach offiziellem Umrechnungskurs. Nach Be**kanntwerden der »Sklaven«-Kampagne** hätten sich im Erdgas-Ministerium, wie mir der stellvertretende Minister in Moskau erzählte, mehr als 20.000 Sowjetbürger um Jobs an der Pipeline beworben. 3.000 mit geeigneter Qualifikation seien eingestellt worden.

Viktor Babanski muß jetzt rennen, damit er den roten Bus noch erwischt, der die Arbeiter an die Baustelle fährt. Seine Töchter gehen im Dorf in die Schule. Die Brigade, die aus 120 Schweißern, Isolierern, Bagger-, Schlepp- und Lastwagenfahrern besteht, ist insgesamt über 300 Köpfe stark, durch die mitwandernden Familienmitglieder; der jüngste Brigadier ist vor zweieinhalb Monaten im Kreiskrankenhaus geboren.

Bevor wir zur Baustelle aufbrechen, wird mir noch Ala Grigorjewna Salubowskaja vorgestellt, eine rundliche Person im buntgeblümten Polyacryl-Kleid: Ala Grigorjewna ist »stellvertretender Parteisekretär für Propaganda und Agitation im Rayon Schegrowski«. Sollte sie damit beauftragt sein, an mir »Propaganda und Agitation« auszuüben, so tut sie das in sehr bescheidenem Rahmen; nachdem sie mir hat erläutern lassen, daß die wackeligen Camp-Baracken demnächst durch bessere ersetzt werden sollen, bleibt sie uns für den Rest des Tages schweigend und beharrlich auf den Fersen.

Weniamin Andrianowitsch ist offenbar entschlossen, mir die gesamte von ihm geleitete Baustelle zu zeigen; bis abends um sieben Uhr legen wir so im Jeep unendliche Strecken auf gräßlich zerlöcherten Feldwegen zurück. Ich sehe rund 40 Kilometer Pipeline in allen Stadien ihres Entstehens.

Was für ein Bild! Die Landschaft ist leicht hügelig, es gibt kleine Schluchten, schilfbewachsene Flüßchen, die abgeernteten Felder leuchten rötlich in der blassen Septembersonne. Und in dieses Turner-Aquarell schiebt sich irgendwo, von Horizont zu Horizont, ein rostiger Regenwurm aus zusammengeschweißten Mannesmann-Röhren, wie Christos »Running Fence«. Verrückt.

Hinter einem Hügel begegnen wir der Isolierbrigade. Fünf riesige KOMATSU-Rohrlegekräne (die Japaner haben auch keine Lust, Reagans Embargo mitzumachen und sind für CATERPILLAR in die Bresche gesprungen) halten mit ihrem gummibeschichteten Greifarm ein langes Rohrende in die Höhe und rollen auf schweren Raupenketten langsam bergan. »Die Hände der Frauen sind blutig. Arbeitshandschuhe gibt es nur zweimal im Jahr. Sie verkleiden riesige Rohre mit Asbest und Glaswatte. Viele leiden an Hautkrankheiten. Ihre Lungen sind kaputt von Asbeststaub«, hatte ich in »Bild am Sonntag« über die Isolierarbeiten an der Pipeline gelesen, übrigens aus der Feder des »BamS«-Chefreporters Karl-Ulrich-Kuhlo, der auf Wunsch von Ministerpräsident Stoltenberg beinahe stellvertretender Chefredakteur der Hauptabteilung Politik beim NDR geworden wäre.

In Kursk wird so isoliert: Am Anfang der Röhre sitzt wie ein breiter Ring die Isoliermaschine, ein eigens entwickeltes sowjetisches Fabrikat. Von einem Mann gesteuert, gleitet sie auf dem 1,42 Meter dicken Rohr entlang und beschmiert es aus rotierenden Düsen mit einem Kleber. Auf vier Bolzen werden dann Rollen mit Isolierband gesteckt. Sie drehen sich ebenfalls und wickeln mit großer Geschwindigkeit vier Lagen Isolierschicht um die Röhre. Von Hand ist das gar nicht zu machen.

Das völlig glatte schwarze Material besteht aus Gummi und Glaswolle und wird nach Auskunft von Weniamin Andrianowitsch überall an der Pipeline verwendet, nur in Sibirien in achtfacher Lage. Die Isolierbrigade schafft bis zu zwei Kilometern Röhre am Tag. Und da zwischen den 58 Brigaden, die laut TASS zur Zeit an der Urengoi-Ushgorod-Pipeline bauen, ein heftiger Konkurrenzdruck herrscht - für die besten Leistungen gibt es Prämien, außerdem will sich bei einem so vielbeachteten Bauwerk jeder hervortun - wird hier mit Hochdruck gearbeitet.

Weniamin Andrianowitsch ist ein höflicher Mann. Als ich ihm die Anzeige vom »roten Sklavengas« zeige und übersetzen lasse, sagt er nur, nein, er habe nicht mit Häftlingen gearbeitet, er könne sich auch nicht vorstellen, daß andere Brigaden mit Häftlingen arbeiteten, »dann müßte man die ganze Baustelle ja einzäunen und bewachen lassen - was für ein Aufwand!«

Seine Arbeiter sind etwas drastischer: »Rotes Sklavengas«, das trifft sie, kränkt ihren Stolz auf dieses Projekt. Ein paar von ihnen mimen den breitbeinigen, schleppenden Gang eines Gefangenen, der eine schwere Kugelkette hinter sich herschleift. Diese Befragung ist wirklich ein bißchen so, als wäre man 1933 zu Juden gegangen und hätte sie interviewt: »Sagen Sie mal, ist eigentlich wahr, was der 'Stürmer' schreibt: Grillen Sie samstags immer Christenkinder?«

Die Maschinen, die ich hier zu sehen bekomme, machen den Einsatz menschlicher Arbeitskraft in der Tat überflüssig (Hätten Sie gewußt, liebe »Bild«-Leser, daß auch die Sowjetunion im 20. Jahrhundert angekommen ist?). Zum Beispiel die Trasse selbst: Da die Röhre zwischen den insgesamt 125 Kompressorstationen unterirdisch verlegt wird, muß auf der ganzen Länge ein zwei Meter tiefer und zwei Meter breiter Graben ausgehoben werden.

Die Kursker Brigade hat für diesen Arbeitsgang drei umgebaute sowjetische »K 701«-Traktoren. Diese 320 PS-starken Riesentrecker schleppen ein gewaltiges Schaufelrad und zwei Fräsmesser: Pro Tag buddelt ein K 701 ein zwei mal zwei Meter breites Loch von 400 Metern Länge. Dreisatzaufgabe: Wieviel Sklaven werden benötigt, um mit den Händen ein Loch von ebensolchen Maßen am Tag zu graben?

Ob andere Brigaden über eine ebensolche Ausrüstung verfügen, habe ich nicht überprüfen können. Diese Pipeline, die als längste der Welt ins »Guinness Book of Records« eingetragen werden wird (falls das nicht auch unter Reagans Embargo fällt), wird der Sowjetunion nach US-Schätzungen Deviseneinnahmen von jährlich zehn bis zwölf Milliarden Dollar bescheren. Schon jetzt verkündet das Pipeline-Ministerium, die Leitung werde »vorfristig«, nämlich schon Ende 1983, fertig sein. Das macht es wahrscheinlich, daß alle verfügbaren Maschinen und Spezialisten zur Zeit auf dieser Baustelle eingesetzt werden.

Außerdem sind an zwei der insgesamt fünf geplanten innersowjetischen Pipelines nach Auskunft des Ministeriums die Bauarbeiten so gut wie abgeschlossen, die dritte (das gesamte Leitungsnetz wird eine Länge von rund 100.000 Kilometern haben) soll Ende des Jahres fertig werden. Die Teams, die dort gearbeitet haben, stoßen zur Zeit zu den Bautrupps der Urengoi-Ushgorod-Linie.

Anfang September waren 400 Kilometer Leitung komplett verlegt, 700 Kilometer Röhren verschweißt, die Trasse auf 1.500 Kilometern Länge fertig, 320 Kilometer Gräben ausgehoben, Röhren für 2.500 Kilometer angeliefert. Die Riesenröhre wird 150 Kilometer ewigen Frostboden durchqueren, mehr als 700 Kilometer Sümpfe, 2000 Kilometer Wald, 500 Kilometer Gebirge (Ural und Karpaten), 561 kleine und große Flüsse.

Wenn sie fertig ist - und auch westliche Korrespondenten in Moskau rechnen fest damit, daß sie Ende '83 fertig sein wird - wird sibirisches Erdgas mit dem gewaltigen. Druck von 75 Atü von Ost nach West strömen: 30 Milliarden Kubikmeter pro Jahr. Eine der zahlreichen Legenden, die sich schon jetzt um dieses »Jahrhundertbauwerk« ranken, lautet: Die EG-Länder werden abhängig von sowjetischem Erdgas, und damit erpreßbar. In der Energieversorgung der Gemeinschaft wird der russische Erdgas-Anteil jedoch bis 1990 nur vier Prozent des Gesamtvolumens ausmachen (Bundesrepublik: Sechs Prozent).

Und das US-Embargo? Bewirkt es etwas? »Nitschewo!« sagt natürlich der Stellvertretende Erdgas-Minister; »Nichts«, meint auch Ingenieur Weniamin Andrianowitsch. Das Handelsverbot betrifft ja hauptsächlich die mit amerikanischen Lizenz-Rotoren gebauten europäischen Kompressoren und Turbinen für die 125 Kompressorstationen; sollten die tatsächlich ausbleiben, werde man eben, so der Minister, auf sowjetische Fabrikate umsteigen. Ohnehin machten die im westlichen Ausland bestellten Kompressoren nur zwölf Prozent der für alle Pipelines benötigten Turbinen aus.

»Und so sieht die Leitung aus, wenn sie fertig ist.« Weniamin Andrianowitsch weist auf ein dünnes Rohr mit einem Blechwimpel, das 200 Meter von der Trasse entfernt aus dem Acker ragt: da liegt eine der innersowjetischen Pipelines, die hier parallel zur »europäischen« verläuft. Über ihr wird von den Kursker Bauern gepflügt, gesät und geerntet wie eh und je.

Auch die von Weniamin Andrianowitschs Brigade verlegten Röhren sind kilometerweit im Erdboden verschwunden. Die Truppe bewältigt im Schnitt ein Tagespensum von 600 Metern Pipeline mit allen erforderlichen Arbeitsgängen. Hier ist zum erstenmal eine auch im Ausland vielbeachtete sowjetische Erfindung erprobt worden: Der Schweißautomat »Nord eins«.

Dieses Gerät, sagt Weniamin Andrianowitsch, kann am Tag ebenso viele der sieben Tonnen schweren Röhrensegmente zusammenschweißen wie sein gesamtes 16köpfiges Schweißerteam, »und unsere Leute sind die besten an der ganzen Pipeline«.

Durch die Dörfer fahren wir zurück nach Schegri. Vor den buntbemalten Holzhäuschen mit ihren üppigen kleinen Gärten tummelt sich das »private« Vieh der Dörfler, die ja offiziell auf einer staatlichen Kolchose oder Sowchose arbeiten: Gänse, Enten, Hühner, eine Kuh, ein Pferd, ein Schaf. In einem Garten sehen wir Bienenkörbe. Wir halten an, um sie uns näher anzuschauen. Und werden sofort von der Bäuerin ins Haus gebeten: Sie serviert uns einen großen Teller Honig, Kannen mit Milch von der eigenen Kuh und dunkles Brot. »Es wäre schön, wenn wir uns immer so freundlich begegnen könnten«, seufzt Weniamin Andrianowitsch zum Abschied. Aber mit der freundlichen Begegnung hat es schon am nächsten Tag in Moskau ein Ende: Bis nachmittags um fünf warte ich im Hotel auf eine Nachricht aus dem Justizministerium. Ich hatte um ein Gespräch über die Situation von Häftlingen in der UdSSR gebeten. Zu 99 Prozent würde es klappen, sagt man mir, man warte nur noch auf ein »Ja«. Um viertel nach fünf kommt telefonisch ein kommentarloses »Njet«.

Konkret 10/82, S. 24

Horst Tomayer

Deutsche Gespräche

Horst Tomayer telefonierte als Franz Beckenbauer mit dem Vorsitzenden des Freien Deutschen Autorenverbandes Hubertus Prinz zu Löwenstein

Hier ist Prinz Löwenstein, wer sind Sie?

Hier spricht Franz Beckenbauer.

Sind Sie der Fußballmann?

Darf ich annehmen, daß Sie mich kennen?

Sicher!

I hab ja jetzt auch schon zwei Bücher geschrieben, die wo beide Bestseller geworden sind und meine Freundin meint, daß es ganz gut wäre, nicht nur fürs Renommee, wenn ich in einem richtigen Schriftstellerverband...

Ja, Herr Beckenbauer, das wär sehr vernünftig.

Jetzt hab ich da gehört, daß der Verband der Schriftsteller...

Ah, der ist linkslastig, ist nicht unabhängig mehr...

... die löchern mich dauernd und rennen mir die Bude ein.

Jetzt unter dem Herrn Bert Engelmann ist das ja ganz enthüllt worden.

Was sind denn das für Leut?

Ach Gott, der Bert Engelmann, hat gestern sein früherer Freund Zwerenz gesagt, ist der verlängerte Arm des ZK der sogenannten DDR.

Naa, da hab ich nix damit zu tun.

Nein, um Gottes willen.

Ich hab unlängst mit meinem Freund Dr. Köhnlechner gesprochen und der hat gemeint, daß der Freie Deutsche Autorenverband...

Ja, ja ja ja, wir würden uns sehr freuen, Sie aufzunehmen. Wir sind jetzt ungefähr 1.500

Mitglieder in neun Landesverbänden. Ich bin der Präsident seit Anfang an, ich bin der Prinz Hubertus, und Sie kennen mich vielleicht als Schriftsteller und als Historiker. Mein Vizepräsident ist einerseits der Prinz Nikolaus Lobkowicz, früher Präsident der Münchner Universität, dann der große Schriftsteller Otto Zierer und Luis Trenker.

Ja, der Luis ist mir ja persönlich sehr bekannt. Jetzt hat mir der Herr Dr. Köhnlechner auch gesagt, daß Sie einmal ein Buch gemacht haben zur Rettung der deutschen Sprache.

Ja ja ja ja ja, genau.

Ich hab aus dem Fußballprofigeschäft gewisse Erfahrungen mit Werbung, Kampagnen und so weiter. Kann man da nicht eine neue Auflage machen? Um was gehts denn da? Um so systemsprengende Ausdrücke vielleicht?

Auch um die lächerliche Überfremdung unserer Sprache, die gräßlichen Kürzel, BRD statt Bundesrepublik Deutschland.

Oder halt bloß Deutschland, wir spielen ja auch nur für Deutschland.

Genau, Sie haben völlig recht, Herr Beckenbauer, das ist genau meine Linie. Oder abends gilt es bei Leuten für vornehm, in einen Nightclub zu gehen. Das ist doch gräßlich, das ist eine Verwilderung der deutschen Sprache.

Genau, wir haben ja für alles selber schöne Ausdrücke, net wahr?

Genau, Herr Beckenbauer, Sie haben ja so recht.

Ich mach ja wahrscheinlich noch ein Abschiedsspiel, dann könnten wir ja bei der Gelegenheit die Bekanntmachung herausgeben, daß ich jetzt Mitglied im Freien Deutschen Autorenverband bin.

Sie wären als Mitglied hochwillkommen, ich habe eine große Liebe zu Ihnen.

Ich meine, Bestseller schreiben ja nicht immer bloß die anderen, der Grass undsoweiter.

Wir sind vor zehn Jahren gegründet worden, als die anderen Leute in die IG Druck und Papier eintraten, also ein Teil davon. Ich hab nichts gegen Gewerkschaften, aber ich bin doch als Schriftsteller kein Gewerkschafter.

A Schriftsteller ist für mich kein Arbeiter.

Meine Frau hat sehr witzig gesagt, der Michelangelo war auch nicht in der Gewerkschaft Steine/Erden.

Das ist gut gesagt.

Wir haben es sehr schwer gehabt, denn es war natürlich gegen uns eine Verschwörung des Schweigens. Und was die Leute so wahnsinnig ärgert, die Linke, daß Sie mir nichts Braunes nachsagen können. Ich war Verfolgter bei den Nazis, war Emigrant und hab mich immer zu meinem deutschen Vaterland bekannt, und das ärgert die. Unsere neueste Sach ist, daß wir eintreten für den Friedensnobelpreis für den Lech Walesa.

Genau, sonst machen ja bloß immer die anderen ihren Frieden.

Das ist wirklich ein Friedensheld und im letzten Jahr hat der Luis Trenker von uns den Freiheitspreis bekommen.

Dös war a guter Einfall.

Jetzt wird er neunzig Jahre.

A knochiger Kerl ist er ja.

Ich sag immer, mein jüngstes Mitglied ist Luis Trenker, der hat die Augen von einem vierzehnjährigen Lausbuben. Unser Hauptquartier ist ja an sich in München. Da bin ich sehr bald, denn auf Antrag von Franz Josef Strauß hat mir der Bundespräsident das Große Verdienstkreuz mit Stern verliehen. Ich freue mich für Ihren Antrag, denn das ist für das Ansehen des Freien Deutschen Schriftstellerverbandes wichtig. Am 28. September wird mir das Verdienstkreuz übergeben. Sind Sie da zufällig in München?

Kann sein, daß ich da auf meiner Tennisanlage in der Schweiz bin, aber vielleicht kann ich kommen. Ich bin ja jetzt bei der »Bild«-Zeitung als ständiger Mitarbeiter im Sport...

Sehr gut, sehr gut. Und ich bei der »Welt«.

Da sind wir ja praktisch Nachbarn.

Und meine jüngste Tochter, die Margarete von Schwarzkopff, schreibt dauernd in der »Welt«. Ja, Sie und ich, wir sind beide bei der sogenannten Springerpresse.

Sogenannt oder nicht, wenn der Kies stimmt.

Ja genau, wir sind die einzigen, die noch für die Freiheit eintreten. Nett, daß Sie angerufen haben. Ich hoffe, bald von Ihnen zu hören.

Auf Wiederhören, Herr von Löwenstein.

Konkret 10/82, S. 26

Randy Brauer

Libyens 3. Weg

Nach dem israelischen Krieg Im Libanon sind die meisten arabischen Staatschefs wieder fest an der Leine Amerikas. Nur einer fordert auch wie vor Präsident Reagans Supermacht öffentlich heraus: Libyens Revolutionsführer Muammar el-Gadhafi. Die Verleumdungskampagne, die Pentagon und Ölmultis seit Jahren gegen ihn führen, zeugt von der Bedeutung, die der revolutionären Sprengkraft Gadhafi'scher Ideen zugemessen wird. Er selbst sieht seine Rolle so: »Libyen ist eine unbedeutende Größe, verglichen mit dem Potential der Supermächte. Aber es ist das Sandkorn, das die ganze Maschine funktionsuntüchtig machen kann.«

Einmal, ein einziges Mal ließ es sich nicht vermeiden, daß ich gegen Kollegen aussagen mußte. Die deutsche Illustrierte »Quick« hatte in großer Aufmachung berichtet, die Europa-Zentrale des internationalen Terrorismus befände sich am Sträßchensweg 30 in Bonn.

Ich wußte nicht so recht, ob ich über die Reportage lachen oder weinen sollte, denn am Sträßchensweg 30 wohnte Jalal Daghely, der libysche Botschafter, und mehrere Male im Jahr traf sich dort ein Freundeskreis, dem neben Professor Mohammed Khatib, Leiter des Büros der Arabischen Liga in Bonn, und anderen Arabern auch ich angehörte.

Das Haus sei ein einziges Waffenlager, berichtete die Illustrierte. Und nicht nur die Baader-Meinhof-Bande, sondern auch Terroristen in anderen europäischen Staaten bezögen von dort ihre Mordwerkzeuge. Der Botschafter verklagte das Blatt. Es kam zum Prozeß, und ich denke, daß meine Aussage schließlich die Urteilsfindung erleichterte: Schmerzensgeld und Gegendarstellung.

Die Gegendarstellung erschien denn auch, wie vom Gericht verordnet, aber in Dutzenden von Zeitungskommentaren zum Thema Libyen wurde die These von der Kommandozentrale Sträßchensweg 30 wiedergekäut, Monate, ja: Jahre später. Die Lüge war durch permanente Wiederholung zur »Realität« geworden.

Es ist immer schon Mode gewesen, und es ist immer noch Mode, sich über Libyen und seinen Staatschef Gadhafi zu entrüsten. Kein Bombenanschlag irgendwo auf der Welt, hinter dem man nicht ihn vermutete.

Als Israel vor einigen Jahren eine unfreiwillig über den Suezkanal verirrte Boeing der »Libyan Arab Airlines« mit 114 Passagieren abschoß, gab es keinen internationalen Aufschrei des Entsetzens, sondern eher zustimmendes Kopfnicken in der Art: Geschieht ihm ganz recht, diesem Libyer!

Soviel Gemeinsamkeit ist verdächtig. Die Erklärung ist einfach: Gadhafi paßt in kein Schema. Er ist weder prowestlich noch proöstlich. Er hat in seinem Bestreben, jeden fremdländischen Einfluß aus der arabischen Welt zu verbannen, jedem schon einmal auf die Füße getreten.

Den Briten und Amerikanern stellte er Kündigungsbriefe für die unter König Idriss - seinem Vorgänger - angelegten Militärbasen zu. Die US-Luftbasis Wheelus mit 10.000 Mann mußte Knall auf Fall geräumt werden.

Als erster arabischer Führer trotzte er den internationalen Petroleumriesen schon 1970 höhere Erdölpreise ab. Die Anlagen der britischen Firma BP verstaatlichte er. Dieser libysche Coup löste die Emanzipation der arabischen Produzenten und die weltweite Ölpreislawine aus. Er warf kurzerhand 25.000 italienische Kolonisten, die mit Mussolini übers Mittelmeer gekommen waren, aus dem Land. Die katholischen Kirchen verwandelte er in Moscheen.

Seit seinem Machtantritt haftet dem Muammar el-Gadhafi das Etikett »unberechenbar« an - zu Unrecht, er ist berechenbar. Mir erklärte er einmal in einem Interview: »Ich sage eben, was ich denke. Wenn mir einer gefällt, sage ich es ihm. Wenn mir einer nicht gefällt, sage ich es auch.« Basis für seine Urteilsfindung, für Gefallen und Nichtgefallen sind zwei Schriftwerke: der Koran und das »Grüne Buch«. Der Koran stammt von Mohammed, das »Grüne Buch« von Gadhafi. Es ist sein politisches Credo, eine Antithese zu Kommunismus und Kapitalismus, aus der eines Tages, über Libyen hinaus, weltweit ein »Dritter Weg« entstehen soll. Wenn er von Journalisten über die Ziele seiner Politik befragt wird, pflegt Gadhafi die beiden Bücher zur Hand zu nehmen und zu sagen: »Hierin finden Sie die Antworten auf alle Ihre Fragen.«

Ich habe beide Werke gelesen und ziehe folgende Schlußfolgerungen: Gadhafis politische Zielsetzung besteht aus einer Koppelung von islamischem Purismus und arabischem Nationalismus. Er ist überzeugt, daß Imperialismus und Kolonialismus der europäischen Christen wenig Gutes ins Land gebracht haben. Die arabische Eigenständigkeit ging verloren, Sitten und Traditionen - bis dahin streng auf die Lehre des Koran gebaut - verfielen. Heute ist Gadhafis erklärtes Ziel die arabische Einheit vom Atlantik bis zum Persischen Golf.

Auf dem Wege zu diesem Ziel gilt es, etliche Hindernisse zu überwinden. Versuche, einen libysch-ägyptischen und später einen libysch-tunesischen Einheitsstaat zu gründen, scheiterten. Das größte Hindernis auf dem Wege zur Panarabien-Union aber ist die Existenz Israels. Für Gadhafi ist der Judenstaat auf arabischem Boden »ein Pfahl im Fleisch der Araber«, der herausgezogen werden muß.

Die Beweggründe und Handlungen des libyschen Revolutionsführers sind aus seiner Jugend zu erklären: 1942 wurde er in einem Kamelhautzelt am Rande der tripolitanischen Wüste geboren, während in der Nähe eine Panzerschlacht zwischen dem deutschen Afrikakorps und den Engländern tobte. Ein Onkel finanzierte dem Beduinensohn den Besuch einer Schule in der Oase Sebha. Seine Lehrer waren Ägypter, und das Idol seiner Jugend war Ägyptens Staatschef Nasser, der sich für die Größe der »Arabischen Nation« mit Franzosen, Engländern und Israelis herumschlug.

An der Universität Bengasi wurde dem 20jährigen Gadhafi während seines Geschichtsstudiums deutlich bewußt wie barbarisch Europäer in seinem Heimatland gehaust hatten - am schlimmsten die Italiener. Sie besetzten die nordafrikanische Küste gegenüber Sizilien und errichteten zwischen 1911 und 1931 ein Schreckensregime mit Enteignung, Zwangsarbeit und »11000 Exekutionen pro Jahr«, so schrieb 1930 ein Augenzeuge, der Däne Holmboe. Selbst General Graziani gesteht in seinen Memoiren, daß er 80.000 Beduinen in die Wüste deportierte, wo sie umgekommen seien.

Nach dem Studium trat Gadhafi 1963 in die Armee ein. An der Militärakademie Bengasi gründete er die Geheimorganisation der »Freien Offiziere«, die sich den Sturz der Monarchie zum Ziel gesetzt hatte. Der Geheimbund zählte zwölf Mann. Die Verschwörergruppe erregte sich vor allem darüber, daß der neue Reichtum des Landes - 1959 war Erdöl gefunden worden - nur Favoriten und Lakaien des Königs sowie Ausländern zugute kam.

Am 1. September 1969, als der damals schon alte König Idriss gerade zur Kur in der Türkei war, schlugen die zwölf jungen Offiziere los. In einem völlig unblutigen Staatsstreich stürzten sie die Monarchie.* Muammar el-Gadhafi wurde zum Vorsitzenden des Revolutionsrates gewählt.

Gadhafi, damals 27 Jahre alt, war somit erster Mann in einem Land geworden, das über enorme Geldmittel verfügt. Aller Haushaltssorgen ledig, ging der Nomadensohn mit dem hageren Gesicht daran, zu realisieren, was die »Freien Offiziere« sich vor dem Putsch geschworen hatten. Er »enteuropäisierte« das Land und machte Arabisch zur alleingültigen Landessprache. Lateinische Schriftzeichen, auch Straßen- und Firmennamen, mußten aus dem Stadtbild verschwinden.

Noch am Abend des Putschtages verdoppelte er den Lohn aller Arbeiter. Heute gehört Libyen mit seinem Pro-Kopf-Einkommen von 10.000 Dollar zur Gruppe der zehn reichsten Länder der Welt.

Zu Gadhafis allerersten Taten gehörte die Einführung der Polio-Schutzimpfung und der Bau von Heimen für behinderte Kinder. Im gewaltigen Wohnungsbauprogramm fehlten von Anfang an nicht die kleinen Siedlungshäuschen für Menschen, die bis dahin völlig mittellos gewesen waren. Libyen ist eines der wenigen Länder der Dritten Welt, in denen es keine Bettler mehr gibt.

Gleichzeitig mit den inneren Reformen entwickelte der Beduinensohn eine Art romantischen Revolutionsgeist nach außen hin. Er griff und greift überall dort mit Geld ein, wo er glaubt, Freunden helfen und Feinden schaden zu können. Er zahlt an die IRA in Nordirland er schickt den Black Muslims und anderen Organisationen der amerikanischen Schwarzen Dollars, er unterstützt muselmanische Aufständische auf der Philippinen-Insel Mindanao, baskische, korsische und sardische Separatisten und natürlich die Palästinenser. Weil er offen für die Unterstützung dieser - im Sprachgebrauch der jeweils bedrohten, etablierten Regierungen terroristisch genannten - Organisationen eintrat, erklärte man ihn oft genug auch zum Anstifter internationaler Mordkomplotte.

Ägyptens Präsident Sadat behauptete - bevor er dann wirklich umgebracht wurde - Gadhafi habe viermal versucht, ihn ermorden zu lassen. Und die Präsidenten von Niger, Sudan, Tunesien und Gambia haben alle öffentlich erklärt, Gadhafi wolle sie stürzen und trachte ihnen nach dem Leben. Als im Januar dieses Jahres ein amerikanischer Militärattache in Paris erschossen wurde, vermutete die »International Herald Tribune« sofort Gadhafi als Drahtzieher im Hintergrund. Als besondere Frechheit wurde Gadhafi der Einmarsch libyscher Truppen in Tschad - November 1980 - angekreidet. Nun läßt sich nicht bestreiten, daß Tschad-Präsident Goukouni, der sich vorher vergeblich an die Franzosen gewandt hatte, im zweiten Anlauf die Libyer um Hilfe gebeten hatte. An die 10.000 libysche Soldaten verjagten Goukounis Widersacher Hissen Habre. Die Freude des Tschad-Präsidenten über diesen Sieg wurde für eine kurze Zeit gedämpft, als Gadhafi, der große Einheitsfetischist, die Vereinigung der beiden Länder verkündete. Genauso spontan wie dieser Entschluß war dann ein Jahr später auch der Verzicht: Die Organisation der Afrikanischen Einheit forderte Libyen auf, seine Truppen wieder zurückzuziehen, und Gadhafi zögerte nicht, den afrikanischen Brüdern einen Gefallen zu tun. Er orderte seine Panzer zurück in die heimatlichen Kasernen. Nach dem Abzug der Libyer breitete sich das alte Tschad-Chaos schnell wieder aus. Aktueller Stand: Hissen Habre an der Macht, Goukouni auf der Flucht.

Sein »eigentliches Lebensziel«, so Gadhafi über sich selbst, ist jedoch die Agitation gegen Israel. Und noch kein arabischer Politiker hat den Israelis so sehr geschadet wie er. Das hängt weniger mit der Finanzierung von palästinensischen Befreiungsorganisationen zusammen, als vielmehr mit seiner außenpolitischen Aktivität. »Libyen«, sagte Gadhafi bei der großen Revolutionsparade 1981 in Tripolis, »Libyen ist fürwahr eine unbedeutende Größe, verglichen mit dem Potential der Supermächte. Aber es ist das Sandkorn, das die ganze Maschine funktionsuntüchtig machen kann.«

Die Argumente jener Regierungen, die sich durch Gadhafi bedroht und bedrängt fühlen, zielen denn auch immer wieder in diese Richtung: Der Kerl will Sand ins Getriebe der gut geölten internationalen Beziehungen streuen. Folglich muß dieser

Spielverderber ausgeschaltet werden, bevor er noch gefährlicher wird.

Weil er allen irgendwie schon einmal auf die Füße getreten hat, wollen ihm alle Denkzettel verpassen. Seit Jahren bemüht sich Gadhafi darum, der Bundesrepublik Deutschland - die dreißig Prozent der libyschen Industrie-Importe liefert - einen Staatsbesuch abstatten zu können. Aber die Bundesregierung lädt ihn nicht ein. Dem amerikanischen Präsidenten sandte Gadhafi eine Glückwunschbotschaft zur Amtseinführung. Reagan schwieg und schickte nicht einmal das im diplomatischen Verkehr sonst übliche Danktelegramm. Im Dezember 1979 war die US-Botschaft in Tripolis von Pro-Khomeini-Demonstranten in Brand gesteckt worden. Amerika fror die diplomatischen Beziehungen ein. Gadhafi bat Washington, die Botschaft wieder zu eröffnen; er werde die Kosten für den Wiederaufbau zu hundert Prozent übernehmen. Washington forderte eine Entschädigungssumme »in cash« und eine förmliche Entschuldigung. Gadhafi antwortete, er könne sich nicht entschuldigen, weil er den Angriff auf die Botschaft weder angeordnet noch gutgeheißen habe.

Mit gewaltiger Publicity machte der amerikanische Geheimdienst CIA Ende Dezember 1981 bekannt, was er zwar nicht beweisen, aber dennoch unter die Leute bringen wollte: Gadhafi habe Killer-Teams in die Vereinigten Staaten geschickt, die den Auftrag

gehabt hätten, Präsident Reagan zu ermorden. Auf einer von der CIA lancierten Liste tauchten neben anderen auch zwei Herren namens Nabih Berri und

Mohammed Shamseddin auf. Das aber sind zwei Offiziere der »Amal«, der schiitischen Miliz im Libanon, die Gadhafi vorwirft, er habe ihren geistlichen Führer, den Imam Moussa Sadr, gekidnappt. Zwei Todfeinde Gadhafis auf einer Liste, die angeblich Gadhafis Killer öffentlich machen soll! Als diese peinliche Geschichte an die Öffentlichkeit kam, erklärte die amerikanische Regierung verstört, die Namen seien durch einen »Computer-Irrtum« auf die Liste geraten.

Wahrend also Washington Gadhafi öffentlich beschuldigt, er wolle Reagan töten, fühlt sich der Angeklagte selbst bedroht. Grund genug hat er: In einer ABC-Fernsehdiskussion forderte der Kolumnist George Will ziemlich deutlich dazu auf, diesen »räudigen Hund auf den Straßen der Welt, Gadhafi« zu liquidieren.

Als ich Gadhafi 1971 kennenlernte fuhr er mit seinem alten VW in der Gegend herum, allein und ohne Eskorte. Auf dem Markt kauften wir Schallplatten mit arabischer Musik; die Leute plauderten mit ihm wie mit einem netten Jungen aus der Nachbarschaft. Heute schläft er selten zwei Nächte hintereinander in ein- und demselben Haus. Er fühlt, »daß sie hinter mir her sind«, und sein Tagesprogramm läuft - mit Absicht - so unregelmäßig ab, daß ein potentieller Attentäter kaum eine Chance hätte, ihn zu erwischen.

Hätte der Feuerkopf aus dem Kamelhautzelt sich nicht mit Supermächten, Ölmultis, Kapitalisten und Zionisten angelegt, so würde er auf der internationalen Szene sicher nicht wie ein Aussätziger behandelt werden. Andererseits wäre eine totale Befreiung Libyens von ausländischem Einfluß ohne Konflikte nicht möglich gewesen. Denn weder die amerikanische Luftwaffe noch die italienischen Landbesetzer wären freiwillig gegangen. Die Ölfirmen hätten nicht ohne Zwang den libyschen Anteil heraufgesetzt, und keiner der europäischen oder amerikanischen Unternehmer wäre aus reinem Idealismus bereit gewesen, die Basislöhne zu verdoppeln und zu verdreifachen. Sie alle mögen Gadhafi nicht.

Aber die Libyer mögen ihren Muammar el-Gadhafi. Selbst das amerikanische Nachrichtenmagazin »TIME«, das dem »Gespenst des Terrorismus« ein Titelbild und zehn Seiten widmete, konzediert: »Gadhafi ist im großen und ganzen in Libyen immer noch populär.«

Ein Wunder wäre es, wenn es nicht so wäre. Von den Dutzend fetten Jahren seit dem Putsch hat jeder Libyer etwas abbekommen. Die überwiegende Mehrheit des Volkes ist aus großer materieller Not etliche Leitersprossen hinauf in eine Ära des Wohlstandes geklettert.

Das ist eine ungeheure Leistung für ein Land, das noch vor einer Generation gern als »die Heimat der großen Leere« oder »das Land, das es nicht gibt« bezeichnet wurde. Der französische Flieger Antoine de Saint-Exupéry - nach einer Notlandung auf wundersame Weise von einem Beduinen gerettet - sagte, daß »dies die ödeste und unwirklichste aller Wüsten« sei.

Libyen hält zwei Weltrekorde: die höchste gemessene Temperatur (58 Grad im Schatten), im Herzen von Jéfara, östlich von Tripolis, und die geringste Bevölkerungsdichte pro Quadratkilometer. Die Einwohner siedeln in den Oasen oder in den Städten des grünen Küstenstreifens, etwa zweitausend Kilometer entlang dem Mittelmeer. Selbst an der breitesten Stelle, um die Ebene von Barce und um den Djebel Akhadar - »Grünes Gebirge« - herum, ist der Küstenstreifen nicht breiter als 75 Kilometer.

In der Zyrenaika, in Höhe der Wüste der Großen Syrte, entlang dem gleichnamigen Golf, wo im letzten August die Amerikaner zwei libysche Jagdbomber abschossen, ist der fruchtbare Streifen auf viele Kilometer hin gänzlich unterbrochen. Auf Küste und Oasen also ist das »libysche Paradies« begrenzt. Der Rest ist die Hölle.

Gadhafi sagte mir in einem Gespräch, das wir 1973 führten, daß die Hauptantriebskraft hinter allen Plänen, die er mit der Landwirtschaft habe, ein »Herzenswunsch« sei: der Wunsch nämlich, der Welt zu beweisen, daß nicht nur Israelis, sondern

auch Araber Wüsten grün machen könnten.

In den neun Jahren, die seit jenem Gespräch vergangen sind, hat Gadhafi 103 Landwirtschaftsprojekte realisiert und zehn Staudämme gebaut. In Libyen grasen heute zehn Millionen Schafe - neun Millionen mehr als 1970. 400 Millionen Bäume wurden gepflanzt, wovon immerhin die Hälfte überlebte. Das Land deckt seinen Eigenbedarf an Früchten und Gemüse und hofft auf einen Export dieser Waren, wenn die Anzahl der Gewächshäuser im Laufe der nächsten Jahre erhöht wird. Was kann man mehr erwarten von der »Heimat der großen Leere?«

Gadhafi erwartet mehr - und da stellt sich die Frage, ob die Libyer ihm auch in Zukunft immer freudig folgen werden.

Am 2. März 1977 rief der revolutionäre Oberst die »Populäre und Sozialistische Libysch-Arabische Jamahiriya« aus. Das Wort, das extra für diese Gelegenheit geschaffen wurde, bedeutet »Staat der Massen«. Die Funktionen der Ministerien und der Verwaltung - auch Gemeinderäte und Botschaften - wurden aufgehoben und durch »Volksbüros« ersetzt. Alle Macht wurde dem »Basisvolkskomitee « gegeben: eine Art Räterepublik.

Gadhafi zog eine »Bilanz der vergangenen Periode« und stellte in einer langen Rede fest, daß die Revolution, die das Ölgeld gerecht verwaltet und gezielt eingesetzt habe, dem Volk alles gegeben hatte, was es zum Leben brauchte: Häuser, Schulen, Autos, Krankenhäuser, Fabriken, Bauernhöfe.

»Es wird Zeit«, fügte Gadhafi weise hinzu, »daß die Libyer, die vom Öl profitieren, nunmehr anfangen, an die Phase nach dem Ölzeitalter zu denken. Die Verbraucher müssen Erzeuger werden. Händler sind Parasiten, die besser in den Fabriken arbeiten sollten. Und Friseure sollten lieber auf die Felder gehen, um Korn zu mähen, statt in den Städten Haare zu schneiden.«

Thesen aus dem von ihm verfaßten »Grünen Buch«, das er Jahr für Jahr durch neue Abschnitte ergänzt hatte, fanden ihren Weg auf viele Transparente im ganzen Land. Wie Maos »Rotes Buch« lange das Alltagsleben Chinas prägte, so sollten Gadhafis »grüne« Erkenntnisse das Leben der Beduinengesellschaft revolutionieren.

Es war klar, daß die für arabische Verhältnisse sensationellen Dogmen wie »Die Frau ist keine Ware«, »Das Haus gehört dem Bewohner«, »Das Land gehört niemandem«, »Verbraucher müssen Erzeuger werden« nicht überall auf jubelnde Zustimmung stießen. Mehrere Gruppen der Bevölkerung waren betroffen. Zuerst die Eigentümer - die Bourgeoisie hatte viel in Immobilien investiert -, die von den Mietern enteignet wurden. Danach die Händler: Der Außenhandel wurde verstaatlicht und die Kaufmannschaft angehalten, ihre Läden zu schließen. Sie werden nach und nach von Supermärkten ersetzt.

Die jungen Libyer - 65 Prozent der Bevölkerung - die Gadhafis treueste und solideste Freunde sind, applaudierten begeistert. Endlich Schluß mit dem Basar, dieser Inkarnation der Übervorteilung! Endlich Gerechtigkeit für die Zukurzgekommenen! Endlich Abschaffung aller Hierarchien! Alles war gut - was sollte nun noch Schlimmes in diesem Lande der permanenten Revolution passieren? Die Herren und Damen Schüler und Studenten - auch die Tatsache, daß die Frauen absolut gleichberechtigt sind in diesem Beduinenstaat, ist eine Sensation für sich - hätten eigentlich damit rechnen müssen, daß auch sie in den Plänen ihres Führers eine Rolle spielten. Aber sie taten sehr überrascht, als Gadhafi seinen Vorsatz kundtat, die Universitäten in Kasernen zu verwandeln.

Die Studenten - zehntausend 1981 gegenüber vierhundert im Putschjahr 1969 - hielten mit ihrer Unzufriedenheit nicht hinter dem Berg: »Man will uns zu schlechten Offizieren erziehen, ohne zu beachten, daß wir gute Ingenieure werden könnten. Wir würden damit doch in Libyen die Fehler der Kulturrevolution von China wieder aufnehmen.«

Der »Bruder Oberst« ging zu ihnen, um mit ihnen zu diskutieren. Und beide Seiten fanden einen Kompromiß: Anstatt vorwiegend Dienst mit der Waffe zu tun, sollen die Studenten ihre Studienzeit dreiteilen, um die theoretische, praktische und militärische Ausbildung sicherzustellen.

An der Waffe ausgebildet werden sie jetzt jedenfalls alle. Und nach dem Ende der Ausbildung nehmen sie ihr Gewehr mit nach Hause - mit einer nicht unwesentlichen Abweichung von einer ansonsten klassisch schweizerischen Tradition: In Libyen haben auch die Frauen ihr Gewehr im Schrank. Die bitteren Erfahrungen aus der Geschichte - die Wehrlosigkeit Libyens gegenüber dem Angreifer - haben Gadhafi die Idee vom wehrhaften Volk eingegeben. Seine bewaffneten Studenten sind für ihn genauso Symbole der Unabhängigkeit wie die Kampfflugzeuge, die er in Frankreich und in der Sowjetunion kaufte.

Symbolträchtig ist auch der Name, den er der von den Amerikanern geräumten Wheelus-Airbase gab: Sidi Okba Ben Nafi. Das war ein Kriegsapostel, der im Namen Allahs und seines Propheten Mohammed am Anfang des 8. Jahrhunderts den Maghreb eroberte.

Ein Kriegsherr, der wie Sidi Okba Ben Nafi an der Spitze seiner Truppen ferne Länder erobert, wird Gadhafi nie sein. Auch die Atlanten wird er nicht umkrempeln: Abgesehen von einem Streifen tschadischen Territoriums, schon vor zehn Jahren per Dekret zu libyschem Gebiet erklärt , ist das Bild Libyens auf den Landkarten durch all die Revolutionsjahre unverändert geblieben. .

Nein, die Grenzen seiner Heimat überspringt dieser Mann mit etwas, was wirkungsvoller ist als alle Jagdbomber und Gewehre: mit seiner Vision von Gerechtigkeit und Groß-Arabien.

Im fernen Bamako, der Hauptstadt von Mali, kenne ich einen Tuareg, den die Dürre aus der Sahara vertrieben hat wie Zehntausende seiner Stammesgenossen. Jedesmal, wenn ich nach Bamako komme, und das geschah dreimal im letzten Jahr, besuche ich ihn.

»Wie geht's?« fragte ich ihn. Die übliche dumme Frage, denn die Tuaregs fristen im großen Elend in den westafrikanischen Städten ihr Leben.

»Mir geht's gut«, antwortete Tariq. »Denn ich weiß, daß uns Gadhafi retten wird, irgendwann.«

Natürlich, Gadhafi. Wer denn sonst?

* Idriss lebt, inzwischen 90jährig, im Exil in Kairo. Gadhafi zahlt ihm eine Pension.

Kasten

»Milliardengeschäfte für die deutsche Wirtschaft« auf Seite 33:

Der arabische Staat im Norden Afrikas ist mit 1,96 Millionen Quadratkilometer Fläche mehr als siebenmal so groß wie die Bundesrepublik Die 3,3 Millionen Einwohner (darunter 2,8 Millionen Libyer) leben vor allem in einem schmalen Streifen an der Küste. Die Hauptstadt Tripolis hat 700.000 Einwohner.

Das Land ist einer der größten Ölproduzenten der Welt. Das Pro-Kopf-Einkommen ist mit 10.000 Dollar nicht nur in Afrika das höchste, es liegt zum Beispiel auch höher als in Italien und England. Durch Ansiedlung anderer Industrien soll der Beitrag der Ölindustrie zum Volkseinkommen bis 1985 unter 50 Prozent gesenkt werden.

Mehr als 60 deutsche Firmen sind mit Niederlassungen in Libyen vertreten. Im vergangenen Jahr haben sie vom »Iron and Steel Projects, Heavy Industries Secretariat« eine Reihe von Großaufträgen bekommen. Dazu gehört auch der größte laufende Exportauftrag der deutschen Industrie: Die schlüsselfertige Lieferung des Stahlwerks 2 sowie zahlreiche infrastrukturelle Einrichtungen für das gesamte Hüttenwerk Misurata. Dafür wurde ein von der Fried. Krupp GmbH, Krupp Industrie- und Stahlbau, geführtes Konsortium beauftragt. Der Gesamtwert beläuft sich auf 1,5 Milliarden DM.

Die deutsche Wirtschaft exportierte 1981 Waren für 7,5 Milliarden DM nach Libyen. Mit 3,5 Milliarden DM war Gadhafi der wichtigste Auftraggeber des bundesdeutschen Anlagenbaus. Neben dem Krupp-Konsortium sind in Libyen u.a. engagiert: BBC, Kraftwerksbau, Auftragswert 520 Millionen. DM; Schloemann-Siemag (SMS), Stahlwerkseinrichtung, 240 Millionen DM; BBC, Schaltanlagen, 230 Millionen DM; Siemens AG, Elektro-Ausrüstungen und Hochspannungs-Schaltanlagen, 423 Millionen DM; Uhde, Methanol- und Harnstoff-Anlage, 400 Millionen DM; Ferrostaal/SMS, Walzwerks-Einrichtungen, 170 Millionen DM.

Neun Prozent der Waffen-Importe der Dritten Welt gehen nach Libyen. Das Land ist damit der größte Waffenkäufer dieser Staatengruppe (vor Saudi-Arabien und Irak). Gadhafi verfügt über 2.000 Panzer und 200 Kampfflugzeuge. Früher kamen die meisten Waffen aus Amerika und Frankreich. Heute werden sie fast ausschließlich von der UdSSR geliefert.

Konkret 10/82, S. 36

Winfried Wolf

Konkurs nach 13 Jahren

Eine Ära deutscher Nachkriegs-Politik geht zu Ende. Der sozialdemokratische Versuch, dem Kapitalismus ein menschliches Antlitz aufzuschminken, ist gescheitert. Eine Bilanz.

»Eines aber möchten wir in absehbarer Zeit gewiß nicht hören: das jammervolle Geächz der aus der Regierung hinausgeworfenen Sozialdemokraten, weil man sie gerade so behandeln wird, wie sie heute den Reaktionären helfen die Arbeiter zu behandeln.« Kurt Tucholskys Worte über die SPD der Weimarer Republik wurden aktuell, als Helmut Schmidt am 17. September vor dem Bundestag seine lange Rede zum kurzen Abschied hielt: »Ich bin stolz auf unsere gemeinsamen Leistungen und stehe eindeutig zu allem, was wir bis zum heutigen Tag miteinander verabredet haben.«

Die große Stunde, das Ende sechzehnjähriger Mitregentschaft und dreizehnjähriger Regierungsführung der SPD, fand ihren gewohnt provinziellen Stil. Seitenlange Rezensionen widmeten sich der Taktik des Abgangs, mit dem der Kanzler seine Übung zieren wollte (Rudolf Augstein im *»Spiegel«:* »Seine Rede hat klargemacht, was die Bundesrepublik verliert«; das *»Handelsblatt«:* »Meisterstück der Raffinesse«); *»Bild«* interessierte sich für Tacheles: »Wer kriegt die Flugzeuge für den Wahlkampf?«; die *»Frankfurter Allgemeine«* griff zum Taschenrechner: »4.349 Tage sozialliberale Koalition«; und *»Bild«* wiederum bot den Massen ein deutsches Triefstück: »Tränen und ein Händedruck von Barzel« - »Loki im Urwald«. Der Gatte selbst spielte den enttäuschten Liebhaber: »Die FDP hat bei der Bundestagswahl 1980 mit meinem Namen für sich geworben. Sie hat damit sehr gut abgeschnitten.«

Nebenbei wird auch die Schuldfrage beantwortet. Die *»Frankfurter Allgemeine«* sah »zuerst eine Krise der SPD, ehe sie die FDP ansteckte und zur tödlichen Krankheit der Koalition wurde«. Das *»Handelsblatt«* fügt in diese Krankheitsgeschichte das Datum ein: »Die Koalition ist in Wirklichkeit auf dem SPD-Parteitag vom 19. bis 23. April in München zerstört worden.« Dort soll es, hört man jetzt, rechtschaffen sozialistisch zugegangen sein. Ein Blick über den Tellerrand tut not, um erkennen, welche Suppe da eingebrockt wird. Man muß schon *»Le Monde«* lesen, um den Bonner »Machtwechsel« im Licht der Weltwirtschaftskrise beleuchtet und die Frage gestellt zu sehen: »Macht die Krise die Demokratien unregierbar?« Und man muß die *»Financial Times«,* das Sprachrohr des internationalen Kapitals, zur Hand nehmen, wenn man die innere Notwendigkeit des Koalitionsbruchs beschrieben sehen will: »Es waren die wirtschaftlichen Perspektiven, die diese zwei Männer (Schmidt und Genscher) in unterschiedliche Richtungen *trieben.«* Jetzt beginne eine »neue politische Ära«.

Die alte, die jetzt endet, hatte 1966 begonnen, als die SPD ein Jahr nach der Bundestagswahl die FDP aus der Koalition mit der CDU/CSU drängte, den Marktwirtschaftskanzler Ludwig Erhard stürzen half und als Juniorpartner in die Regierung des Christdemokraten (und früheren NS-Propagandisten) Kurt Georg Kiesinger eintrat. Zu welchem Zweck die Sozialdemokraten das taten, beschreibt eine parteioffiziöse Schrift recht plastisch: »In dieser Zeit hilft die SPD wieder einmal dabei mit, den Karren aus dem Dreck zu ziehen.« Dreck - das war die Rezession von 1966/67, die erste spürbare seit Beginn des »Wirtschaftswunders«; Dreck - das waren verkrustete Gesellschaftsstrukturen, die den Bedürfnissen der zweiten technischen Revolution nicht gewachsen waren (Stichwort: »Bildungsnotstand«); Dreck - das war vor allem die Rebellion der Studenten und das Aufbegehren der Gewerkschaften.

Die SPD zog den Karren zunächst zusammen mit der CDU/CSU aus der »Talsohle« der Wirtschaft und ermöglichte durch ihre Zustimmung zu den verfassungsverändernden Notstandsgesetzen der Staatsmacht, künftigen schweren Krisen mit der Gewalt von Polizei und Militär zu begegnen. Es könnte sein, daß eine Bonner Bürgerblock-Regierung vielleicht schon in der nächsten tiefen Kapitalkrise erstmals zu den 1968 von der SPD genehmigten Waffen greift.

1969 endlich war das mit dem Godesberger Programm avisierte Ziel erreicht. Die SPD stellte den Kanzler, die FDP regierte mit, die CDU/CSU mußte in die Opposition. In unser aller Bewußtsein lebt diese erste Zeit der sozialliberalen Koalition als die Epoche der »inneren Reformen« (oder »Rifarrmen«, wie es der Kanzler Willy Brandt aussprach), und selbst die Jahre der Kanzlerschaft Helmut Schmidts ab 1974 nahmen schon Stunden nach dem Aus die blaßrosa Farbe passablen sozialen Managements an. Wie nostalgisch der Rückblick verfärbt ist, belegt die nüchterne Bilanz sozialliberaler Regierungs- und Gesetzgebungstätigkeit:

DieReformansätze in der Sozial- und Wirtschaftspolitik endeten fast alle in windigen Kompromissen (Betriebsverfassungsgesetz, »flexible Altersgrenze«) oder wurden konservativem Widerstand geopfert (Berufsausbildung, Bodenspekulation, Schiene vor Straße). Trotz des »Jahrhundertwerks« der Steuerreform stieg die Quote der Steuern und Sozialabgaben der Lohnabhängigen von 37,8 Prozent im Jahre 1970 auf 43,3 Prozent im Jahre 1980, während gleichzeitig Kapitalsteuern abgebaut und den Unternehmern Investitionshilfen in Milliardenhöhe gewährt wurden (ohne daß davon die versprochenen Arbeitsplätze geschaffen worden wären).

Zwar wurde das Arbeitslosengeld auf 68 Prozent des letzten Bruttolohns erhöht, doch dafür wurde die Dauer des Anspruchs von 18 auf 12 Monate reduziert und die Zeit der Anwartschaft von 6 auf 12 Monate verlängert - was sich bei

geringer und kurzer Arbeitslosigkeit als soziale Wohltat hätte erweisen können, wurde in den Jahren wachsender Dauerarbeitslosigkeit zur kalten Enteignung der sozial Schwächsten. Auch der Begriff der »Zumutbarkeit« (nämlich eines graduellen sozialen Abstiegs des zu vermittelnden Arbeitslosen) wurde kontinuierlich verschärft, dafür der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von 2 auf 3 Prozent des Lohns erhöht.

Es gab auch tatsächliche Verbesserungen der »Lebensqualität« der Arbeiterschaft, vor allem in den Jahren zwischen 1969 und 1974. Doch die wurden nicht von einer sozialliberalen Regierung *gewährt,* sondern von den Arbeitern teils in »wilden Streiks« (1969 und 1973), teils in gewerkschaftlich organisierten Aktionen erkämpft. Es ist nicht nur in Vergessenheit geraten, sondern sehr bewußt verdrängt worden, daß Willy Brandt, als er 1974 aus Anlaß der Affäre Guilleaume gestürzt wurde, gerade im Lohnkampf mit der ÖTV den streikenden Gewerkschaftern unterlegen und durch diese Niederlage bereits demontiert war.

Was trotz alledem denn noch übriggeblieben war, wurde von der SPD im Laufe der Haushaltsberatungen 1981 und 1982 auf Verlangen der FDP liquidiert (Aushöhlung der Rentenversicherung, Belastung der Renten, »Eigenbeteiligung« bei Krankheit und Kuren). Der letzte von der SPD verabschiedete Haushalt wurde zur Bankrotterklärung sozialdemokratischer Sozialpolitik: Erhöhung des Militärhaushalts um 4 Prozent, Abbau des Sozialetats um 10 Prozent.

Die Parole »Mehr Demokratie wagen!« aus Willy Brandts Regierungserklärung von 1969 erschien in den Folgejahren oft geradezu als Farce. Es war Brandt selbst, der 1972 mit den Ministerpräsidenten der Bundesländer den Berufsverbote-Erlaß ratifizierte; es waren sozialdemokratische Justizminister, die neue »Gewaltparagraphen« wie den 130 a und das Kontaktsperre-Gesetz formulierten, es war die sozialliberale Bundesregierung, die die Telefonüberwachung erleichterte, den Bundesgrenzschutz und das Bundeskriminalamt zu riesigen Erfassungs- und Überwachungszentren ausbaute und dem Polizeistaat alle Mittel innerer Repression bereitwilliger zugestand, als je eine CDU-Regierung zuvor es getan hatte.

Bleibt die Außenpolitik, von der zu Recht allein die Ostpolitik und von dieser wiederum nur die der Kanzlerjahre Willy Brandts positiv im Gedächtnis geblieben ist. Doch auch da kann eine kritische Revision verklärender Erinnerung nicht schaden: Die Regulierung des Verhältnisses zu den Staaten Osteuropas war schon Mitte der sechziger Jahre, als die USA den Gedanken an eine »Befreiung« dieser Länder vom Kommunismus (vorübergehend, wie wir jetzt lernen) aufgegeben hatten, überfällig. Die CDU/CSU, deren Klientel längst gierig auf die Märkte im Osten schielte, war wegen deutsch-nationaler Verkalkung ihres Führungspersonals und wegen ihrer Abhängigkeit von militanten Vertriebenenverbänden nur nicht fähig gewesen, das von einigen ihrer jüngeren Politiker längst als notwendig Erkannte auch zu tun. Es hätte zu denken geben müssen, daß die bis heute schärfsten Kritiker der Ostverträge - wie der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß - von allem Anfang an immer ein beruhigendes »pacta sunt servanda« in Richtung Moskau, Warschau, Ostberlin und Köln, denn dort sitzt der Bundesverband der Deutschen Industrie, gemurmelt haben.

Daß aus der »neuen Ostpolitik« der SPD keine neue Außenpolitik folgte, zeigt das unveränderte, ja geradezu verschlimmbesserte Verhältnis, das Bonn in den Jahren von Brandt und (noch mehr) Schmidt zu den USA und ihrer imperialistischen Politik unterhielt. Unvergessen die Worte Helmut Schmidts: »Der schließliche Rückzug aus Vietnam wird der amerikanischen Position in der ganzen Welt schaden ... Das Vertrauen der Westeuropäer in die Führungsfähigkeit ihrer amerikanischen Führungsmacht (wird) erschüttert.«

Entsprechend willig wurden unter sozialliberaler Regierung die Kontakte zu den terroristischen Regimes in aller Welt ausgebaut, auf die der US-Imperialismus seine Weltmachtrolle stützt: die Exporte der Bundesrepublik in den vom SAVAK-Schah beherrschten Iran stiegen von 928 Millionen Mark im Jahre 1967 auf 5,2 Milliarden Mark 1975; die Exporte ins rassistische Südafrika erhöhten sich im gleichen Zeitraum von 1,2 auf 3,4 Milliarden, die nach Brasilien von 850 Millionen auf 3 Milliarden - dies alles unter der Kanzlerschaft der »Sozialisten« Brandt und Schmidt.

Den - wie in der Sozialpolitik - trotz alledem übriggebliebenen Rest, Entspannungspolitik genannt, liquidierte der sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt, als er 1977 eine bis dahin nicht einmal von den US-Rüstungskonzernen wahrgenommene »Rüstungslücke« entdeckte, die durch atomare »Nach«-Rüstung geschlossen werden müsse. Es dauerte immerhin noch drei Jahre, bis die US-Regierung begriffen hatte, daß ausgerechnet ein regierender westeuropäischer Sozialdemokrat sie einlud, ein atomares Mittelstrecken-Potential in der Alten Welt zu stationieren, das einen auf Europa begrenzten Atomkrieg planbar machte. Sogar die Wahl des Rüstungs-Megalomanen Ronald Reagan fand noch höchsten sozialdemokratischen Beifall. Kanzler Schmidt: »Ich mag diesen Mann.«

So macht es die kritische Betrachtung der *politischen Praxis* dreizehnjähriger sozialdemokratischer Regierungsführung recht unverständlich, warum fast alle vernehmbaren Stimmen bürgerlicher Vereinigungen das Ende dieser Ära so befriedigt begrunzen. Der BDI ist erleichtert: »Endlich Unsicherheit beendet.« Der Deutsche Industrie-und Handelstag ist hoffnungsfroh: »Jetzt muß der Umverteilungsstaat gestoppt werden!« Der Zentralverband des Deutschen Handwerks weiß wieder, was werden kann: »Das Vertrauen in die Führungskraft der politisch Verantwortlichen muß wiederhergestellt werden!« Die Börsenkurse schnellten um 6 bis 10 Prozent nach oben, das *»Handelsblatt«* meldete: »Euphorische

Stimmung am Aktienmarkt«. Und das alles, obwohl die SPD-Regierungen nie ernsthaft gegen die bürgerlichen Interessen verstoßen haben?

Der Grund für diesen Widerspruch ist im *Charakter* der SPD zu suchen. Obwohl sie eine bürgerliche Partei (im Politologendeutsch: »entideologisierte Volkspartei«) ist, läßt sie sich doch mit CDU, CSU oder FDP nicht vergleichen. Denn die SPD bleibt zugleich nach Tradition, Mitgliedschaft und vor allem Wählerbasis schier unentrinnbar ein Teil der Arbeiterbewegung. Wenn es denn stimmt (und es stimmt), daß Lohnarbeit und Kapital in einem unauflöslichen Widerspruch zueinander stehen, dann muß dieser Widerspruch in einer Partei, die von Lohnarbeitern, vor allem von den relativ bewußten unter ihnen, gewählt wird und zugleich eine bürgerliche Politik treibt, aufbrechen. Warum das erst so spät geschah, ist der relativen Stärke des westdeutschen Kapitals zuzuschreiben, das - anders als die meisten seiner imperialistischen Konkurrenten über so große Reserven verfügte, daß es sich die zeitweise Befriedigung der Arbeiterbewegung durch die Regierungstätigkeit von Sozialdemokraten auch (kurzfristig) mal was kosten lassen konnte.

Schwierig wurde es - für das Kapital wie für die regierenden Sozialdemokraten - erstmals 1974/75, als die Krisensymptome sich zu einer handfesten Rezession verdichteten und die Gesichtszüge des ordinären Kapitalismus auch die BRD-Gesellschaft zu erfassen begannen: mit Massenarbeitslosigkeit, Angriffen auf Lebensstandard und soziale Sicherheit.

In dieser Situation verfolgte die SPD-Führung fast bis zur Selbstaufgabe die erforderliche bürgerliche Politik und hielt ihre Basis mit Drohungen (»Sonst kommt Strauß«) nieder. Mit Erfolg. Sie stand die Krise Mitte der siebziger Jahre als Regierungspartei durch und konnte auch die Wahlen 1980 noch einmal gewinnen. Doch mit Beginn der nächsten (und bisher schwersten) Nachkriegskrise brachen 1981 die Widersprüche der Interessen von Kapital und Arbeit so vehement auf (die Zahl von zwei Millionen Arbeitslosen war schon absehbar), daß Regierungstätigkeit sich nicht mehr als *ausgewogen* nach beiden Seiten darstellen ließ. Schon in diesem Sommer, sah sich selbst die parteitreue Führerschaft der DGB-Gewerkschaft gezwungen, dem Druck der Basis nachgebend Demonstrationen gegen die Haushaltsbeschlüsse der SPD/FDP-Regierung vorzubereiten. Die SPD selbst rutschte von einer Wahlniederlage in die nächste - jedesmal fehlten wieder 6 oder gar 8 Prozent, die meisten davon Arbeiter und Jugendliche.

Die Rolle der SPD als Regierungspartei war ausgespielt. Und es war keineswegs ursächlich, sondern bestenfalls anläßlich der »Verrat« der FDP oder das »Komplott« Genschers, die den Abgang erzwangen. Das sozialliberale »Weiterwursteln« hätte tatsächlich Gefahren für die Stabilität bürgerlicher Herrschaft gebracht: Den Abfall großer Teile der Lohnabhängigen von der SPD und die Bildung einer neuen Organisation mit eindeutig sozialistischer Orientierung, die sich nicht mehr oder nicht mehr so leicht von der SPD integrieren ließe; oder ein weiteres sprunghaftes Anwachsen der grünen und grün-alternativen Partei(en) und das endgültige Ende der FDP im 5-Prozent-Gully.

Diese Gefahren konnte nur der teils von den BDI-Charaktermasken Genscher und Lambsdorff erzwungene, teils von staatstragenden Führern der SPD gewollte Abmarsch in die Opposition bannen. Die systemstabilisierende Funktion dieses Vorgangs wird zwar nicht von Nowottny für die Fernsehmassen, aber doch dort, wo die Herrschaften mehr unter sich sind, offen benannt: »Für die deutsche Parteienlandschaft wird es von großer Bedeutung sein, ob die SPD als Oppositionspartei viele kritische Wähler, die sich bisher den Grünen, Bunten und Alternativen zugewendet haben, wieder an sich bindet ... Die Integration dieser Kräfte kann nicht nur der SPD nutzen, sondern dem Staat insgesamt« *(»Handelsblatt«* vom 20. September 1982).

Was kommt nun? Selbst bei leichtem »Aufschwung« 2,2 Millionen offiziell registrierter Arbeitsloser im Jahresdurchschnitt 1983; ein Bundeshaushalt, dessen zweitgrößter Etatposten »Zinsen und Tilgung« heißt; bis zum Jahresende insgesamt 15.000 Pleiten; Erschütterungen der internationalen Finanzmärkte durch Staats- und Bankenkonkurse (Türkei, Polen, Mexiko); die Übertragung der Roßkur-Wirtschaftspolitik der USA (Bewältigung der Krise auf dem Rücken von immer mehr Arbeitslosen und der Bevölkerung militärisch und politisch erpreßter nicht-kapitalistischer Länder) auf die Bündnis-Partner. Lambsdorffs Papier ist schon Ausdruck dieser Politik.

Ihr »Erfolg« ist noch keineswegs gesichert, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sind international noch lange nicht zugunsten dieser Politik geklärt. Vor, während und nach der Bonner Kulissenschieberei löste in Frankreich eine sozialistische Regierung die konservative des Schmidt-Freundes Giscard ab; in Schweden besiegten Olof Palmes Sozialdemokraten den Bürgerblock; morgen könnte ähnliches in Spanien geschehen und es ist - allen Umfragen zum Trotz - noch keineswegs ausgemacht, daß Neuwahlen zum Bundestag der CDU/CSU die nach dem erwarteten Ausscheiden der **FDP erforderliche** Mehrheit bringen werden. Aber selbst ein Sieg der Union oder eines Bürgerblocks aus CDU, CSU und FDP garantierte allenfalls die Entschlossenheit zu einer scharfen »Spar«- und Aufrüstungspolitik, nicht jedoch deren Durchsetzbarkeit - denn Politik wird eben nicht nur in Bonn und dort nur im Bundeshaus gemacht.

Und die SPD? Daß sich die Sozialdemokraten in der Opposition quasi automatisch regenerieren werden, ist zunächst nicht mehr als ein frommer Wunsch. Die kessen Sprüche, mit denen ihre Anführer derzeit durchs Land ziehen, bedeuten alles andere als den Beginn einer inhaltlichen Neuorientierung, und am »Klassenkampf von oben«, den einige besonders

radikale Mitglieder des Parteivorstands jetzt an Christ- und Freidemokraten geißeln, stört sie vor allem, daß sie geglaubt hatten, die Klassen und den Kampf zwischen ihnen längst überwunden und in »soziale Ausgewogenheit« überführt zu haben.

»Nichts ist schrecklicher als eine zu jedem Kompromiß bereite Partei, die plötzlich Unnachgiebigkeit markieren soll. Millionen ihrer Anhänger sind das gar nicht mehr gewohnt.« Auch an diese Worte Tucholskys werden wir in den kommenden Wochen noch oft erinnert werden.

Konkret 10/82, S. 44

Otto Köhler

Der häßliche Deutsche: Gut rückversichert

Er kam aus der Vorstandsetage eines Versicherungskonzerns, und da will er wieder hin: Otto Graf Lambsdorff. Als FDP-Wirtschaftsminister hat er der Marktwirtschaft treu gedient und dabei gut verdient.

Als im September 1977 der Häßliche Deutsche Hans Friderichs (konkret 9/82) seinen Minister-Job aufgab, um endlich Karriere bei der Deutschen Bank zu machen, da zögerte der designierte Nachfolger Otto Friedrich Wilhelm Graf Lambsdorff von der Wenge. Bevor er ja sagte, rief er seinen Arbeitgeber, die Victoria Versicherung in Düsseldorf, an und fragte, ob er auch ganz bestimmt in den Vorstand zurückkehren dürfe, falls die Sache mit dem Ministerium schief laufe. Die Antwort war Ja, und so ließ sich der Graf in die Regierung der Bundesrepublik Deutschland delegieren.

Lambsdorff, der sich bei seiner Amtsübernahme dankbar geschworen hatte, seine Kraft dem Wohle der Victoria Versicherung zu widmen, ihren Nutzen zu mehren, Schaden von ihr zu wenden, so wahr ihm Gott helfe, stellte sich im Amt stets wie ein Engel mit dem Flammenschwert vor die Pfründe der deutschen Versicherungswirtschaft. 1979 erlaubte das dem Finanzministerium unterstehende Bundesamt für das Versicherungswesen, was in den übrigen europäischen Staaten längst Brauch ist: die unbegrenzte Deckung von Personenschäden bei Autoversicherern. Die auch in der Bundesrepublik tätige Zürich-Versicherung hatte sich entsprechend den Wünschen von ADAC und Verbraucherverbänden für diese kundenfreundliche Regelung eingesetzt. Doch die bundesdeutschen Versicherungen liefen Sturm gegen diese Neu-Regelung. Gehorsam griff der Minister - Victoria sein Panier - ein und untersagte auf kaltem Verordnungsweg, was seinen Auftraggebern mißfiel. Unglücksfahrer, die lebenslänglich abzahlen, weil sie mehr Schaden anrichteten, als durch ihre Versicherung gedeckt ist, können sich damit trösten, daß sie wenigstens Lambsdorff einen sorgenfreien Lebensabend bescherten.

Doch Lambsdorff dachte nicht nur an seine eigene Branche - auf seinen Weltreisen als Minister trat er stets als Generalvertreter der deutschen Industrie auf, freilich nicht immer zum Glück seiner Auftraggeber. Dem südkoreanischen Diktator Park Cung Hee drehte er Atomreaktoren von Siemens-KWU an. Und im Iran verrotten die Atombauwerke, die der Graf einst dem inzwischen davongejagten Schaft verkaufte. Vor allem aber tat sich der Minister als uneigennütziger Förderer bundesdeutscher Rüstungskriminalität hervor. Bei Rheinmetall jedenfalls, wo vor einem Jahr 46 Spezialfahnder des Bundeskriminalamtes bei einer Haussuchung zahlreiche Unterlagen über illegale Waffengeschäfte beschlagnahmten, schwört man heute noch, wogegen der Staatsanwalt ermittelt, sei mit dem Segen des Bundeswirtschaftsministers geschehen: die Weiterleitung einer offiziell - schlimm genug - für den Hitler- und Strauß-Freund Stroessner in Paraguay bestimmten Munitionsfabrik an das Regime der Rassisten in Südafrika und das Scheingeschäft mit Panzerkanonen nach Spanien, die in Wirklichkeit bei der Folterjunta in Argentinien ankamen. Im August 1979 reiste der Minister für KWU nach Argentinien und verkaufte den Generalen Atomanlagen, die mit 1,5 Milliarden Dollar um die Hälfte teurer waren als ein Angebot aus Kanada. Die Lambsdorff-Offerte war trotzdem preiswert für kriegslüsterne Diktatoren: die Siemens-Reaktoren sind viel leichter in einen Kreislauf zur Herstellung der Atombombe einzubauen als die Kernkraftwerke aus Kanada. Lambsdorff wurde vor seiner Reise von der Mutter des in Argentinien verschleppten Studenten Klaus Zieschank angefleht, er möge sich doch um ihren Sohn kümmern. Doch als des Grafen höflich zurückhaltende Nachfrage nach dem in Argentinien verschwundenen Deutschen auf kein Interesse bei den Junta-Leuten stieß, widmete man sich rasch dem Business as usual. Und dazu eben - der Staatsanwalt wird es noch genau ermitteln - mag gehört haben, daß der Wirtschaftsminister einen Monat später die Lieferung von Waffenteilen, Geschossen, Munition, Richtgeräten und Maschinen zur Munitionsherstellung nach Spanien genehmigte, die kurz danach in Argentinien auftauchte - Kundendienst macht alles möglich.

Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen können einen Mann wie Lambsdorff ohnedies nicht aus der gräflichen Ruhe bringen. So etwas gehört seit der Spendenaffäre zum Berufsrisiko eines Wirtschaftsministers - die Staatsanwaltschaft Bonn untersucht gegen ihn wegen Bestechlichkeit und Vorteilsannahme, nachdem er einerseits dem Häßlichen Deutschen Friedrich Karl Flick (KONKRET 11/81) bisher mindestens 840 Millionen Steuergelder geschenkt und andererseits vom Flick-Bevollmächtigten und Häßlichen Deutschen Eberhard von Brauchitsch (konkret 3/82) Spendengelder empfangen haben soll.

Freilich, so sehr sich der Minister im Dienst an der deutschen Wirtschaft verzehrte, so verfuhr doch der Präsident ihres Bundesverbandes mit seinem gräflichen Lakaien ungewöhnlich roh. Zwanzig Tage nach der Wahl des Häßlichen Deutschen Karl Carstens (KONKRET 8/82) bewies BDI-Chef Rolf Rodenstock am 12. Juni 1979 «Gastgebersitten besonderer Art« («Wirtschaftswoche«). Beim Abschlußessen anläßlich der BDI-Jahrestagung erhob sich der Industriepräsident, ließ den konsternierten Graf samt adliger Gemahlin sowie den ungläubig dreinblickenden Helmut Kohl am Ehrentisch zurück und eilte zum Nachtzug nach München, um dort dem zwanzig Tage später zum offiziellen Unionskandidaten ausgerufenen Franz Josef Strauß zu verkünden, daß sich in ihm die schönsten Hoffnungen der bundesdeutschen Industrie vereinen. Damals bekam der Graf einen Knacks fürs Leben, der jetzt in seinem Amoklauf für

die Forderungen der Industrie ausbrach. All das, was der BDI auf seiner 82er Jahrestagung im Juni forderte und Anfang September zu seinem Zehnpunkte-Programm zusammenfaßte, gerann zu einem noch radikaleren Lambsdorff-Programm der Umverteilung von unten nach oben. Den Reichen in unserer Republik will er durch Abschaffung der Gewerbe- und Halbierung der Vermögenssteuer 40 Milliarden in die Tasche schieben, wir alle sollen dafür durch Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Minderbemittelten durch Einschränkung oder Abschaffung von Arbeitslosen-, Mutter- und Krankengeld zahlen. Daß dies das Ende der Koalition auch mit den nachgiebigsten Sozialdemokraten bedeuten mußte, wußte der Graf. Doch er hatte seine Anweisung. Mitte September ging die Sechs-Monats-Frist zu Ende, die Springer und Burda dem Wirtschaftsminister Mitte März zur Behandlung ihres Fusionsantrages gewährten. Damals im Frühling konnte der Graf einfach nicht Ja sagen: seine Affäre mit Flick war gerade bekannt geworden und die Sozialdemokraten sperrten sich mit ungewohnter Härte. Rechtzeitig einen Monat vor Ablauf der Frist trafen sich im August Lambsdorff und Genscher mit den Verlagsführern von Springer und Burda. Sie forderten journalistischen Feuerschutz für jenen Koalitionswechsel, der Fusion ermöglicht. Als Lambsdorff ihn jetzt mit Genscher vollzog, dankte Springers «Welt am Sonntag«, indem sie zu «'Leihstimmen' aus dem Unionspotential« für die tödlich bedrohte FDP aufrief wegen ihrer - Verneigung vor dem gehorsamen Grafen – «erneuerten Treue zur schwerbeschädigten freien und sozialen Marktwirtschaft«. Doch ob der treue Graf sich jetzt endlich die uneingeschränkte Gunst des BDI-Präsidenten errungen hat, bleibt fraglich. Rodenstock am Abend des FDP-Ministersturzes in der NDR-Talkshow auf die Frage, ob er sich auf ein Kabinett Kohl/Genscher - mit Wirtschaftsminister Lambsdorff selbstverständlich - freue, sibyllinisch: «Ich würde mich freuen, wenn ich mich darauf freuen könnte.« Sprachs und begab sich von Hamburg nach München.

Schwamm drüber, Graf! Den Mut nicht hängen lassen. Hauptsache gut rückversichert, Herr Victoria-Vorstandsvorsitzender in spe.

Konkret 10/82, S. 46

Günter Amendt

PCP - die allgemeine chemische Droge

Nach Heroin ist in den USA eine neue »Killer-Droge« in Mode - PCP oder auch »Angeldust« genannt. Zur Herstellung des Betäubungsmittels sind nur wenige Chemikalien notwendig. Anbau, Transport, Schmuggel, all das fällt weg. Die neue Droge wird massenhaft geschluckt, geraucht oder geschnupft. Allein in der Metropole New York sind ihr Zehntausende verfallen.

Tom Cash, Chef der New Yorker Abteilung der Drug Enforcement Administration (DEA), nennt seine Bedingungen gleich zu Beginn des Gesprächs, zu dem wir uns in seinem Büro in der 57. Straße West treffen: »Keine Fotos, keine Namen.«Er müsse seine Leute schützen. Ansonsten werde mich seine Dienststelle mit Informationen versorgen und mir alle Wege ebnen, die ich gehen wolle.

Dann macht er mich mit Jeff bekannt (ich nenne ihn so), Mitte Dreißig, Spezialagent der DEA, wegen seiner Qualifikation als Chemiker Fachmann für PCP, das auf der Straße *Angeldust* genannt wird. Jeff kommt vom FBI. Er sei, wie er mir später erzählt, zur Drogenpolizei übergewechselt, weil man dort einfach mehr verdienen könne.

Um Drogen - ihren Anbau und ihre Herstellung, ihren Gebrauch und ihre Behandlung, ihre Propagierung und ihre Bekämpfung hat sich im Laufe der Jahre ein Geflecht wechselseitiger Interessen herausgebildet, das - schwer durchschaubar wie es ist - Mißtrauen gegen alle Beteiligten rechtfertigt. Was soll man glauben? Wem soll man glauben?

Da springt ein Junge aus dem zweiten Stockwerk eines Hauses und landet auf einem hölzernen Vordach, das federnd nachgibt und so die Wucht des Aufpralls mildert. Scheinbar unverletzt rafft er sich auf, kriecht durch ein Fenster zurück ins Hausinnere und läßt sich mit dem Aufzug auf das Dach transportieren. Kein Schutzengel hindert ihn daran, erneut den Sprung in die Tiefe zu wagen. Es ist eine Art Zaubermittel, ein Hexengebräu, das ihn dazu verführt, im Vertrauen auf schier unermeßliche Kräfte und im Glauben an seine körperliche Unverletzbarkeit engelsgleich in die Tiefe zu schweben.

Angeldust hat das Hirn des Jungen vernebelt, dessen Körper, den Gesetzen der Schwerkraft folgend, im freien Fall auf dem Straßenpflaster aufschlägt, wo er - diesmal tödlich verletzt - liegen bleibt.

Eine schlimme Geschichte. Eine von vielen schlimmen Geschichten, die über die Massenmedien der USA und in sogenannten Aufklärungsbroschüren verbreitet werden.

Mit einer ganzen Serie von Abschreckungsgeschichten wartete der Kongreßabgeordnete NormanY. Mineta vor dem Ausschuß auf, den das US-Repräsentantenhaus einberufen hatte:

Ein Mann sei nach der Einnahme von PCP von der Vorstellung besessen gewesen, er sei Jesus Christus. Später habe er ‚dann eine gezackte Glasscheibe verschluckt, die ihm die Eingeweide zerrissen habe. Unter Einwirkung von PCP habe ein Mann seine Eltern ermordet, ein anderer sein Baby erstochen, ein dritter habe sich eigenhändig die Augen ausgerissen.

Ausreichend Material hat auch der Psychiater Dr. Paul Luisiada auf Lager, um den Untersuchungsausschuß von der Gefährlichkeit der Droge zu überzeugen. In seinem Gutachten legt er es mehr darauf an, die von PLP für die Umwelt ausgehenden Gefahren zu schildern: »Einer der von uns behandelten Patienten wurde von der Polizei in einen Zustand aggressiver Paranoia gebracht. Er war in einen unbedeutenden Verkehrsunfall verwickelt. Als ein Beamter erschien, um den Unfall aufzunehmen, wurde er von dem Patienten mit bloßen Händen angegriffen. Mit Gewalt mußte er schließlich von mehreren Beamten festgehalten werden. Bei einem ähnlichen Zwischenfall in Kalifornien wurde der Angreifer erschossen, weil er nicht nachgeben wollte.«

Vertreter der US-Regierung scheuen sich nicht, die Folgen der neuen Droge so drastisch wie möglich darzustellen: »PCP - Eine Killerdroge im Kommen« ist der Bericht des Repräsentantenhauses betitelt, als sei die Boulevardpresse mit einer Schlagzeile zu beliefern.

Warum aber lassen mich diese dramatischen Berichte kalt, auch die obligate Geschichte vom Sprung ins leere Schwimmbassin? Weil diese Geschichten abgestanden sind, weil ich sie kenne, wie sie jeder kennt, der sich mit Drogen und Drogenhandel beschäftigt, weil sich das Repertoire der Abschreckungspropaganda immer der gleichen archaischen Muster bedient: Elternmord, Gotteslästerung und Hybris, Kindestötung und Selbstverstümmelung, Auflehnung gegen Gesetz und Ordnung, schließlich der nackte Wahnsinn.

Das kennen wir von LSD, das haben wir über Haschisch und Marihuana gelesen, das wird Amphetaminen zugeschrieben und von Kokain und Heroin behauptet. Kommt dann eine neue Droge, deren zerstörerische Kraft alles bisher Bekannte übertrifft, haben die amtlichen Mahner und professionellen Warner ihr Pulver verschossen, sind die Superlative vergeben, die Horrorbilder verbraucht.

Eingeführt wurde PCP (Phencyclidine) in den frühen 50er Jahren unter dem Markennamen Sernyl - und zwar nicht, wie durchgängig in fast allen Publikationen behauptet wird, als Tier-Tranquilizer, sondern als ein für Menschen bestimmtes Betäubungsmittel. Erst als sich Berichte über unerwünschte und medizinisch nicht vertretbare Nebenwirkungen häuften,

wurde das Produkt vom Menschenmarkt genommen und nur noch für den tiermedizinischen Bereich freigegeben. Deshalb auch wird PCP »Elephant Tranquilizer« genannt. Die Droge kommt legal fast nur noch bei der Behandlung von Großtieren in Zoos zum Einsatz.

Als Straßendroge tauchte sie erstmals Mitte der 60er Jahre in San Francisco unter dem Namen PeaCePil auf. Von Anfang an hatte sie einen schlechten Ruf. Die Hippie-Generation konnte mit den Wirkungen der Droge nichts anfangen, und es gab sich auch in der Undergroundpresse keiner dazu her, der neuen Droge eine positive Wirkung anzudichten - ein Phänomen, das die Experten vor Probleme stellt. Sie waren und sind es gewohnt, in der offenen oder verborgenen Propaganda für bestimmte Drogen die Ursachen für deren illegalen Gebrauch zu sehen. Nun müssen sie feststellen, daß Einigkeit in der Ablehnung einer Droge herrscht, was nicht verhindern kann, daß sie massenhaft geschluckt, geraucht oder geschnupft wird.

Als sich 1978 das US-Repräsentantenhaus mit dem epidemischen Ausmaß des PCP-Gebrauchs zu befassen begann, mußte man davon ausgehen, daß sieben Millionen junger und jüngster Amerikaner wenigstens einmal Angeldust genommen hatten, und Zehntausende chronische Benutzer dieser neuen Droge sind. »An einem beliebigen Tag«, so der Ausschußvorsitzende Lester L. Wolf, »sind im Stadtbereich von New York 200.000 Schüler abwesend. Ungefähr 80.000 Schüler sind als ständige Schulschwänzer zu betrachten. Ein hoher Prozentsatz dieser Schulschwänzer nimmt Angeldust.«

Zum Zeitpunkt des Hearings war der PCP-Gebrauch unterNew Yorker Schülern zwischen dem 7. und 12. Schuljahr doppelt so hoch wie der nationale Durchschnitt, wobei New York nicht einmal die Hauptstadt der neuen Droge ist. Washington läuft auch in der Statistik des PCP-Gebrauchs New York den Rang ab. Aber auch in Detroit und Chicago, Los Angeles und San Francisco ist Angeldust - oft unter anderem Namen und in anderen Einnahmeformen - weit verbreitet.

Ursprünglich war PCP nur in Pillenform bekannt, was zu einer Zeit, in der LSD und andere Trips zu den beliebtesten Drogen zählten, auf die Bereitschaft stieß, Pillen zu schlucken und über die Verdauungsorgane wirken zu lassen. Heute wird PCI> vor allem in Joint-Form inhaliert, was wiederum mit der Gewohnheit, Marihuana zu konsumieren, zusammenfällt. Günstig für diese Art der Verbreitung von PCP ist auch eine in den USA übliche, in der Bundesrepublik dagegen ziemlich unbekannte Verkaufsmethode. Man kauft und verkauft fertige handgedrehte Joints als Einzelstücke. Die meisten Konsumenten sind so das erste Mal mit derDroge in Berührung gekommen. Mehr

als die Hälfte wußte nicht, daß der Joint mit PCP bestäubt war; und das in einer von ihnen nicht kontrollierbaren Menge.

Der Grund für die widersprüchlichen Erfahrungsberichte ist hier zu suchen. Eine allgemeine Beschreibung der Wirkungen und Folgen ist nicht möglich, denn die Droge hat stimulierende wie depressionsauslösende Anteile, sie wirkt halluzinatorisch wie betäubend. Alles hängt von der Dosierung ab.

In seiner Aussage vor dem Ausschuß versuchte sich Dr. Luisiada deshalb mit einer Negativdefinition:

PCP ist nicht wie Alkohol oder barbiturhaltige Schlaf- und Beruhigungsmittel ein süchtig machendes Sedativum, obwohl es eine Art Ruhigstellung bei entsprechender Dosierung bewirken kann. PCP ruft Wiederholungs*wünsche* (nicht Wiederholungs*zwänge*) hervor.

PCP ist kein Anregungsmittel wie Amphetamine oder andere Aufputschmittel, obwohl einige Konsumenten stark aufgeputscht reagieren und oft nach einer einfachen Dosis tagelang keinen Schlaf finden.

PCP ist nicht wie Heroin oder Morphium ein Betäubungsmittel, obwohl es Konsumenten auch völlig unempfindlich gegen schwere Schmerzen machen kann.

PCP muß keine Halluzinationen wie LSD auslösen, obwohl die meisten Konsumenten eine Art Halluzination erleben.

Für gesichert hält Luisiada zwei Wirkungen:

PCP spaltet den Konsumenten in einem hohen Maße von der Wirklichkeit ab. Diese Abspaltung ist tiefgreifender als alles, was man bisher bei anderen Drogen beobachtet hat.

PCP unterbricht die Fähigkeit des Konsumenten, rational zu denken.

PCP verursacht Psychosen und Wahnsinn.

Als Luisiada dieses Gutachten vortrug, drehte sich der Streit der Experten nur um die Frage, ob PCP unter den illegalen Drogen Nr. 1. oder Nr. 2 ist. Durchaus ein Grund, einen Untersuchungsausschuß einzuberufen.

Und doch fragt man sich, warum die Experten so aufgeschreckt reagieren. New York ist vollgepumpt mit Drogen. Alkoholismus ist, wie in allen vergleichbaren Ländern, auch in den USA Plage Nummer eins. In weitem Abstand erst folgen Heroin und Kokain. Vor ihnen rangieren die legalen Pharmadrogen. Egal, woran man die Schädlichkeit einer Droge mißt, ob an Todes- oder Unfallstatistiken, Produktionsverlusten oder sozialen Folgekosten, immer führt Alkohol die Statistiken an.

Auch im Gebrauch von Haushaltsdrogen wie Valium oder anderen *mother's little helpers* lassen sich die USA von niemandem übertreffen. Der Straßenhandel blüht.

Nachts am Washington Square gerät man schnell in die Hände von *high pressure dealers,* Händler, die nach einem grabschen, die einen zur Seite ziehen und körperlich unter Druck setzen. In ihren Bauchläden haben sie alles, was am Drogenmarkt nachgefragt wird. Sie schaffen es aus einem Briefchen, das sie eben noch als Koks angeboten haben, unter der Hand Heroin zu machen oder alles andere, was in Pulverform gerade verlangt wird. Nur Touristen kaufen hier ein.

Oben in Harlem kann man - auch als Weißer, wenn man Mut hat bzw. etwas beschränkt ist - abgepacktes Sinsemilla-Grass für einen Fünfdollarschein im Candy-Store erwerben.

In Midtown Manhattan steige ich mit einem Bekannten über eine herabgelassene Feuerleiter in einen zur Wohnung umgebauten ehemaligen Fabrikraum (»loft«), wo uns ein freundlicher Späthippie nach unseren Wünschen fragt. Vorher will er allerdings wissen, wer ihn empfohlen habe. Mein Bekannter nennt einen Namen, der Händler blättert in einem prall gefüllten Karteikasten, nickt kurz und breitet dann alles an Haschisch- und Marihuanaproben aus, was derzeit am New Yorker Markt zu haben ist. An der Wand hinter einem Tresor hängt eine sorgfältig gemalte Preisliste, die die Auswahl erleichtern soll: Libanese zu 75 Dollar pro Unze, das sind 28 Gramm; schwarzer Sudanese zu 150 Dollar pro Unze und im *spring-sell-out* einheimisches Sinsemilla-Grass ebenfalls zu 75 Dollar pro Unze.

In der Bronx, in East-Village, in Harlem und ähnlich verslumten Stadtgebieten spielt sich der Handel mit harten Drogen zwischen den Mauern ausgebrannter Fabrikgebäude und Wohnhäuser ab. Der Käufer tritt vor eine Wand, nennt durch ein Mauerloch Art und Umfang der gewünschten Ware, schiebt die verlangte Dollarmenge durch das Loch und erhält die Ware, ohne daß sich Käufer und Verkäufer jemals zu Gesicht bekommen.

Nun, zu allem Überfluß, eine neue Droge, von welcher der texanische Senator Lloyd Bentson sagt, sie sei eine der »gefährlichsten und heimtückischsten Drogen, welche die Menschheit kennt«.

Was macht PCP so gefährlich? PCP ist billig. Das rein synthetische Produkt verursacht keinerlei Kosten beim grenzüberschreitenden Verkehr. Alle Substanzen können auf dem Binnenmarkt beschafft werden, ihre Preise sind niedrig. PCP ist also massenhaft verfügbar - *die* Droge der von massenhafter psychischer Verelendung gekennzeichneten kapitalistischen Krise. »Es spricht alles dafür«, sagte einer der Sachverständigen vor dem Untersuchungsausschuß des Senats, daß die Drogen der Zukunft synthetische Drogen sein werden.«

»Hier ist es!« Etwas überraschend bringt Jeff seinen Dienstwagen, einen alten Ford Thunderbird, zum Stehen. Wir parken vor einem Süßwarenladen an einer belebten Vorstadtstraße im Stadtteil Queens. Heute ist der Laden clean und heißt Ann's Place.

Im hinteren Raum, wo jetzt Flipperautomaten rasseln, brummten noch vor einigen Monaten Tiefkühltruhen. In ihnen wurde PCP gelagert. Der Laden war eines der illegalen Labors, das Jeff und seine Kollegen in einer undramatischen routinemäßigen Aktion hochgenommen hatten. Die Aktion begann mit der Frage, die sich der Lagerist einer kleinen Chemiefirma in Queens gestellt hatte: Wozu braucht einer Äther literweise, und das zweimal die Woche, regelmäßig dienstags und freitags? Der Zweifel des Lageristen wurde zum Verdacht, als der Kunde, der bar bezahlte und die Ware eigenhändig im Kofferraum seines Wagens verstaute, erklärt, er brauche das Zeug, um Fußböden zu reinigen.

Ein Verdacht, ein Tip, eine Spur. Was dem Lageristen merkwürdig erschien, kam der DEA bekannt vor. Sie setzte einen ihrer Spezialisten auf die Fersen des Einkäufers. Dessen Spur endete vor dem gleichen Laden exakt an der Stelle, wo jetzt unser Wagen parkt. Über Wochen behielten DEA-Agenten den Eingang des Ladens, der sich damals »Ice Wonderland« nannte, im Auge. Ihnen fiel auf, daß in gleicher Regelmäßigkeit andere Männer Waren anlieferten. Auch deren Spuren diesmal rückwärts zu verfolgen, war kein kriminalistisches Kunststück. Sie endeten jeweils vor den Toren einer Chemiegroßhandlung. Jeder der Männer hatte den Auftrag, eine der chemischen Substanzen zu beschaffen, die dann in nächtlicher Laborarbeit zu PCP oder seinem Vorprodukt PCC verarbeitet wurden. Keine der benötigten Substanzen unterliegt irgendwelchen Vertriebsbeschränkungen, jede ist jedem zugänglich, vorausgesetzt, er verfügt über eine Kreditkarte oder zahlt cash. Der Kapitaleinsatz ist gering. Polizeileutnant James Elkins machte vor dem Ausschuß folgende Rechnung auf:

Zur Herstellung von PCP benötigt man sieben Chemikalien plus Wasser: Für 9 Dollar Sodium Bisulfite, für 10 Dollar Cyclohexanone, für 27 Dollar Piperidine, für 11, 50 Dollar Potassium Cyanide, für 17 Dollar Benzene und für 59 Dollar Phenyl Magnesium Bromide. Alles in allem Rohstoffe im Wert von 125 Dollar. Nimmt man nun acht Pfund getrocknete Petersilie oder Pfefferminztee oder Marihuana und mischt die in einem Eimer mit zwei Tassen PCP pro Pfund, erhält man acht Pfund einer mit PCP behandelten Substanz, die ohne weitere Bearbeitung vertrieben und geraucht werden kann.

Je nach Handelsstufe ergibt sich demnach folgende Gewinnspanne: Bei einem Preis von 2.400 Dollar pro Pfund bringen die acht Pfund PCP auf Großhandelsebene einen Erlös von 19.200 Dollar. Legt man einen Straßenpreis von 35 Dollar pro Gramm zugrunde, dann bringen die acht Pfund 127.680 Dollar, 1.000 Prozent der Material-Investition von 125 Dollar. Die

edlere Variante des Endprodukts - mit PCP behandeltes Marihuana - ist entsprechend teurer; bei Großeinkaufspreisen etwa 25 Prozent.

Natürlich ist diese Rechnung etwas zu simpel. Wird beispielsweise, wie im Falle des ehemaligen Labors, in dem wir uns jetzt aufhalten, das pulverisierte Endprodukt mit Äther verflüssigt, um es besser mit Kräutern mischen zu können, ist der Preis für Äther hinzuzurechnen. Ausgaben für Miete, Transport- und Bestechungsgelder erhöhen die Kosten und verringern die Gewinnspanne. Auch müssen gewisse Anfangsinvestitionen für Labormaterialien getätigt werden.

Die Laborarbeiten sind nicht ungefährlich. Viele Hersteller arbeiten mit Gasmasken, andere installieren Absaugeinrichtungen, um nicht von den Dämpfen vergiftet zu werden.

Der Herstellungsprozeß dauert nur wenige Stunden. Hier im ehemaligen »Ice Wonderland« verlief er in zwei Stufen. Zunächst wurde nur das Zwischenprodukt PCC hergestellt, das nicht nur unbegrenzt haltbar ist sondern bis zur Verschärfung der Gesetze nicht einmal als Droge galt. Erst bei entsprechender Auftragslage wurde dann das Endprodukt PCP produziert.

Einigermaßen gefährlich ist auch das Hochnehmen eines Labors. Deshalb - so Jeff - benötige die DEA einen Chemiker, der umherliegende Substanzen mühelos klassifizieren und Gefahren besser abschätzen könne, wo doch schon die Betätigung eines Blitzlichtes bei der Spurensicherung das Labor in die Luft jagen könne.

Der geringe Kapitalbedarf und das unkomplizierte Herstellungsverfahren erfordern rasche Gegenmaßnahmen. Darüber waren sich Ausschußmitglieder und Experten einig. Doch über armselige Vorschläge kamen sie nicht hinaus.

Ganz in der Tradition seiner Law and Order Behörde machte Peter B. Bensinger - inzwischen abgelöster oberster Chef der DEA - die Nachlässigkeit der Massenmedien für den steigenden PCP-Gebrauch verantwortlich. Im Katalog möglicher Abwehrmaßnahmen rangiert in Bensingers Aussage vor dem Ausschuß eine Verschärfung der Gesetze und eine Erhöhung des Strafmaßes ganz oben. Selbstverständlich - man muß nach allen Erfahrungen schon sagen: *selbstverständlich* fehlte auch nicht der Vorschlag, die chemische Industrie mit der Entwicklung eines Gegenmittels zu beauftragen.

Aber auch die naheliegendste Forderung, die chemischen Substanzen unter Kontrolle zu bringen, wurde von den Sachverständigen erörtert. Dabei ging es vor allem um die Rolle von Piperidine. Ihm wird jene Wirkungskraft zugeschrieben, die das Spezifische an PCP ausmacht. Doch gerade hier zeigt sich die besondere Gefährlichkeit der neuen chemischen Straßendrogen.

Bereits heute sind 30 PCP-verwandte Drogen bekannt. Selbst wenn es gelänge, die Herstellung von PCP zu verhindern, indem man den Verkauf oder die Produktion von Piperidine verbietet, verwandte Nachfolger, ähnlich einfach herzustellen, würden die Marktlücke schnell füllen. Tatsächlich sind einige bereits am Markt aufgetaucht. Zudem wären die ökonomischen Folgen eines Herstellungsverbotes für Piperidine unübersehbar. Unzählige Chemikalien wären dann nicht mehr frei verfügbar, Laborexperimente der chemischen Industrie würden behindert. Die Herstellung bestimmter Plastikstoffe, Gummi, Kosmetika, Farbstoffe, und einiger Nahrungsmittel müßte eingestellt werden.

Schließlich beschloß der Kongreß, den Vertrieb von Piperidine scharf zu kontrollieren. Natürlich ist die Substanz weiterhin frei erhältlich. Lediglich der Schwarzmarktpreis ist um etwa 1.000 Prozent gestiegen. Die Meldepflicht in den USA begünstigt zusätzlich illegale Einfuhren aus Kanada.

Die Herstellung von PCP ist also kaum erschwert. Hier im ehemaligen »Ice Wonderland« hatte ein Familienclan das Geschäft in der Hand, nach polizeilichen Erkenntnissen bis dahin mit Drogenhandel nicht weiter befaßt. Die New Yorker Polizei will beobachtet haben, daß der Handel dort im Ansteigen ist, wo harte Drogen bereits eingeführt sind. Einige der stadtbekannten Heroindealer wurden beim Verkauf von PCP festgenommen.

Heute werden in »Ann's Place« Eis, Kaffee, Cola, Bier und Candies gehandelt. Vor allem Jungen machen sich an den Spielautomaten im hinteren Raum zu schaffen. Vor dem Eingang und auf dem Trottoir der leicht ansteigenden Straße sind auch einige Mädchen zu sehen. Viele der Jugendlichen sind arbeitslos, besonders viele Mädchen. Aber auch die, welche einen Job oder eine feste Anstellung haben, können sich nicht viel leisten. Das hält sie in der Nachbarschaft.

Als Jeff mich am Abend dieses Tages vor der Haustüre absetzt, schlage ich vor, erst mal eine Pause zu machen. Ich will auf eigene Faust losziehen. Er drückt mir einen Zettel in die Hand. »Wenn du in Schwierigkeiten kommst, ruf an«, sagt er. Er gibt mir eine Rund-um-die-Uhr-Telefonnummer. »Ruf an, wir holen dich raus. Aber«, fügt er warnend hinzu, »fang du keinen Streit an. «

Noch habe ich keinen Jugendlichen unter Einwirkung von Angeldust gesehen. Sollte ein Junge oder auch ein Mädchen - was selten ist - in die Notaufnahme eingeliefert werden, will man mich benachrichtigen. So ist es mit dem Stationsarzt von St. Luke's, Dr. Michael Pawels, vereinbart. Zum Einzugsbereich von St. Luke's Hospital an der Amsterdam Avenue gehören Teile von Harlem und die Columbia Universität. Von dort wurden in den zurückliegenden Monaten häufig Jungen mit einer Überdosis Angeldust gebracht; selten von der Polizei, meistens von Verwandten oder Freunden. Es gab Zeiten, da waren es durchschnittlich zwei PCP-Notfälle pro Nacht.

Unmittelbar nach dem Anruf am frühen Morgen habe ich mich auf den Weg in die Amsterdam Avenue gemacht. Ein Siebzehnjähriger, der von sich sagt, er sei 'dusted', befindet sich in der Notaufnahme. Vielleicht könne ich mit ihm sprechen, hatte man mir gesagt.

Ich sitze knapp eine Stunde im Warteraum von St. Luke's, bis Dr. Pawels Zeit für mich findet, eine Stunde, in der ich mehr von der sozialen Wirklichkeit dieser Stadt erfahre, als Sozialstatistiken erzählen können.

Die Menschen, zwischen denen ich sitze, sind alt, arm und krank. Man sieht es in ihren Gesichtern, an ihrer Kleidung und ihrem Gang. Eine schwarze alte Frau schleppt ihren massigen Körper auf dünnen Beinen zum Aufnahmeschalter, wo man sie auffordert, sich zu setzen und zu warten. Kaum hat sie sich auf einen Stuhl gewuchtet, beginnt sie zu sprechen. Sie redet, bis sie von einer Schwester zur Behandlung abgeholt wird. Sie spricht in die Runde, doch ihre Augen hinter dicken Gläsern suchen keinen Blickkontakt zu den Umsitzenden. Ihre Stimme ist dunkel und ruhig, doch es fällt mir schwer, sie zu verstehen, denn sie spricht einen Südstaaten-Dialekt. Sie klagt über die Preise, die Mieten, sie spricht von Lebensmittelmarken und Medikamenten. Jeden zweiten Satz beendet sie mit dem Refrain: »Everything goes down.«

Hier in der Notaufnahme begegnen sich Ökonomie und Psychologie unter dem gleichen Namen: Depression. Mehr als 50.000 Menschen ziehen nach offiziellen Schätzungen durch die Straßen von New York City, hungrig und obdachlos, g rochen und ausgezehrt.

Der Gedanke, Großkliniken zu schließen, die Patienten zu entlassen und kleineren Regionalkliniken zuzuweisen, ist nach den Erkenntnissen der Psychiatrie ein fortschrittlicher Gedanke. Seit fünfzehn Jahren wird diese Politik in New York betrieben - ohne die nötigen Plätze in kleineren Kliniken einzurichten. Man hat in diesem Zeitraum die Patientenzahl der staatlichen Psychiatrie von 80. 000 auf heute 24.000 reduziert. Tausende chronisch Kranker sind bei dieser Operation in den Straßen hängengeblieben.

Erst wenn sie zusammenbrechen und von der Polizei aufgegriffen werden, liefert man sie als »hilflose Personen» vorübergehend ins nächstgelegene Krankenhaus ein. Wie jene Frau, die teilnahmslos in einer der zum Gang hin offenen Kabinen sitzt.

Sie sei psychotisch, sagt der Arzt, der mich zu Dr. Pawels führt. Ihre Beine sind verkrustet und vergrindet, Strümpfe und Unterhose hängen wie Fesseln um ihre Knöchel, um sie herum ein scharfer ätzender Uringeruch. Man nennt sie »bag women«, Frauen, die, alle Habseligkeiten in Plastiktüten verpackt, durch New York wandern auf der Suche nach einer Unterkunft und Nahrung für eine Nacht.

Ich komme zu spät, um mit dem Siebzehnjährigen zu sprechen. Auch er hängt teilnahmslos in einem Rollstuhl. Ein in die Nase geführter Schlauch verbindet ihn mit einer Nährlösung, die in einer Plastikflasche über seinem Kopf hängt. Man hat ihn mit Valium stillgestellt. In schweren Fallen geben die Ärzte Halloperidol. Schwere Fälle, das sind gewalttätige Fälle, wo oft mehrere Pfleger ran müssen, um den Patienten zu beruhigen. Manchesmal muß ein Junge angeschnallt werden, damit man ihm überhaupt ein Beruhigungsmittel injizieren kann.

Carlos - so nenne ich den Jungen mit der hellbraunen Haut und der Lockenmähne im Afrolook - ist ein leichter »Fall«. Seine Eltern sind puertoricanische Einwanderer, er wurde in den USA geboren. Und, das betont Dr. Pawels, er hat einen Job. Deshalb wird man ihn so schnell wie möglich entlassen.

Erfahrungsgemäß dürfte das in seinem Fall noch etwa acht Stunden dauern.

»Und was dann?«

»Dann entlassen wir ihn, vorausgesetzt, seine Bauchschmerzen sind psychogen.«

Noch laufen die Labortests, sind die Röntgenaufnahmen nicht ausgewertet, ist der Verdacht auf einen Milzriß nicht ausgeschaltet. Carlos könnte einen Schlag abbekommen oder sich selbst verletzt haben. Er klagte über Schmerzen, als er kam. Was ihm aber wirklich zugestoßen war, konnte er in seinem verwirrten Zustand nicht deutlich machen.

»Und was werden Sie ihm sagen, wenn Sie ihn entlassen?«

»Ich werde ihm sagen, er soll vorsichtiger sein, wenn er Drogen nimmt«, antwortet Dr. Pawels.

Nicht nur er, auch seine Kollegen geben sich gelassen. Vergiftungen, durch Drogengebrauch verursacht, gehören zur Routine einer psychiatrischen Notaufnahme in New York City.

Sehr viel weniger gelassen reagierte einer der Ärzte, als ich beiläufig die Zusammenarbeit mit einem Agenten der DEA erwähne. »Lassen Sie die Finger davon«, sagt er, »die arbeiten mit allen Mitteln. Sie befinden sich da in schlechter Gesellschaft.«

Das war die erste, aber nicht die letzte Warnung. Die DEA arbeite hart am Rande der Legalität, sie sei in allerlei düstere Geschichten verwickelt, sie habe sich verselbständigt und neben FBI und CIA zu einem eigenen Geheimdienst entwickelt.

Das sind die Hauptvorwürfe, die ich immer wieder zu hören bekomme. Unter Carter habe es Bestrebungen gegeben, die DEA aufzulösen, und selbst in der Reagan-Administration gebe es ähnliche Überlegungen.

Ich habe mich daran gewöhnt, auf die Bullenparanoia in der Drogenscene nichts zu geben. Wenn einem aber etablierte Ärzte und nadelgestreifte Anwälte ständig mit derartigen Warnungen kommen, wird man unruhig.

An einem Samstagnachmittag fahren Wir erneut über die Williamsburg-Bridge Richtung östliche Stadtteile. Gewöhnlich, das heißt dienstlich, hat Jeff mit Leuten, die Drogen konsumieren, nichts zu tun. Für die sind Ärzte und Sozialarbeiter oder die Agenten der örtlichen Reviere zuständig.

Heute aber will mir Jeff zeigen, was er über die Samstagnachmittag-Beschäftigung italo-amerikanischer Mittelstands-Jugendlicher weiß. Er sagt »middle-class kids«, wir würden von Arbeiterjugendlichen sprechen oder Kindern aus Arbeiterfamilien, denn Brooklyn und Queens, Maspeth und Ridgewood , wo wir herumkurven, sind traditionsreiche Arbeiterviertel.

Wenn Jeff von seiner Arbeit spricht, wirkt er cool und sympathisch. An diesem Samstagnachmittag aber umgibt ihn ein Hauch von Angabe. Er will mir etwas vor ren, wovon er nichts versteht. Seine Fähigkeit, über die Kühlerhaube des Thunderbird gepeilte Ferndiagnosen zu erstellen, ist fast amüsant. Immer wieder fordert er mich auf, in die Augen irgendeines Jungen zu schauen, was schon wegen der Entfernung kaum möglich ist.

»Typisch!«

»Was ist typisch?«

»Der Junge ist dusted.«

Daß viele der Jungen, die an den Straßenecken hängen, irgendwie verladen sind, kann ich erkennen. Ob sie aber dusted oder stoned, angekickt oder besoffen sind, läßt sich so nicht feststellen. Jeff kommt mir vor wie die zwölfjährige Tochter einer New Yorker Bekannten, die zu viele Fernsehspots gegen Drogen gesehen und sich nun darauf spezialisiert hat, an ihren Klassenkameraden Augentests vorzunehmen. Aufgeregt kommt sie nach Hause und teilt ihren aufgescheuchten Eltern mit, wen sie nun wieder im Verdacht hat, Drogen zu nehmen.

»Diagnosen« aus der Nähe sind fast unmöglich. Jedesmal, wenn wir den Wagen verlassen und die Straße entlangzuschlendern beginnen, lösen sich Gruppen auf, verschwinden Jugendliche in Seitenstraßen und Hauseingängen. Sie kennen offensichtlich ihr Viertel und registrieren jeden Wagen, der nicht hierher gehört, und jeden Fremden, der auftaucht. Eine Razzia in der Gegend, vor einigen Tagen erst, hat sie wohl noch vorsichtiger werden lassen.

»Wanna have some fun?« fragt Jeff und spricht einen Slang, bei dem er den Rest des Abends bleibt. »Watch out!«

Er schiebt die mobile rote Einsatzlampe unter den Fahrersitz, schaltet das Funkgerät ab und steuert den Wagen auf eine Gruppe junger Männer zu, die im Lichtschatten einer Neonreklame stehen.

»Wo bekommt man hier dust?« fragt er ohne Umschweif, und ohne zu zögern antwortet einer der Männer: »Fahrt hoch zum Madisonpark, da bekommt ihr, was ihr wollt.«

Das Spiel, das mir unangenehm ist und Angst macht, treibt Jeff noch mehrmals in dieser Nacht. Ob in der Bronx oder in Harlem, in Queens oder der East-Village, keiner, der nicht gewußt hätte, um was es geht, und niemand, der uns nicht einen Tip gegeben hätte, wie und wo man an den Stoff rankommt.

Den Besuch im »Harlem Hospital« hatte ich nicht eingeplant. PCP ist eine »weiße« Droge, sie wird von Farbigen abgelehnt. Das sagen die Experten.

Andererseits: Washington mit seinem hohen afro-amerikanischen Bevölkerungsanteil von über 70 Prozent gilt als einer der Umschlag- und Absatzplätze für PCP.

Mein Verdacht, daß die Droge bereits in die schwarzen Ghettos eingesickert ist, wurde von Cynthia, einer befreundeten Ärztin, die in St. Luke's arbeitet und in Harlem lebt, bestätigt. Sie empfiehlt mir Dr. Gideon Nachumi, den Leiter der psychiatrischen Notaufnahme des Harlem Hospitals. Ich platze in die Frühkonferenz der Mitarbeiter. In ruhigem, geschäftsmäßigem Ton gehen Ärzte Krankenakten durch. Dann läßt Dr. Nachumi die beiden uniformierten Sicherheitsbeamten rufen.

»Sie alle wissen«, beginnt er eine Art Ansprache, »daß unser Patienten äußerst unruhig sind. Wir haben nur Schwestern auf der Station, und die haben Angst.«

Regungslos hört der schwarze Sicherheitsmann zu.

»Wir müssen einen Weg finden, um mit der Situation fertig zu werden«, setzt Nachumi seine Ansprache fort. »Ich will hier keinen Faschismus, aber wenn Sie im Gang sitzen, und jeder Sie sehen kann, macht das Eindruck auf die Patienten und nimmt den Schwestern die Angst.«

Dann spricht der Uniformierte: »Sie wollen mich zum Pfleger machen. Ich bin aber ausschließlich für die Sicherheit verantwortlich. Für sonst nichts.« Mit beschwörenden Handzeichen versucht Nachumi, den dröhnenden Baß des Mannes zu dämpfen. Der wiederholt unbeirrt: »Für Sicherheit, für sonst nichts. Verstehen Sie, Sir?«

In diesem »Sir« liegt eine Schärfe, die hellhörig macht. Warum sagt er nicht gleich »Massah«? Denn alle Mitarbeiter, Ärzte, Schwestern und Sicherheitsbeamte sind Schwarze, Nachumi ist der einzige Weiße auf der Station. Und er ist der Boß.

Keiner der Mitarbeiter ergreift für Nachumi Partei. Entweder die Situation ist so bedrohlich, wie er sie darstellt, dann müßten sie ihn unterstützen, oder Nachumi übertreibt, dann müßten sie ihm widersprechen. Doch niemand spricht. Ihr Schweigen ist wie eine feindselige Demonstration. Vielleicht auch nur, weil sie ihm übelnehmen, daß er diesen Auftritt in Gegenwart eines Fremden inszeniert. Eines weißen Fremden. »Ich werde mit dem Captain sprechen«. Dr. Nachumi beendet die Auseinandersetzung und verläßt die Konferenz.

in seinem Arbeitszimmer schlage ich vor, einen neuen Termin zu verabreden, doch Nachumi winkt ab: »An anderen Tagen ist es nicht anders.« So muß ich mich damit abfinden, ein ständig von Anrufern, Ärzten und Schwestern unterbrochenes Gespräch zu führen. Dabei benutzt Dr. Nachumi die Hälfte der Zeit, um Patienten an andere Kliniken weiterzuleiten und Neuaufnahmen auf die eigene Station abzuwehren.

»Wir haben hier acht Betten und das entsprechende Personal«, erklärt er. »Im Augenblick haben wir einundzwanzig Patienten hier.« Er denkt einen Augenblick nach und korrigiert sich: »Dreiundzwanzig. Es sind dreiundzwanzig.« Eine Überbelegung von mehr als 200 Prozent. Ich habe Hemmungen, in dieser Hektik auf mein Thema zu kommen, doch im Harlem Hospital muß man nicht umständlich auf ein Gespräch über Drogen lenken. Der ».Verdacht auf Drogenmißbrauch« gehört zum diagnostischen Alltag der Ärzte.

»Wenn Sie Wert auf eine Rangordnung legen, dann ist hier alles wie gewohnt. Alkohol und Heroin sind die Spitzenreiter, aber PCP ist ansteigend. Angeldust kommt immer mehr nach Harlem rein.« Ihm sei aufgefallen, daß oft in kurzen Abständen Jugendliche eingeliefert werden, die alle in einer Straße oder im Umkreis eines Blocks leben. »Dann weiß ich, daß wieder ein neuer Dealer eingefallen ist.«

»Und wo sind die besonderen therapeutischen Probleme?«

»Von Überdosierungen abgesehen, gibt es keine besonderen Probleme. Wir geben Halloperidol, im Bellevue Hospital geben sie Valium und in St. Luke's geben sie beides. Nach sechs Stunden Minimum und zwölf Stunden Maximum ist meistens alles vorüber. Der Patient kann entlassen werden.«

Kompliziert sei die Diagnose. Man müsse davon ausgehen, daß die Jugendlichen so ziemlich alles nehmen. »Das zwingt uns, äußerst vorsichtig bei er Diagnose und sorgfältig bei der Gabe von Medikamenten zu sein.« Ich frage, welche Erfahrungen er mit Überdosierungen gemacht habe, und Dr. Nachumi antwortet: »Ich habe einen Todesfall gesehen. Das war ein Dealer, der bei einer Razzia alles schluckte, was er bei sich hatte. Und dann habe ich den Fall einer Hirnschädigung gesehen.« »Von der Art 'they never come back'?« frage ich. Dr. Nachumi nickt.

»Wie ist das mit Gewalttätigkeiten unter PCP-Einfluß?«

Dr. Nachumi lächelt nachsichtig, als habe er die Frage erwartet: »Wissen Sie, wir sind hier in Harlem.« Er macht eine Pause, als sage das alles. »Das ist ein psychotisches Gebiet«.

Er sagt »psychotic area« und meint, es sind nicht nur die allgemeinen Verhältnisse, die Menschen zu Drogen greifen lassen, es sind auch die besonderen Verhältnisse, die den Verlauf einer Drogenerfahrung bestimmen. Unter den Bedingungen des Gettos neigen die Menschen zum Ausflippen, oder zu »psychotischen Reaktionen«, wie es die Psychiater nennen.

Dr. Nachumi meint, es sei gleichgültig, welche Droge gerade im Spiel sei, wenn es zu sozialen Explosionen oder psychischen Implosionen kommt. Er läßt keinen Zweifel daran, daß er PCP für eine äußerst gefährliche Droge hält, und ich habe keinen Arzt getroffen, der diese Auffassung nicht teilte.

Ich habe auch keinen Jugendlichen gesprochen, der nicht von der Gefährlichkeit der Droge wußte. Ein Grund also, die Finger von Angeldust zu lassen?

Nicht für die Clique junger Italoamerikaner, die sich in Sichtweite ihrer Highschool am Eingang eines Shoppingcenters herumtreibt. Sie alle haben ihre Erfahrungen mit Angeldust. Kein Problem, mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Ich habe das Gefühl, sie legen es darauf an, mich mit ihren Geschichten zu beeindrucken. Daß ich mit ihrer Droge keine Erfahrung habe, finden sie schnell heraus, die Einladung, mit ihnen Dust zu rauchen, läßt nicht lange auf sich warten. Ich lehne ab und sage, daß ich Angst habe. Das scheint sie anzuspornen. Sie versichern, daß sie die Droge voll im Griff haben. Anstatt aber zu versuchen, mir die Angst zu nehmen, indem sie von positiven Erfahrungen berichten, überbieten sie sich in immer neuen Schreckensgeschichten. Alle Warnungen, alle Angstmache wecken nur die Machoinstinkte der Jungen. Sie haben die »Killerdroge« genommen und überlebt. Was sind sie für Kerle.

Die jüngste - 1980 veröffentlichte - Studie zeigt, daß Angeldust-Konsumenten vor nur einem Angst haben: innerlich auszubrennen. »Burn-outs« fühlen sich verloren und unfähig, klar zu denken. Sie leiden unter einem gravierenden Gedächtnisverlust. In ihrer Umgebung gelten ausgebrannte Jugendliche als unzuverlässig, als unfähig, locker und spontan zu sein. Eigenschaften, die von der Gruppe erwartet und gefordert werden.

Zur Ideologie solcher Gruppen - so die Studie - gehört die Überzeugung, daß Drogen ein Mittel sind, Wege zu Spaß und Vergnügen (und zu Gefahren) zu öffnen, daß sie aber auf keinen Fall die körperlichen und emotionalen Fähigkeiten beschneiden dürfen. Kommt einer in diesen Zustand, dann gerät er unter den Druck der Gruppennorm. Die Gruppe übernimmt eine erzieherische Aufgabe, indem sie den Betreffenden mehr oder weniger dazu zwingt, den Konsum der Droge einzustellen. Mehr als alle Warnungen von außen verhindert so die innere Gruppennorm, ein »Burn-out« zu werden.

Kein Wunder also, daß die Kliniken in Gegenden mit PCP-Tradition einen Rückgang von Notfällen melden. Im jahrelangen Umgang mit der Droge geübt , haben vor allem gewohnheitsmäßige Konsumenten heute die Dosierung besser unter Kontrolle als zum Beginn der Angeldust-Welle.

Auch über das Ausmaß von Gewalttaten gibt die Studie Auskunft. Es wird nicht bestritten, daß es vereinzelt zu Gewaltanwendungen gekommen ist. Aber im Gegensatz zur aggressiven, aktiven Gewalt - etwa unter Alkohol-Einwirkung - handelt es sich im Falle von PCP meist um Panikreaktionen.

Außer sich und ohne Selbstkontrolle interpretieren Konsumenten beispielsweise den Versuch, ihnen zu helfen, als Angriff, gegen den sie sich panikartig zur Wehr setzen. Die Wirkung von PCP wird von den meisten Konsumenten als derartig stark geschildert, daß einer, der dusted ist, gar nicht fähig ist, den in einer Kampfsituation nötigen Überblick zu wahren.

Die PCP von den Massenmedien zugeschriebene Eigenschaft, gewaltauslösend zu sein, ist, folgt man den Ergebnissen der Studie, schlicht falsch.

Deshalb wohl das nachsichtige Lächeln des Dr. Nachumi, als ich die Gewaltfrage aufwarf . Ein New Yorker Psychiater hat nicht nur mit der Angst, sondern auch mit der Angst vor der Angst umzugehen. Möglich, daß er in mir ein weiteres Opfer der New York City-Paranoia sah.

Zwar macht sich die »Village Voice«, New Yorks offene Untergrund-Zeitschrift, über deutsche Touristen lustig, die mit einer bodyguard anreisen, um auf der Park Avenue einzukaufen. Doch sind es die New Yorker selbst, die immer neue Schreckensvisionen über ihre Stadt verbreiten.

Mit Entsetzen beobachte ich in den ersten Tagen selbst, wie Angst meine Wahrnehmung beeinflußt, wie ich beginne, mögliche Angreifer auszugrenzen, wobei ich mich dabei ertappe, vor allem Farbigen auszuweichen. Die Angstmache weckt einen verkappten Rassismus. Absurd, denn es sind vor allem Farbige selbst, die Opfer von Gewalt werden.

Überall in dieser Stadt ist Gewalt, fast jeder, mit dem man spricht, ist irgendwann einmal Opfer einer Gewalttat oder doch ihr naher Zeuge gewesen. Die Wahrscheinlichkeit, Opfer von Gewalt zu werden, und die Wirklichkeit werden immer mehr deckungsgleich. Und trotzdem gehört es zur Überlebensstrategie, sich nicht von der allgemeinen Paranoia anstecken zu lassen.

So habe ich es sehr bald aufgegeben, Freunden oder Bekannten zu erzählen, wo ich mich tagsüber und nicht selten auch nachts aufgehalten habe. Weder ihr Entsetzen noch ihre Bewunderung entsprachen dem, was ich wirklich erlebt und erfahren habe. Ich war nie wirklich in Gefahr. Oft war ich in Situationen, in denen ich alle street smartness aufbieten mußte, um mich rechtzeitig zurückzuziehen, auszuweichen, vorzupreschen oder ganz einfach abzuhauen. Doch das habe ich auch in europäischen Großstädten erlebt, so habe ich mich auch in Ciudad de Mexico und Tel Aviv bewegt.

Auch in St. Pauli drehe ich mich nicht um, wenn ein Besoffener hinter mir her grölt; ich wechsle auch in Kreuzberg die Straßenseite, wenn ich eine Menschenansammlung als bedrohlich empfinde; auch in Zürich verlasse ich eine Kneipe, wenn sich Gewalt zusammenbraut. Oberall gilt für heiße Gegenden, was man in New York an einer Fußgängerampel wissen muß: »Don't Walk« heißt nicht stehenbleiben, sondern »Run«.

Konkret 10/82, S. 55

Werner Heine

KONKRET-Extra: Sozialismus mit Grün?

In Bremen stritten sie noch um die Kleiderordnung, in Hessen brachten sie jetzt die Sozialdemokraten um die Macht. Mehr als 1.000 Parlamentsabgeordnete der Umweltschutz-, Frauen- und Friedensbewegung sitzen mittlerweile in Stadt-, Kreis- und Länderparlamenten. In Hamburg wollen die Grün-Alternativen der SPD zum Weiterregieren verhelfen, wenn sie sich bereit findet, eine linke Politik zu machen. Kommt jetzt der Sozialismus mit Grün?

Damit hatte im Hamburger Rathaus niemand gerechnet: Kurz bevor der Präsident zur Eröffnung der Bürgerschaftssitzung das Glöckchen läutete, verleugnete der sozialdemokratische Fraktionschef Henning Voscherau das Godesberger Programm. Dieses Papier könne er »nicht mittragen«, erklärte der Partei-Rechte, ein Linker aus der Fraktion möge es verlesen.

Das bewußte Papier war ein Antrag, mit dem die SPD-Fraktion am 1. September des Kriegsausbruchs gedenken und für die Schaffung eines atomwaffenfreien Europas plädieren wollte - in den Formulierungen des Godesberger Grundsatzprogramms der SPD von 1959. Voscherau, das war verabredet, sollte den Antrag im Plenum einbringen.

Daß sich ein rechter Genosse seines Programms schämt und die Rathaus-Fraktion Beschlüsse zur Weltlage vorlegt, hat eine Vorgeschichte. Seit der Wahl im Juni sitzen neun Abgeordnete der GAL (Grün-Alternative Liste) im Hamburger Landesparlament (120 Sitze), Bürgermeister Klaus von Dohnanyi regiert mit 55 SPD-Abgeordneten aus der Minderheit weiter, Bürgermeister-Kandidat Leisler-Kiep verlangt mit den 56 Stimmen der CDU nach einem »Bürgersenat«, der Großen Koalition, natürlich unter seiner Führung.

Eine Rücktrittsaufforderung der CDU an Dohnanyi gleich nach der Wahl stimmten GAL und SPD gemeinsam nieder. Seit drei Monaten vor der Wahl liegt ein Forderungskatalog der GAL zur möglichen Tolerierung des SPD-Senats auf dem Tisch, seit August wird darüber verhandelt. Den Sozialdemokraten brennt dabei die Zeit unter den Nägeln: spätestens Anfang 1983 brauchen sie eine Mehrheit in der Bürgerschaft, um den neuen Haushalt verabschieden zu können. Seither zeigt sich aber auch, wie kopflos jene rechte SPD-Mehrheit den Rest von Macht verwaltet, der ihr seit dem Sturz von Hans-Ulrich Klose im März 1981 und dem Abwandern linker Wähler zu den Alternativen bei der Bürgerschaftswahl vor vier Monaten blieb.

Zum Anti-Kriegstag hatte die GAL der Bürgerschaft vier Anträge vorgelegt: Keine Frauen in die Bundeswehr, Verzicht auf öffentliche Rekrutenvereidigungen, Verbot militärtechnischer Ausstellungen und ein Verbot der Lagerung von Atomwaffen auf Hamburger Staatsgebiet. Diese Forderungen aus der Friedensbewegung, die sich mit den Vorstellungen des linken Teils der Sozialdemokratie decken, ließ die Fraktionsrechten Sturm laufen. Sie fürchten die Verbrüderung mit der GAL. Und auch bei einem Vorbereitungstreffen der rund zwanzig linken SPD-Bürgerschaftsabgeordneten fand der Vorschlag, die GAL-Anträge zu übernehmen, keine Mehrheit, weil die Proklamation Hamburgs zur atomwaffenfreien Zone »politisch so bedeutsam ist, wie wenn in Barmbek ein Spaten umfällt«.

Trotzdem beharrten acht linke Abgeordnete noch in der Sitzung der Gesamtfraktion darauf, um ihrer Glaubwürdigkeit willen für die GAL-Anträge zu stimmen. Was danach in der zehnstündigen Nachtsitzung geschah, nannte die »Bild«Zeitung anschließend genußvoll »Zerreißprobe«. Die rechte Fronde um Wirtschaftssenator Volker Lange und Innensenator Alfons Pawelczyk sowie Ex-Bürgermeister Peter Schulz und Ex-Senator Frank Dahrendorf schoß sich auf den integrationswilligen Dohnanyi (»Bild«: »Er schwankte wie ein Rohr im Wind«) ein. Der ehemalige Staatsminister im Auswärtigen Amt - erst vor gut einem Jahr als Retter der Rechten an die Elbe geholt - wurde von aufgebrachten Lokalpolitikern über die Erfordernisse der sozialliberalen Sicherheitspolitik belehrt. Als der Fraktionsvize Eugen Wagner den Linken offen mit Spaltung drohte (»Wenn ihr eure Stimmen der GAL gebt, dann sind wir hier zwei Fraktionen«), war klar, worum es eigentlich ging: Die Rechten hatten einen Anlaß gefunden, den Bürgermeister loszuwerden, der ihnen auf ihrem Weg in die Große Koalition ein Hindernis ist.

Nach persönlichen Angriffen und Gebrüll (Dohnanyi zu seinem Fraktionschef: »Wie redest du eigentlich mit mir« - Voscherau: »So rede ich auch mit meiner Frau«) wurde gegen Morgen ein Kompromiß gefunden. Die Fraktion einigte sich auf Passagen aus dem Godesberger Programm, um einen eigenen Antrag in der Bürgerschaft vorbringen zu können. Als dann anderntags die Weigerung Vosceraus kam, diesen Kompromiß im Parlament zu vertreten, drohten zwei Stunden lang die Spaltung der SPD-Fraktion und der Rücktritt Dohnanyis.

Die Rettung kam, doch sie kam wieder von der GAL. Deren Fraktionssprecher Thomas Ebermann hatte in der Bürgerschaft eher beiläufig gesagt, daß nicht nur die CDU, sondern auch »Teile der SPD« mit der Zustimmung zur Atomrüstung »auch die Konsequenz des Kriegsausbruchs kalkulieren«. In dieser banalen Schlußfolgerung aus der Politik der Abschreckung entdeckten rechte wie linke SPD-Abgeordnete dankbar einen Angriff auf den Friedenswillen und die Solidarität der Sozialdemokratie. Der sozialdemokratische Schulterschluß war perfekt. Werner Karotka, links, fand zur selben Sprache wie Volker Lange, rechts: »Unverschämtheit, Infamie«. Der Sturz des Bürgermeisters war vertagt. Voscherau mochte den

Antrag wieder vorbringen, die GAL-Forderungen konnten mit den Stimmen von SPD und CDU abgeschmettert werden. Nur militärtechnische Ausstellungen wird es in Hamburg nicht mehr geben.

Daß die 7,7-Prozent-Partei GAL binnen Tagen Anlaß für Teilung wie Heilung einer bis zum Juni mächtigen Regierungsfraktion bietet, liegt dabei weniger an den Stimmenanteilen »dieser neuen politischen Kraft« (Helmut Kohl). Was die sogenannten Turnschuh-Politiker seit fünf Jahren in zahlreichen Stadt- und Gemeinderäten sowie den Länderparlamenten von Bremen, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Berlin mit inzwischen über tausend Abgeordneten aus der Friedens-, Frauen- und Ökologiebewegung zuwege bringen, reichte bislang immer nur zum Gerede von der »Erschütterung des Parteiensystems« bei den betroffenen Etablierten und in der bürgerlichen Presse.

Ein paar Verbesserungen beim Umweltschutz in Stuttgart, eine atomwaffenfreie Zone in Kassel (mit den Stimmen der SPD und Grünen), der erzwungene parlamentarische Hammelsprung bei der Änderung der Hundesteuer in Berlin - das brachte kein System ins Wanken. Zudem stießen die Delegierten mächtiger Bürgerinitiativen in den Parlamenten bald an so schlichte Systemgrenzen wie Ältestenrat, Tagesordnung oder Fraktionsstatus.

Wenn in vielen Kommunen rot-grüne Bündnisse friedlich in den Ausschüssen zusammenwirken, wenn in Berlin der AL-Abgeordnete Martin Jänicke bereits die »Erfolglosigkeit«, gemessen am Anspruch seiner Gruppe, beklagt, dann entspricht das dem Handlungsspielraum alternativer Aktivitäten in den Parlamenten. In Hamburg ist dieser Spielraum nach dem Wahlergebnis größer als anderswo, und vor allem: der Konflikt ist deutlicher angelegt. Denn nirgendwo sonst ist die SPD seit Jahren so sehr in zwei fast gleich große Lager gespalten. Der rechte Flügel, Schmidts Hinterhof, will Wachstumspolitik betreiben, damit anständige Gewerkschafter zur Verteilung anstehen können. Er will Kernkraft und Subventionen für die Industrie, damit die Schlote rauchen, und er weigert sich zu begreifen, daß das nicht mehr funktioniert.

Und nirgendwo sonst sind die Alternativen politisch so eindeutig links von der SPD festzumachen wie in Hamburg. Die Grünen im Hessischen Landtag sind zwar wie in Hamburg direkte Folge des politischen Versagens von Sozialdemokraten. Gemessen an den hanseatischen Kollegen neigen sie aber mehr zu schwärmerischer Fundamental-Opposition. Aus der wohlwollenden Sicht der GAL: »Das sind ordentliche Leute, aber die werden mehr Zirkus machen als wir.«

Börners Hetze gegen alles Alternative nahmen sie nicht als Politik hin, sondern menschlich krumm. Sie erklärten ihn ihrerseits zum Paria, und das hat er nun davon.

Woanders haben Grüne zwar ganz ernsthafte Sachprogramme, beim genauen Hinsehen sind die aber oft schwarz. Heißt es zum Beispiel im Programm der Grünen Baden-Württembergs zur Wirtschaftspolitik, es gelte »neben der unabdingbaren Großindustrie eine kleinräumige, flexible Wirtschaftsvernetzung zu schaffen«, dann läuft das auf die Forderung »nach Erhalt und Wiederbelebung der Nebenerwerbslandwirtschaft« hinaus und liest sich wie ein Papier des Mittelstandskreises der Union. Und ist auch so ähnlich gemeint. Der wirtschaftspolitische Kernsatz der Hamburger GAL lautet dagegen: »Unser langfristiges Ziel ist eine gesellschaftliche Aneignung der Produktion.«

Traditionsbewußte Gewerkschafter, die von den Grünen in Stuttgart hören, daß mit »aktiver Strukturpolitik« der »Weg für eine postkapitalistische Wirtschaftsordnung zu ebnen« sei, mögen das für blühenden Unfug halten. Im Programm der GAL lesen sie dagegen, das langfristige Ziel setze voraus, »daß wir eine Mitbestimmung anstreben, die den Arbeitern und Angestellten effektive Einflußmöglichkeiten auf Investition, Produktion und Personalplanung bietet«. Dafür sind Gewerkschafter vor zehn Jahren demonstrieren gegangen. Und, was bedeutsamer ist, vielleicht bekommen sie sogar das Gefühl, daß die, die sie damals zum Kampf aufforderten, das gemeinsame Anliegen gar nicht so ernst nahmen.

Als in Hamburg Grüne und Alternative ihr Wahlbündnis schlossen, kamen wenig ökologische Romantiker, dafür umso mehr Leute mit in linken Gruppierungen erprobtem Sachverstand zusammen. Daß der ökologische Kollaps Folge der Ökonomie ist, ist mittlerweile bis hin zur CDU unumstritten. Daß der Kampf ums Überleben von den Bedingungen des Kapitalismus diktiert wird und deshalb auch eine Klassenauseinandersetzung ist, gehörte nur in Hamburg von Beginn an zur Geschäftsgrundlage der Alternativen, während Rudolf Bahro noch für einen Großteil der Grünen den Klassenkampf für erledigt erklärte und den Kampf der »Gattung« ins Gespräch brachte.

Die bundesweite Verteufelung der Grünen als »Nährboden reaktionärer Kräfte« (Johannes Rau) oder gar als »Faschisten« (Börner) blieb in Hamburg wirkungslos. Ebenso wie der Versuch der SPD im Wahlkampf, die Helferrolle der GAL für die Konservativen anzuprangern - ein mühsames Unternehmen bei den kaum unterscheidbaren Kandidaten Kiep und Dohnanyi. Mit der GAL wählten 73.000 Hamburger eine Politik links von der SPD, und über 50 Prozent aller Wähler stimmten für eine Politik links von der CDU.

Das war ein schwerer Schlag auch für das Bonner Kanzleramt, das in allen Planspielen der letzten Jahre eine Regierungsmehrheit ohne Bürgerliche für ausgeschlossen erklärt hatte, um so das Nachlaufen hinter der FDP taktisch zu rechtfertigen.

Das Dilemma der SPD-Planer: Ein Zusammengehen mit den Alternativen, am Ende gar ein erfolgreiches, müßte das weitere Zusammengehen mit der FDP im Bund gefährden. Die GAL einfach links liegenzulassen, würde den sofortigen

Verzicht auf die Macht in Hamburg bedeuten und wäre schwerlich als Ausführung des Wählerwillens zu verkaufen. Selbst Kanzler Schmidt gab deshalb seine Zustimmung zu Sondierungsgesprächen. Die Hamburger SPD beschloß, das Tolerierungsangebot der GAL in Verhandlungen zu prüfen. Dieser Beschluß mußte bereits gegen den Widerstand eingefleischter Rechter durchgeboxt werden, denen die Berührung mit Marxisten von der GAL von Anfang an zuwider war.

Die Ausgangslage der Verhandlungen war paradoxerweise dadurch vorbelastet, daß die SPD bei der GAL auf ihre eigenen Forderungen stieß. Hätte die Hamburger SPD in den letzten Jahren lediglich ihre fortschrittlichen Beschlüsse der Parteigremien im Senat ausgeführt, wäre ihr viel erspart geblieben. Vielleicht sogar die ganze Prozedur der Verhandlungen mangels einer GAL in der Bürgerschaft.

Denn daß zum Beispiel Brokdorf nicht gebaut werden soll, war bis zum Klose-Sturz Senatsbeschluß. Beseitigung von Arbeitslosigkeit, Hilfe für Wohnungssuchende, Maßnahmen zur Säuberung der Elbe und der Luft - alles GAL-Minimalforderungen, die die SPD aus ihren eigenen Papieren singen kann. Der kleine, aber wichtige Unterschied: die GAL macht bei ihren Vorschlägen nicht immer dort halt, wo es dem System ans Eingemachte geht.

Am 21. August trafen sich die Verhandlungskommissionen von je 15 Delegierten zur ersten Tolerierungs-Runde. Ganz oben auf der SPD-Themenliste stand die schlechte Haushaltslage, um »Illusionisten« den Mut zu teuren Reformforderungen zu nehmen und die Kontinuität der Sachzwänge zu wahren. Dabei gingen bereits die optimistischen Steuerschätzungen baden, mit denen Dohnanyi wenige Wochen vorher den Wahlkampf geführt hatte. Die GAL ließ sich nicht beeindrucken.

Sie erklärte die nachgebesserten Haushaltswerte für immer noch zu optimistisch geschätzt und forderte als erstes die Absage an einen Sparhaushalt. Die Stadt müßte in der Krise mit aller Kraft Geld ausgeben, um Nachfrage zu erzeugen. Die Zahl der neuzubauenden Wohnungen müsse beispielsweise drastisch erhöht und das Fernwärmenetz ausgebaut werden. Das schaffe zusätzliche Arbeitsplätze, die die augenblickliche Verschuldung später ausgleiche. Gleichzeitig sei die Gewerbesteuer zu erhöhen und über den Bund eine Ergänzungsabgabe bei höheren Einkommen zu erwirken.

Die Vorschläge trafen die SPD-Rechten an einer sensiblen Stelle. Unmittelbar zuvor hatte Sozialsenator Ehlers (links) in einem internen Papier die Haushaltspolitik der letzten Jahre als »prozyklisch«, also krisenverschärfend, gerügt und genau wie die GAL eine antizyklische Finanzpolitik gefordert. Das war gerade erfolgreich abgewehrt worden. Einen Tag vor der ersten Verhandlung verkündete der Senat, Hamburg werde auch künftig ein »solider Schuldner« sein. Von einer drastischen Erhöhung der Kreditaufnahmen, die Ehlers gefordert hatte, war nicht mehr die Rede.

Außerdem setzte der Senat die Gewerbesteuer um 30 Prozentpunkte rauf, nur fünf weniger, als die GAL gefordert hatte. Und das, obwohl Wirtschaftssenator Lange der Industrie noch kurz zuvor öffentlich versprochen hatte, eine Anhebung werde es nicht geben.

Den Rechten war bald klar: Je länger diese Verhandlungen dauern, umso mehr bröckelt, was sie als realitätsbezogene sozialdemokratische Positionen verteidigen. Schon nach der zweiten Verhandlungsrunde konstatierte der linke Fraktionsvize Bodo Schümann »etwa 80 Prozent Übereinstimmung« in den Gesprächen - ein Alarmzeichen. Schulsenator Grolle (links) mußte gar in einer von der SPD beantragten Sitzungspause (»Auszeit«) in die Pflicht genommen werden, weil er der GAL bei Vorschlägen zum Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit ganz unverhüllt zugestimmt hatte. Auch bei diesem Thema saßen die Rechten in der Klemme. Die GAL brachte unter anderem eine Forderung der IG Metall ein: die Einrichtung von eintausend überbetrieblichen Ausbildungsplätzen. Hamburgs IG-Metall-Chef Müllner (rechts), sonst in der Kommission immer dabei, fehlte bei dieser Verhandlungsrunde...

Nicht einmal der Wissensvorsprung von Verwaltung und Regierung war eine zuverlässige Trumpfkarte. Wurde sie eingesetzt, geriet das Ergebnis eher peinlich. Bei der Beratung des Komplexes »Saubere Elbe« verblüffte der SPD-Experte Jörg Kuhbier, Senatsdirektor in der Umweltbehörde, die GAL mit der Eröffnung: »Ihr habt ja keine Ahnung von der Dimension der Katastrophe.« Dann breitete Umweltsenator Curilla (links) die Schwierigkeiten beim Kontrollieren von Immissionen und beim Durchsetzen bestehender Gesetze so ausführlich aus, daß die Ankläger von den Alternativen wie die SPD-Rechten immer zappeliger wurden. GAL-Fraktionssprecher Ebermann: »Unsere Leute waren am Ende emotional richtig gestört. Die Elbfischer fürchteten schon, daß der Fluß jetzt totgemessen wird.«

Bürgermeister von Dohnanyi mußte seine Experten schließlich entnervt bremsen. Es wurde dann schnell verabredet, daß der Senat einige wichtige Schritte zur Luft- und Wasserreinigung einleitet. Es blieb nur die Frage offen, warum das nicht längst geändert worden war.

Christian Schmidt, vormals im SPD-Landesvorstand, jetzt GAL-Unterhändler, sieht in solchen Ergebnissen den »guten Sinn längerfristiger Verhandlungen. Die Basisbewegungen treten erstmals in einen erzwungenen Dialog. Bei dieser Sachdebatte kann die SPD die GAL nicht vorführen, eher ist es umgekehrt.« So berichteten die Öko-Amateure von der GAL über in Schweden erprobte Filterungsverfahren, von denen Curillas Experten noch nichts gehört hatten. Die Anregung wurde dankend angenommen.

Das ständige Punktesammeln in vergleichsweise nebensächlichen Detailfragen ist selbst der GAL längst unangenehm - aus taktischen Gründen. Denn jede kleine Nachgiebigkeit der SPD wird von der Lokalpresse aus dem Springer-Haus (80 Prozent der Auflage Hamburger Tageszeitungen) als Erfolg der GAL ausgewalzt und immer wieder mit der Frage an die SPD-Rechten verbunden: »Wie lange halten Sie das noch aus?« Thomas Ebermann: »Wenn ich in die Zeitung sehe, eilen wir von Triumph zu Triumph.«

Die Nadelstiche ins Selbstbewußtsein, die Erkenntnis, auf die Dauer nur verlieren zu können, mögen Anlaß für den Putschversuch des Fraktionsvorsitzenden Voscherau gewesen sein. Dabei war dieser Coup ganz unnötig. Es wird noch viele Anlässe geben, die Verhandlungen scheitern zu lassen.

Die GAL verlangt zum Beispiel einen raschen Ausbau des Fernwärmenetzes, im Prinzip ein SPD-Parteitagsbeschluß. Sie rechnet der SPD vor, daß die Ausstattung der Hälfte aller Hamburger Wohnungen mit Fernwärme bis zum Jahr 2000 dauerhaft 6.000 Arbeitsplätze schaffen und nur 275 Millionen Mark jährliche Kosten verursachen würde. Das erfordere nur die »politische Kontrolle« über das Stromversorgungsunternehmen HEW. Der das zuletzt versuchte, war Hans-Ulrich Klose, und der wurde darüber von der Rechten aus dem Bürgermeistersessel gekippt.

Von der Atomenergie, von den AKWs Brokdorf und Krümmel, war in den Verhandlungen noch nicht die Rede, und wenn sie an der beschlossenen Hafenerweiterung festhalten sollte, hat die rechte SPD-Mehrheit das Scheitern der Verhandlungen jederzeit in der Hand.

Die Rettung Moorburgs vor der Hafenerweiterung ist eine Symbolforderung der GAL, aus dem Wahlkampf. Lenkt hier die SPD nicht ein, provoziert sie das Ende der Gespräche. An der Basis der GAL rumort es selbstverständlich ohnehin schon. Da liegen Radikalität und Enttäuschung über die SPD dicht beieinander.

Die GAL vermag in ihren Forderungen keine systemüberwindende Sprengkraft zu entdecken. Thomas Ebermann rechnet vor: »Wenn man es genau nimmt, verlangen wir von der SPD nicht mehr als die Bereitschaft, den Handlungsrahmen auszuschöpfen, der heute da ist.«

Aber gerade das ist für die SPD Zumutung genug. In welche Lage sie dabei kommt, zeigt ein Beispiel aus dem Sommer. Die GAL verlangte mit einem Antrag in der Bürgerschaft Geld vom Senat, damit eine internationale Untersuchungskommission die Haftbedingungen in der Türkei prüfen kann. In großer Eile legte Sozialdemokrat Henning Voscherau deshalb einen eigenen, inhaltsgleichen Antrag vor, der entgegen den Gepflogenheiten vorher nicht von der Fraktion abgesegnet war.

Dazu schrieb Fraktionschef Voscherau seinen Kollegen anschließend erklärend: »Der Antrag der GAL konnte so nicht angenommen werden. Aber auch eine Ablehnung war schwer möglich, denn in der Sache selbst handelt es sich um ein altes Anliegen unserer eigenen Partei..« Und er entschuldigte sich für ein Stückchen sozialdemokratischer Politik: »Ich hoffe, deutlich gemacht zu haben, daß der Antrag nicht billiger Effekthascherei in Richtung GAL, sondern sozialdemokratischem Engagement - und nur diesem - entsprang.« Es ging übrigens um 10.000 Mark und vor allem um ein Prinzip: Kein Einbruch linker, und sei es SPD-Politik mit Hilfe der GAL.

Um die Fraktionslinken steht es dementsprechend schlecht. Gescholten von den ehemaligen Genossen bei der GAL, gescholten von den eigenen Parteifreunden, versuchen sie, die Verhandlungen zu retten, obwohl sie dabei am deutlichsten Gesicht verlieren. Kein GAL-Erfolg, der nicht auch ihre eigene innerparteiliche Ohnmacht vor Augen führt. Und der naheliegende Weg zur GAL ist ihnen versperrt. Dem steht ihre politische Biographie in einer Partei entgegen, in der links zu sein spätestens seit Godesberg bedeutet, in der Minderheit zu sein.

Ein Fraktionslinker beschreibt die Position so: »Wir werden immer mehr eingeengt. Von links präsentiert die GAL uns unsere Themen, rechts müssen wir einen Putschversuch zu verhindern versuchen. Aber ich bin nicht dafür gewählt, eine Große Koalition einzuleiten. Wenn die kommt, ist es zu Ende mit der Partei und mir.« Er will vorsichtshalber ungenannt bleiben. Denn vielleicht überlegt es sich seine Gruppe ja noch mal anders.

Konkret 10/82, S. 59

Thomas Ebermann, Hans-Ulrich Klose, Jürgen Reents

KONKRET-Extra: »Laßt es uns doch mal probieren!«

Allen gängigen Prognosen zum Trotz gibt es immer noch eine Mehrheit links von der Mitte - jedenfalls im Bundesland Hamburg. Friedensbewegung und Investitionslenkung, Umweltschutz und Arbeitsplätze, Regierungspolitik und Hausbesetzungen - können Sozialdemokraten und Alternative unter einen Hut kommen? Können sie zusammen reden und regieren? Thomas Ebermann, Fraktionssprecher der GAL in der Hamburger Bürgerschaft, und Hans-Ulrich Klose, Ex-Bürgermeister und Mitglied des SPD-Landesvorstands, versuchen in einem Gespräch, Standorte zu klären. Jürgen Reents war als Moderator dabei.

Reents: Das Ergebnis der Hamburg-Wahl signalisiert einen nicht mehr bestreitbaren Umwälzungsprozeß in der politischen Landschaft. Es ist das erste Ergebnis auf Landesebene, wo die Sozialdemokratie auf Verhandlungen mit Grünen und Alternativen angewiesen ist, wenn sie die Regierungsmacht nicht ganz oder teilweise an die CDU abtreten will. Gleichzeitig haben die Grünen bundesweit in einer Meinungsumfrage erstmals die FDP überrundet. Klar scheint also, daß man die Grünen und Alternativen nicht mehr auf eine nur kommunale Bedeutung oder gar auf politische Eintagsfliegen herunteranalysieren kann. Das wird sogar bis in die obersten Etagen der SPD hinein anerkannt: wo man jetzt ganz ungewohnte Töne vernimmt, etwa von Brandt, daß selbst Koalitionen mit den Grünen auf längere Sicht nicht mehr ausgeschlossen sein sollen. Fangen wir also mal ganz pauschal mit der Frage an, was sich da eigentlich anbahnt zwischen Sozialdemokraten und Grünen/Alternativen.

Klose: Ich kann Äußerungen, die ich dazu von führenden Sozialdemokraten auf der Landesebene und auch aus Bonn höre, noch nicht wirklich analysieren. Alle diese Äußerungen greifen außerordentlich kurz und beschäftigen sich lediglich mit der Mehrheitsfrage, aber nicht mit der konkret zu vereinbarenden und zu führenden Politik. Es ist verständlich, daß die Frage der Mehrheitsbeschaffung augenblicklich im Vordergrund steht, weil hier in Hamburg eine absolute Mehrheit für die Sozialdemokratie nicht mehr vorhanden ist - wir sind nicht einmal mehr stärkste Fraktion. Die SPD regiert aber weiter, weil die Situation gar keine andere Möglichkeit zuläßt. Und in Bonn sehen wir, daß die Koalition sich eigentlich nur noch mit der Frage beschäftigt: wie lange hält sie noch? - aber nicht mehr mit der Frage: welche Politik soll dort betrieben werden?In einer solchen Situation, in der die SPD machtpolitisch angeschlagen ist - sie hat faktisch keine Macht mehr - philosophieren viele über die Frage, wie man Macht zurückgewinnen kann. Und dabei kommen dann die Grünen und Alternativen ins Gespräch. Ich nehme an, hoffe sogar, daß die Grünen sich auf diese Ebene der Diskussion nicht einlassen werden.

Ebermann: Die Grünen dürfen dies auf keinen Fall zu ihrer Fragestellung machen. Den Begriff Philosophie finde ich ganz ausgezeichnet zur Charakterisierung der jetzt laufenden Debatte. Tatsächlich ist es ja so, daß sich bei dem, was die Presse momentan ganz aufregend findet, um Sonntagsnachmittags-Stimmungsbilder handelt - zum Beispiel die Äußerungen von Brandt. Da wird sich noch gar nicht wirklich mit dem beschäftigt, was die Grünen und Alternativen an Forderungen auf den Tisch gelegt haben. Man muß sich aber klar darüber sein, daß in Hamburg - und ebenso in Bonn, wenn es dort eine ähnliche Konstellation gäbe - nichts läuft unterhalb der Aufkündigung der »Nachrüstung«, des Ausstiegs aus der Atomenergie, der Beendigung von Sparmaßnahmen im sozialen Bereich und der Verabschiedung eines wirklich greifenden Beschäftigungsprogramms. Damit haben sich diejenigen, die jetzt gegenüber der Presse machtpolitische Spekulationen anstellen, offenbar noch nicht auseinandergesetzt. Statt dessen kann man gegenwärtig nur registrieren, daß einige führende Sozialdemokraten sich eine neue nachdenkliche Haltung zulegen und ihre Hoffnung anbieten, daß die Grünen verparlamentarisieren, das heißt gezähmt werden. Erst wenn dieser Zustand überwunden ist, kann die Frage relevant werden, was zwischen Grünen und SPD wirklich ablaufen kann. Das ist dann die Sachdebatte. Das wird leider nicht so schnell sein, weil die Hoffnung eines bemerkenswert großen Teils der SPD doch immer noch darauf gerichtet ist, daß wir eine vorübergehende Erscheinung sind.

Außerdem ist der Teil der SPD verhältnismäßig stark, der selbst gegen die neue Nachdenklichkeit einiger SPD-Repräsentanten polemisiert. Das sind vor allem große Teile des Gewerkschaftsflügels der SPD, also der AfA, und die ganze Riege der »Kanalarbeiter«. Den besten Garanten für reale Veränderungen sehe ich eigentlich in dem Sprichwort, daß die Niederlage die Mutter der Erkenntnis ist. Konkret: der ausgeprägteste Repräsentant der Löwenthal-Thesen in der SPD scheint mir momentan die hessische SPD zu sein - und die braucht einfach eine aufschreckende Niederlage bei der Landtagswahl. Sonst wird selbst das Nachdenken in der SPD nicht weitergeführt.

Klose: Daran glaube ich nicht. Ich halte zwar für möglich, daß eine weitere Niederlage Denkprozesse in der SPD auslöst, die dem einen oder anderen augenblicklich noch schwerfallen. Aber ich halte auch für denkbar, daß nach einer solchen weiteren Niederlage die Auseinandersetzung in der SPD erst voll losgeht - und nicht mit dem Sieg derer endet, die eine veränderte Politik wollen, sondern mit einem Sieg derer, die die alte Politik in vollem Umfang wiederherstellen wollen.

Immerhin hat die zum Machterwerb geführt. Man soll bitte nicht vergessen, daß der Weg der Sozialdemokratie in die Regierung die Umarmungstaktik von Herbert Wehner war. Damals kursierte das Schlagwort von der SPD als der besten

CDU, die wir je hatten. Es gibt ein hohes Maß an Wahrscheinlichkeit dafür, daß sich eine ähnliche Strategie langfristig wieder durchsetzt, zumal nach einer solchen Niederlage in Hessen oder in Bonn nicht Sozialdemokraten, sondern Christdemokraten regieren würden. Es würde also erneut darum gehen, der CDU Wähler wegzunehmen, und da lautet das Rezept - und dafür spricht auch einiges - daß man denen die Mitte streitig machen muß. An die Automatik: wir müssen eine Niederlage erleiden, wir müssen in die Opposition, dann wird sich alles ändern, kann ich darum nicht wirklich glauben.

Eher könnte man an eine Veränderungswirkung von Katastrophen glauben - das kann ich aber nicht, weil es im Ansatz zynisch wäre. Dabei wäre es egal, ob die Katastrophe im sozialen, ökonomischen, ökologischen oder militärischen Bereich stattfindet. Es gibt ja Leute, durchaus ernstzunehmende Leute, die sagen, daß erst eine katastrophale Entwicklung einsetzen müsse, bis politisch etwas gelernt und geändert wird. Ich kann das nicht akzeptieren, weil schon eine mittlere Katastrophe, egal in welchem dieser Bereiche, etwas Ungeheuerliches ist. Im Grunde genommen haben wir sie schon, im sozialen Bereich: Wenn jedes Jahr an die 100 Millionen Menschen auf der Welt verhungern und das kaum jemand wirklich interessiert, dann weiß ich nicht, was an katastrophaler Entwicklung noch kommen muß, bis bestimmte Überlegungen einsetzen.

Ein Ansatz könnte aber eine massiv schlechter werdende wirtschaftliche Situation sein. Der Schlüssel zur Lösung der politischen Probleme liegt ohnehin im wirtschaftlichen Bereich. Man gewinnt nur dann Kraft zur Veränderung, wenn ein großer Teil der Bevölkerung einsieht, daß die bisher betriebene Art der Wirtschaftspolitik nicht automatisch dazu führt, daß es uns ständig besser geht - vordergründig zumindest -, sondern daß dies auch dazu führen kann, daß es mal richtig tief in den Keller fährt. Ich halte für denkbar, daß dort ein Ansatzpunkt liegt, und ich sehe manches an Diskussionen innerhalb der Gewerkschaften und auch in der SPD, das auf diesen Punkt hinzielt, und das müßte stärker herausgearbeitet werden. Da liegt aber ein großes Manko der SPD, das gebe ich zu. Denn die Wirtschaftspolitik ist eigentlich nie spezifisch sozialdemokratisch gewesen. Ich frage mich, ob es überhaupt eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik gibt. Die Frage der Wirtschaftsordnung ist nämlich in der SPD spätestens seit Godesberg ausgeklammert worden. Sie ist kein Thema mehr, aber sie muß es werden. Sonst sehe ich keine Chance.

Reents: Aus dem Mund eines SPD-Linken ist das eine sehr pessimistische Betrachtung. Heißt das, daß die Grünen und Alternativen nicht einmal die Funktion einer Erneuerungsbewegung für die SPD-Linke haben können? Schließt diese Betrachtung aus, daß es auf längere Sicht überhaupt zu einer Art »Fortschrittsblock« zwischen Grünen und Alternativen einerseits und dem linken Flügel oder dem Links-Mitte-Lager der SPD andererseits kommen kann?

Klose: Das Problem scheint mir zu sein, daß der »Fortschrittsblock« - das ist nur ein Wort - numerisch vorhanden ist, politisch-programmatisch aber keine wirkliche Perspektive anzubieten hat: weder die SPD, noch die Grün/Alternativen - die sind dazu nicht konsistent genug, können es wahrscheinlich auch gar nicht sein. Ich glaube, daß es einen solchen Fortschrittsblock gibt, aber dennoch keine fortschrittliche Politik, weil die gestalterische Kraft dafür nicht vorhanden ist. Ich sehe wenig Ansätze dafür in der SPD, und relativ wenig Ansätze innerhalb der Grünen und Alternativen.

Wenn es darum geht, eine neue Politik zustande zu bringen, müßten meines Erachtens folgende Fragen im Mittelpunkt stehen: Wie geht das eigentlich mit der Wirtschaftspolitik weiter, nach welchen Prinzipien verfahren wir bisher, haben die sich als tragfähig erwiesen, oder haben sie nicht genau die Probleme produziert, unter denen wir heute zu ächzen haben? Müßten wir also nicht in diesem Punkt Änderungen ansetzen, um bestimmte Ziele zu erreichen?

Das schafft man aber nur, wenn man auch die Gewerkschaften überzeugt. Ohne die Gewerkschaften geht in diesem Lande nichts - mit ihnen vielleicht auch nicht, aber ohne sie gewiß nicht. Denen muß man etwas ganz Konkretes anbieten. Es hat relativ wenig Sinn, den Leuten von HDW oder Blohm & Voss zu sagen: Wenn ihr Rüstungsgüter produziert, ist das 'ne Sauerei. Da sagen die: Na gut, das ist in Ordnung; aber wir müssen ja schließlich was zu tun haben. Wir leben vom Verkauf unserer Arbeitskraft, was also sollen wir tun? Das heißt: Politik muß ihnen ganz konkret sagen können, wie sie materiell und sozial gesichert leben können, und wie zugleich all die Fehler vermieden werden sollen, die wir heute machen. Nun sagt mir bitte: Wo gibt es den programmatischen Ansatz - konkret genug, hautnah erfahrbar - mit dem man die Leute überzeugen kann? Ich sehe ihn nicht.

Ebermann: Es wäre absurd, wenn ich mich jetzt optimistischer geben würde als ein linker Sozialdemokrat. Ich will deswegen auch dieses Gleis verlassen und versuchen, eine kurze Bewertung der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik der SPD vorzunehmen, der im großen und ganzen auch die entscheidenden Kräfte in den Gewerkschaftsführungen anhängen. Ich nehme da auch auf mittlere Sicht keine Kurswende an.

Meiner Ansicht nach hat sich in der Praxis das Löwenthal-Papier extrem weit durchgesetzt...

Klose: Das ist die Mehrheitsposition.

Ebermann: Ja, es gibt dann allerdings immer einen großen Teil Leute, der sagt: So was macht man, aber so was theoretisiert man nicht. Wenn es zu einer Abstimmung darüber käme, wäre das Löwenthal-Papier vielleicht in der Minderheit - die letzten Parteitagsbeschlüsse stehen ja auch in gewissem Gegensatz dazu - aber in der praktischen Politik drückt es die Mehrheitsposition aus.

Das Löwenthal-Papier basiert auf folgender Analyse: Es gibt eine Weltwirtschaftskrise, und in dieser Weltwirtschaftskrise kämpfen die verschiedenen nationalen Kapitale darum, eine günstige Ausgangsposition bei deren Ende zu haben. Dafür bedarf es einer im internationalen Wettbewerb optimalen Produktionsstruktur. Konkret heißt das: Maximale Subventionierung der hoch technologisierten, exportorientierten Industriesektoren und Vernachlässigung der arbeitskraftintensiven und in Billiglohnländer auslagerbaren Produktionsbereiche. Es liegt auf der Hand, daß dieses Konzept Arbeitslosigkeit produziert, die zwangsläufig Frauen, Jugendliche und alles, was mit dem Begriff »Randgruppen« belegt wird, besonders trifft. Nun sagt Löwenthal: Weil das so ist, wird die SPD in diesen Bereichen sowieso an Unterstützung verlieren, da kann sie sich abstrampeln wie sie will. Also volle Konzentration auf die weiterhin beschäftigten Teile der Lohnarbeiter und bewußte Abgrenzung von den marginalisierten Schichten, von der Friedensbewegung, von der Frauenbewegung usw., um die traditionelle Stütze der SPD fest im Griff zu behalten. Die SPD gibt damit einerseits bewußt Einflußbereiche ab, verhindert andererseits aber auch, daß diese von ihr abgetretenen gesellschaftlichen Sektoren Einfluß auf die Gestaltung der Politik erlangen. Die Hoffnung ist, daß mit dieser Politik für die verbliebenen Stützen der SPD relativer Wohlstand erhalten bleibt - wobei relativ immer an anderen Industrienationen gemessen wird. Dieses Konzept nimmt bewußt in Kauf, daß aus der SPD vorübergehend eine 30-Prozent-Partei wird, die allerdings ihre Bastionen in der Gewerkschaft weitgehend unbeschädigt halten kann, und hofft im übrigen auf die konjunkturelle Wende, bei der dann mit einer neu aufgelegten Reformpolitik auch wieder mehr zu gewinnen ist.

Wenn diese Einschätzung richtig ist und die SPD sich in der politischen Praxis voll auf dieses Konzept einigt, dann hat das logischerweise zur Folge, daß alles, was momentan zwischen SPD und Grünen/Alternativen angefangen hat zu laufen, in relativ kurzer Zeit wieder abgebrochen wird. Die Grünen und Alternativen können dann bei nächsten Wahlen noch einmal Stimmen hinzugewinnen, würden aber in einer bestimmten Ghetto-Situation - oder besser dann: Groß-Ghetto-Situation - bleiben. Unter gesellschaftlichem Ghetto wurde bislang zumeist ja etwas mit einer Null vor dem Komma verstanden, aber es gibt natürlich auch eine Lagersituation - und hat es ja auch in der Weimarer Republik gegeben -, die durchaus oberhalb von zehn Prozent liegt, die gesellschaftspolitisch als quasi nicht-existent ausgegrenzt werden. Das ist eine der Möglichkeiten zukünftiger Politik.

Klose: Es gibt aber noch eine zweite. Man kann die Positionen eines Teils der linken Sozialdemokraten - die sind ja nicht geschlossen - und der Grünen und Alternativen einander annähern. Dann gerät man aber sehr leicht in die Gefahr, die anderen 30 Prozent, die Löwenthal meint, wegzudrängen. Das ist das Problem, daß Löwenthal eine Position beschreibt und ausgrenzt - ich halte ihm immerhin zugute, daß er sich inhaltlich äußert, was viele andere nicht tun - und daß andere nun in die Gefahr geraten könnten, auch eine Position zu beschreiben und auszugrenzen. In diesem Spannungsverhältnis befindet sich die SPD heutzutage, weswegen ich auch nicht in übermäßigen Optimismus verfalle, was die Gespräche zwischen SPD und GAL angeht.Manches, was die Grünen/Alternativen tun und fordern, klingt jedenfalls wie eine Kampfansage an jene 30 Prozent, um die Löwenthal sich kümmert. Ob es auch immer so gemeint ist, kann ich nicht beurteilen. Es ist klar, daß das, was vorhin als »Fortschrittsblock« bezeichnet wurde, so auf jeden Fall nicht zustande kommt. Wenn man verhindern will, daß die beiden sich gegenseitig ausgrenzen, dann muß man die Frage stellen: Was bewegt denn diese 30 Prozent, von denen Löwenthal spricht, und ist das verwerflich, was die bewegt? Da sage ich: Das ist überhaupt nicht verwerflich, denn es ist ein Fortschritt, daß Arbeitnehmer Arbeit haben, ihre Arbeitskraft möglichst teuer verkaufen und damit einen relativen Wohlstand und relative soziale Sicherheit erarbeiten. Das ist nicht gottgegeben, sondern es war ein politischer Kampf, das zu erreichen, und das kann nicht preisgegeben werden.

Die Frage ist nun, ob die Wirtschaftspolitik, die diesen relativen Wohlstand ermöglicht hat, nicht gleichzeitig eine Unzahl von Schwierigkeiten produziert - sozial, ökonomisch, ökologisch und militärisch - mit denen wir heute nicht mehr zurechtkommen, und die überwiegend zum Problem derer werden, die sich auf der linken Seite der Sozialdemokratie und bei den Grünen/Alternativen betätigen. Also muß doch die zentrale Frage sein: Schaffen wir eine Wirtschaftspolitik, die einerseits relativen Wohlstand ermöglicht und andererseits die vorhandenen Fehler ausschaltet?

Ebermann: Die Frage ist aber erst mal, ob das Konzept, mit dem die SPD in die Krise gegangen ist, überhaupt in sich schlüssig ist. Daraus lassen sich dann ja auch Merkmale für Alternativen gewinnen. Es liegt doch eine erhebliche Demagogie darin, wenn über die Medien geht: Der SPD muß der Stahlkocher in Dortmund näher sein als der Atomkraftgegner in Hamburg. Denn der Stahlkocher in Dortmund ist ja auch in keiner sozial sicheren Situation. Es hat doch nicht aus heiterem Himmel die Kampagne »Stahlwerk jetzt« gegeben. Der Teil, dem man soziale Sicherheit über Beschäftigung anbieten kann, wird offenkundig geringer. Das Löwenthal-Konzept leidet also darunter, daß es die eigenen Versprechungen gar nicht halten kann - das ist auch das Problem von Börner. Folglich ist auch ein Bröckeln in dieser traditionellen Stütze der SPD unvermeidbar. Das äußert sich allerdings weniger in Stimmabgaben für die Grünen und Alternativen, als in Abstinenz. Und, was wichtig hinzukommt: im Überschwenken zur CDU. Das ist ein natürlicher Prozeß in der wirtschaftlichen Krise, wie man ja auch bei einer tendenziell radikaleren Partei wie der Labour Party in England sehen konnte...

Klose: Ich will das ruhig böser formulieren: Das sind Leute, denen man gesagt hat, diese Art von Wirtschaft garantiert ihnen diese Art von Leben. Die SPD hat diese Art von Wirtschaft mit zum Programmpunkt gemacht, sie schafft es aber

offensichtlich nicht mehr, sie so am Laufen zu halten, daß die Ergebnisse auch stimmen. Also sagen sich viele: Dann laßt uns doch lieber das Original wählen statt die Kopie.

Ebermann: Ja. Meines Erachtens besteht das Problem nun aber darin, in der Praxis gleich eine Verbindung von Ökonomie und Ökologie hinzukriegen, die bisher auf Kongressen nur viel beschworen wurde. Und in diesem Punkt hat die Programmatik der Hamburger GAL schon einiges geleistet. Wir haben dort, was für die übrige Parteienlandschaft ungewöhnlich ist, ein ziemlich gebrauchswertorientiertes Beschäftigungsprogramm vorgeschlagen, also Bereitstellung von Arbeitsplätzen durch verstärkten Sozialwohnungsbau, durch Rüstungskonversion, durch Elbsanierung usw...

Klose: Gut, aber die interessante Frage bleibt ja: Was sollen denn die jetzigen Rüstungsarbeiter auf den Werften produzieren? Diese Frage muß natürlich gleich mit beantwortet werden.

Ebermann: Das ist nicht so schwer, das exemplarisch zu diskutieren. Da liegen ja Vorschläge zum Beispiel zur Umrüstung auf den Bau von dezentralen Heizkraftwerken vor, was dann auch gleich Lösungen für den Ausstieg aus der Atomenergie mit beinhaltet...

Klose: Ja, die könnten zum Beispiel Hafentechnologie produzieren, um vorhandene Flächen optimal auszunutzen, um eine ständige Ausweitung des Hamburger Hafens zu vermeiden - das ist ein weiteres Problem zwischen SPD und GAL. Der Hafen ist wichtig, er soll auch in seiner Kapazität wachsen, aber dann müssen die vorhandenen Flächen anders, das heißt: besser genutzt werden, und das setzt unter anderem auch eine verbesserte Hafentechnologie voraus. Diese Möglichkeit sehe ich genauso, aber so konkret muß es auch sein.

Ebermann: Diese Konkretionen sind aber gegenwärtig nicht so sehr unser Problem...

Klose: Doch, das ist unser Problem. Denn wir betreiben den Hafen nicht, der Hafen wird von privaten Firmen betrieben. Und es muß darum die Frage diskutiert werden, welche Möglichkeiten wir haben - mal unterstellt, wir seien einer Meinung -, das, was wir für richtig halten, auch durchzusetzen. Das halte ich deswegen für sehr wichtig, weil es uns unvermeidbar an die Frage der Wirtschaftsordnung heranbringt. Die besten Einsichten helfen schließlich nichts, wenn ich sie nicht durchsetzen kann.

Ebermann: Jetzt bin ich in der Gefahr, von links geschlagen zu werden. Wir bemühen uns zur Zeit ja, nachzuweisen, daß die Finanzierung dieser gebrauchswertorientierten Produktion möglich ist, wenn Umverteilungen im Haushalt vorgenommen werden, wenn in der Steuerpolitik Änderungen vorgenommen werden - zum Beispiel Anhebung der Gewerbesteuer...

Klose: Soll man machen.**Ebermann**: Ein weiterer Schritt ist, daß es einer Umverteilung im Steueraufkommen zwischen Bund und Ländern bedarf - und zwar nicht mit der weinerlichen Pose des Städtetags, sondern mit konkreten Benennungen, was in Bonn anders gemacht werden soll, welche andere Steuergesetzgebung, welche Kürzungen im Rüstungshaushalt, zum Beispiel auch Verbot der Abschreibungs-Gesellschaften als dem größten steuerpolitischen Skandal usw. Wenn man das zusammenrechnet, muß man erst einmal zugeben, daß auch unterhalb einer Änderung der gesamtgesellschaftlichen Strukturen, unterhalb der Aufhebung des Kapitalverhältnisses, eine Wende in der jetzigen Politik möglich ist. Denn es stimmt ja wohl nicht, daß das, was Schmidt macht, das einzig Mögliche in einer kapitalistisch verfaßten Gesellschaftsordnung ist, und es daneben nur noch Schlimmeres á la CDU gibt...

Klose: Da stimme ich sofort zu. Man soll die kleinen Schritte, die möglich sind, um Wirkung zu erzielen, auch gehen. Man muß nur wissen, daß man dabei an bestimmte Hürden kommt, wo man springen muß. Dabei denke ich gar nicht daran, daß man das System grundsätzlich umwälzen muß - ich glaube auch nicht, daß das in einem überschaubaren Zeitrahmen möglich ist. Es genügt mir zunächst, daß man die Hürden erkennt und die Angst davor entfällt, sie zu überspringen. Nehmen wir das Beispiel Energie, andere Energiepolitik: Wenn es so ist, daß da trotz besten Willens nichts zu machen ist, weil an den entsprechenden Einflußstellen geblockt wird, dann muß man an den Punkt HEW ran. Und wenn das nicht anders geht als über die Herstellung eines Regiebetriebes - das ist nur ein feineres Wort für Verstaatlichung - dann darf man dieses Thema nicht tabuisieren. Das sage ich jetzt natürlich eher in Richtung SPD...

Ebermann: Mein Respekt vor dem kapitalistischen Privateigentum ist auch nicht so ausgeprägt.

Klose: Man darf nicht zurückzucken, sondern muß springen. Ich sage noch einmal: Ich will gar nicht die Wirtschaftsordnung total umkrempeln. Aber ich will, daß diese Art Wirtschaftsordnung, in der eine ungeordnete staatliche Intervention stattfindet, verändert wird, mindestens teilweise, neu geordnet wird. Die Möglichkeit zu rahmenplanerischen Eingriffen müssen erweitert werden. Wenn man das nicht macht, kommen wir an irgendeinem Punkt nicht weiter. Das ist praktische Erfahrung, die ich selbst gesammelt habe.

Ebermann: Das ist wirklich nicht mein Problem, daß ich das bestreiten will. Das ist ein Prozeß, den auch die Grünen durchlaufen müssen, daß eine an radikaleren ökologischen Erkenntnissen orientierte Ordnung nur möglich ist bei erheblicher Einschränkung der privat-kapitalistischen Verfügung in den Schlüsselindustrien.

Klose: Es kommt dabei aber darauf an, auch Demagogie unmöglich zu machen. Was ich will, ist keine Politik, die gegen Wachstum gerichtet ist. Es müssen solche wirtschaftlichen Aktivitäten entwickelt werden - sei es durch planerischen Eingriff oder nach den Gesetzen der Marktwirtschaft -, die gesellschaftlich und für die Einzelnen sinnvoll sind. Das soll wachsen. Gerade in der Diskussion der letzten Tage und Wochen ist ja der Vorwurf wieder vehement erhoben worden, die Forderungen der Linken und der Grünen zielten auf ein Ende des Wachstums ab. Einer der Punkte von Willy Brandt war: Wir, die SPD, sind eine Partei des wirtschaftlichen Wachstums. Ich bin auch für Wachstum, aber es muß nicht alles in gleicher Weise wachsen. Ich habe immer gesagt: Ob sich in Hamburg ein Unternehmen ansiedelt, das Kaugummi produziert, oder eines, das industrielle Filteranlagen produziert, das ist ein erheblicher Unterschied. Ich bin dafür, daß der Wirtschaftsbereich, der Filteranlagen produziert, wächst, und ich muß darum steuern können, daß diese Produktion überhaupt stattfindet. Und das kann ich gegenwärtig nicht.

Ebermann: Die prinzipielle Ablehnung von Wachstum, die es manchmal in unserem Lager gibt, ist ein Reflex auf einen unheimlich alten Denkansatz in der Linken, sei es früher in der II. und III. Internationale, sei es im Godesberger Programm der SPD. Dieser Denkansatz unterstellt, daß der Inhalt des Wachstums sekundär sei, daß das Ziel der Politik schlicht die freie Entfaltung der Produktivkräfte sei, und dies bereits den Handlungsrahmen füllt, um Wohlstand für die Menschen zu erreichen. Die Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft - unterschiedlich in der Radikalität - besteht dann in der Beschuldigung, diese Entfaltung der Produktivkräfte nicht optimal zu gestalten, dargestellt in dem immer wiederkehrenden Bild von der Gleichzeitigkeit stillstehender Maschinen und brachliegender Arbeitskräfte, also Arbeitslosigkeit. Hinzu kommt dann natürlich noch die Kritik, daß der Kapitalismus keine Gleichheit in der Gesellschaft herstellen kann. Diese beiden Punkte und drittens demokratische Forderungen waren die bisherigen zentralen Pfeiler der Kapitalismus-Kritik. Inzwischen ist aber deutlich geworden, daß die bloße Gleichsetzung von mehr Wachstum und mehr Wohlstand falsch ist. Im bisherigen Wirtschaftswachstum liegen viele Fehlplanungen und viele kontraproduktiven Elemente. Dabei geht es nicht nur um Atomenergie und Gefährlichkeit, oder um Flüsse und Verdreckung, sondern das geht weiter in Bereiche von Stadtplanung, Verkehrskonzepte, Art des Wohnens...

Klose: Und zum Beispiel auch in den Bereich der Automobilindustrie: Wie kann sich heute jemand darüber freuen, daß die Produktionsziffern in der Automobilindustrie steigen? Kurzfristig hilft das zwar, Arbeitsplatzprobleme zu lösen, aber nur um den Preis, daß andere, längerfristig wirkende Probleme angehäuft werden.

Ebermann: Richtig. Und nun muß man sehen, daß der zunächst hilflose Reflex auf diese Ideologie ist: Wir wollen kein Wachstum mehr. Das hat die bürgerliche Politik inzwischen aber vielerorts selbst realisiert, wenn auch unfreiwillig. Wir haben ja kaum Wachstumsraten im Moment. Die Probleme sind jedoch geblieben, haben sich teilweise sogar weiter verschärft, und das hat die ökologische Bewegung natürlich auch registriert. Die Diskussion läuft darum seit einiger Zeit auch präziser und qualifizierter: Sie unterscheidet sehr wohl, wo Wachstum positiv sein kann, und wo es unsinnig und schädlich ist. Da wurden Erkenntnisse von konservativer Seite mit produziert, wo die Linken Defizite hatten, wo sie einem rein philosophischen Fortschrittsglauben angehangen haben. Selbst wenn in den Studien des »Club of Rome« viele Übertreibungen sein mögen, und selbst wenn in der ökologischen Literatur viel Endzeit-Stimmung und Öko-Science-Fiction verbreitet wird, so wurden dort doch auch Erkenntnissektoren für die linke Diskussion eröffnet, die überhaupt ein neues Verhältnis zu Themen wie zum Beispiel Energiesparen usw. ermöglichten. Das kann ich ganz subjektiv nachvollziehen: Wenn man als Linker zu den Grünen gestoßen ist, dann waren das zunächst die Themen, die einem relativ fremd waren.

Klose: Das kann ich auch nachvollziehen. Ich habe nichts gegen Produktivitätsfortschritte. Die entscheidende Frage ist: Wie definieren wir, was produziert werden soll. Diese Frage wird heute pervers beantwortet. Es wird produziert, nicht mehr, weil wir die Produkte brauchen, sondern weil Gewinne gemacht und Arbeitsplätze erhalten werden sollen. Die laufende Diskussion um die AEG macht das sehr deutlich. Sehr viel von dem, was AEG produziert im Unterhaltungssektor und bei Haushaltsgeräten, ist vorn Produkt her unnötig, andere machen es besser oder preiswerter. Der Konzern wird wegen der 120.000 gefährdeten Arbeitsplätze gestützt. Die Frage ist also, welche politischen Strukturen brauchen wir, um Produktdefinitionen vorzunehmen, und welches Instrumentarium müssen wir schaffen, damit Produkte hergestellt werden, und zwar wachsend, die wir wirklich brauchen. Dabei bin ich nicht der Auffassung, daß das alles zentral geregelt werden kann, aber in Teilen muß dies so geschehen, durch demokratische Entscheidung.

Ebermann: Bei vielen Produkten ist es allerdings auch so, daß man sie braucht, aber nicht bezahlen kann. Diese soziale Realität darf nicht ausgeblendet werden, daß es in vielen Arbeiter- und Arbeitslosenfamilien nicht das Problem ist, daß zu viele Produkte sinnloser Art konsumiert werden, sondern daß das Lebensnotwendige bzw. das dem heutigen kulturellen Stand Entsprechende nicht kaufbar ist. Es werden viele Dinge in den Luxussektor hineindefiniert, um über das Stichwort der Wohlstandsgesellschaft Konsumverzicht erreichen zu können.

Klose: Dem Arbeiter ist es, was seine Einkommenssituation angeht, zunächst mal egal, ob er Automobile oder Kläranlagen produziert. Wenn genügend Kläranlagen gebaut würden, und er hätte damit sein gesichertes Arbeitseinkommen und könnte kaufen, was er individuell für unverzichtbar und für wünschenswert hält, dann ist das in Ordnung. Im Augenblick ist er

allerdings darauf angewiesen, irgend etwas zu produzieren, egal was, auch Rüstungsgüter. Dieser Teufelskreis muß unterbrochen werden.

Reents: Also da möchte ich, daß dazu jetzt noch etwas präziser diskutiert wird. Die Übereinstimmung bei den Begrifflichkeiten scheint mittlerweile ja sehr groß zu sein: Die Grünen haben sich angewöhnt - so steht es auch in ihrem Bundesprogramm - von einem qualitativen, einem sozialen oder einem ökologisch sinnvollen Wachstum zu sprechen. Und programmatische Formulierungen der SPD, nicht nur der SPD-Linken, kehren umgekehrt von einer unkritischen Wachstumsbefürwortung ab - im Programm der Hamburger SPD zur zurückliegenden Bürgerschaftswahl wird zum Beispiel von einem bedarfsorientierten, selektiven Wachstum gesprochen. Das ist erst mal nicht mehr als eine neue Sprachregelung, die sich offenbar ohne Kopfschmerzen bei ihren Erfindern harmonisch neben allerlei Beteuerungen über eine Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Hamburger Wirtschaft, neben Werbesprüchen von Hamburg als Wirtschaftszentrum usw. einfindet. Aber nehmen wir solche verbalen Annäherungen mal zur Kenntnis. Meine Frage ist nun: Soll es eine staatliche, zentrale Stelle geben, die festlegt: das und das darf produziert werden, und das und das nicht, und wenn das so oder anders entschieden wird, wie soll das dann mit der Durchsetzung laufen? Immerhin ist die Frage der Wirtschaftsordnung dann tatsächlich nicht mehr so fernliegend, weil das ja schon ein fundamentaler Eingriff in die sogenannten freien Kräfte der Marktwirtschaft wäre.

Klose: Ich stimme mit der Auffassung von Thomas Ebermann überein, daß hier Schritte unterhalb der Systemfrage möglich sind. Folgende Überlegung dazu: Die Subventionssumme, die in der Bundesrepublik jedes Jahr durch die öffentlichen Hände ausgegeben wird, dürfte schätzungsweise zwischen 40 und 50 Milliarden Mark liegen. Ich gehe davon aus, daß die Hälfte dieser Subventionen sinnvoll ist, ohne das jetzt im einzelnen geprüft zu haben, daß aber die andere Hälfte weitgehend nach dem Zufallsprinzip, ohne Steuerung und ohne jegliche Kontrolle vergeben wird. Ich würde, im ersten Schritt, nicht einmal fordern, daß die ganze zweite Hälfte anders, gezielt eingesetzt wird, sondern zunächst einmal vielleicht ein Viertel davon. Das wäre eine Summe von rund zehn Milliarden Mark, die man für bestimmte Ziele erfolgskontrolliert einsetzen könnte. Investitionsvorhaben dafür gäbe es genug, allein im Bereich des Umweltschutzes. Wenn man das so macht, gewinnt man positive Steuerungselemente. Im übrigen wird man, wenn man die private Wirtschaft nicht abschaffen will, weitgehend mit dem Mittel der Investitionsverbote statt mit dem Mittel der Investitionsgebote arbeiten müssen. Die öffentliche Hand wäre überfordert, wenn sie flächendeckend Investitionsgebote beschreiben wollte. Damit man aber sozial und ökologisch schädliche Investitionen verhindern kann, muß man wohl auf den alten Gedanken der Investitionsmeldung - von bestimmter Größenordnung an - zurückgreifen. Das stand ja mal in programmatischen Aussagen der SPD, nicht nur bei den Jungsozialisten. Ohne das geht es nicht.

Ebermann: Die Werftarbeiter zum Beispiel von HDW in Kiel sind ja ohne ihr Verschulden in diesen Widerspruch zwischen Rüstungsproduktion und Arbeitslosigkeit gedrängt worden. Und niemand sagt da, daß Rüstungsproduktion sein Ideal sei. Ich gehe davon aus, daß insgesamt in dieser Krise die Zahl derer in den Betrieben und in der Gewerkschaft zunehmen wird, die das Was der Produktion diskutieren, und zwar nicht nur bezogen auf Rüstungsproduktion. In Hessen wird eine Raffinerie dichtgemacht, und schon bildet sich dort ein Arbeitskreis, der sich mit Kunststoff-Recycling befaßt. In gewisser Weise macht Not eben erfinderisch. Eine gewaltige Anstrengung bleibt aber darin, die Erkenntnis durchzusetzen, daß diese Probleme insgesamt nicht betriebs- und nicht einmal branchenspezifisch gelöst werden können.

Wer soll nun das Definitionsmonopol darüber haben, was produziert wird? Das kann ein tatsächlich wichtiger Widerspruch zu linken Sozialdemokraten, aber auch zu Teilen der Grünen werden. Bei einem Teil der Grünen gibt es nämlich die Vision von einer Art Öko-Diktatur, wo ein mit starken Vollmachten ausgerüsteter Staat - im Extremfall ein Weltstaat - die Bedürfnisse der Individuen definiert und zu diesem Zweck die alleinige Vernunft für sich in Anspruch nimmt. Das kann meines Erachtens nicht das Ziel grüner Politik sein, wenn sie Emanzipation ernst nimmt. Wieweit das ein Ziel linkssozialdemokratischer Politik sein kann, weiß ich nicht. Jedenfalls liegt es immer wieder in der Logik des Stamokap-Flügels, das Definitionsmonopol über objektive Interessen zu erlangen. Das ist für mich die wichtigste Abgrenzung von diesem Flügel. Die fordern dann eine integere, tatsächlich gemeinnützige Neue Heimat, aber stehen dem Gedanken der Selbstbestimmung der Mieter über die Belange des Wohnens sehr fremd gegenüber. Deswegen will ich betonen: Auch wenn der Begriff der konsensuellen Diskussion im Volk ziemlich abgegriffen ist und sicher auch viel Hilflosigkeit ausdrückt, so muß die Absicht doch dahin zielen, daß die Gesellschaft und nicht der Staat über das Was der Produktion entscheidet. Auf keinen Fall möchte ich einen angeblichen Konsens im Raum stehenlassen, daß der Staat das Definitionsmonopol über sinnvolle Produkte hat.

Klose: Dem stimme ich ausdrücklich zu, das wäre auch nicht meine Vorstellung. Das ist eine schwierige theoretische und praktische Frage und man muß die Lösungsmöglichkeiten sorgfältig unterscheiden. In solchen Bereichen wirtschaftlicher Aktivität, die existentiell wichtig sind, von denen unser Leben unmittelbar abhängt, halte ich eine demokratische Definition für notwendig. Das gilt für mich zum Beispiel für den Energiesektor. In anderen Bereichen scheint mir eine gesellschaftliche Organisation sinnvoll, vielleicht den alten Genossenschaftsgedanken aufgreifend, etwa im Wohnbereich. Dann gibt es einen dritten, zahlenmäßig wohl größeren Bereich, wo es bei der individuellen Definition dessen, was man

wünscht, bleiben soll - und wo man es auch so belassen muß, weil es ja nicht das Ziel linker Politik sein kann, Leute zu gängeln. Man muß diese verschiedenen Ebenen sehen und danach entscheiden.

Reents: Ich will trotzdem noch einmal nachhaken. In der ersten Phase des Gesprächs schien mir eine etwas merkwürdige Rollenverteilung vorzuliegen: Hans-Ulrich Klose hat gesagt, man müsse die Wirtschaftsordnung zur Diskussion stellen, und Thomas Ebermann hat stark betont, daß auch unterhalb dieser Ebene einiges möglich ist. Da bildete sich im weiteren dann aber offensichtlich ein Konsens heraus, daß beides seinen Platz hat. Damit ist die Frage des Spielraums aktueller Veränderungsmöglichkeiten aber nicht weiter konkretisiert. Wenn man sich mal vorstellt, daß die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die im Programm der GAL für Hamburg vorgeschlagen werden, wirklich in Angriff genommen würden, dann muß man sich ja auch der Überlegung zuwenden, daß das Kapital mit seinen Mitteln darauf reagiert - also zum Beispiel mit Standortwechsel, wo unter den alten Bedingungen weiterproduziert werden kann. Das Anwachsen von Arbeitslosigkeit würde dann im öffentlichen Bewußtsein ziemlich sicher auf das Schuldenkonto der »neuen ökologischen Politik« verbucht, der bislang theoretisch erhobene Vorwurf fände sich praktisch bestätigt. Also: Die Diskussion einer anderen, nicht-kapitalistischen Gesellschaftskonzeption scheint mir schon allein als begleitende oder vorbeugende Maßnahme für Reformpolitik hier und heute lebensnotwendig.

Ebermann: Na ja, wir regieren im Moment in Hamburg ja nicht; insofern ist dies kein praktisches Problem. Aber zur Klarstellung: Ich selbst halte den Keynesianismus für gescheitert. Vom reinen Augenschein her konnte man jahre- und jahrzehntelang Anhänger einer Theorie sein, daß es einen krisenfreien Kapitalismus gibt - aber diese Zeit ist vorbei. Ich will deswegen auch nicht als der Propagandist eines neuen Reformismus mißverstanden werden, aber ich will verhindern, daß durch die Diskussion gesellschaftlicher Utopien konkret Machbares vernebelt wird. Es bestehen zu viele Möglichkeiten, sich mit Sozialdemokraten über irgendwelche fernliegenden Orientierungsrahmen, insbesondere über das Modell des Demokratischen Sozialismus, zu einigen, und das, was aktuell und konkret anliegt, fällt dabei unter den Tisch. Dann diskutiert man über den Besinnungsaufsatz von Willy Brandt, und nicht über die fünf Tage zuvor getätigten Sparbeschlüsse. Das ist eine Gefahr.

Aber richtig finde ich: Sich vorzustellen, daß eine solche Kurswende sich in der Sphäre institutioneller Politik abspielen könnte, und dann auch noch erfolgreich, das wäre hanebüchen. Die tatsächliche Substanz unserer Aussage, daß die Stärke der Grünen und Alternativen in der Stärke der außerparlamentarischen Bewegung liegt, ist die Erkenntnis, daß politische Veränderungen nicht einfach durch eine Politik in den Institutionen erreicht werden könne, weil es dann zu Gegenreaktionen kommt, denen man unterliegen würde. Das meint ja auch der Satz von Tucholsky: Die Sozialdemokraten dachten, sie seien an der Macht, in Wirklichkeit waren sie aber nur an der Regierung. Das heißt: Man kann keine fundamentalen Veränderungen erwirken, wenn es nicht eine aktive Massenbewegung in der Gesellschaft dafür gibt, deren eigenes Ziel das ist. Und: Man kann auch nicht in Hamburg eine Insel ohne Arbeitslosigkeit, eine Insel für Asylsuchende aus aller Welt, eine Insel der Demokratie und ähnliches schaffen, wenn die übrige Bundesrepublik so bleibt, wie sie ist. Aber es gibt Spielräume für Veränderungen, die man austesten und ausnutzen muß.

Klose: Man muß sich das praktisch und konkreter vorstellen. Der Staat ist in Hamburg der größte Investor, für das laufende Jahr 1982 werden rund 1,7 Milliarden Mark an Investitionen ausgegeben. Diese Summe ließe sich auf bestimmte Ziele hin lenken. Wenn man dann noch die Finanzkraft der öffentlichen Unternehmen hinzunimmt, dann ist das eine ganze Menge. Wenn Hamburg daranginge, ein alternatives Energiekonzept nicht nur zu diskutieren, sondern konsequent umzusetzen, dann würde in einem Teilbereich ein Beweis geliefert werden, was tatsächlich geht. Ebenso, wenn Hamburg Betriebssanierungen unter ökologischen Gesichtspunkten subventionieren würde - ich gehe davon aus, daß viele Betriebe allein das nicht alles tragen können. Das Kapital wäre doch gar nicht dagegen, solange es weiter gewinnbringend produzieren kann. Das ändert die grundsätzlichen Probleme nicht, aber solche Beispiele sind wichtig. Warum soll man nicht das, was in Flensburg mit der Fernwärmeversorgung (dort besteht für alle Haushalte Anschlußzwang - die Red.) gemacht wird, in einem großen Bereich wie Hamburg tun? Wir müssen es nur wollen.

Ebermann: Ich will jetzt doch noch mal genauer zur SPD-Linken kommen. Eingangs ist das Wort Philosophie gefallen, und ich habe der Meinung zugestimmt, daß wir gegenwärtig jenseits der Frage von Macht und Machterhaltung über Sachprobleme diskutieren müssen. Jetzt habe ich aber ein bißchen das Gefühl, daß das schieflaufen kann, daß unter denen, die aktuell sowieso nicht mitgestalten, das interessante politische Gespräch stattfindet, und in der sogenannten Realpolitik die GAL dann abgebürstet wird. Also meine Frage: Ist es denkbar, daß die SPD-Linke mit den Inhalten, die wir hier diskutieren, innerparteilich tatsächlich rebelliert, also Politik macht, oder wird es auch unter den neuen Bedingungen unserer parlamentarischen Existenz beim Kotau bleiben, wie wir ihn jahrelang von der SPD-Linken gewohnt sind?

Klose: Ich sag' ehrlich, daß ich die Frage nicht wirklich beantworten kann. Persönlich bin ich nicht sehr optimistisch, ob es gelingen wird, eine Veränderung der Politik herbeizuführen. Es ist offensichtlich, daß Sozialdemokraten, die die Notwendigkeit von Veränderungen erkannt haben, zumeist so reagiert haben, daß sie dabei Macht verloren haben. Ich selbst bin ein Beispiel dafür, Eppler ist ein Beispiel, und ob es mit Lafontaine gutgeht, kann ich noch nicht beurteilen.

Im Grunde führt die Frage zu der Eingangsbemerkung zurück, daß die Niederlage kommen müsse, damit etwas stattfindet. Ich habe große Zweifel, ob Sozialdemokraten, die Macht haben, bereit sind, umzudenken - aber ich bin auch nicht sicher, ob Sozialdemokraten, die keine Macht mehr haben, in der Lage sind, Umdenken in praktische Politik umzusetzen.

Wenn die Frage auf persönliche Konsequenzen abzielt, sage ich: Es hat keinen Sinn auszusteigen, und es hat keinen Sinn, sich auf Philosophie zu beschränken. Aber Philosophie an sich ist nicht schädlich. Ich glaube, daß Dagegenreden eine politische Funktion hat, weil es denen, die Macht haben, sei es rechts oder links, einen Legitimationszwang auferlegt. Selbst wenn Sozialdemokraten in Hamburg oder anderswo mit mir nicht übereinstimmen, müssen sie sich im Verhältnis zu verschiedenen Gremien, Basisgruppierungen usw. rechtfertigen, ob nicht das, was die Kritiker sagen, doch richtig ist. Und daraus können sich Veränderungen entwickeln.

Ebermann: Wir gehen offenbar ja beide davon aus, daß die Chance für erfolgreiche Verhandlungen mit der SPD hier in Hamburg unter den jetzigen Bedingungen äußerst gering ist. Die Dimension unserer Forderungen, die wir in den abstrakten Begriff der Wende in der Politik gekleidet haben, ist sicher etwas anderes, als was Herr von Dohnanyi mit seinem Begriff der Fortsetzung sozialdemokratischer Politik mit neuen Akzenten im Auge hat...

Klose: Das hängt aber auch wesentlich von der GAL ab. Wenn die GAL den Fehler macht, das wegzureden, was Sozialdemokraten die Errungenschaften ihrer Politik nennen könnten, dann werden die Gespräche mit Sicherheit keinen Erfolg haben. Sozialdemokraten haben trotz der jetzigen Situation keinen Grund, ständig in Sack und Asche herumzulaufen. Sie haben sehr viel geschafft, nur haben sie in der gegenwärtigen Situation nicht mehr den Mut zur Perspektive. Im Grunde haben sie sogar das erreicht, was sie nach ihrem Programm erreichen wollten; und die Frage ist: was nun?

Beispiel Demokratie und Parlamentarismus: Es ist falsch, diese Errungenschaften gering zu achten. Demokratie ist wichtig, selbst wenn sie in vielen Punkten formal ist und Verhaltensweisen produziert, die eigentlich gar nicht demokratisch sind. im Durchschnitt funktioniert dieses demokratische System. Ich empfinde es persönlich mit Dankbarkeit, daß ich drei Jahrzehnte in einem Staat leben konnte, vor dem ich mich nicht fürchten mußte.

Ich halte es auch für wichtig, daß es eine Kraft, die SPD und die Gewerkschaften, gegeben hat, die erkannt hat, daß man Demokratie nicht aufbauen kann, ohne die materiellen und sozialen Probleme anzupacken. Das war neu. Und es kann nicht das Ziel einer Wende sein, das klein zu achten. Sondern das Ziel einer Wende muß sein, die Art und Weise, wie die materiellen Probleme gelöst worden sind, in Frage zu stellen, weil die Art der Problemlösung uns zusätzlich existenzbedrohende Probleme beschert hat. Wenn die GAL in diese Richtung geht, dann glaube ich doch, daß die Gespräche einen Sinn haben können. Wenn sie aber Sozialdemokraten unentwegt vorhält, daß sie nur mies sind und nichts geleistet haben, dann kann das nicht funktionieren. Sozialdemokraten haben einen natürlichen Stolz, und das mit Recht.

Reents: Man wird immer gesellschaftliche Verhältnisse finden, sowohl geschichtlich als auch anderswo in der Welt, gegenüber denen die Situation hier und heute allemal besser ist. Darüber braucht nicht gestritten zu werden. Und ich halte an dieser Stelle auch einen Streit für müßig, ob die sozialdemokratischen Reformen gegenüber der CDU/CSU-Ära mehr Elemente von Demokratie, von Abbau sozialer Ungerechtigkeiten usw. enthalten. Das kann man so stehen lassen. Trotzdem kann man die Frage der Demokratie ja nicht diskutieren, ohne mit einzubeziehen, was eine sozialdemokratische Landesregierung wie die hessische gegen die Startbahngegner unternimmt. Man kann dies auch nicht diskutieren, ohne die Konzepte und die Politik eines Hamburger Innensenators Pawelczyk gegen Besetzungen leerstehenden Wohnraumes mit zu erwähnen. Und ebenso ist die Frage der materiellen Sicherung durch sozialdemokratische Reformpolitik konkreter auszuleuchten, als nur auf schlechtere Zustände zu verweisen, und im übrigen zu sagen: Da sind jetzt neue Probleme aufgetaucht, und da wissen wir noch nicht, wie es weitergehen soll. Immerhin sind doch rückläufige Entwicklungen festzustellen, Einbrüche in das soziale Netz, und nicht nur mangelnde Zukunftsvorstellungen. Die Sozialdemokratie hat bislang zum Beispiel immer mit viel Nachdruck eine Individualisierung der Krankheitskosten abgelehnt, hat das Solidarprinzip als unantastbar erklärt - und heute realisiert sie auf diesem Sektor das, was die CDU/CSU schon lange will und ein paarmal vergebens versucht hat.

Klose: Das ist mir zu kurzfristig gedacht.. Denn da werden die meisten einwenden: Solche rückläufigen Tendenzen hat es immer gegeben, das sind Wellenbewegungen, das wird sich auch wieder anders entwickeln. Das Phänomen scheint mir zu sein, daß die Sozialdemokratie den Zustand, den wir gegenwärtig in der Bundesrepublik haben, unausgesprochen für mehr oder weniger optimal hält. So ist es aber nicht. Zur Lösung - nicht nur zur Beibehaltung dessen, was man hat, sondern auch zur Vermeidung krasser Fehlentwicklungen - muß man weitere Schritte gehen, die dann nicht mehr nur reformerisch sind. Und dazu hat die Sozialdemokratie gegenwärtig nicht die Kraft.

Ebermann: Also, ich gebe zu, mein Respekt vor den sozialdemokratischen Leistungen auch der 70er Jahre ist enorm gering. Die Ära Brandt war doch eine Zeit, in der es ziemlich leicht war, Reformwerke zu finanzieren, und ich vergesse auch nicht die Zitate aus der SPD, daß dies notwendig gewesen sei, um gesellschaftliche Protestpotentiale zu befrieden. Das zeigt das instrumentelle Verhältnis der SPD zu ihren eigenen Reformen. Außerdem haben verschiedene Maßnahmen

der SPD schlicht und einfach uneffektive Bestandteile und Regeln dieser Gesellschaft modernisiert, zum Beispiel in der Bildungspolitik. Was vordem etwa in den Universitäten gelaufen ist, war doch selbst aus der Sicht des aufgeklärten Bürgertums so kontraproduktiv, daß da einfach eine Anpassung an den modernen Kapitalismus fällig war.

Diese Beurteilung braucht aber nicht in unsere jetzigen Gespräche mit der SPD einzugehen. Ich weiß, daß es bei uns viele Leute gibt - vor allem bei den Demokratischen Sozialisten, die gehören ja auch zu meinen politischen Freunden - die ihre Motivation über die Einforderung nicht eingelöster sozialdemokratischer Ideale beziehen. Aber das ist nicht meine Ansicht.

Klose: Eine Partei wie die SPD kann mit einem gewissen Maß an Selbstbewußtsein herumlaufen, selbst wenn sie verloren hat, selbst wenn sie viele Fehler gemacht hat, weil sie in bezug auf die Politik insgesamt, in bezug auf Kategorien wie anständig/unanständig, menschenfreundlich/menschenverachtend die besseren Erinnerungen gegenüber allen anderen relevanten politischen Kräften hat. Wenn man der SPD dieses andere, menschlichere Verhalten zur Politik abspricht, dann trifft man sie im Kern; das kann sie nicht akzeptieren. Was man der SPD vorwerfen kann, ist, daß sie sich in bestimmten Reformbereichen halbherzig und zögernd verhalten hat.

Unabhängig davon gibt es sozialdemokratische Grundüberzeugungen, die ich teile, wie die Fixierung auf die parlamentarische Demokratie. Da gibt es sicher auch Fehlentwicklungen, Erscheinungsformen, die überhaupt nicht akzeptabel sind: den Extremistenbeschluß, daran habe ich ja so und so mitgewirkt. Da ist auch noch viel zu entwickeln, etwa durch Selbstbestimmungsmodelle. Wenn man der Sozialdemokratie diese Werte aber absprechen und ihr etwas anderes aufreden will, dann würde ich sagen: Laßt es, dann ist jedes Gespräch umsonst.

Reents: Wo liegen denn außer den bislang besprochenen Punkten die hauptsächlichen Fehlentwicklungen, die hauptsächlichen Blockaden in der Zukunftsperspektive sozialdemokratischer Politik? Welche Hauptelemente bestimmen die Krise der Sozialdemokratie?

Klose: Nach meiner Einschätzung gibt es zwei zentrale Fehlentwicklungen. Die eine haben wir eben diskutiert: Die Sozialdemokratie hat mitgemacht, daß die konjunkturelle Entwicklung zur veränderlichen Geschäftsgrundlage für sozialen Fortschritt gemacht worden ist. Je nachdem, wie es sich entwickelt, geht es eben rauf oder runter. Die SPD hat also die soziale Frage nicht grundsätzlich angepackt, sondern hat über den jeweiligen Zugewinn soziale Reformen und soziale Gerechtigkeit herzustellen versucht. In dem Augenblick, wo diese Geschäftsgrundlage entfällt oder angeknabbert wird, ist folglich auch der soziale Bereich nicht tabu, wie man gegenwärtig bei den Sparbeschlüssen sieht. Das hängt damit zusammen, daß die Verteilungsfrage und die Frage der Steuerung ökonomischer Prozesse ausgeklammert wurden. Das ist die eine Fehlentwicklung.

Und die zweite offensichtliche Fehlentwicklung ist die Verteidigungs- und Rüstungspolitik. Die SPD hat sich so massiv in die Bündnisloyalität und Bündnisphilosophie hineinbegeben, daß sie in der Gefahr steht, ihre Qualität als Friedenspartei zu verlieren - daß es ihr sogar unmöglich ist zu erkennen, daß in der traditionellen Sicherheitspolitik überhaupt keine Perspektive mehr enthalten ist außer der des kollektiven Selbstmords. Daß die Fragen von Verteidigung, Sicherheitspolitik und Rüstung wiederum auch etwas mit Ökonomie zu tun haben, liegt auf der Hand. Die Unsummen, die dort gebunden werden, fehlen anderswo, um produktive Investitionen in Gang zu setzen. Meines Erachtens ist es nicht das Verdienst von Sozialdemokraten, sondern der Friedensbewegung, daß hierüber innerhalb der SPD eine Diskussion eingesetzt hat.

Reents: Wie müßte eine wirkliche Friedenspolitik denn aussehen? Stichwort Bündnisloyalität: Haben Konzepte einer atomwaffenfreien Zone und einer Neutralität der Bundesrepublik eine Chance in der innersozialdemokratischen Diskussion, oder worum soll es gehen?

Klose: Die Erkenntnis innerhalb der SPD nimmt zu, daß die Bundesrepublik und überhaupt Europa eine militärische Option - offensiv oder defensiv - nicht mehr hat. Sicherheitspolitik militärisch zu definieren, ist von der Anzahl und der Perfektion moderner Waffensystem her schlicht unsinnig geworden. Sicherheitspolitik muß deshalb politisch betrieben werden. Der Fehler der Bundesregierung liegt darin, daß sie die Sicherheitspolitik militarisiert hat. Davon muß die SPD abrücken, aber sie ist auch dabei. Wie immer man den Parteitag in München bewertet: Die Zahl derer, die diese Sicherheitspolitik vom Grundsatz her in Frage stellen, ist größer geworden. Und sie wächst weiter. Ich persönlich glaube nicht daran, daß die Nachrüstung in der Bundesrepublik unter sozialdemokratischer Führung tatsächlich vollzogen wird. Da bin ich optimistisch...

Ebermann: Ich kann mir nicht vorstellen, daß gerade die Nachrüstung der Punkt sein soll, wo die SPD als erstes mit ihrer bisherigen Politik entscheidend brechen soll. Es geht dabei ja nicht einfach um die Beschaffung eines neuen Waffentyps, dann wäre das vielleicht möglich. Es geht hier doch um eine Schlüsselstelle in der Militärkonzeption der NATO. Ein Ausstieg daraus hätte viele Implikationen, da würde vielleicht seitens der USA der freie Zugang zum Weltmarkt zur Disposition gestellt werden. Jedenfalls würde es um weit mehr gehen als zum Beispiel beim Streit um das Erdgas-Röhren-Geschäft. Die Politik der SPD ist aber von ihrer ganzen Anlage her so fest in das NATO-Konzept eingebunden, daß sie allenfalls aus einer Oppositionsrolle heraus eine ablehnende Haltung zur Nachrüstung einnehmen könnte.

Was meines Erachtens aber möglich ist, ist eine Vergrößerung der Differenzen zu den USA unterhalb dieser Ebene: daß die SPD das Interesse am Osthandel und an gutnachbarschaftlichen Beziehungen zu Staaten des RGW stärker betont, als es der US-Administration lieb ist, und die Konflikte darum auch schärfer ausgetragen werden, als das jetzt bereits in der Frage des Erdgas-Röhren-Geschäfts der Fall ist.

Klose: Auch in München hat es schon eine breite Übereinstimmung darin gegeben, daß die Frage der Bündnisstrategie neu zu diskutieren ist. Das sei ja ein Verdienst des Nachrüstungs-Beschlusses, daß das ausgelöst worden ist. Es sind Beschlüsse gefaßt worden, daß darüber Konferenzen stattfinden sollen, und dieser Prozeß ist nicht mehr aufzuhalten. Meines Erachtens ist die Frage der Nachrüstung innerhalb der SPD schon negativ entschieden. Die einzige Frage, die offenbleibt, ist: Wie realisiert die SPD als Partei das gegenüber oder mit der Regierung?

Reents: Um welche anderen Bündnisstrategien geht es denn konkret in der SPD-Diskussion?

Klose: Soweit ich das übersehen kann, gibt es gegenwärtig innerhalb des NATO-Bündnisses keine Einigkeit über dessen Ziele. Es ist nicht mehr klar, ob die NATO ein reines Verteidigungsbündnis ist, oder ob sie zumindest partiell auch ein offensives Bündnis ist. Man denke zum Beispiel an die Bestrebungen zur Ausweitung des NATO-Bereiches, die eine offensive Funktion beinhalten. Wenn die Diskussion darüber nicht stattfindet, kracht das Bündnis auseinander, weil die Interessenlage der Bündnispartner sehr unterschiedlich ist. Die SPD wird zu Beschlüssen zurückkehren, die den ausschließlich defensiven Charakter der NATO betonen, und sie wird damit Diskussionen innerhalb der NATO auslösen, die entweder zur Übereinstimmung oder zu einer Modifizierung des Bündnisses führen werden. Günter Gaus hat das sehr scharf ausformuliert, und er war der erste, der gesagt hat, es geht gar nicht um die Frage von Waffensystemen, sondern es geht um das Bündnis.

Ebermann: Man kann aber wohl nicht bestreiten, daß auch die SPD ein Interesse an einem militärischen Erpessungssystem gegenüber der Sowjetunion hat, mit dem der Westen sich eine freie Hand gegenüber der Dritten Welt absichert. Kein Interesse hat die SPD sicher an einem Kriegsschauplatz Westeuropa, das wäre nicht logisch. Aber was die Sicherung der Ölquellen, folglich das Vorhandensein eines militärischen Eingreifpotentials zu diesem Zweck betrifft, da steht die SPD doch voll im Rahmen der NATO-Strategie. Wo ist denn die entscheidende Haltung der SPD gegen den Völkermord im Libanon? Was sich da abspielt, ist doch nicht fern von der NATO-Strategie, auch wenn dort die besondere Problematik mit reinspielt, daß die westlichen Führungsmächte es sich auch nicht mit den arabischen Staaten verderben wollen, und deswegen auch schon mal Israel kritisieren, daß es bitte schön kein unnötiges Porzellan zerschlagen soll. Daß die Bundesrepublik eine eigenständige Politik gegenüber der Dritten Welt ohne eine feste Bündnisachse mit den USA machen könnte, scheint mir für die SPD absolut utopisch zu sein.

Klose: Ich sehe das anders. Auch Schmidt will keine offensiven Handlungsmöglichkeiten gegen die Dritte Welt. Schmidt ist nämlich klug genug zu sehen, daß mit erweiterten Handlungsmöglichkeiten auch die Abhängigkeiten gegenüber solchen Konflikten wie jetzt im Nahen Osten zunehmen. Er weiß, wenn das eskaliert, daß die Konflikte dann nicht allein dort ausgetragen werden, sondern zwangsläufig nach Europa zurückwirken. Das hat die jetzige amerikanische Regierung im übrigen mehrfach betont, daß sie sich die Kampfplätze nicht diktieren lassen wird. Und das hat ja für Beunruhigung gesorgt, auch in der Bundesregierung. Niemand, der ernstgenommen werden will, kann es wollen, daß wir von inneren Umwälzungen, sei es in Saudi-Arabien, im Irak, in Kuwait oder sonstwo, abhängig werden.

Ich frage mich manchmal, wieso es unter solchen Umständen überhaupt zur Nachrüstungs-Debatte gekommen ist, und wieso diese von der Bundesrepublik aus, zumal von Schmidt selbst, forciert worden ist. Ich kenne die wirklichen Gründe nicht, halte aber zwei Erklärun gen für denkbar. Eine Erklärung, die sicher nicht sehr freundlich wäre, könnte sein, daß Schmidt bei seiner Rede im Herbst 1977 in London, als er die Raketenlücke thematisierte, schlicht einen Fehler gemacht hat - und so was kommt ja vor - und ihn nicht mehr korrigieren konnte, ohne sein persönliches Dogma von der Berechenbarkeit aufzugeben. Eine andere Erklärung lautet: Schmidt mißtraut den Amerikanern, mißtraut ihrem nuklearen Schutz, und will sie über die Nachrüstung unmittelbar in Europa einbinden, so daß sie ihre nukleare Funktion aufrechterhalten müssen - ich sage das in der traditionellen Argumentation. Heute sieht er aber, daß die Sache genau umgekehrt läuft, daß mit der Regionalisierung von atomarem Bedrohungspotential auch eine Regionalisierung atomarer Konflikte einhergeht.

Reents: Letzteres ist zumindest die häufigste Interpretation in der Literatur dazu, und sicher auch die mit der meisten Logik. Wenn man aber mal die subjektiven Faktoren außen vor läßt, was Schmidt nun wirklich will oder nicht will...

Klose: Das halte ich für einen großen Fehler, wenn ich das mal einwerfen darf, daß über Politik nachgedacht und geforscht wird, als sei das ein objektives Geschäft. Das ist ein ganz großer Fehler. Subjektive Faktoren spielen eine mit entscheidende Rolle, wenn nicht sogar die entscheidende Rolle in der Politik...

Ebermann: Also machen doch große Männer die Geschichte?

Klose: Das hat nichts mit »groß« zu tun, und auch nichts mit »Männern«. Aber es hat etwas damit zu tun, daß die Motive in der Politik oftmals ganz anders sind, als man sie in den Lehrbüchern nachlesen kann, oder als man sie sich vorstellen

kann, weil man andere Gedanken beim Politiker nicht ertragen will. Wenn man ganz aktuell in der Friedensforschung nicht auch eine Erforschung der Persönlichkeitsstruktur von Reagan vornimmt, läuft man Gefahr, Wesentliches zu versäumen.

Reents: Natürlich haben subjektive Faktoren ihren Platz in der politischen Analyse. Aber sie sind in politische und wirtschaftliche Verhältnisse eingebunden. Und wenn man das in bezug auf Schmidt diskutieren würde, dann kann man ihm vielleicht auch die schlichte historische Erkenntnis zuschreiben, daß der bundesdeutsche Kapitalismus mit seiner »friedlichen Expansion« in der Dritten Welt bislang ganz gut gefahren ist. Aber lassen wir trotzdem mal Vermutungen über persönliche Beweggründe beiseite. Das Problem ist doch, daß die Regierung der USA - und zwar nicht erst seit Reagan, da aber noch unverhohlener - wieder verstärkt eine Strategie des weltweiten Interventionismus verfolgt. Sie erklärt alle möglichen Regionen in der Welt, insbesondere die Region um den arabischen Golf, zu Lebenslinien der westlichen Staaten, die mit militärischer Präsenz vor Ort, in näherer Umgebung oder über eine schnelle Eingreifreserve gesichert werden müssen. Die NATO-Hochrüstung ist nicht ein davon unabhängiges europäisches oder atlantisches Konzept, sondern das Drohpotential im Hintergrund, damit mögliche Interventionen ohne Einmischung der Sowjetunion ablaufen können. Eine Weigerung, die US-Atomraketen hier stationieren zu lassen, würde eine Lücke in das gesamte militärstrategische Konzept der USA reißen, und mit Sicherheit mit allerlei Erpressungen beantwortet ... Meine Frage ist dabei auch ob eine Diskussion über defensiven contra offensiven Charakter der NATO wirklich ein Hebel für Veränderungen sein kann, oder ob sie nicht von konkreten Forderungen und Zielen ablenkt...

Klose: Ich halte das für eine wahnsinnig konkrete Frage, die hat Konsequenzen bis in die einzelnen Waffensysteme hinein. Wer die Bundeswehr kennt, weiß, mit welchen Waffensystemen sie ausgerüstet ist, und da hätte eine Grundsatzentscheidung für ein rein defensives Bündnis Konsequenzen...

Reents: Eine solche Grundsatzentscheidung gibt es ja: Das Grundgesetz bezeichnet die Vorbereitung eines Angriffskrieges als verfassungswidrig, definiert die Bundeswehr also per se als Verteidigungsarmee. Der Nordatlantikvertrag von 1949 sagt für die NATO das gleiche: sie sei ein Verteidigungsbündnis. Das ist alles Papier, dessen Bekräftigung uns in der Friedenssicherung kein Stück weiter bringt.

Klose: Natürlich: Man kann auch definieren, daß eine Intervention im Libanon oder in Saudi-Arabien ein Akt der Verteidigung wäre. Aber die Diskussion über ein defensives Bündnis wird nicht abstrakt geführt, sondern am Beispiel der Nachrüstung. Deswegen sage ich ja, daß es ein Verdienst dieses Nachrüstungsbeschlusses ist, daß er diese Diskussion ausgelöst hat, denn es ist deutlich geworden, daß diese Art von Bewaffnung aus der NATO ein offensives Bündnis macht. Jedermann weiß heute, daß die Waffen, die hier stationiert werden sollen, keine Defensiv-, sondern Offensivwaffen sind, und daß mit der unmittelbaren Existenzbedrohung der Sowjetunion eine neue Qualität der Bedrohung entstanden ist. Darum geht es, und wenn man das deutlich macht, dann hat die Verhinderung der Nachrüstung eine Chance.

Ebermann: Damit ist denn j a wohl auch gesagt, was jemanden, der in anderen Sektoren ziemlich pessimistisch ist, in der Sozialdemokratie hält: die Hoffnung oder Meinung, daß die SPD an der Regierung die Stationierung der Atomraketen doch noch verhindert. Das andere, was vorher über die Notwendigkeit des Dagegenredens gesagt wurde, kam mir demgegenüber recht mystisch vor.

Klose: Das ist nicht mystisch, sondern ziemlich egal. Wir haben vorhin in der Erkenntnis übereingestimmt, daß die Grünen Einfluß haben. Sie haben diesen Einfluß, auch wenn sie parlamentarisch nicht übermäßig stark sind. Sie haben ihn, weil sie die Sozialdemokratie ständig in eine Diskussionsnotwendigkeit stellen. Und genauso hat eine bestimmte Position innerhalb der SPD ihre Wirkung, solange es dem einzelnen gelingt, der Hofnarren- oder Sektierer-Rolle zu entgehen. Es ist ein bißchen die Tragik von Eppler, daß er in die Situation des Sektierers gedrängt worden ist. Daß der Mann aber seine Wirkung und Bedeutung in der SPD hatte und hat, ist unübersehbar. Das hat relativ wenig mit Mystik zu tun als vielmehr mit realen Prozessen, die in einer Massenorganisation wie der SPD ablaufen.

Warum sind denn die Gewerkschaftsführungen, zum Beispiel hier in Hamburg, so rabiat gegen eine Zusammenarbeit mit den Grünen? Auch das ist ziemlich eindeutig: Einerseits erleben sie die Infragestellung ihrer Politik in einzelnen Betrieben, da gibt es auch Grüne. Sie haben dort ihre Probleme mit den Grünen und müssen sich rechtfertigen. Und andererseits wissen sie, daß sie für viele Probleme keine Lösung haben, so daß sie, zum Beispiel wegen der Rüstung, ein schlechtes Gewissen haben. Man verfolge doch die innergewerkschaftliche Diskussion über die Rüstungsindustrie. Das ist in hohem Maße interessant. Insofern halte ich viel von Provokationen; es muß Gegenreden, Widerstand, zivilen Ungehorsam geben, damit etwas ausgelöst wird.

Ich will das mit noch einem Beispiel verdeutlichen: Ich bin, was Hausbesetzungen betrifft, vom Grundsatz her der Meinung, daß der Hamburger Innensenator Pawelczyk mit der Verteidigung des staatlichen Gewaltmonopols recht hat, weil es nicht beliebig sein kann, wer Gewalt ausübt. Trotzdem bin ich dafür, daß es so etwas wie Hausbesetzungen gibt. Die Tatsache, daß es Hausbesetzungen gibt, löst etwas aus und verändert. Daß ein Mann wie Frank Dahrendorf als Senator in Berlin so für die Minderheiten geredet hat - das hätte er doch nicht getan, wenn er in Hamburg geblieben wäre. Der hat dort etwas erlebt.

Ebermann: Das ist aber ein recht instrumentelles Verhältnis zu den Akteuren. Deren Motiv ist ja nicht gerade, Denkprozesse in der SPD auszulösen, sondern eine vernünftige Wohnung zu haben.

Klose: Gut, der Vorwurf ist insofern berechtigt, als meine Argumentation abhebt von der realen Bedürfnissituation. Aber wenn ich sie auf die politische Entwicklung insgesamt übersetze, und davon ausgehe, daß sich nur etwas mit der Arbeiterbewegung verändert, jedenfalls nicht gegen sie, dann muß ich doch dafür sein, daß diese Arbeiterbewegung sich bewegt. Und dann denke ich darüber nach, was die antreibenden Kräfte dafür sein können, und sehe, daß sie nur zum Teil aus der Arbeiterbewegung selbst kommen, und zu einem erheblichen Teil von woanders: aus neuen Gruppierungen, anderen sozialen Bewegungen, Minderheiten, von einzelnen Personen...

Ebermann: Ich verstehe schon: Ihre Position ins Praktische übersetzt, zwingt sie dazu, in der SPD zu bleiben, und GAL zu wählen...

Klose Nein, soweit ist es noch nicht.

Das Gespräch Klose-Ebermann-Reents erscheint um einige Themen erweitert auch in dem Buch »Es grünt so rot«, das der Konkret-Literatur-Verlag zur Buchmesse herausbringt. Der Band, der auch Beiträge der Bundestagsabgeordneten Manfred Coppik und Karl-Heinz Hansen und des SPD-Bundesvorstandsmitgliedes Peter von Oertzen enthält, kostet 14,80 DM.

Konkret 10/82, S. 72

Caroline Fetscher

Wie es euch gefällt

Heavy-Metal-Fans, Hippies, Mods, Punks, Rastas, Skinheads und Teds - so wird die Jugend von Soziologen und Psychologen aufgerastert. Expertisen und Enquetes liefern Politikern und Industrie die Typologie einer Generation, die den Dialog verweigert: Schnittmuster zum ausschneiden für Jedermann. KONKRET analysiert die Analysen.

Die Taxis tragen Trauerflor an ihren Antennen. Seit Tagen schon. Neulich wollte ich wissen warum, und fragte einen Taxifahrer. Der herrscht mich an: »Lesen Sie keine 'Bild'? Da ham sie einen Kollegen von uns - «, er greift sich mit der Rechten um den Hals, »einfach die Gurgel durchgeschnitten!« »Scheußlich«, sage ich, »wer macht sowas für das bißchen Geld in der Kasse?« »Das will ich Ihn' sagen, Sie. Ham Sie gestern abend Fernsehn gekuckt? Nicht? Da hätten Sie die sehen können, diese Typen.« Er schnauzt mir ins Gesicht, als sei ich schuld. »In Berlin, diese Demonstranten - alles junge Typen, diese Steineschmeißer. Flammenwerfer sollte man einsetzen gegen die, wenn Sie mich fragen: Flammenwerfer und das Pack wäre runter von der Straße.« Er kurbelt die Scheibe hoch. Ich laufe davon, schneller als ich will. Jugend: eine Generation von Kuckuckseiern. Die Kultur der Jugend - fremd, wie die der Türken. Der heiße Atem der Jugendkultur beschlägt Erwachsenen die Brillen, und wo sie nicht mehr durchblicken, da werden sie nervös. Da heißt es: Jugend wieder dingfest machen.

Sie wollen also alles wissen. Nicht nur über die lauten, auch über die leisen Jugendlichen müssen sie Bescheid wissen: Ob die vielleicht auch nicht mehr SPD-CDU-FDP wählen wollen, sondern gar nicht, oder Grün? Und was sie kaufen möchten, womit man sie unterhält, womit man sie ablenkt. Wie man sie wieder einbürgert, wieder zu Deutschen macht. Und die Schlimmsten müssen von der Straße, damit die anderen sie nicht sehen.

So beginnt die Safari auf die unbekannte Jugend, die doch die Kasernen füllen soll, Nachwuchs produzieren, Waren konsumieren, wenig demonstrieren - und vor allem keine Ängste bei den Erwachsenen auslösen darf, denn da liegt ihr explosivstes Potential. »Die Angst der Jugendlichen macht uns Angst, weil sie auch unsere Angst ist«, stellt die Eidgenössische Kommission zu den Zürcher Jugendunruhen 1980 fest.

Also Safari. Und was immer sich einfangen läßt von den fremden Tieren: Einsperren. Polizisten sperren Demonstranten und Punks in Zellen, »Stern«, »Spieggel«, oder »Zeit-Magazin« stecken Jugendliche in Begriffskäfige, Demographen und Soziologen rastern sie in Tabellen. Was dann beim Rastern herauskommt gibt wenigstens Stoff für Stellungnahmen und Betroffenheit. Der Arbeits- und Sozialminister in Nordrhein-Westfalen, Friedhelm Fahrtmann, ließ im Sommer 1981 in »seinem« Bundesland 3000 Jugendliche über ihre Ängste, Erwartungen, Wertvorstellungen befragen. Daß dabei herauskam, 74 Prozent der Jugendlichen zeige Verständnis für die zunehmende Neigung, Konflikte mit Gewalt auszutragen, fand er »schrecklich« und »grauenhaft«.

Schrecklich und grauenhaft sind in Wahrheit die Zahlen, die hinter so einer Prozentangabe stehen. 168.000 Jugendliche sind zur Zeit arbeitslos, 142.000 ohne Ausbildungsplatz. Selbstmorde bei Jugendlichen gibt es heute doppelt soviel wie vor

zehn Jahren. 18.000 Jugendliche im Jahr versuchen sich umzubringen. 100.000 Jugendliche, wird geschätzt, sind drogenabhängig. Jeder vierte Dreizehnjährige trinkt schon regelmäßig Alkohol. Hinter solchen Zahlen stehen wiederum noch andere Größen. Computerisierung, Umweltzerstörung, seelische Verelendung der gesamten Industrie-Kulturen, Wettrüsten.

Vor einem Jahr hat Jürgen, mein früherer Freund, zu mir gesagt: »Es gibt nur noch Spießer und Nicht-Spießer.« Couleur zählt nicht mehr, und das ist kränkend. Nicht nur für die orangene SPD und die roten K-Splitter-Grüppler. Auch Lehrer, achtundsechziger Altlinke, sind beleidigt, wenn ganze Schulklassen sich bei Klassenkampf und Sozialismus langweilen. Konventionelle Politik interessiert schon gar nicht. Verlautbarungen deutscher oder amerikanischer oder andrer Politiker sind der Satire-Teil der Nachrichten. Traditionelle Satire dagegen ist unmöglich, die meisten Zustände und Zuständigen karikieren sich selbst.

Dabei meinen sie es alle gut! Doch! Und haben schließlich Grund, beleidigt zu sein. Die Jugendlichen sind undankbar, und Vorbilder mögen sie auch nicht mehr. Weder Che noch Ho noch Mao noch Jagger noch Cohn-Bendit noch Schmidt noch Strauß noch Willy noch Leonid. Sie lesen keine Manifeste, aber einige lesen Dada oder Fanzines oder DiDi oder nichts. Oder Donald Duck. Sie hören diese seelenlose Musik mit Synthesizern und Rhythmusmaschinen, und die Favoriten-Gruppen wechseln so schnell, wie's einer von außerhalb kaum mitverfolgen kann. Darum ist es so brennend wichtig fürs Geschäft oder die Partei oder für beides, auf dem Laufenden zu sein.

Medien (von »Spiegel«, »Stern« bis zum »Bayernkurier«) pathologisieren Jugendliche, sie lassen neue Strömungen gerinnen, indem sie sie zu Tode berichten, ignorant verfälschen. Erhebungen liefern Daten, die Jugend und ihre Kultur ausbeutbarer machen.

Kürzlich machte das für die »FAZ« Erich Geißler, der sich mit den Attributen »Prof. Dr.« und »Bonn« legitimiert. Er beschwert sich - nicht über die Jugend selbst, sondern über deren Verführer. Die Jugend habe zuviel »Schonraum«, den linke Pädagogen dazu nutzen, das Gift der »Kritik« in Schülerseelen zu träufeln. »Was Wunder«, schreibt Erich Geißler am Ende von sechs ganzen Spalten auf der Seite »Gegenwart«, »daß Jugendliche nach und nach nachzureden begannen, was Ältere ihnen lange genug vorgesagt hatten.« Nachnachnach. Nachgerade falsch. Aber der Titel des Aufsatzes ist sehr hübsch: »Die Knospe muß der Blüte weichen«. Untertitel: »Wir dürfen die Jugend nicht zum Pflegefall verkommen lassen.« Das wird aber schwer werden, da »der Jugendliche ein hochsensibles Abwehrsystem gegen jedes Führungselement entwickelt hat«, und Geißler weiß auch warum: »weil er seine frischentdeckte Eigenständigkeit besonders kultiviert«. Er, Geißler, nennt das: »Hang zum Solipsismus.« (Solipsist = läßt nur das eigne Ich gelten). Merkwürdig, daß sich diese Jugend andrerseits so leicht verführen läßt...

Eine jugendliche Blüte, wenngleich sicher kein Pflegefall, demonstriert die jugendliche hochsensible Abwehr so: »Wenn Reagan brennen würde, ich würde nichtmal draufpissen!« -ein Punk-Zitat aus der »taz« nach dem Besuch des Präsidenten. Vielleicht eine andre Art von Selbstbewußtsein, als es sich die bürgerlichen Medien wünschen, auch die progressiven. Eltern gegen Kinder - das ist historisch, Freuds vätermordende Söhnehorde, die sich schließlich mit dem Aggressor - Vater - identifiziert und sein Werk weitermacht: Die gibt es nicht mehr. Weiterzumachen wie die Alten hieße die Katastrophe besiegeln. Deswegen klappt auch die traditionelle bürgerliche Konfliktbewältigung nicht mehr.

Selbst der Bonner Enquete-Kommission »Jugendprotest im demokratischen Staat« (Bundestags-Drucksache 9/1607, Zwischenbericht) fiel auf, daß heute »Jugendprotest wesentlich als Reaktion auf ungelöste Probleme verstanden werden muß, und nicht als klassischer Generationenkonflikt erklärt werden kann«. Die Parlaments-Kommission, deren Vorsitzender der CDU-Abgeordnete Matthias Wissmann ist, analysiert in knappen Sätzen »Zukunftsangst und Ohnmachtsgefühle«, sowie die »Problematik des Aussteigens«, wobei deutlich geworden sei, daß »die übergroße Mehrheit der protestierenden Jugend nicht aus der Gesellschaft aussteigen, sondern in sie hineinwirken will«.

In dreizehn Zeilen behandelt der Bericht die »Unpersönlichkeit der Gesellschaft«, in acht Zeilen die »Entfremdung zwischen Jugend und Politik«, achtzehn Zeilen sind der »Jugend ohne Zukunft« gewidmet. Unter »Familie - Ort der Solidarität und Geborgenheit« (!) stellt die Kommission fest: »Die kleinen, überschaubaren Lebenseinheiten der Familie sind von der Verfassung als Leitbilder unsrer Gesellschaft vorgegeben.« Ein Jahr Arbeit soll in dem Zwischenbericht stecken - die Inhalte: Phrasen und Schlagworte.

Es sind Schlagworte, mit denen sie sieben auf einen Streich erschlagen, sich der Vielfalt entledigen, die Erschlagworte, die zu hilflosen Kurzschlußurteilen oder gehässigen Diffamierungsformeln werden. »Oraler Flipper«, »Neuer Sozialisationstypus - Narziß«, »Popper«, »No-future-kid«, »Turnschuhgeneration«, »Wohlstandskinder«, »Krawaller«, »Chaoten«, »dekadente Aufzucht von Paradiesvögeln« (»Spiegel«).

Den verbalen Angriffen folgen tätliche, oder sie begleiten sie. Hamburger Polizisten haben seit zwei Jahren die Aufgabe, Punks zu verjagen, wo immer sie auftauchen, von allen Straßen und Plätzen. Die »taz« schreibt Anfang Juni: »... bevor du deine Lage erkannt hast, siehst du dich umzingelt von auffahrenden Polizeieskorten. Männer in Kampfanzügen, mit Vollvisierhelmen, Klarsichtschildern und Knüppeln stürmen aus ihren grasgrünen Autos... Jeden Tag dieselbe Scheiße, jeden Tag Festnahmen, Kontrollen, Bespitzelungen u.ä. Schikanen. Was also tun, damit die Sache nicht noch ätzender wird?«

Lederjacken-Punks werden, so erzählte mir einer von ihnen, bei erkennungsdienstlicher Behandlung inzwischen in voller Montur fotografiert, nicht nur Gesicht, sondern ganz, frontal und im Profil. Denn die Träger der Gesellschaft durchleben panische Angst, wenn Jugendliche nicht das erwünschte Zerrspiegelbild von Dynamik, Frische und Pfefferminz vorzeigen. Wenn sie sich nicht vom eigenen Geld zur Werbefläche von Industrie und Staat machen lassen, sondern andere Schwingungen der Gesellschaft abstrahlen. Solche wie Haß, Angst, Resignation, Ekel, fundamentales Mißtrauen.

Diese Gefühle ununterbrochen zu verdrängen, ist überlebensnotwendig für den Fortbestand des Staates. Die Angst, diese Gefühle könnten aufbrechen, ausbrechen, geweckt werden, erzwingt die staatliche Zerstörung der Wirkungskraft von Jugendkultur. Denn diese Jugendkultur kann sich solchen Gefühlen unmittelbar nähern - alle etablierte Kultur kann ihren Rahmen kaum mehr verlassen. Kaum jemand, der seit fünf, zehn oder zwanzig Jahren seine Rolle in der Gesellschaft spielt, kann grundlegende Zweifel ertragen. Jugend kann. Sie kann auch die anderen zwingen, hinzusehen und zuzuhören.

Trotzdem, die Eindringlinge werden eingeladen in den Industrie-Tempel, ihre Kultur kopiert und dadurch gefressen und zersetzt. »Bravo« schreibt: »So könnt ihr euch die Haare pink und grün färben!«, der Kaufhof wird über kurz oder lang Badematten mit AKW-Nee-Sonne in Frottee anbieten, Plattenfirmen setzen künstliche New-Wave-Gruppen ins Leben (wie »Straßenjungs«), Hertie schmückt seine Auslagen mit neonbestrahlter Neue-Welle-Boutiquen-Mode, Zeitschriften layouten modern, wie sie es den Fanzines abgeguckt haben. Je schneller der Strom kanalisiert wird, desto weniger kann darin wachsen, desto geringer die Gefahr, daß er ausufert. Das Kanalisieren erfordert absolut genaue Beobachtung der Jugend. Demographen werden losgeschickt, Serien von Copy-Tests erstellt. Und es sind nicht mehr trockene soziologische

Forscher, die die Jugend ausloten, sondern freundliche, jugendnahe Psychologen, die das Material ranschaffen sollen. An der Universität gibt es 40 bis 50jährige Dozenten, die stellen sich ihrem Seminar so vor: »Also Leute, ich bin der Hans, und ich fänd esjetzt echt dufte, wenn ihr euch hier irgendwie - ganz angstfrei -einbringen würdet ... «

So sollten das auch die 1077 Jugendlichen tun, die das Institut »Psydata« für die neunte Jugendstudie der Deutschen Shell befragt hat, über »Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder« (Titel der Studie). Auf eineinhalbtausend Seiten hat die im Buchhandel erhältliche Studie laut Eigenwerbung »eine neue Welt erschlossen, die eigenständige Weit der 15- bis 24jährigen.« Für die Shell-Forscher war das im wesentlichen ein linguistisches Problem: »Wer heute Jugendliche verstehen will... muß die Vokabeln der Jugendlichen benutzen, auch wenn sie ihm fremd vorkommen.«

Das liest sich im Fragebogen dann zum Beispiel so: Von »Stimmt genau« bis »Stimmt nicht« konnten Jugendliche ankreuzen, was sie über solche Aussagen denken: »Junge Leute haben die größten Schwierigkeiten mit den Bullen - bloß wegen ihres Aussehens«, »Erwachsene sind für mich so 'ne Art Übermacht, gegen die ich mich nicht wehren kann«, »Ich kenne Erwachsene, die finde ich echt gut«, »Mich kotzen die älteren Leute alle an, und ich mache, was ich will«, »Jugendliche sollten sich bei der Arbeit nicht alles gefallen lassen und kräftig auf den Putz hauen, wenn's nötig ist«. Das waren einige Zeilen der »Blauen Kärtchen zu Frage 22«.

Die Forscher sammelten auch Sprüche, ließen die Jugendlichen zur Frage: »Welche guten Sprüche weißt Du sonst noch?« die Sammlung vervollständigen. Dabei steckten sie den Nonsens-ironischen Spruch »Türken raus aus Istanbul« zu den »Nationalautoritären«, »Zurück in die Steinzeit« zu den Sprüchen der »Grünen/Umweltschützer«, und »Hau rein ist Tango« zu den Sprüchen »zur Musikkultur«. Die andern Slogans sind auch alle ganz richtig eingeordnet, unter »Handlungsbegleitende Alltagskommentare« oder »Sprüche gegen die Arbeit« (Beispiel: »Es gibt viel zu tun, warten wir's ab! «).

Forschungs-Resultat laut Anzeigentext: »Alle haben jetzt eine Basis, auf der sie zueinanderkommen können. 'Jugend '81' hat das Wörterbuch dazu geliefert.«

Auch mit Emblemen aus der Jugendkultur wurden die Befragten konfrontiert und sollten zum Anarchisten-A oder zur Frauenfaust sagen: »Paßt gut zu mir« oder »Paßt nicht so gut zu mir«. 43 Prozent aller Befragten fanden, daß das Marihuana-Blatt gut zu ihnen paßt. 29 Prozent ordneten das Symbol allerdings »Umweltschutz, Naturverbundenheit« zu. Die Frauenfaust dagegen hielten zehn Prozent für das Abzeichen einer »Sekte, Glaubensgemeinschaft«. Bei den »Traumorten« steht die »Insel in der Südsee mit Palmen, Sonne und vielen Früchten« mit 87 Prozent an der Spitze (Bounty-Werbeabteilung: aufgepaßt!). 65 Prozent würden »gerne« oder »sehr gerne« in einem Fischerdorf mit den Nachbarn leben, »ganz ohne Industrie«, 62 Prozent »mit einem guten Motorrad durch die ganze Welt kommen.«

Ihre »persönliche Biographie und gesellschaftliche Zukunft« schätzen 58 Prozent »eher düster« ein, 76 Prozent rechnen damit, »daß Technik und Chemie die Umwelt zerstören werden«. »Werden?«

95 Prozent glauben, daß »es immer Kriege geben wird«. 32 Prozent der Jugendlichen finden »keine Partei gut«, 20 Prozent sind »für die Grünen«.

Solche Zahlen schlagen ja zur Zeit ein wie die Blitze, und die finden auch nicht nur »bei Industrie und Politik« Interesse. Aber für wen ist der Bericht? Für wen sind die sehr differenzierten Interpretationen, die etwa 700 Tabellen und Ergebnisse? Die Shell-Forscher schreiben: »Durchschnitte, Prozentsätze, Trends und Tendenzen als Aussagen über große Kollektive brauchen die meisten von uns in ihrem Leben nicht.« Es war ihnen auch klar: »Wir wissen, daß wir kein Buch für Jugendliche geschrieben haben, vieles ist sehr wissenschaftsbezogen gedacht und formuliert.« Aber reine, zweckfreie Wissenschaft war es sowenig, wie es diese geben kann.

Die offenbar progressiven Forscher - einer der Namen findet sich auch im Jugend»Kursbuch« von 1978 - saßen bei ihrer Arbeit in mehreren Zwickmühlen. Sie stellten fest: »Es sind ja gerade die Institutionen und Personen, die große Zahlen von Menschen verwalten bzw. beeinflussen wollen, die sich besonders für die Ergebnisse großer quantitativer Studien interessieren, nämlich Politiker, Werbeabteilungen in Parteien, Unternehmen und Verbände, Planungsbehörden und auch Einrichtungen, die Weltanschauungen verbreiten wollen.« Es fehlen nur die Firmen. All denen wollten die Frager nach eigenem Selbstverständnis nicht zuarbeiten. Sie haben es aber getan. Gerade der »weniger mißtrauische« Fragestil an der Studie ist so mißtrauenerregend. Er liefert die Jugend besser ans Messer als traditionelle Erbebungen.

Ich las das ganze Buch, zum Teil mit großer Spannung. Lesenswert - fand ich, finde ich immer noch, aber wütend bin ich inzwischen auch darauf. Für den zweiten, 300seitigen Band der Studie haben sieben Jugendliche, die in langen Interviews ausführlich zu Wort kamen, mehr ausgepackt, als die 1.077 für die Fragebögen. Ob die wußten, wie das alles präsentiert werden würde - mit Namen, Fotos aus dem Familienalbum, handschriftlichem Tagebuch im Faksimile, mit den Erzählungen über intime Erlebnisse?

Gleich der erste Bericht beginnt mit einem angedeuteten Porno: Anke, 17, wird - beinahe - vergewaltigt von einem Schiffskoch. Zwei Fotos von Horst, einem neunzehnjährigen Kellner, der bei Pflegeeltern aufgewachsen ist, sehen auch so

aus, wie die neuen Fotos vom Erkennungsdienst: Rückenansicht der Jeansweste mit Emblemen, daneben Profilansicht. Horst hatte nichts dagegen, mit vollem Namen und Foto in der Studie aufzutauchen, er sagte sogar: »Und außerdem, vielleicht schreibt mir mal jemand... « Solche Naivität haben die Forscher ausgebeutet.

Ob nun die schleswig-holsteinische CDU-Regierung für 200.000 Mark eine »Ja bitte«Broschüre unters Jungvolk bringt und langhaarige Linke denunziert (Bildunterschrift unter einer Karikatur: »Vadder, gib Spritgeld, ich muß zur Demo!«) oder ob solch ein (ehemals) langhaariger Linker wie der SDS-Aktivist Bernd Rabehl mit anderen Jugend-Experten im Kloster Loccum über die »Jugend-Revolte '81« richtet - ihr Ziel ist das gleiche: Die Kieler Landesregierung will »jeden jungen Mitbürger davon überzeugen, daß es unsere Demokratie wert ist, für sie einzutreten und an ihr mitzuarbeiten«. Und Apo-Großvater Rabehl beklagt »grundsätzlich undemokratische« Tendenzen in den neuen Jugendkulturen. Der staatlich bestellte linke Soziologie-Professor kann nicht begreifen, daß sein Aufruf, man dürfe auch auf unsere »amputierte Demokratie« noch bauen, vor der chemischen Keule von heute noch hohler klingt als ähnliche Sprüche vor den Wasserwerfern von 1968.

Die Runde, die da Ende Juni in der Evangelischen Akademie Loccum tagte, war übrigens vom Jugendwerk der Deutschen Shell zusammengestellt, und diskutiert wurde auf der Grundlage der Shell-Studie. Ich lerne daraus: allen Jugendforschern gegenüber eine Zitrone zu sein mit steinerner Schale - nicht ausquetschbar. Denn die da oben wollen nur unser Bestes. Und das sollen sie nicht kriegen.

Konkret 10/82, S. 80

Martin Buchholz

Krebs

Schon das Wort verursacht gelinde Panik. Eine unheilbare Angst im Angst-Zeitalter. Ein Horror, der im Hirn fortwuchert. Urgewalt der Zerstörung, gegen die wir letztlich machtlos scheinen. Gegen Krebs ist nun mal kein Kraut gewachsen. Doch möglicherweise haben jetzt Biologen ein Gegenmittel gefunden: Krebs.

Krebszellen sollen durch Krebszellen bekämpft werden, zumindest indirekt. Mit diesen Krebszellen will man Krebsabwehrstoffe wachsen und wuchern lassen. Die MAKs sind im Kommen: Monoklonale Antikörper. Dahinter steckt möglicherweise eine Revolution der Biotechnologie - in jedem Fall aber ein Milliarden-Dollar-Geschäft.

Der Reihe nach. Was sind Antikörper? Es sind die Detektive unseres Immunsysterns, die ständig auf Streife durch unseren Körper unterwegs sind - als weiße Blutkörperchen (Lymphozyten) treiben sie mit der Blutbahn überallhin, Sie spüren körperfremde Eindringlinge wie Viren und Bakterien auf und verhaften sie - im wahrsten Sinne des Wortes. Sie ketten sich selbst an die Oberfläche des Fremdlings und bleiben dort haften.

Jeder dieser Detektive ist jeweils nur auf einen speziellen Typ von Eindringling angesetzt: ein bestimmter Virus zum Beispiel kann nur von einem bestimmten Antikörper dingfest gemacht werden. Besonderes Kennzeichen: die jeweilige Oberflächenstruktur des Gegenspielers.

Hat ein solcher Sherlock Holmes unserer Körper-Spezialabwehr nun »seinen« Eindringling, auf den er angesetzt ist, ausgemacht und sich mit molekularen Handschellen an ihn gefesselt, tritt Scotland Yard in Aktion. Die allgemeinen Gesundheitshüter rücken an und machen dem deutlich markierten Fremdling den Garaus. Freßzellen - auch hier handelt es sich um weiße Blutkörperchen - zersetzen das Antigen, wie diese Fremdkörper in der Molekularbiologie genannt werden.

Da die Antikörper gewissermaßen »Gedächtniszellen« sind, kann ein Antigen jeweils sofort nach seinem Auftauchen im Körper erkannt und bekämpft werden - vorausgesetzt, daß es zuvor schon einmal gefaßt und erkennungsdienstlich behandelt worden ist. Viele Schutzimpfungen funktionieren so.

Neue Frage also: Wie macht man diese Antikörper im Labor »haltbar«? Und weiter: Wie kann man sie dann auch noch vermehren?

Beide Probleme schienen jahrzehntelang unlösbar - bis zwei Forscher auf eine genial einfache Idee kamen: Hier muß der Krebs helfen. Denn Krebszellen haben biologisch gesehen einen Vorteil, der anderen Zellen fehlt: Sie reproduzieren sich selbst ungehemmt. Durch ständig neu entstehende Kopien einer einzigen Urform ist das biologische Wucher-Wunder »Krebs« tatsächlich die einzige bekannte Form »ewigen Lebens« im Labor. Der deutsche Biologe Dr. Georges Köhler und der Argentinier Prof. Cesar Milstein wagten gemeinsam an der Universität Cambridge den Versuch, »Zellen, die Antikörper bilden, durch Verschmelzung mit Tumorzellen außerhalb des Körpers unsterblich zu machen« (so der »Scientific American«).

Dieser Versuch machte die beiden Forscher zwar nicht unsterblich, aber in Fachkreisen weltberühmt und zu sicheren Nobelpreis-Kandidaten. Das Experiment gelang ihnen mit den Myelomen einer Maus. Das sind Tumore des Immunsystems - gewissermaßen wild wuchernde, unspezifische Antikörper, die sich gegen kein Antigen mehr richten, sondern die den Körper sinnlos überschwemmen und fast immer lebensgefährlich für den Gesamt-Organismus sind. Es gelang also, Zellen eines Mäuse-Myeloms mit Antikörper-produzierenden Lymphozyten aus der Mäuse-Milz in einer Zellfusion zu verschmelzen. Der MAK war geboren: der monoklonale Antikörper.

Monoklonal heißt hier nichts anderes, als daß alle Zellkulturen eines bestimmten Antikörpers aus einer einzigen Mischzelle (Hybrodom) hervorgegangen und deren absolut identische Abbilder (Klone) sind. Diese Antikörper sind in ihrer chemischen Reinheit nicht zu übertreffen - und das macht sie möglicherweise zu medizinischen Wunderwaffen. Sie können sehr spezifisch gegen spezifische Antigene eingesetzt werden. Zum Beispiel sondern viele Tumorzellen größere Mengen bestimmter Eiweißstoffe von Wachstumshormonen ab als andere Körperzellen. Dieser vermehrte Hormon-Ausstoß könnte Antikörper auf die Fährte der »kranken«, also unerwünschten Zellen bringen. Wenn die Antikörper selbst mit radioaktiven Isotopen markiert sind, kann sehr schnell festgestellt werden, wo Krebszellen sitzen. Dann könnten andere MAKs auf den Weg geschickt werden, die wie Torpedos mit einer Explosivladung für die Tumorzelle beladen sind - etwa mit einem bestimmten Zellgift. Oder: Die Antikörper reagieren direkt auf die Tumorzellen (die ja selbst wiederum sehr unterschiedlich sind) und zersetzen sie langsam. Oder: Freßzellen werden durch die Antikörper alarmiert und vernichten die markierte Tumorzelle.

Noch bevor diese biologisch-medizinische Sensationsmeldung in die Spalten der amerikanischen Publikumszeitschriften geriet, war sie schon in den Wirtschaftsblättern gründlich ausgewertet worden. Unter der Rubrik »WA Street« prophezeite »Dun's Review«, daß hier eine »Multi-Milliarden-Dollar-Industrie« ins Geschäft komme. Neue Krebs-Erkennungs-Produkte dank monoklonaler Antikörper seien der Geheimtip der Spekulanten: »Der Verkauf dieser Produkte wird zwar bis

1983 oder 1984 noch nicht recht in Schwung gekommen sein, doch danach dürfte das Geschäft lawinenartig zunehmen. Wir denken, daß der weltweite Verkauf dieser Produkte um 1990 herum bei jährlich zwei Milliarden Dollar liegen wird.«

Inzwischen sind schon mehrere Diagnose-Tests auf der Basis von Monoklonalen Antikörpern auf dem Markt - allerdings nicht in Sachen Krebs. Die US-Firma Hybritech hat zum Beispiel einen neuen Allergie-Test entwickelt, der in der Bundesrepublik vom Pharma-Konzern Boehringer kommerziell genutzt wird. Ebenfalls aus den USA kommt ein MAK-Test für eine besondere Blut-Krankheit. Als nächstes wird ein Schwangerschaftstest folgen. Etwa 20 Produkte sind zur Zeit im klinischen Versuch.

Vereinzelt werden bei Leukämie und speziellen Krebsen des Immunsystems hoffnungsfrohe Nachrichten von zuvor hoffnungslosen Fällen verbreitet. Doch bei anderen Tumor-Arten, die weniger mit der Bildung oder »Entartung« von Blutkörpern zu tun haben, ist die Sache sehr viel schwieriger. Ein Antikörper reagiert ja jeweils auf eine fremde Substanz, ein Antigen, wie es zum Beispiel von einer Tumorzelle abgesondert wird. Nun können auch in einem Tumor verschiedene Typen von Zellen auftauchen, die unterschiedliche Substanzen (Antigene) absondern. Also müßten auch verschiedene Antikörper eingesetzt werden. Wenn nur ein bestimmter Zelltyp durch Antikörper »erwischt« wird, kann das zur Folge haben, daß ein anderer Zelltypus - befreit von der »Konkurrenz« - um so schneller gedeiht.

Und was ist, wenn ein mit Zellengift beladenes Antikörper-Torpedo seine Ladung an der falschen Stelle ablädt: etwa bei lebenswichtigen Nervenzellen? Und wann wird es überhaupt Mischzellen in genügender Anzahl geben, die nicht von Mäusen, sondern von Menschen stammen? Nach ein paar Wochen werden die MAKs von Mäusezellen vom menschlichen Körper auch als Fremdkörper erkannt und ihrerseits mit Antikörpern bombardiert. Andererseits: Mononukleare Antikörper aus menschlichen Zellen würden ja zur Hälfte aus hochgefährlichen Tumorzellen des menschlichen Immunsystems bestehen. Welches Risiko geht man da ein?

Eine Wunderwaffe also, die auch nach hinten losgehen kann. Noch sind zu viele Fragen offen. Einige wenige US-Forscher drängen darauf, daß die volle Vermarktung der MAKs erst dann einsetzt, wenn wenigstens ein Teil dieser Fragen befriedigend beantwortet werden kann. Doch ihre Warnungen nutzen wenig, denn auch die Pharma-Industrie drängt - und zwar auf den Markt. »Die Biotechnologie der monoklonalen. Antikörper wird zur Goldgrube«, freut sich bereits der britische »Economist«.

Konkret 10/82, S. 84

Martin Buchholz

Frust vor Lust

Empfängnisverhütung - dieses Thema schien erledigt, als vor zwanzig Jahren die Pille auf den Markt kam. Doch das Pillengeschäft ist rückläufig: Vielen Frauen ist der tägliche Hormonstoß zu riskant geworden. Zu Recht. Auch bei den neuen Präparaten sind Nebenwirkungen nicht auszuschließen. Was ist mit der Spirale? Wie sicher sind Diaphragmen und Kondome? Warum sind die Drei-Monats-Spritzen vom Markt verschwunden? Und wo, bitte, bleibt die Pille für den Mann?

Nach Berlin der Pille wegen. Mit 70 Jets von »Airtours« wurden sie im Vorfrühling eingeflogen: 3.000 bundesdeutsche Frauenärzte. Die Firma Schering hatte zum Pillen-Festival geladen - oder wie es seriöser hieß: zu einem »Internationalen Symposium« über »Aktuelle Aspekte der hormonalen Kontrazeption«. Für 80 Mark waren sie dabei: Neben dem Wochenend-Logis im Luxushotel gab es Freikarten für Theater und Konzerte und für »andere Arten der Unterhaltung«, die das Berliner »arznei-telegramm« dezent mit »sozialer Betreuung« umschreibt.

Etwa 2,5 Millionen Mark ließ sich der Chemie-Konzern den Spaß kosten, den die Frauenärzte auf ihrem Charter-Ausflug hatten. Sie werden es hoffentlich zu danken wissen. Denn bei den »aktuellen Aspekten«, die Schering als größten Anti-Baby-Pillen-Hersteller Sorge machen, handelt es sich in erster Linie um sinkende Marktanteile im ohnehin rückläufigen Geschäft.

Tendenz lustlos. Auf dem Pillen-Markt drängeln sich die Konkurrenten, doch trotz aller Anpreisungen - die Nachfrage nimmt immer mehr ab. Die Pille wird zur Zeit nur noch von etwa vier Millionen Frauen in der Bundesrepublik genommen. Das ist rund ein Viertel der weiblichen Bevölkerung »im fertilen Zustand« (wie es im Mediziner-Jargon heißt), Frauen im gebärfähigen Alter also.

In den USA sind es sogar nur noch 20 Prozent der Frauen, die sich auf den riskanten Hormonstoß einlassen. Immer mehr setzen sich dort die sogenannten Barriere-Methoden durch: insbesondere das Scheiden-Diaphragma, eine Gummikappe, die vor dem »Verkehr« eingelegt wird und den Muttermund vor den Spermien abschirmt. Viele bundesdeutsche Ärzte blocken aber bei dieser Barriere ab. Denn das billige Verhütungsmittel (16 bis 23 Mark, Haltbarkeit drei Jahre) bringt weniger Scheine von der Kasse - und in die Kasse. Da keine Nebenwirkungen bekannt sind, sieht der Arzt seine Patientin kaum noch.

Doch das ist natürlich nicht der erklärte Grund der Medizin-Männer, der Patientin gegenüber wird ein ganz anderes Argument vorgebracht: das Diaphragma sei zu unsicher in der Verhütung. Eine neue Statistik aus den USA widerspricht dieser Behauptung. Die Versager-Quote von Diaphragmen liegt in Pillen-Nähe bei etwa zwei Prozent. In der Bundesrepublik versuchten die Forscherinnen vom Feministischen Frauen Gesundheits-Zentrum (FFGZ, Wilhelm-Marx-Straße 58, 8500 Nürnberg) gerade in einer Fragebogen-Aktion, die Erfahrungen der deutschen Frauen mit dem Diaphragma zu erkunden.

Die von den Ärzten als sicher gepriesene Pille ist so sicher nun auch wieder nicht: Gerade die Dreiphasen-Präparate wie etwa das Schering-Erzeugnis »Triquilar«, für das auf dem Berlin-Ausflug der Frauenärzte Propaganda gemacht wurde, ist Versager-verdächtig. In England, wo es unter dem Namen »Logynon« auf dem Markt ist, wurden dem Komitee für Arzneimittelsicherheit bis zum Anfang dieses Jahres schon sechs Fälle ungewollter Schwangerschaften trotz regelmäßiger Einnahme der Schering-Pille gemeldet. Kommentierte das »British Medical Journal«: »Daß Versager mit dem neuen Typ eines oralen Kontrazeptivums so kurze Zeit nach seiner Einführung bekannt werden, muß befremden.«

Die Neuheit war in der Frauenzeitschrift »Brigitte« als »die heimliche Sensation« gefeiert worden. Denn das Mittel sollte besser verträglich sein, kaum Nebenwirkungen zeigen und dazu noch »ungewollte Schwangerschaften genau so sicher wie bei anderen Pillen verhüten«. Doch die Erfahrungen sprechen dagegen. Die Nebenwirkung »Schwangerschaft« ist nicht auszuschließen.

Und andere Nebenwirkungen ebensowenig - wenn auch im geringeren Umfang. Die Dreiphasen-Präparate sind deshalb tatsächlich neuartig, weil sie das natürlich hormonale Wechselspiel während der Menstruationsphase nachzuahmen versuchen. Die entscheidenden Hormongruppen sind hierbei die Östrogene und die Gestagene, die in den jeweiligen Phasen vom Körper in verschiedenen Dosierungen »zusammengemixt« werden. Bei den neuen Präparaten wechseln sich drei verschiedene Zusammensetzungen bei den jeweiligen Tagespillen möglichst naturgetreu ab. Die letzten sieben Pillen einer 28er Packung sind sogar völlig wirkstoffrei: Sie sollen nur dafür sorgen, daß die Frau nicht aus der täglichen Pillen-Übung kommt und mit der nächsten Hormon-Runde richtig einsetzt.

Etwa 250.000 »Triquilar«Packungen verkauft Schering monatlich auf dem bundesdeutschen Markt. Die Konkurrenz im Dreiphasen-Geschäft kommt von der holländischen Firma Organon mit dem Präparat »Marvelon«. 300.000 Packungen davon gehen jeden Monat über hiesige Apotheker-Theken.

Verständlich, daß Schering alle Hebel und notfalls auch Clipper in Bewegung setzt, um die Frauenärzte zu beeinflussen. Im Amsterdamer Edel-Hotel »Sonesta« organisierte der Berliner Konzern direkt vor der goldenen Nase der Konkurrenz ein weiteres »Fortbildungs-Symposium« für holländische Frauenärzte mit entsprechender »kultureller und sozialer Betreuung«.

Bezahlen dürfen dann die Frauen, die solche Pillen letzten Endes zu schlucken bekommen. Es sind bittere Pillen: Denn die Nebenwirkungen fast aller oralen Antikonzeptionsmittel reichen von A wie Ausfluß und Akne bis Z wie Zyklus-Störungen und Zunahme des Gewichts. Hier einige Überschriften der deutschsprachigen Ärzte-Zeitschrift »Medical Tribune« aus dem Zeitraum eines Jahres:

»Pillen-Schäden am Auge: Absolut keine Bagatelle«. - »Orale Kontrazeptiva: Leberschäden, die man kennen sollte« - »Pickel oder Haarausfall: Nimmt die Patientin die Pille?« - »Orale Kontrazeption und Thrombose: Wie die Pille die Gerinnungsparameter beeinflußt« - »Fördert die Pille den Soor im Mund?« - »Depressiv durch die Pille« - »Pilzbefall durch die Pille« - »Herzinfarkt durch die Pille?« - »Jenseits der 40 ist die Pille kontraindiziert«.

Leseproben aus den entsprechenden Artikeln: »Nebenwirkungen der Pille an der Netzhaut und ihren Gefäßen bedingen zum Teil schwerste Funktionseinbußen des Sehorgans: Inkomplette und komplette Verschlüsse der Zentralarterie oder ihrer Äste können zur plötzlichen Erblindung, zumindest aber zu einer dramatischen Verschlechterung der Sehkraft führen.« Oder: »Bei etwa einem Drittel der Frauen muß unter hormonaler Kontrazeption mit einer Sproßpilzbesiedelung der Scheide gerechnet werden, die klinisch stumm verläuft, aber auch das Risiko von Vulvo-Vaginitiden bergen kann.« Das sind oft schwerwiegende Entzündungen im äußeren Scheidenbereich. »Niemand vermag zu sagen«, so meldet sich ein Essener Gynäkologie-Professor zu Wort, »ob wir orale Kontrazeptiva nicht schon in naher Zukunft wegen langfristiger, bisher unbekannter Spätwirkungen verlassen.« Dieses »Wir« des Herrn Professor muß für Frauen besonders zynisch klingen.

Als Alternative zur gefährlichen Pille empfehlen die Ärzte meist die »Glücksspirale«, wie sie von den rock-unbändigen Schwestern der Gruppe »In-Sisters« höhnisch besungen wird: »Du hast das Glück, und ich hab die Spirale«. Diese Intrauterinpessare (IUPs) sind vor allem ein Glück für die Spiralen-Hersteller, deren Gewinne sich langsam, aber sicher in die Höhe schrauben. Während die Pillen-Verkäufe in West- und Mitteleuropa in den letzten Jahren um (weitere) acht Prozent absackten, wurden im gleichen Zeitraum 33 Prozent mehr Gebärmutterpessare verkauft.

Auch bei diesen Verhütungsmittel sind die Risiken nicht gering. Ein Bericht des angesehenen US-Fachblatts »Obstetics and Gynecology« stellt fest: »Eine Frau, die sich die Intrauterin-Spirale einsetzen läßt, erkauft sich damit zugleich ein mehr als verdoppeltes Risiko einer stationär behandlungsbedürftigen Erstinfektion im kleinen Becken.« Spiralen, die zusätzlich Hormone abgeben, stehen der Pille in den Nebenwirkungen kaum nach. Kupferspiralen führen bei etwa sieben Prozent der Frauen - so das »British Medical Journal« - zu gefährlichen Entzündungen der inneren Geschlechtsorgane, besonders der Gebärmutter und der Eierstöcke.

Plastik-Spiralen fördern außerdem gefährliche Pilzkulturen. Bei Untersuchungen in Schottland fanden sich bei fast jedem dritten Abstrich bei Frauen mit Plastik-Spiralen Aktiomyzeten: eine Pilzflora, die ebenfalls zu gefährlichen Infektionen des Unterleibs führen kann. Der dünne Faden an einer Spirale, an dem sie wieder herausgezogen werden kann, ist zudem eine Art Kletterseil für Bakterien, die so den keim-abtötenden Schleim des Gebärmutterhalses überwinden und zu gefährlichen Entzündungen in der Gebärmutter führen können.

Hinzu kommt, daß die Spiralen oft nicht dort sitzen, wo sie hingehören. Eine Ultraschall-Untersuchung von 810 Frauen mit Kupferspiralen an der Universitäts-Frauenklinik in Berlin-Charlottenburg ergab, daß bei fast 20 Prozent der Frauen die Pessare nicht richtig eingesetzt worden waren.

So sind Schwangerschaften bei Frauen mit einer Spirale in acht von zehn Fällen auf die falsche Lage des Pessars zurückzuführen. Berichte in der Fachpresse zeigen, daß Frauenärzte in Großstädten genügend »Anschauungsfälle« für sogenannte IUP-Schwangerschaften haben. Ein Arzt aus Köln meldete kürzlich auf einem Kongreß bislang 38 Fälle aus seiner Praxis. Ein Wiener Klinikarzt konnte von 59 Spiral-Versagen berichten. Elf dieser 59 Frauen in Wien waren sogar trotz - des korrekten Sitzes des Pessars schwanger geworden. Wenn sich die Frau entschließt, das Kind auszutragen, wird es allerdings riskant. Ein Entfernen der Spirale, die dann direkt am Fruchtsack liegt, führt meist zur Fehlgeburt. Bleibt die Spirale aber drin, sind andere Komplikationen zu befürchten. Ganz gefährlich wird es, wenn das Ei befruchtet wird und sich außerhalb der Gebärmutter zu entwickeln beginnt. Bei der Spirale besteht ein erhöhtes Risiko für solche zwar seltenen, doch immer lebensgefährlichen Bauchhöhlen-Schwangerschaften.

Vaginal-Spermizida sind ein noch schlechterer Ausweg aus dem Verhütungs-Dilemma. Diese Schwämmchen, die mit Anti-Sperma-Giftstoffen getränkt sind und in die Scheide eingeführt werden, versagen häufig. Einzelne Studien berichten über Quoten von zehn bis fünfzehn Prozent.

Bislang haben sich bei noch jeder chemischen oder hormonalen Verhütungsmethode früher oder später schwere Nebenwirkungen herausgestellt. Ein besonders schlimmes Beispiel: Die Drei-Monats-Spritze. Nachdem in den USA bei

Versuchen mit Rhesusaffen festgestellt wurde, daß diese Depo-Provera-Präparate Gebärmutterkrebs verursachen und zudem der Verdacht aufkam, sie würden auch Brustkrebs fördern, wurde das Mittel sofort vom US-Markt genommen.

Dennoch macht der US-Konzern Upjohn, der Depo Provera herstellt, Millionen-Dollar-Geschäfte damit. Das Mittel wird über UN-Programme zur Bevölkerungskontrolle in die Dritte Welt gepuscht. Neben der Weltbank ist die US Agency for International Development (USAID) einer der großen Geldgeber für diese Programme. Die von ihr ausgehaltene UN-rganisation (UN Fund for Population Activities) kaufte beispielsweise weit über eine Million Depo Provera-Einheiten für die Frauen in Bangladesh.

Ein Drittel der Frauen, die sich Depo Provera spitzen lassen, leiden unter schweren Nebenwirkungen, hauptsächlich ständigen Schmierblutungen oder unter besonders starkem Blutverlust während der Periode. Diese Nebenwirkungen sind nicht wie bei der Pille relativ einfach zu stoppen, weil sich ein Drei-Monats-Präparat eben nicht kurzfristig absetzen läßt. Die Beschwerden halten zumindest ein Vierteljahr an.

Der britische »New Scientist« meint: »Die Krebsfrage aber ist besonders beunruhigend. Wenn Depo Provera die Gefahr des Gebärmutter-Krebses erhöht, und davon ist auszugehen, wird eine Frau in Bangladesh wahrscheinlich eher an Depo Provera sterben, als wenn sie noch ein weiteres Kind bekäme, selbst bei der hohen Müttersterblichkeit in diesem Land.«

Ungefährlich sind eigentlich nur mechanische Verhütungsmethoden mit dem Diaphragma für die Frau oder dem Kondom für den Mann. Präservative sind deshalb wieder im Kommen: Etwa 160 Millionen Kondome für rund 110 Millionen Mark verbraucht der bundesdeutsche Mann jährlich, zumindest kauft er sie. Die mögliche »Nebenwirkung« ist hier eher eine psychische: Mitten im Liebesspiel wird die empfindlichste Erogen-Gegend des Mannes eingepackt - angeblich »gefühlsecht« gummiert. Aber beim Mann funktioniert's meist trotzdem. Nur: So wird der Orgasmus eine Art Notdurft-Verrichtung.

Was kann der Mann sonst tun? Eine Kollegin schreibt in der Wissenschafts-Zeitschrift »Umschau«: »Auch nach zwanzig Jahren erfolgreicher Anwendung der Pille für die Frau ist beim Mann ein vergleichbar sicheres Mittel noch nicht in Sicht. Die Forschung nach Substanzen, mit denen die Fertilität des Mannes gehemmt wird, wurde zu lange vernachlässigt.«

Dennoch: Auch diese Forschung läuft nun schon in zahlreichen Labors der Welt seit zwei Jahrzehnten auf Hochtouren. Ab und zu gibt es Triumphmeldungen: »Die Antibaby-Pille für den Mann kommt«, verkündete die »Zeit« im Oktober letzten Jahres. Kann schon sein, aber wann? Vor der Jahrhundertwende gewiß nicht. Darin sind sich die meisten Wissenschaftler einig. Und das liegt nun ebensowenig am Chauvinismus der Forscher wie am Desinteresse der Männer überhaupt. Zumindest heute nicht mehr. Nach einer Umfrage des Washingtoner Worldwatch-Institut wäre heute die Hälfte der amerikanischen Männer bereit, täglich ein Anti-Baby-Mittel zu schlucken, wenn es das gäbe. Ein neuer Markt für die Pharma-Industrie also, nachdem immer mehr Frauen die Pille ablehnen.

Bestärkt wird das Worldwatch-Institut in seiner Annahme von der weltweit ständig steigenden Zahl der Vasektomien (so heißt die Sterilisation beim Mann). Der tägliche Griff zur Pille wäre den Männern denn doch lieber, als einen so schwerwiegenden Eingriff wie die Durchtrennung der Samenleiter vornehmen zu lassen. Zwar ist eine Sterilisation beim Mann einfacher durchzuführen als bei der Frau, wo die Eileiter abgebunden werden müssen, doch es bleibt eine Operation mit allen dazugehörenden Risiken, auch wenn sie nur bei örtlicher Betäubung vorgenommen wird. Hoden- und Nebenhodenentzündungen, Erkrankungen der Harnwege und des Genitaltrakts sowie Prostata-Komplikationen sind in den ersten Monaten nach der Vasektomie möglich.

Doch diese Nebenwirkungen sind nicht sehr häufig, wie eine großangelegte Untersuchung aus den USA zeigt. Dort werden jährlich etwa 250.000 dieser Eingriffe gemacht; jeder zehnte Ehemann ist schon sterilisiert. Eine ganz andere Sorge wurde bei einer Nachuntersuchung von 10.000 sterilisierten Männern in Chicago ausgeräumt: Das Immun-System des Körpers scheint nicht unter der Vasektomie zu leiden. Diese Befürchtung war aufgekommen, weil die Hoden zumindest eine zeitlang ja noch weiter Spermien produzieren. Sie können nun aber nicht mehr raus, weil die »Pipeline« unterbrochen ist. Der Körper behandelt diese sich ansammelnden Samenzellen nach der Vasektomie wie fremde Eindringlinge und entwickelt Antikörper. Durch diese Massenproduktion von Spermienfressern, so war die Theorie, könnten die Wände der Arterien in Mitleidenschaft gezogen werden. Das hätte fatale Folgen bis hin zur Arteriosklerose. Aber bislang wurde kein Fall bekannt, der diese Befürchtung gerechtfertigt hätte.

Allerdings: Vasektomien im großen Umfang gibt es noch nicht allzu lange. Über Spätfolgen kann deshalb heute kaum etwas gesagt werden. Das sollte mann schon wissen, bevor er sich unter das Messer begibt. Und er muß wissen, daß diese Maßnahme endgültig ist.

Warum dann also noch immer keine Pille für den Mann, wenn es doch ein lohnendes Geschäft zu werden verspricht ? Warum geht es nicht voran? Zunächst einmal deshalb, weil der kleine Unterschied ein riesiger ist, wenn es um die Produktivitätsrate von Geschlechtszellen bei Mann und Frau geht. Einmal im Monat reift im Körper der Frau eine Eizelle zur Befruchtung heran; beim Mann hingegen sind tagtäglich etwa 30 Millionen Samenzellen »abrufbereit«.

Die Forschung die sich auf die Fruchtbarkeit des Mannes konzentriert, muß also vorher ansetzen. In der Bundesrepublik dreht sich das Schwerpunktprogramm »Biologie und Klinik der Reproduktion« bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft und Max-Planck-Gesellschaft um den Mann und um die Frage: Wie kann die Produktion von Samenzellen generell verhindert oder zumindest vermindert werden?

In den USA fand man auf diese Frage eine halbe Antwort, die dann den vorzeitigen Jubel in der »Zeit« auslöste. Nicht in den Hoden, sondern ins Hirn muß eingegriffen werden - und zwar auch wieder hormonell. Eigentlich ist die Hirnanhangdrüse (Hypophyse) jene Schaltzentrale im Hirn, die bestimmte Hormone in die Blutbahn ausschüttet. Diese Hormone bewirken dann im Hoden zum Beispiel die Bildung des Sexualhormons Testosteron, das mitverantwortlich ist für die Spermien-Produktion.

Doch auch die Schaltzentrale, die Hypophyse, reagiert nur auf Hormon-Informationen. Und diese Informationen wiederum kommen aus dem Zwischenhirn. Dort wird nach dem Muster eines Regelkreises der Testosteron-Gehalt im Blut gemessen. Sinkt er ab, schickt das Zwischenhirn eine Nachricht per Boten an die Hypophyse. Die schüttet ihre anregenden Hormone aus, die dann im Hoden wieder die Testosteron-Produktion erhöhen.

Nun gibt es zwei Möglichkeiten, in diesen Regelkreis einzugreifen.

Möglichkeit Nummer eins: Wird der Testosteron-Gehalt im Blut künstlich erhöht, fällt die Meßwarte im Zwischenhirn darauf herein und schickt keine Alarm-Meldungen zur Hypophyse. Das funktioniert auch - allerdings nicht in Pillenform. Männliche Sex-Hormone - oral verabreicht - führen zu schweren Leberschäden. Nun kann man diese Hormone ja auch spritzen oder in Depot-Form unter die Haut einpflanzen. Auch das hat seine Macken. Die notwendige Menge der Sexual-Hormone ist zu groß, so daß auch die Implantate (die eingepflanzten Kunststoff-Hormon-Depots) zu groß werden.

Andere Hormon-Gaben, die die Leber nicht so sehr belasten, führten zum Libido-Verlust und mußten wieder durch andere Spritzen ausgeglichen werden. Denn die Radikal-Form der Empfängnis-Verhütung, dem Mann einfach die Lust an der Liebe zu nehmen, war denn doch nicht Sinn der Forschung.

Möglichkeit Nummer zwei: Das Boten-Hormon, das bei sinkendem Testosteron-Spiegel vom Zwischenhirn an die Hypophyse geschickt wird (ein Weg von wenigen Millimetern), wird manipuliert, damit die Hormonausschüttung der Hirnanhangdrüse und damit die Anregung zur Testosteron- und Spermien-Produktion entfällt.

Amerikanischen Forschern gelang es tatsächlich, solch ein künstliches Boten-Hormon mit falscher Botschaft auf Trab zu bringen. Und die Sache klappte auch bei acht freiwilligen Versuchspersonen. Nur: Darüberhinaus klappte eben nichts mehr. Nicht nur die Spermien-Produktion war abgesunken, sondern auch Lust und Laune und Stehvermögen beim Sex.

Und es sieht so aus, als würde dieses Forschungsergebnis, das eigentlich zur Männer-Pille führen sollte, wieder einmal eine neue Verhütungsmethode für Frauen ergeben. Denn auch der Eisprung und die Menstruation werden im Regelkreis von der Meßwarte des Zwischenhirns gesteuert. Ein falsches Boten-Hormon könnte die Hypophyse veranlassen, keine Hormone auszuschütten, die den Eisprung in Gang setzen. Als Pille kann das falsche Hormon nicht verabreicht werden, weil es der Magen sofort zersetzt. Darum wurde es als Nasenspray eingesetzt - und zwar erfolgreich. Versuche mit Frauen in den USA und in Europa zeigten »keine negativen Nebenwirkungen« - so wie das früher auch von der Anti-Baby-Pille behauptet wurde. Sollte das Anti-Baby-Schnüffeln in Mode kommen, gäbe es eine Nebenwirkung in jedem Fall: Mit der Ovulation würde auch die Menstruation wegfallen. Und was dann? Statt Wissenschaft gibt es hier mehr ein Rätselraten: Braucht der weibliche Körper den Eisprung-Zyklus und die Menstruation?

Eine andere Methode der Empfängnisverhütung wird zur Zeit von Lieselotte Mettler, Professorin der Frauenklinik der Universität Kiel erforscht: Hier geht es um einen Eingriff in das Immun-System - und zwar wieder im Körper der Frau. Wie kann man die Eizelle veranlassen, die Samenzelle als Fremdkörper von vornherein abzuwehren? Eine künstliche Spermien-Allergie soll erzeugt werden: Ein problematisches Vorhaben auch dies.

Um so freudiger wurde allerorten von »TAZ« bis »FAZ« die Kunde aufgenommen und verbreitet, daß man in China eine ganz simple Methode der Empfängnisverhütung gefunden habe - und zwar für den Mann. Seit dreißig Jahren fiel in China auf, daß Ehen in Gegenden, in denen rohes Baumwollöl zum Kochen verwendet wurde, oft kinderlos blieben. Als chinesische Wissenschaftler 1971 begannen, dieses Phänomen zu untersuchen, fanden sie bald im Baumwollöl einen Wirkstoff, der die Spermienmenge und - aktivität bei Versuchstieren stark reduzierte. Gossypol heißt diese Substanz, aus Ameisensäure und Essigsäure gemixt.

In den letzten Jahren fand ein Großversuch bei 8.000 Männern statt. Nach etwa zwei Wochen war die Samenreifung in den Hoden der meisten Männer nahezu völlig unterdrückt. Bei einem Teil der Männer (etwa sechs Prozent) ließ die Liebeslust nach, etwa zwölf Prozent klagten zu Beginn der Behandlung über Muskelschwäche und allgemeine Schlappheit. Bedenklicher aber war, daß ein Viertel der Männer die Zeugungsfähigkeit nicht zurückgewann, nachdem das Präparat abgesetzt wurde.

Und es gibt noch andere Bedenken gegen dieses chinesische Wundermittel: In größeren Dosierungen wirkt es giftig - und man ist sich nicht sicher, ob es sich nicht im Körper anreichert. Die größte Gefahr liegt aber darin, daß Gossypol indirekt auch Krebs erzeugen könnte: Es wirkt antikonzeptionell, weil es ein bestimmtes, zur Spermienbildung notwendiges Enzym (eine Art Werkzeug für die Zelle, das die notwendigen »Arbeiten« wie den Auf- oder Abbau von Eiweißstoffen erst möglich macht) bei der Arbeit behindert. Offenbar wirkt Gossypol aber auch auf andere Enzyme, die zum Beispiel beim Entgiften von organischen Substanzen gebraucht werden. Und viele dieser Substanzen stehen wiederum in Verdacht, Krebs zu erzeugen.

Die Pille für den Mann wird also noch auf sich warten lassen. Als einzige ganz sicher wirksame Verhütungsmethode bleiben Mann und Frau nur die sach- und fachgerecht ausgeführte Sterilisation. Man und frau wird abwarten müssen, ob diese Lösung auf des Messers Schneide nun wirklich der medizinischen Weisheit letzter Schluß bleibt.

Konkret 10/82, S. 91

Wolf Donner

Fünf gegen Hollywood

Wie sich das deutsche Kino gegen die US-Konfektion wehrt, ist ehrbar. Die fünf neuen Filme, die diesen Monat anlaufen, zeigen aber auch, wie hilflos diese Versuche immer noch sind.

Hollywood beherrscht unsere Kinos, unsere Phantasie, unser Bewußtsein. Früher mit Glamour, Stars und routinierten Geschichtenerzählern, heute mit brutalem Horror, mit reaktionären Phantasy- und Science-Fiction-Märchen. Das europäische Kino kann sich nur schwer gegen diesen neuen Infantilismus behaupten. Vielleicht weil es uns noch mit Menschen konfrontiert, mit akuten Problemen, mit einem humanen und künstlerischen Anspruch, der in allen kulturellen Bereichen als selbstverständlich gilt, im Kino aber, dem amerikanischen Diktat folgend, als altmodisch und unangemessen. Eine Anzahl neuer deutscher Produktionen läuft jetzt im Kino. Deutsche Belange, aktuelle Bezüge, spannende Geschichten. Aber auch modernes, konkurrenzfähiges Kino?

Der Westen leuchtet

In diesem deutsch-deutschen Spionage-Melodram soll ein braver Stasi-Beamter herausfinden, ob eine westdeutsche Kollaborateurin als Doppelagent arbeitet. Das ungleiche Paar umlauert sich, verliebt sich, vergißt Job und Umwelt und geht dem BND in die Falle. Alice im Wunderland, der biedere Ostagent in der Nobelboutique BRD. Niklaus Schilling illuminiert München als schillerndes Nocturno aus Neon, Technik und Reklame. Leider interessiert sich Schilling so ausschließlich für diese suggestive Oberfläche, daß er timing und Spannung, den Dialog und seine Schauspieler vergißt. Wer »Sekt« zu Dom Perignon sagt, ist aus der DDR, schon recht. Aber Armin Mueller-Stahl (»Lola«) wirkt von vornherein gelassen und souverän statt kleinbürgerlich, Beatrice Kessler ist weniger das elegante Luxusgeschöpf als eine etwas laszive Salondame aus dem Boulevardtheater. Schilling verspricht einen skeptischen Blick aufs westliche Lebensgefühl aus DDR-Sicht, Reflexionen über zwei deutsche Sprachen und Kulturen, über einen imaginären dritten deutschen Staat, die Welt der Geheimdienste. Das klingt toll. Aber der Film ist nur eine brillante Etüde über ein Genre.

Die weiße Rose

Gleich zwei neue Filme über die antifaschistische Widerstandsgruppe um Hans und Sophie Scholl: Michael Verhoevens »Die weiße Rose«, als TV-Zweiteiler produziert, bemüht sich um eine authentische, mahnende Chronik der Ereignisse. Er korrigiert das Bild der naiven Idealisten, zeigt ihre ganz pragmatischen Diskussionen und taktischen Erwägungen. Aber er hat sichtlich zu wenig Geld für ein umfassendes Zeitbild, seine Inszenierung ist dürftig, die filmische Umsetzung oft platt, der Dialog staksig. Der Regisseur macht nicht klar, was ihn an den Geschwistern Scholl fasziniert. Daß der Richter des Todesurteils, Staatssekretär Köglmaier, noch 1962 die Aktionen der »Weißen Rose« ein »gemeines Verbrechen« nannte, daß der Bundesgerichtshof noch 1968 dem Volksgerichtshof Freislers die juristische Unabhängigkeit attestierte, daß Nazi-Richter strafrechtlich nicht verfolgt werden können, solche Skandale wären lohnendere Filmthemen als zwei Stunden redlicher Geschichtsunterricht.

Fünf letzte Tage

Dieser Film übt sich dagegen in weiser Beschränkung. Aus Interviews, historischen Quellen und dem lakonischeu Vier-Seiten-Bericht der Zellengenossin Sophie Scholls hat Percy Adlon ein fiktives Protokoll über deren kurze Haftzeit rekonstruiert. Statt dramatischer action und der Stoffhuberei die Wahrheit im Detail, eine spröde, statische, aber genaue Milieu- und Porträtstudie. Wie in seinem Kinodebüt »Celeste« konzentriert sich Adlon auf zwei Figuren, auf eine »inszenierte Dokumentation«. Die kreuzbraven bayerischeu Gestapo-Schergen sind sanft oder gemütlich und furchtbar alltäglich, die Else Gebel von Irm Hermann ist eine ergreifende Figur von schlichter, selbstloser Anteilnahme, und Lena Stolze spielt in beiden Filmen eine starke, beinahe fröhliche Sophie Scholl, die in gläubiger Ruhe in den Tod geht.

Doktor Faustus

Thomas Mann und kein Ende. Die Adaption des »Doktor Faustus« von Franz Seitz ist versiert und souverän, sogar äußerst verständlich, ein kleines Wunder bei diesem Stoff. Hanns Zischler wertet den wackeren Chronisten Zeitblom zum kontemplativen Visionär auf, Andre Heller aalt sich kokett in den fünf Metamorphosen Luzifers, Seitz überzeugt mit einer klugen, plausiblen Filmsprache. Aber ach, Thomas Mann. Die Geschichte vom Komponisten Adrian Leverkühn reicht vom Mittelalter bis zum Faschismus, parodiert Luther und altdeutsche Spökenkiekerei, säkularisiert den Teufelspakt zu Syphilis und Liebesverbot, thematisiert nicht nur Künstlertum, Historie, Faust-Legende und deutsche Geistesgeschichte, sondern Hochkultur und Endzeit und neue Barbarei, das ganze »traurige Schicksal Deutschlands«. Das bleibt im Film zwangsläufig

so monumental unverbindlich wie im Roman. Das deutsche Faktotum Leverkühn-Faustus-Künstler ist weniger Dämon als bibbernder theatralischer Held (Jon Finch), die Nazis sind eine abstrakte Ausgeburt der Hölle deutscher Innerlichkeit, des deutschen Irrationalismus.

Die Beunruhigung

Schwerfällige und gestelzte Dialoge sind ein Standardübel deutscher Filme. Realistisch, gut geschrieben und gesprochen und gespielt sind sie in Lothar Warnekes DEFA-Film »Die Beunruhigung«. Es geht um eine Frau, die plötzlich erfährt, daß sie Brustkrebs hat. Eines langen Tages Reise in die Nacht auf der Suche nach Trost und menschlicher Wärme in einer Gesellschaft, die nur noch »wie geölt« funktioniert; brave TV-Dramaturgie, aber anrührend in der Intensität und ausdauernden Behutsamkeit, mit der sich ein Film auf Menschen einläßt.

Deutsche Themen und Belange in neuen deutschen Filmen. Die meisten sind zu lang, zu dialoglastig, erdenschwer melancholisch und bedeutungsvoll. Die behauptete Aktualität der Sujets bleibt zu allgemein. Vorzüge und Gefahren unseres Autorenkinos: kühne subjektive Entwürfe, aber die Projekte werden nicht konsequent durchgearbeitet, die Regisseure bleiben Einzelkämpfer ohne kompetente Partner. Als Ergebnis sind die Filme immer nur in Teilbereichen professionell. Aber mir sind sie, auch in ihren Schwächen, lieber als die spektakuläre Meterware aus Hollywood.

Konkret 10/82, S. 92

Horst Königstein

Kino: Der andere Raum

Die Zeit der großen Kinopleiten ist vorbei. Aber jetzt kommt die ganz große Pleite. Nach der Umwandlung der Stadtrand-Kinos in Abholmärkte ist jetzt auch bald der letzte City-Palast zerstört. Der Kinoketten-Multi Riech hat die Innenstadttheater fast vollständig unter seine Kontrolle gebracht und sie zumeist in verschachtelte Abspielställe umbauen lassen. Wo nicht, wird anders »zweckentfremdet«. Jüngstes Beispiel dafür ist das traditionsreiche Hamburger »Esplanade«, das in diesen Wochen zum Tagungsraum einer Bank wird. Zerstört werden da nicht nur Kino-Räume, zerstört wird da auch die Kino-Kultur. In anderen europäischen Ländern und in amerika wird sie bewahrt; für deutsche Kinos, die den Krieg überstanden haben, und für die Paläste der fünfziger Jahre gab es nur »Exit«.

Es geht um Räume. Es geht um Tiefe. Es geht um Perspektive. (Du weißt, wo du stehst. Dein Blick kann wandern; du kehrst immer wieder zu dir zurück.) Es geht um Menschen, die sich versammeln.

Ich kenne viele junge Leute, die sich für die Schönheit der modernen Welt begeistern. Das sind in der Bundesrepublik Deutschland die ausgefüllten Trümmerflächen nach dem letzten Krieg - moderne Heimat, abgeräumtes Gebiet. Baulücken mit Grill-Stationen, Kinos Eins bis Zwölf, Spielotheken, McDonalds, London Pubs, Discos. Die jungen Leute kennen nichts anderes (und eine Archäologie zum Kult der Zerstreuung gibt es nicht). Planungsanarchie mit sozialdemokratischem streamlining: Fußgängerzonen mit sympathischen Leuchten, intim gestaltete Marktplätze, multifunktionale Congresszentren, Betonhallen am Stadtrand. Den Großraum überschaubar machen, die Massen locken und dann als Zielgruppen zergliedern - in Einkaufszentren, Bierdörfern, Ladenpassagen, Kinocentern. Du entkommst uns nicht. Inszenierte Räume. Menschen sollen sich versammeln, aber möglichst wenig dabei *erleben.* Auf ewig an die Vorlust genagelt - wenn nicht diesmal, so doch das nächste Mal.

Wir wollen nicht mehr klagen. Es ist vollbracht. Nehmen wir das Kino als Beispiel. Dieser andere Raum ist nicht mehr anders als der, in dem ich bin.

Endlich ist die Inneneinrichtung der Kataloge Allgemeingut. Keine Nahtstelle mehr zwischen der eigenen Wohnung, dem Einkaufsparadies, der Spielhalle und dem Kino. Den 'anderen' Raum gibt es nicht mehr. Überall dieselbe Auslegeware, dieselben Kunststoffe, dieselben Lampen, dasselbe Blumengesteck (pflegeleicht). Kupfer und Metallic und Plüsch und Palisander und der Rest aus der Kühlbox. Die Leinwand ist so klein wie der Fernsehschirm. Warum überhaupt noch fortbewegen? Das Video-Erlebnis zuhause! Die Kassettenmiete ist oft schon billiger als ein Kinobesuch! Warum überhaupt noch fortbewegen? Nur weil ihr ausnahmsweise eine Duo-Box braucht? Der 'andere Raum' ist überflüssig geworden.

Welche Bedeutung hatte der 'andere Raum'? Sofern kein Supermarkt eingerückt ist oder kein Abrißkommando oder kein Kinozar wie Heinz Riech, kann man noch Spuren erkennen: im letzten Vorstadtkino, das Programmkino geworden ist oder in jenem kommunalen Kino, das um jeden einzelnen Besucher kämpfen muß. Es sind Öko-Nischen für die authentische Massenkunst des 20. Jahrhunderts, monopolisiert oder subventioniert, auf rührende Weise anachronistisch.

Reden wir über den Anachronismus. In meiner Erinnerung ist der 'andere Raum' untrennbar mit Stimmungen, Gerüchen, Lichtwechsel und einer ganz besonderen Aufgeregtheit verbunden. Die Kinos hießen 'Paläste' oder 'Theater'. Wer den 'anderen Raum' betrat, wußte, er durfte mitleben - im schützenden Dunkel der Black Box. Das Gemeinschaftserlebnis, das gleichzeitig isoliert und einbindet, war Voraussetzung: Schlangestehen, sich durch die Tür drängeln, Vorsicht bitte! Platzanweiserinnen im Seidenkittel mit Häubchen, Logen für Pärchen, Rasiersitz für Besessene. Ja, das war mein Roland-Kino. 1945 für die amerikanischen GIs in Bremen erbaut. Ein Schuppen, auch 'Flohkiste' genannt, für mehr als tausend Besucher. Eigentlich nur eine Betonhalle, aber von einem Architekten liebevoll mit Erinnerungen an die Zeit 'davor' ausgestattet. Fresken zeigten Marcsche Tiere und Frauen bei einem Frühstück im Grünen (bei Fernand Leger abgekupfert). Vergoldeter Rahmen für einen purpurroten Vorhang mit goldenem Mäander. Ein Orchestergraben, in dem nie ein Orchester spielte (es hätte unmöglich Platz gefunden). Ein tief gestimmter Gong. Einmal für den Kulturfilm, zweimal für die Wochenschau, dreimal - aah! - für den Hauptfilm. Wie das Licht verlöscht! Wie das Flüstern erstirbt, wenn der Vorhang sich teilt und die weiße Wand lebendig wird! Kokosteppiche auf knarzendem Parkettfußboden, einige sind zu spät und quälen sich durch die Reihen, vorsichtiges Anrempeln, viel zu wenig Platz. Ich spür dich, du spürst mich, keiner merkt es. Ein Projektionsstrahl über unendliche Distanz - im weißen Licht tanzt der Staub. Und dann, am Ende der Vorstellung der Schritt in die Helligkeit vom Tag, so flau, unbedeutend und ungenügend.

Ja, nur noch ein Mythos. Die Wehmut dieser runtergeschriebenen Sätze ist mir unheimlich. Alles ist zu Ende. Da war keine Chance. Die Platzanweiserinnen wurden immer häßlicher und einsamer. In die Filme ging kein Mensch. Der Vorführer trank. Die Kohlestäbe brannten runter. Einige Sitze brachen zusammen und wurden nicht mehr repariert. Der Balkon wurde geschlossen. In die Parteizentrale der KPD nebenan zog ein Möbelgeschäft. Das Kino wurde geschlossen. Wand und Boden eröffnete ein Lager. In das Viertel kamen die Türken. An die Ecke ein Video-Verleih. Wer braucht hier noch einen 'anderen Raum'? Wer braucht die Bewegung dahin und davon weg?

Kino - das war: Bewegung erfassen. Zuerst photographisch auf Papier gezogen wie in Edward Mueybridges Phasenstudien oder in Edisons 'Kinetoscope'. Hunderte Einzelphotos - 'Der betrogene Ehemann', 'Das verlorene Glück', 'Die Verfolgungsjagd' - wurden in einem gußeisernen Gerät mechanisch gerädert. Der Zuschauer preßte seine Augen auf ein abgeschirmtes Blickfenster. 'Peep Show' hießen diese Veranstaltungen für einen Betrachter, die in Vergnügungsparks, Spielhallen und auf Jahrmärkten zwischen 1889 und 1894 eingerichtet wurden. Für einen Penny Spaß an der Abbildung und Verfremdung -'wie im wirklichen Leben', in den 'Penny Arcades'. Weil Edison für diese Erfindung keine 150 Dollar Copyright-Gebühren hatte ausgeben mögen, wurde das Kinetoscope bald auch in Europa erfolgreich imitiert. Fast gleichzeitig in der Alten und Neuen Welt - nämlich 1895 - gelang dann die Projektion der Bewegung: zuerst die lebenden Bilder der Brüder Skladanowsky im Berliner Wintergarten-Variété, zwei Monate später die Vorführungen von Lumière in Paris, schließlich in einer New Yorker Music Hall Edisons 'Vitascope'.

Die Filmvorführungen der ersten Jahre waren Kuriositäten, die vorzugsweise in Wanderkinos ausgestellt wurden. Hinterzimmer von Läden und Kneipen wurden provisorische stationäre 'Kinos'. (In den USA Eintritt 'one nickel' und das griechische Wort für 'Theater' Nickelodeon - ab 1905.) Findige Geschäftsleute kauften die Minutendramen, Burlesken und Naturaufnahmen meterweise - und nach erfolgreichem Abspiel wurden sie wiederum weiterverkauft; Verleiher gab es noch nicht. Produktionsfirmen wie Pathé drängten selber auf diesen Markt. Nicht nur die Hinterzimmer- und Ladenkinos zeigten Filme - auch die Variétés und Cabarets stiegen in das neue Geschäft ein. Ihre sporadischen Filmvorführungen wurden so erfolgreich, daß in den großen Music Halls und Variétés allmählich eine Umschichtung der Darbietungen stattfand - die minutenkurze Kuriosität wurde zum Höhepunkt der Veranstaltungen; die Artisten, Tänzer und Musiker mußten der weißen Wand zuspielen.

Für die oberen Schichten war das Kinovergnügen von Anfang an 'degoutant'. Die Filmvorführungen orientierten sich am Geschmack der 'Massen' - und Massen drängten in das miefige Groschenvergnügen. Der deutsche Filmpionier Oskar Meßter begründete um 1908 die Mode der Tonbilder: Kostümierte Sänger standen vor gemalter Kulisse und bewegten den Mund zu den Klängen von Grammophonplatten, die synchron zum Film hinter der Leinwand abgespielt wurden. Erste 'Theater' entstanden - schlecht gelüftete Schläuche mit engen Sitzbänken, einem Erklärer (bevor dieser durch Zwischentitel in den Filmen abgelöst wurde) und einer musikalischen Begleitung, meist frei improvisiert und mit den immergleichen Wendungen für 'Lachen', 'Liebe' und 'Tod'. Die Kinos, Attraktion für junge Arbeiter, Ladenmädchen, Arbeitslose, Bummelanten und für Typen, die sozial nicht einzustufen waren, standen in ziemlich schlechtem Ruf. Sie boten den Armen ein Obdach und den Liebenden eine Zuflucht.

Bald aber wurde das Kino zum Theaterersatz - als Volksbildungsinstrument. Der ökonomische Hintergrund: es bildeten sich Filmtheater-A.G.s, die auch selber Filme produzierten; die beträchtlichen Investitionen mußten wieder reingeholt werden; also brauchte man mehr und zahlungskräftigeres Publikum - also brauchte man das Bürgertum. Die anarchistische Zeit des Kinos ging zu Ende. Jetzt wurden die ersten 'Theater' zu 'Palästen' - jetzt wurde der 'andere Raum' für die Armen zur Stätte der gesellschaftlichen Rückversicherung.

Die äußerliche Verbürgerlichung des Kinos beginnt. Es gibt feste Anfangszeiten - nicht mehr das erratische Kommen und Gehen im Hinterzimmer. Alles ist gedämpfter - gebrüllte Kommentare und lautes Involviertsein werden vom entfalteten Luxus zurückgedrängt. Der Rezitator, der jeden Film lokalen Gegebenheiten anpaßt und entsprechend der Wirklichkeit seiner Zuschauer kommentiert, verschwindet. Die formalisierend-ironisierende Begleitmusik (eines Pianisten und Stehgeigers zum Beispiel) wird zugunsten großer Orchester auf feststehende Partituren umgeschrieben. Alles wird teurer. Das sterbende Variété und die Music Hall retten sich in die repräsentativen Filmpaläste (nach dem 1. Weltkrieg besonders in England und den U.S.A.) und bauen Shows, die mit Tanz und artistischen Einlagen auf das Genre der Filmattraktion hinarbeiten: orientalische Nächte, Leben bei den Indianern, Kostümstücke. Die Kinos werden immer größer - 2.000 bis 6.000 Plätze sind keine Seltenheit. Dennoch stößt die Verbürgerlichung hier auf ihre Grenzen. Sie ist eben nur äußerlich; wenn die Lichter verlöschen, ist alles 'anders': massenhafte Entbindung der Leidenschaften, unkontrollierbare Produktion von Hoffnung. Was Kinoreformer und Bildungsbürger bekämpften, läßt sich auch in anderem Dekor nicht reglementieren. Immer bleibt ein Zuviel an Wünschen, ein Zuviel an Sehnsucht über, das vom Happy End oder der gerechten Strafe nicht absorbiert und von der Pracht der Säle nicht bruchlos kleingemacht werden kann.

Der Luxus des Innenraums entfaltete sich am stärksten in den 20er Jahren - überall in den westlichen Industrienationen, trotz Inflation und Depression. Nach den Arbeitern strömten die Angestellten in die 'Filmpaläste' - die Mittelschicht und das Kleinbürgertum okkupierten das einstmals proletarische Vergnügen. In Amerika war der unbestrittene König (und Erfinder) der monumentalen Kinopaläste Samuel Lion Rothafel, von Freunden mit dem Spitznamen 'Roxy' bedacht. Komfort und Lichteffekte - 'Roxy' probierte alles erfolgreich aus. Ein Vaudeville-Produzent vertraute ihm schließlich das Schicksal des Alhambra-Theaters in Milwaukee an - 'Roxy' kam auf die Idee, eine militärisch gedrillte Armee Platzanweiser einzustellen, die in Fantasieuniformen das Publikum an seine Plätze geleiten sollte. Das Orchester wurde aus dem Orchestergraben geholt und in spektakuläre Dekorationen gesetzt. Ein Nummerngirl präsentierte die Abfolge des Abends.

Seit 1914 gestaltete 'Roxy' mehrere Theater in New York: Architekten durften Träume des Rokoko, Barock und Neo-Klassizismus aufblasen. Stimmungen wurden Raum: ein kastilisches Schloß, eine indische Moschee, ein arabischer Harem. Wer in diese Theater ging, konnte sich ganz Roxy's Fürsorge anvertrauen: den Platzanweisern, den Hilfskräften in den fürstlich ausgestatteten Toiletten und Schminkräumen, der geschmackssicheren Auswahl des musikalischen Entertainments. Masse war erwünscht, Masse war nicht suspekt, Masse sollte sich fühlen. Eine prächtige Wurlitzer-Orgel wurde mittels Hydraulik aus dem Boden gehoben, der Organist griff in die Registratur, und lange vor der Show begann das gemeinschaftliche Singen: Schlager der Zeit wurden auf den Vorhang projiziert. Ein Lichtpünktchen hüpfte von Silbe zu Silbe und Tausende sangen: 'I'm for-ever blow-ing bubb-les, pret-ty bubb-les in the air..' (Diese musikalischen Sing-along-Ouvertüren wurden in den 20er Jahren von 'Roxy' live im Radio übertragen.)

1925 schließlich vollendete 'Roxy' seine Träume. Er plante die Kathedrale des bewegten Bildes: Das ROXY! Die Lobby sollte eine Rotunde aus Gold sein, gestützt von 12 riesigen Marmorsäulen. Im Theater fanden 6.214 Gäste Platz - Bleiglasfenster, ausladende Kristallüster und monströse Urnen, teuerste Materalien, wohin man schaute. Toiletten für 10.000 Menschen, zusätzlich ein kleines Krankenhaus mit zwei ständig einsatzbereiten Krankenschwestern. Gloria Swanson eröffnete das ROXY am 11. März 1927. Und Gloria Swanson ging auch melancholisch über das Trümmerfeld, als das ROXY 1960 abgerissen wurde.

Der zweite große Gestalter amerikanischer Kino-Träume war Sidney Patrick Grauman. Er baute seine Theater in Los Angeles: das spanisch gestylte 'Million Dollar', das 'Ägyptische Theater' komplett mit nubischen Sklaven als Platzanweiser und schließlich das 'Chinesische Theater' am Hollywood Boulevard, berühmt durch seine (per Zufall) entstandenen Namenszüge, Hand- und Fußabdrücke der Stars in Betonplatten. Graumann erfand den typischen 'Prolog' für seine Filmshows - d.h. live-Western-Darbietungen vor einem Western und Modenschauen bei anspruchsvollen romantischen Komödien.

Die Architektur dieser Paläste - in Amerika mehr als anderswo (in Europa eher der Stil der Neuen Sachlichkeit) - orientierte sich an zwei Vorbildern. Das eine war eine exotische Variante des Vaudeville-Theaters oder der Großen Oper, komplett mit Bühnenhaus, Aufzügen und Orchestergraben. Das andere war das 'atmosphärische Theater' - ein Kino, das dem Zuschauer die Illusion vermitteln sollte, er säße unter freiem Himmel. Es konnte eine Nacht in Spanien oder im Orient oder im Mittelalter sein - immer war gewährleistet, daß - mittels Projektionen - Wolken, Sternschnuppen oder manchmal sogar Flugzeuge ihre Bahn zogen.

Berühmtester Vertreter des alten Theater-Konzepts war der Schotte Thomas W. Lamb, der seine Theater nach dem Vorbild des neo-klassizistischen Baumeisters Robert Adam errichtete. 1917 'versetzte' er gar den Parthenon von Athen zum Broadway - er hieß dann 'Rivoli'. Prunkvolle Treppenhäuser, kostbare Fenster, Deckenmalerei nach Art des Wedgewood-Porzellans bestimmten Lambs 'klassizistische' Phase. In den 20er Jahren entdeckte Lamb das italienische Barock und das französische Rokoko für seine Stil-Verwertung. Disneyland im Kino: wer diese Theater besuchte, konnte sich wohl fühlen wie in der schönen 'Alten Welt'. (Nur zur oft waren die klassischen Details echt - die Gattinnen der Kinomogule leisteten sich extravagante Europa-Trips, um während der inflationsgebeutelten 20er Jahre den verarmten europäischen Adel um einige Kostbarkeiten zu erleichtern.)

John Eberson, ein österreichischer Architekt, war Protagonist des 'atmosphärischen Sterne-und-Wolken-Theaters.' Seinen ersten Bau errichtete er 1922 - das Majestic in Houston, Texas. Diese Filmtheater waren preiswerter in der Ausführung. Die Deckenmalerei wurde 'nur' projiziert, die Gottheiten, Schloßtürmchen und Fassaden wurden aus Stuck und Gips geformt. Als schönstes Beispiel für Ebersons Kunst gilt das Avalon in Chicago. Es wurde wie ein persischer Tempel ausgestaltet. Über die Bühne spannte sich ein riesiges gerafftes Tuch - wie ein auslaufendes Zelt: mit Schmuckkante und Laternen. Das Publikum war von der Silhouette einer persischen Stadt umgeben: Minarette, Moscheen, Paläste. Und irgendwo plätscherte ein echter Brunnen. Eberson hatte eine Firma gegründet, die sich auf Kopien europäischer Kunstwerke spezialisierte: in den 'Michelangelo Studios' wurde von Phidias bis Michelangelo alles nachgeformt, was gut und teuer war.

Wer in diese Kinos ging, wußte bereits an der Kasse, was ihn erwartete. Die Kassenhäuschen wurden 'bijou' genannt - 'Schmuckkästchen'. Sie waren nur zu oft bereits die Vorwegnahme des Prunks in den Palästen: kostbare Materialien, Intarsien, Reliefs, die Kassiererin als Fee. Wer zu spät kam, wurde (in den Roxy-Kinos) von Platzanweisern geführt, die mit magisch funkelnden Elfenbeinstäben ins Dunkle leuchteten. Mit Würde und Respekt ans Portemonnaie des Konsumenten. Ein altmodisches Bild.

Die Entwicklung brach jäh ab. Mit dem Tonfilm (und als seiner 'tönendsten' Form: dem Musikfilm) können die vielen Einzeldarbietungen im Beiprogramm der Filmpaläste nicht mehr konkurrieren. Was soll ein mittelmäßiger Tenor live, wenn später im Film Richard Tauber singt? Was sollen sechs Tänzerinnen, wenn in den Ziegfeld-Revuefilmen oder in der Ballett-Ornamentik von Busby Berkeley Hunderte von Beinen steppen?

Das Sterben der großen Kinos beginnt in Amerika in den 40er Jahren. Die Erfindungen von CinemaScope und die 70-mm-Road-Shows können das Sterben nur hinauszögern. Fernsehen killt Hollywood. Die Kinos in den kleinen Gemeinden

haben ihre 'Last Picture Show'. Erst die Fernsehmüdigkeit Ende der 60er Jahre, die vollzogene Konzentration im 'Theaterpark' und das Splitting vorhandener Großräume (mittels und dank 'wartungsarmer Technik') läutet einen neuen Boom ein. Die Kids wollen weg von zuhause - wie früher. Das Publikum verjüngt sich rapide. Im Sonderfall ist Kino das, was das Fernsehen sicherlich nicht bringt. Kein Komplementärmedium ('amphibisch', wie in der Definition deutscher Kino-Fernseh-Koalitionen, entsprechend kompromißgesäuert), sondern Kontrastereignis.

Den Abriß der großen Kino-Paläste konnte man sich in Deutschland sparen. Viele waren vom Krieg total zerstört oder schwer beschädigt. Und was der Krieg nicht geschafft hatte, erledigte des Kinosterben Anfang der 60er Jahre: 'Sanierung' oder Umwandlung in Supermärkte. Nur wenige übriggebliebene Häuser vermitteln heute noch eine Ahnung von der Bedeutung des Raums, von der Relation Tiefe und Projektion, von der Perspektive 'die Leinwand und ich'. Es ist alles weggeschrumpft. Ist es gesundgeschrumpft?

Der 'Markt' entwickelt sich vom (massenhaften) Kult der Zerstreuung zur endgültigen Zerstreutheit. Ein Kinozentrum mit zwölf Abspielstellen (über mangelhafte Projektion, lädierte Kopien, Sitzabstände, Beschallung von allen Seiten wird kein Wort mehr verloren) quetscht einen Film aus, bis er kein Zielpublikum mehr hergibt.

Die Erfahrung der größeren Gemeinsamkeit wird subkulturell gespalten: die Jungen, die Mittleren, die Singles, die Verheirateten, die Gebildeten, die Ungebildeten, die Alten, die Karatekämpfer, die Melancholiker usw. usw. Ein Kinozentrum zergliedert die Menge in Spezialisierte: für Action, Comedy, Porno, Melodram, Jugendfilme, Kunstfilme. Im Endeffekt sitzt nur noch ein Mensch vor einer Abspielwand: der letzte Mensch, der noch Geld bringen könnte. Es ist die letzte Peep-Show (am Ende einer Entwicklung von der ersten Peep-Show). Es ist Fernsehen. Es ist Einsamkeit.

Vom Hinterzimmer ins Hinterzimmer - angekommen, wo es angefangen hat. Nur ganz anders und nur noch Mythos.

Konkret 10/82, S. 102

Kulturnotizen

Zensurbroschüre zensiert

Innerhalb der letzten zwölf Monate hat die politische Kripo insgesamt siebenmal die Räume des Gießener Prolit-Buchvertriebs durchsucht, um Bücher, Rechnungen und andere Arbeitsunterlagen zu beschlagnahmen. Zuletzt wurde Anfang September - es war die vierte Haussuchung im Zusammenhang mit der Broschüre »Lieber krankfeiern als gesund schuften« - neben einem Archivexemplar dieses Titels auch ein Manuskript über dessen polizeiliche Verfolgung beschlagnahmt. Dieser Text, mittlerweile rekonstruiert, wird dennoch erscheinen - und zwar in einer von etlichen Verlagen gemeinsam erarbeiteten Dokumentation über neue Zensurfälle. Sie soll auf der Frankfurter Buchmesse vorgestellt werden.

Film ohne Folgen?

»Wir zerbrechen uns den Kopf über die paar Nazis, die wirklich im Knast sitzen, anstatt über die Richterschar, die frei herumläuft. Die nicht ausstirbt, sondern seit 1945 ihre Gesinnung an die junge Richter- und Anwaltsgeneration weitergibt.« Das sagt Peggy Parnass am Beginn eines Films, der auf ihren Erfahrungen mit Nazi-Juristen beruht, die sie in ihrer über zehnjährigen Arbeit als KONKRET-Gerichtsreporterin immer wieder machen mußte. »Von Richtern und anderen Sympathisanten« - so der Titel der Dokumentation von Axel Engstfeld - kommt diesen Monat in unsere Programm-Kinos.

Daß die faschistischen Sondergerichte und der Volksgerichtshof 16.000 Todesurteile (zum Beispiel für den Diebstahl von zwei Stücken Seife und einer Dose Schuhcreme) fällten und daß die beteiligten Juristen nach dem »Zusammenbruch« allesamt weiter »Recht« sprachen - das sagt sich so leicht hin. Aber was das wirklich bedeutet, wird einem klar, wenn Engstfelds Film zum Beispiel den pensionierten Staatsanwalt Dr. Hermann Stolting vorführt. Als Ankläger am Sondergericht Bromberg war er an zahlreichen Todesurteilen beteiligt, nach dem Krieg war er weiter als Staatsanwalt (und als Vorsitzender des Tierschutzbundes) tätig. Zuletzt hat er als Rechtsanwalt KZ-Aufseher in den Auschwitz- und Majdanek-Prozessen verteidigt. Mit einer Offenheit, die sich nur der leisten kann, der nichts zu befürchten hat, präsentiert sich Stolting vor Engstfelds Kamera so: »Nee, nein, mein Gewissen hat es nicht belastet, wenn ich bei Vollstreckungen tätig war. Ich sag' Ihnen nur: Es war mir unangenehm. Das war aber mehr eine Frage der Ästhetik als des Rechts.«

Und weil auch solch ein Film wohl mehr eine Frage der Ästhetik als des Rechts oder gar der Politik ist, hat er vom Innenministerium einen Bundesfilmpreis bekommen. Das entlastet das Gewissen.

Tüchtiger Casdorff

Wie fast alle prominenten Fernsehköpfe verdient sich auch Claus Hinrich Casdorff gern mal was nebenbei. Der Moderator und stellvertretende Chefredakteur des WDR-Fernsehens verdingt sich zum Beispiel bei den Öl-Multis. So hielt er im Herbst 1980 vor leitenden Angestellten der Deutschen Shell einen Vortrag über Wirtschaft und Fernsehen, und jüngst leitete er ein Schulungsseminar der BP. Dabei hat er vor allem, wie die Konzern-Zeitung »BP dabei« mitteilt, »Tips aus seiner journalistischen 'Trickkiste'« gegeben, schließlich ging es um »Verhaltensstrategien« in der Öffentlichkeitsarbeit. Wenn Casdorffs WDR-Kollegen bei der nächsten Ölpreis-Recherche nicht weiterkommen, kann das also an der Trickkiste ihres stellvertretenden Chefredakteurs liegen. »Herr Casdorff«, sagt Shell-Sprecher Hanky, »ist ein sehr tüchtiger und auch geschäftstüchtiger Mann.«

Avanti Dilettanti Der Dilettantismus feiert: Am 16. und 17. Oktober wollen »verkannte Genies« aus der ganzen Bundesrepublik in der Bremer Uni einen »Kulturmarkt« veranstalten. Die Aktion geht zurück auf die Hochstapelei eines Bremer Biologie-Studenten, der sich im Frühjahr mit einem geklauten Briefkopf der Universität und 40 Mark Porto-Einsatz für die Pressemitteilung einer »Interdisziplinären Arbeitsgruppe Kultur« ungeahnte Öffentlichkeit verschaffte. Weil die Meldung auch über dpa tickerte, druckten und sendeten fast alle überregionalen Medien den Aufruf des 24jährigen Martin Dezelske: »Uni Bremen sucht 'Verkannte Genies'«. Daß die Hochschule ein Dementi hinterherschickte, hat die Resonanz dann nur noch vergrößert. Rund 500 Laien-Maler, -Dichter, -Erfinder und -Musiker schickten ihre Arbeiten ein, und Joseph Beuys adelte die Aktion: »... von großer kultureller Bedeutung, wenn man unter Kultur nicht so etwas Engstirniges versteht wie den etablierten Kulturbetrieb«. Gewinnen können die Einsender bei diesem »Wettbewerb« und dem abschließenden »Kulturmarkt« nichts - außer öffentlicher Beachtung. Der Student Dezelske hat vorgemacht, wie man die erreicht.

Spielverbot

Eine Zensur findet nicht statt - das Nähere regeln die Kultusminister. Der saarländische hat jetzt durch seinen Ministerialrat Lang zwei Produktionen der Jugendtheater »Blaue Maus« und »Überzwerg« zur Aufführung an den Schulen des Saarlands verboten. Eins der beiden Stücke ist »Ein Fest bei Öztürk«, eine Bearbeitung von »Ein Fest bei Papadakis«, das seit vielen Jahren zu den meistgespielten Kinderstücken gehört und auch in Lesebüchern abgedruckt wird. Auszug aus dem Verbotsschreiben: »Das Stück enthält an mehreren Stellen Aussagen, die nicht der gesellschaftlichen Wirklichkeit entsprechen.« Und vor allem führe es die Ausländerproblematik »auf den Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital zurück«. Ja, was denn nun?

Kleine Lebenshilfen

Einen »Better Living Catalog« hat der kalifornische Künstler und Erfinder Philip Garner veröffentlicht. Und bei fast allen seiner »62 absoluten Notwendigkeiten für das Überleben in unserer Zeit« (so der Untertitel) fragt man sich, wann sie in Serie gehen: zum Beispiel die elektrisehe Roll-Leiter, die das Sprossenklettern erspart, oder der »Theatereader«, ein Gerät, bei dem man bei langweiligen Kino- oder Theateraufführungen ein Buch lesen kann, ohne den Nachbarn mit der Taschenlampe zu stören. Praktisch ist auch der »Garbage Shoot«, eine kleine Abschußrampe, auf der man per Federantrieb Küchenabfälle durchs Fenster loswerden kann.

Better Living Catalog, Delilah Books, 96 Seiten, 6,95 Dollar

Konkret 10/82, S. 104

Karl Pawek

Von Buchhaltern und Büchern

Nicht die Religion - wie von den Veranstaltern geplant - wird das Schwerpunktthema der diesjährigen Frankfurter Buchmesse (6. - 11. Oktober) sein, sondern die Krise. Aber wie bei allen Krisen gibt es viele Verlierer und ein paar, die dran verdienen.

Wenige Tage nur nach dem königlichen Wurf erschien bei Goldmann untertänigst das Jubelopus »Prinzessin Diana - Die Verlobung, die Hochzeit, die Flitterwochen, das Baby«. Obwohl diese Geschichte einer ganz gewöhnlichen Schwangerschaft 16,80 Mark kostet, dürften von ihr inzwischen mehr Exemplare verkauft worden sein als von der »Bibliothek der verbrannten Bücher« in einem ganzen Jahrzehnt. Wer vom deutschen Buchmarkt sprechen will, sollte über Literatur schweigen.

Die Originalausgabe des Diana-Buches stammt vom englischen Taschenbuchverlag Corgi. Corgi gehört dem mit 252 Millionen Mark Jahresumsatz größten Taschenbuchverlag der Welt, Bantam Books (USA). Aber wie diese Verlage auch heißen mögen, Goldmann, Corgi, Bantam oder Blanvalet, Mosaik, RV, Prisma, Schloß, Albrecht Knaus, Gütersloher, Steinhausen, Lexikothek, Buch und Wissen, Vogel, Ibau, Heinze, Aktuelle Information, Medizin, Vieweg, Westdeutscher, Gabler, Herrenberger usw. - alles nur Pseudonyme für den zweitgrößten Medienkonzern der Welt: Bertelsmann.

Freilich nur ein Zehntel seines 5,6 Milliarden-Umsatzes macht Bertelsmann mit seinen Verlagen und wiederum nur einen Bruchteil davon mit Literatur. Nach Bantam-Books mit Töchtern in Kanada, England und Australien sind es vor allem 14 Fachverlage, die mit 125 Millionen DM Jahresumsatz den dicksten Brocken beisteuern - auf eine Weise übrigens, die genial zu nennen ist: Neben Periodika wie dem »Taxikurier« oder der »Münchner Medizinischen Wochenschrift« zählt auch die »Betriebsverpflegung« zu diesen Fachpublikationen. Ihre Auflage beträgt 12.013 Exemplare. Verkauft werden davon - kein linkes Theorieblatt hat je diesen Minusrekord erreicht - ganze 389 Stück. Aber im Unterschied zum linken Verleger muß Reinhard Mohn deswegen nicht Konkurs anmelden, im Gegenteil, der Konzern verdient an der»Betriebsverpflegung« so gut, daß er sich auch noch das Porto leisten kann für die restlichen 11.624 Exemplare, um sie kostenlos an mögliche Interessenten zu verschicken. Denn die Einnahmen für die in der »Betriebsverpflegung« geschalteten Inserate liegen weit über den Herstellungs- und Vertriebskosten der Zeitschrift.

Leider sind Bücher immer noch fast anzeigenfrei, müssen also gekauft werden, damit sich ihre Herstellung rentiert. Dazu dienen die Buchgemeinschaften, jene Schlepperorganisationen, die von der Unfähigkeit vieler Menschen leben, nein sagen zu können. Als Buchclubmitglied ist man zur Abnahme - größtenteils wiederaufgelegter - Bücher verpflichtet. Wählt man aus dem Katalog, ist die Wahl für den Konzern kalkulierbar. Wählt man nicht, läuft das Geschäft noch besser: Zusammen mit Millionen anderen Nichtwählern erhält man dann den Haupt-Vorschlagsband. Das ganze ist ein sicheres Geschäft, es müssen sich nur genügend Dumme finden. Weltweit fand Bertelsmann 1982 13 Millionen in der Bundesrepublik, Österreich, der Schweiz, Frankreich, Schweden, Italien, den Niederlanden, Belgien, Spanien, Portugal, Israel, den USA, Kanada**,** Brasilien, Argentinien, Kolumbien, Mexiko, Venezuela, Ecuador und Uruguay. Bertelsmann ist somit auch einer der größten Kulturimperialisten.

Die Buchgemeinschaften, allen voran der Bertelsmann Lesering und die Europäische Bildungsgemeinschaft mit zusammen fast fünf Millionen Mitgliedern, bilden das Fundament, auf dem Reinhard Mohn sein Imperium aufbaute. Nicht anders verfuhr Georg von Holtzbrinck. Ihm gehören Kindler und Droemer Knaur (inzwischen fusioniert), Fischer und Wolfgang Krüger, Coron und Schroedel sowie immerhin 24,9 Prozent von Rowohlt. (Mehr wollte das Kartellamt nicht zulassen.) Dieser Familienbetrieb (der Vater als Aufsichtsratsvorsitzender, Sohn Dieter als Geschäftsführer) mit 1,1 Milliarden Mark Jahresumsatz wuchs ebenfalls am Buchclubgeschäft. Holtzbrincks Deutscher Bücherbund und seine Evangelische Buchgemeinde zählen zusammen 1,8 Millionen Mitglieder. Über den »Otto-Freizeitclub» gelangen Holtzbrinck-Bücher auch an jene, deren Bibliotheken bislang nur aus Versandhauskatalogen und der Bibel bestanden. Seit einem Jahr vertreibt der Deutsche Bücherbund auch Videokassetten, was nur konsequent ist. Denn die Mehrfachverwertung von Rechten ist das Lebenselixier der Verlagskonzerne. Bertelsmann wird, sobald zehn Prozent aller bundesdeutschen Haushalte mit Videorecordern ausgerüstet sind, ebenfalls in das Verleihgeschäft einsteigen. Produzent von Fernsehfilmen (Ufa) und Bildplatten sind die Gütersloher längst.

Verlegt wird, was garantiert erfolgreich ist. Also mußten die Clubs vor allem die Rechte möglichst attraktiver Titel erwerben. Dies kommt aber auf die Dauer teurer, als gleich die Verlage samt der ihnen gehörenden Rechte aufzukaufen, zumal sich die Rechteverwertung dadurch wesentlich verbessern läßt. So erscheint heute ein bestellter Bestseller zunächst im C. Bertelsmann Verlag für 36,80 Mark. Wenige Monate später übernimmt der Lesering für 22,90 Mark den Roman in sein Programm. Wiederum einige Monate später bringt Bertelsmann-Tochter Goldmann das Werk auf den Taschenbuchmarkt für 7,80 Mark. Gelegentliche Jubiläumsausgaben, Sammelbände oder Kassetteneditionen erscheinen bei Prisma, die audiovisuelle Verwertung geschieht durch die Ufa oder andere konzerneigene Gesellschaften. Da der Romantext elektronisch gespeichert ist, entfallen nach der Erstausgabe alle Satzkosten.

Auch Möchtegerngroßverleger Molden, der lange Jahre geglaubt hatte, mit seiner Bestsellerfabrik neben den Großen des Gewerbes bestehen zu können, mußte erkennen: »Heute ist nicht mehr die Nase, sondern die Frage ausschlaggebend, wer im eigenen Verbund die besseren Verwertungsmöglichkeiten und wer das meiste Geld hat.« Da er weder das eine noch das andere hatte und auf die Dauer eine Nase nicht das Hirn ersetzt, ging Molden pleite. Gegenüber den Verwertungsgesellschaften Bertelsmann und Holtzbrinck sind die meisten mittleren Verlage machtlos. Viele von ihnen überleben nur im Schutz kapitalkräftiger Unternehmen. So gehört die Deutsche Verlags Anstalt zu 66 Prozent der »FAZ«, Hoffmann und Campe dem Jahreszeitenverlag (»Für Sie«), Econ, Claassen, Marion von Schrödel der Rheinisch Westfälischen Verlagsgesellschaft (»NRZ«, »WAZ«), Ullstein und Propyläen dem Springerkonzern (der mit seiner Neugründung Kristall nicht lange glücklich war und den Verlag inzwischen an die Fleissner-Gruppe - Langen Müller, Herbig, Nymphenburger, Amalthea, Universitas, Mary Hahn - verscherbelt hat.) Iro, Südwest und Paul List sind Töchter der »Süddeutschen Zeitung«, Bucher und Hering gehören dem Schweizer Verlagskonzern Rignier.

Umgekehrt versuchen Zeitungen und Zeitschriften in einem konzernübergreifenden Medienverbund, Artikelserien auch in Buchform zu verwerten. Seit 1978 kooperieren Burda und Bertelsmann. Aus Bildern und Texten der Burda-Postillen »Bunte«, »Mein schöner Garten«, »Freizeit-Revue« oder »Freundin« werden Bücher gemacht bei den Bertelsmann-Töchtern Mosaik oder Goldmann. (Auch »Prinzessin Diana« entstand aus solch einer Kooperation.) »Spiegel«-Texte erscheinen bei Rowohlt, »Zeit«-Serien bei Goldmann, Hoffmann und Campe oder dem mit 50 Millionen Umsatz größten deutschen Taschenbuchverlag Heyne. (Sein Besitzer heißt tatsächlich Heyne). Bevor »Stern«-Serien bei Goldmann erscheinen, schaffen sie noch Extragewinne als »Stern«-Bücher.

Sogar angesehene Verlage wie Luchterhand oder Hanser können sich ihre literarischen Programme nur noch leisten, weil sie ursprünglich und überwiegend Fachverlage sind. Ihre Fachtitel, deren durchschnittlicher Verkaufspreis bei über hundert Mark liegt, subventionieren die Belletristik. Vor allem Schulbuchverlage haben in den vergangenen Jahren versucht, sich auch im Bereich der schöngeistigen Literatur zu etablieren. Schrödel besaß Econ, bis er Konkurs anmelden mußte; Hirschgraben legte sich mit Dietrich Pinkerneils Hilfe Scriptor zu, dann Athenäum, Hain, Haustein und den Jüdischen Verlag, schließlich die von Bertelsmann - so liberal sind die nun wieder auch nicht - geschaßte AutorenEdition. Nun ist auch Hirschgraben die Decke dünn geworden, man entließ die AutorenEdition in ihr Verderben.

Klett schließlich hat 1977 Cotta (und Helmut Küppers gleich dazu) gekauft. Mit ihrer Hobbit-Presse machte Klett-Cotta glänzende Geschäfte, doch in diesem Sommer mußte der Verlag sein Lektorat um zwei, den Titelausstoß um ein Drittel verringern. Stalling und Molden haben Konkurs angemeldet, Seewald, Ullstein, List, Kiepenheuer, Luchterhand, Scherz, aber auch Holtzbrincks Fischer und einige Bertelsmann-Töchter gelten als angeschlagen. Bei der in dieser Branche üblichen Geheimnistuerei um Zahlen ist jederzeit der Zusammenbruch des einen oder anderen Verlages möglich.

Es gibt viele Ursachen für die Verlagskrise, doch Hauptschuldige sind die beiden Verwertungskonzerne. Ihre daunendicke Kapitaldecke, vor allem aber ihre höchst effiziente Produktionsweise erlauben Jahr für Jahr den Ausstoß riesiger Titelmengen, vor allem im Taschenbuchbereich. Mittlere Verlage, die sich nicht einfach vom Markt verdrängen lassen wollen, müssen bei dieser Titelflut mithalten, müssen mehr Bücher produzieren, als sie finanzieren können. Zur Zeit erscheinen täglich 200 Bücher in der Bundesrepublik, jährlich kommt somit auf 900 Einwohner ein Buchtitel. Bücher, besonders literarisch hochwertige, lassen sich aber nur in langen Zeitspannen verkaufen. Bevor ihre Auflage verkauft ist, vergehen oft fünf oder sieben Jahre. Die dadurch bedingte Kapitalbindung kann bei hohem Zinsniveau die ökonomische Auszehrung eines Verlages zur Folge haben.

Zwar steigen die Buchpreise mit jährlich sechs oder sieben Prozent regelmäßig schneller als der Index der Lebenshaltungskosten, doch das Durchschnittsbuch verteuerte sich für den Käufer zwischen 1976 und 1980 nur um 6,7 Prozent. (Zum Vergleich: Kino + 23,4 Prozent, Theater + 22,5 Prozent, Zeitung + 24,5 Prozent, Fernsehen + 23, 8 Prozent). Die Gründe dieser Ungleichmäßigkeit sind, daß viele Bücher erst Jahre nach ihrem Erscheinen zu ihrem Erscheinungspreis verkauft werden, vor allem aber, daß immer mehr billige Taschenbücher in immer kürzeren Abständen zur Erstausgabe auf den Markt kommen. Tag für Tag erscheinen in der BRD über 20 Titel aus insgesamt 138 Taschenbuchreihen. Diese Entwicklung begünstigt die Verwertungskonzerne. Sie können die attraktiveren Rechte kaufen und über hohe, allerdings auch investitionsverschlingende Auflagen bei knapper Kalkulation noch Gewinne erwirtschaften. Und nur sie haben die ökonomische Macht, die Präsenz ihrer Titel bei den Barsortimentern, den Grossohäusern und in den Buchhandlungen, die unter der Überfüllung ihrer Regale leiden, durchzusetzen. Hier vollziehen sich Konzentrationsprozesse wie in anderen Branchen auch, denn auch für das Verlagswesen gelten im Kapitalismus die Gesetze des Marktes, wie sie von den Großen beschlossen werden. Während die »FAZ« in diesem Zusammenhang kühl von »gnadenloser Marktregulierung« spricht, zittert ein Hübschgeist wie Raddatz vor dem »Gespenst des Ökonomismus«.

Altverleger Ledig-Rowohlt steht dieser Entwicklung nicht weniger hilflos gegenüber, wenn er die Ursache der Krise darin vermutet, »daß wir leider nicht in einer Zeit leben, wo sich der Mensch veranlaßt fühlt, sich des Abends mit einer Flasche Rotwein in den Lehnstuhl zurückzuziehen, um sich literarisch zu unterhalten und zu bilden. Die zerstörerische Unruhe in der ganzen Welt hat allgemein Angstgefühl und Unterdrückung hervorgerufen. Es fehlt also die richtige Leselaune, eher

schaltet man sich ein, um zu hören, ob die letzte Katastrophe noch einmal an uns vorbeigegangen ist. Man fiebert von Tag zu Tag der Zukunft entgegen.« Schön gesagt, doch knapp vorbei. Denn gäbe es nützliche Bücher für die Bewältigung dieser Zukunft (oder nur der Gegenwart), sie würden schon gelesen werden.

Die italienische Verlagserbin Inge Feltrinelli sieht den Zustand realistischer: »Es gibt nur noch eine einzige Langeweile.« Unbewußt beklagt sie damit strukturelle Veränderungen im Buchgewerbe. Denn selbstverständlich gibt es auch heute noch Autoren, die Aufregendes mitzuteilen haben, nur sind sie in den Programmen der ehemals renommierten Verlage nicht präsent. Als Management-Verlage haben sie nahezu jedes Profil verloren, weil jeder Manager das zur Förderung neuer Literatur, neuer Ideen und Formen notwendige Risiko scheut. Umsatzzahlen begründen sein Image und damit seinen Marktwert, nicht Verdienste um Literatur. Noch vor zehn Jahren konnte man Bücher kaufen, deren Verlegername für Qualität bürgte. Marktgesetze bewirken eine langweilende Nivellierung. Experimente wagen nur mehr jene, die nichts zu verlieren haben, die Kleinstverleger. Ihre Bücher freilich findet man nur in wenigen spezialisierten Großstadtbuchhandlungen, und irgendein Rowohlt-Klappentext hat immer noch zehnmal so viele Chancen, in einer Buchbesprechung abgedruckt zu werden, wie die Wagenbach-, Rotbuch- oder KONKRET-Titel besitzen, überhaupt nur erwähnt zu werden.

Diese ökonomisch bedingte Langeweile in der Buchproduktion der Verwertungskonzerne und ihrer Nachläufer wird nun noch verstärkt durch die allgemeine Wirtschaftskrise: Staat, Länder und Gemeinden sparen im kulturellen Bereich. Das trifft vor allem die wissenschaftlichen Verlage, also auch Hanser und Luchterhand und Hirschgraben (rund ein Fünftel des Umsatzes wissenschaftlicher Verlage wird durch die öffentliche Hand getätigt). Aber auch Belletristik und Lyrik bekommen die Folgen der Krise zu spüren: Jede Schließung einer Bibliothek, jede Reduzierung eines Anschaffungsetats erhöht die über den Buchhandel zu erreichende Deckungsauflage. Auch dies fördert nicht das Experiment.

So ist es unschwer abzusehen, daß der verlegerische Mittelstand, daß Einzelverleger wie Diederichs, Piper, Reclam, Scherz, Zsolnay, Schneekluth, Heyne langfristig vom Markt verschwinden werden, zumal sich ihr Geschäft mit der gehobenen Unterhaltungsliteratur mehr und mehr auf die elektronischen Medien Video und Bildplatten (die mit ihrer großen Speichermöglichkeit auch die Lexikonverlage gefährden könnten) verlagert. Den beiden Verwertungskonzernen Bertelsmann und Holtzbrinck mit ihren risikolos seichten Management-Programmen werden schließlich nur mehr Kleinverlage wie Wagenbach (2,2 Millionen Mark Jahresumsatz) oder Rotbuch (3 Millionen) gegenüberstehen und sich davor hüten müssen, wie Syndikat oder EVA in quantitative Bereiche vorzustoßen, die auch die finanziellen Möglichkeiten eines rechtsanwaltlich tätigen Millionenerben wie Kurt Groenewold übersteigen. Überleben werden auch Kleinverleger, die Marktlücken entdecken wie kürzlich der konservative Jugendbuchverleger Thienemann, der rechtzeitig die Infantilisierung von Literatur als Zeichen der Zeit erkannte und mit Endes unendlicher Geschichte monatelang die Bestsellerlisten anführte. Das Berliner »Fahrradbüro« hatte Erfolg mit seinem »Fahrradreisebuch« (7.000 Exemplare) und dem »Berlin-Atlas für Fahrradfahrer« (12.000). Obalski & Astor entstand, um die Mundartlyrik von Frau Obalski publizieren zu können. Alle 4.000 Exemplare sind verkauft. Den Verlag Qumran hat der Wissenschaftsjournalist Hans-Jürgen Heinrichs mit ein paar tausend Mark Eigenkapital gegründet. Ein profiliertes Programm (Ethnologie, Schriftstellerportraits) machte ihn binnen kurzem bekannt. An der Existenz solcher Kleinverlage müssen die Großen selbst interessiert sein, schließlich brauchen auch sie Spurensucher, Entdecker, Seismographen.

Bleibt Unseld, bleibt Suhrkamp, und das ist vielleicht die einzige wirklich erfreuliche Perspektive, wenn auch nicht unter literarischen Gesichtspunkten. (Wie wenig neue Masse hier noch vorhanden ist, zeigt die Verlagsankündigung, im Frühjahr 1983 keine einzige Neuerscheinung aufzulegen. In einem »weißen Programm« sollen lediglich Nachdrucke erscheinen.) Aber der im Dezember '81 als Suhrkamp- und Inseltochter gegründete Deutsche Klassiker-Verlag ist schon ein großartiges Unterfangen, gewiß auch ein geschäftstüchtiges: In den nächsten dreißig Jahren sollen 750 Bände zu je 1.000 Seiten für 150 Mark pro Exemplar erscheinen. Bei einer Deckungsauflage von 4.000 Exemplaren handelt es sich also um einen 450-Millionen-Deal, finanziert von der Schweizer Industriellenfamilie Reinhardt. Es sollte uns Mut machen, daß diese Besitzer einer der berühmtesten Waffenschmieden der Welt in ein 30-Jahres-Projekt investieren, kann es doch nur heißen, daß sie uns zumindest für die nächsten 30 Jahre mehr Chancen geben als ihren Waffen.

Konkret 10/82, S. 110

Hartmut Schulze

Warum die Bestseller-Listen lügen

Die Literaturkritik verabscheut die wöchentlichen Bestseller-Listen des »Spiegel«. Dabei könnten sie ganz nützlich sein, wenn sie nur einigermaßen korrekt wären.

Mit Büchern zu handeln, behauptet die »Zeit«, sei »grundsätzlich etwas anderes als der Verkauf anderer Waren«. Und dann wird geklagt: »Doch das Bewußtsein dafür scheint denen verloren gegangen zu sein, die vom Handel mit Büchern leben.« Dabei haben die, die solchen kulturkritischen Jammer veranstalten, eben dieses Bewußtsein nie gehabt. Oder hat sich etwa der »Zeit«-Redakteur Rolf Michaelis (von dem das Zitat stammt) jemals mit C.C. Bergius auseinandergesetzt? Und welcher seiner Kollegen in den deutschen Feuilletons kennt schon Roland Gööck? Immerhin ein Autor, der mit fast jedem seiner Bücher sechs- und gar siebenstellige Auflagenziffern erreicht.

Die deutsche Literaturkritik, die sich sogar schon für einen Simmel zu fein ist, leistet, sich den elitären Luxus, den größten Sektor des Literaturmarktes völlig zu ignorieren: die Buchklubs. Über die werden in der Bundesrepublik rund 80 Prozent des Umsatzes an sogenannter schöner Literatur abgewickelt - einschließlich Bergius und Gööck. Hier, wo der Handel mit Büchern nichts anderes ist als der Verkauf von Waren, interessiert sich plötzlich kein Feuilleton-Redakteur mehr für die Inhalte, die ja wohl den gemeinten Unterschied ausmachen sollen.

Es blieb auch der einzigen Tageszeitung, die keinen Kulturteil hat, vorbehalten, sich einmal mit einem Autor zu beschäftigen, der seit vielen Wochen mit jeweils drei bis fünf Titeln in der »Spiegel«-Bestsellerliste (Taschenbuch) vertreten ist. Schlagzeile in »Bild«: »Hallo, Herr Breinholst! Wie sind Sie Bestseller-König geworden?« Die Antwort auf die Frage, warum der gelernte Sargschreiner von der dänischen Insel Falster mit seinen »Hallo - hier bin ich« - und »Hallo Mama - Hallo Papa«-Aufklärungsschnulzen eine Weltauflage von 15 Millionen erreicht, bekommt man natürlich nicht. Aber einen Hinweis. Willy Breinholst wird von »Bild« so zitiert: »1985 ist endgültig Schluß. Bis dahin will ich 100 Bücher geschrieben haben. Dann ziehe ich nach Japan« und so weiter. Ganz ähnlich antworten die Mädchen von der Herbertstraße, wenn man sie fragt, wie lange sie noch anschaffen wollen. Und nur der Zuhälter verdient dabei.

Je mehr das literarische Gewerbe industrialisiert wird, desto mehr verhurt es. Nur muß man deshalb doch nicht wegschauen. Darf man denn nicht erwarten, daß sich die liberale Kulturkritik den literarischen Produktions- und Verwertungsprozessen mit annähernd intensivem Interesse widmet wie den Puffs?

In einer Serie mit halbseitiger Eigenwerbung, in der die »FAZ« ihren klugen Köpfen erklärt, was vor ihnen steckt, heißt es in der zwölften Folge: »Hier kommen wir zur wichtigsten Unterscheidung gegenüber den Aufmachungen der politischen Seite und des Wirtschaftsblattes: Im Feuilleton sind Nachricht und Kommentar nicht so streng getrennt... Kulturkritik - das bedeutet Ausbreiten von Meinungen. Da gibt es weit mehr individuelle Standpunkte, viel weniger objektive, meßbare Werte als zum Beispiel in der Volkswirtschaft. Es hätte wenig Sinn, über eine Ausstellung zu berichten, indem man erst als Nachricht die gehängten Bilder aufzählt und dann ... « Wieso eigentlich?

Ob der »FAZ«-Redakteur Marcel Reich-Ranicki ein Buch mag oder nicht, ist für die Literatur als Kunstform unbedeutend. Wichtig wird sein Urteil allein durch Rang (Unternehmer-Pflichtblatt) und Auflage seiner Zeitung - also durch Geldfaktoren. Die lassen sich benennen, und die Feuilleton-Meinungen sind bloß ihre Funktion. In den seltensten Fällen allerdings so platt und ungeschickt wie bei der Lyrikerin und Rundfunkredakteurin Ulla Hahn, deren Gedichte in der »FAZ«-eigenen Deutschen Verlagsanstalt erscheinen. Keine andere Autorin wird in der »FAZ« so häufig gedruckt wie sie, und wo Reich-Ranicki in einer Jury sitzt, bekommt sie einen Preis. Die Branche lacht drüber - nur einem muß die Sache nicht peinlich sein: Marcel Reich-Ranicki, denn er hat die Macht.

Doch nicht einmal die muß er ausspielen, solange die literarische Öffentlichkeit nicht einsehen will, daß der Handel mit Büchern hier und heute eben doch nichts anderes ist als der Handel mit anderen Waren. Und daß Verleger auf der einen und Kritiker auf der vermeintlich anderen Seite eben doch nur Teil eines Zweigs der papierverarbeitenden Industrie sind - zunächst jedenfalls. Nur wer das begreift, begreift den tatsächlichen Unterschied zwischen der Ware, die an der Börse, und der Ware, die im Börsenverein (wie sich der Unternehmerverband von Verlegern und Buchhändlern nennt) notiert wird: Bücher und Presse transportieren Ideologie. Daß auch Kunst mit dabei ist, kann getrost außer acht gelassen werden. Denn erstens gehören ohnehin nur fünf bis sieben Prozent aller verkauften Bücher zur »Belletristik«, und zweitens lebt die Literatur so unabhängig vom Buch wie die Musik von der Schallplatte. Ideologie aber braucht, um manifest zu werden, das Medium.

So muß sich ernstzunehmende Kulturkritik um die Inhalte *und* um die Transportmittel kümmern, um die Qualität *und* um die Quantität. Wie ein Märchen von Michael Ende auf mich wirkt - das weiß ich selber. Aber daß von der »Unendlichen Geschichte« bis heute 767.000 Stück ausgeliefert wurden - das erfahre ich nur durch einen Anruf beim Verlag. Dadurch wird das Buch zwar nicht besser oder schlechter, doch ist dies eine wichtige Information über die kulturelle Lage der

Nation - so aussagekräftig wie die Einschaltquote von »Dalli Dalli«, die Auflage der »Bild«-Zeitung und die Besucherzahlen von »Conan, der Barbar«.

Der einzige Mengen-Pegel für den bundesdeutschen Buchmarkt (von brancheninternen Veröffentlichungen abgesehen) ist die wöchentliche Bestseller-Liste des »Spiegel«. Aber glauben kann ihr nur der, der nicht weiß, wie sie zustande kommt. Am 13. September steht da zum Beispiel in der Sachbuch-Sparte auf Platz 4 Michael Holzachs Buch »Deutschland umsonst«. Seit vielen Monaten schon rangiert dieser Wanderbericht auf guten mittleren Plätzen. Verkauft wurden bisher (laut Verlag) 38.500 Stück. Zwei Stufen darunter, auf Platz 6, liegt ein Besinnungsbuch aus dem Herder-Verlag, »Vergiß die Freude nicht«.. Bisher verkauft: 600.000 Stück. Auf Platz 7, 8 und 9 liegen drei Fußball-Bücher, die allesamt nach der WM im Juni (also ein viertel Jahr nach »Deutschland umsonst«) erschienen sind. Jedes von ihnen wurde knapp 100.000 mal verkauft. Sie müßten also eigentlich besser plaziert sein als Holzach. Über dem liegen Jonathan Schells »Schicksal der Erde« (mit 116.000 Verkäufen auf Platz 1, Barings »Machtwechsel«, Platz 2, und Wickerts »China von innen gesehen«, Platz 3).Für diese beiden letzten Bücher gibt es keine genauen .Auflagenzahlen, ihr Verlag, die Deutsche Verlagsanstalt (DVA) verweigert hier grundsätzlich jede Auskunft. Aber wenigstens in einem Punkt wird Renate Federhen, die DVA-Pressechefin, deutlich: »Jeder weiß doch, daß die 'Spiegel'-Angaben nicht stimmen. Die Buchhändler peilen über den Daumen und geben an, was gerade neben der Kasse liegt.« Zum Verständnis: Das Fachblatt »Buchreport« befragt im Auftrag des »Spiegel« wöchentlich 500 der rund 3.800 bundesdeutschen Buchhandlungen. Auf einer Punkteliste ist der aktuelle Abverkauf der einzelnen Titel anzugeben. Kontrollierbar sind diese Angaben nicht, dafür verfehlen sie »mit traumhafter Sicherheit die Wirklichkeit« (so der Publizist Georg Ramseger). Und das nicht nur, weil diese Seller-Liste die wirklichen Bestseller nicht berücksichtigt (Dauerbrenner: »Diercke Weltatlas«, »Der kleine Prinz«, Englisch-Bücher, der Duden und Kochbücher; auch das Kirchengesangbuch »Gotteslob« kommt trotz mehrmillionenfachen Verkaufs in keiner Hitparade vor). Natürlich fehlen auch die von Buchversendern und Kaffeeröstern angebotenen Titel (Eduscho verkaufte zum Beispiel von Sielmanns »Expeditionen ins Tierreich« 750.000 Stück). Aber selbst, wenn man die willkürlichen Auswahlkriterien akzeptiert - wie kommen dann die Ungereimtheiten zustande? Wie kommt es, daß Ralph Giordanos »Bertinis« in der »Spiegel«-Liste Belletristik Mitte September auf Platz 5 liegt, wo doch nach viermonatiger Plazierung unter den ersten 10 gerade erst 20.000 Stück verkauft wurden? (Die Rühmann-Biografie liegt mit 100.000 auf Platz 7, Tolkiens »Herr der Ringe« mit einer knappen Million auf Platz 4, und an der Spitze liegen die beiden Ende-Märchen mit je siebenhundert- bis achthunderttausend verkauften Exemplaren.).

Jeder Buchhändler kennt die verkaufsfördernde Wirkung der Bestseller-Listen, in fast allen Buchläden hängen sie aus. Wird nur ordentlich für einen Titel geworben (am liebsten mit Anzeigen im »Buchreport«), und wird der Buchhändler mit Sonderrabatten (»Reizpartien«) zur Abnahme größerer Mengen verleitet - dann wird's schon ein Bestseller werden. Kein Buchhändler kann es sich leisten, auf einmal georderten »Bestsellern« sitzen zu bleiben. Wenn er nur die richtigen Titel ankreuzt, werden aus seinen »Bestsellern« ja vielleicht wirklich welche.

Die »Spiegel«-Liste sagt also eher, was die potentesten Mitglieder des »Börsenvereins« gerne als Bestseller sähen, und meistens klappt die self-fulfilling prophecy. Daß »Sales-Promotion« auch versagen kann - wie die Pleite der Bestseller-Fabrik Molden zeigt -, bestätigt die Regel.

Das zu beklagen, ist müßig. Schließlich heißen die Läden ja auch Buch- und nicht Literaturhandlungen. Worte kann man nicht verkaufen (bestenfalls Urheberrechte), anders als eine Bronzeplastik hat ein Gedicht nicht einmal einen Materialwert.

Konkret 10/82, S. 114

Bernt Engelmann

Der Krach im Verband »Prima Frieden! Kaufen Sie Frieden!«

Ein ernsthafter Streit unter Literaten? Das wäre ja etwas ganz neues in diesem Land. Und so geht es beim Austritt einiger Autoren aus dem bundesdeutschen Schriftstellerverband (VS) und bei der Pressekampagne gegen seinen Vorsitzenden Bernt Engelmann auch nicht um einen inhaltlichen Disput, sondern um Demontage. Hier soll eine Friedensinitiative kaputtgemacht werden, die Fronten aufgeweicht hat. In KONKRET nehmen Bernt Engelmann und ein prominentes VS-Mitglied, der Entspannungspolitiker und Publizist Günter Gaus, Stellung.

Der VS - das ist der »Verband deutscher Schriftsteller« in der IG-Druck und Papier, die Berufsgruppe mit dem höchsten Organisationsgrad im DGB, der fast alle namhaften Schriftsteller und Übersetzer der Bundesrepublik angehören, derzeit 2.422 - ist den Feuilletons zufolge in eine ernste Krise geraten. Blätter, die sich früher nicht einen Deut um die Arbeit des VS gekümmert haben, versichern jetzt ihren Lesern, der Verband sei »eine gute Lobby« für die Autoren gewesen, als er sich »allein um die Interessen seiner Mitglieder« gekümmert und ihnen Rechtsschutz, Normverträge, Bibliothekstantieme, Autorenversorgungswerk, Sozial- und Literaturfonds sowie manches andere verschafft habe. Wäre der VS-Bundesvorstand nur nicht so »anmaßend« gewesen, auf eigene Faust Politik machen zu wollen, etwa mit dem »Appell der Schriftsteller Europas« für Frieden und Abrüstung! Hätten die »ehrgeizigen Funktionäre« es wenigstens unterlassen, mit »den falschen Leuten« zu reden - in Ost-Berlin, Den Haag und Köln ...!

Am Beispiel eines Beitrags aus der »FAZ«, der sich im Tenor kaum von einigen hundert anderen Artikeln in der bürgerlichen Presse der letzten Wochen unterscheidet, sei einmal dargestellt, wie sauber, fair und wahrheitsgetreu dieser Feuilletonjournalismus des bundesrepublikanischen Nuklear-Biedermeier »Berichterstattung« betreibt.

Der »FAZ« waren alle Austritte einerlei. Hauptsache, es schadete dem VS und sah nach starker, in der Sache einiger Fronde gegen den Vorsitzenden aus, denn der, so hieß es im »FAZ«-Bericht weiter, habe »zum Schriftstellertreffen in Den Haag im Namen des Verbands eingeladen, und der Verband war es dann wenig später, der in Absprache mit der Schriftstellerorganisation der DDR zum internationalen Autorenkongreß 'Interlit' nach Köln einlud: Funktionäre vor allem, und nicht eben die unorthodoxen«. Bei beiden Treffen, so suggerierte die »FAZ« ihren Lesern, wurde »die Diskussion um den Frieden den Verbandsfunktionären und wichtigtuerischen Apparatschiks« , überlassen, »deren Horizont die Parteilinie nicht überschreitet«.

Abgesehen davon, daß zwei holländische Kollegen, Hans v.d. Waarsenburg und Phil Muysson, gemeinsam mit mir und ausdrücklich *nicht* für einen Verband, etwa 60 europäische Autoren nach Den Haag eingeladen haben, wogegen zu »Interlit«, einer Veranstaltung des VS, die Delegierten von 48 Autorenverbänden aus aller Welt nach Köln kamen, ist es natürlich absurd, eine normale Einladung als »Absprache« zu bezeichnen. Vor allem aber: Was mag die »FAZ« unter linientreu-bornierten Apparatschiks verstehen? In Den Haag waren knapp zwanzig deutschsprachige Autoren, darunter Carl Amery, Jurek Becker, Irmela Brender, Günter de Bruyn, Ingeborg Drewitz, Günter Gaus, Günter Grass, Peter Härtling, Stephan Hermlin, Stefan Heym, Robert Jungk, Dieter Lattmann, Jo Pestum, Luise Rinser, Christa Wolf. Gemeinsam mit den anderen europäischen Kollegen, unter ihnen Hermann Kant und drei weitere Autoren, die man »linientreu« nennen mag, beschlossen sie u. a. alle Bemühungen zu unterstützen, »die der Sicherung des Friedens durch Abrüstung gelten, gleich ob sie den Segen der jeweiligen Regierung haben oder nicht«. Und: »Wir sehen es als unsere Pflicht an, den Menschen, die wegen ihres Eintretens für den Frieden verfolgt werden, nach bester Kraft zu helfen.«

Im »FAZ«-Artikel wird diese Erklärung gänzlich verschwiegen, ebenso das »Kölner Manifest« der »Interlit«-Teilnehmer; aus der Erklärung des VS zum 1. September, dem Anti-Kriegstag, zitiert der Artikelschreiber 4 (vier) aus dem Zusammenhang gerissene Wörter. Wir aber, die freiberuflichen Autoren, die ihre Arbeitszeit und -kraft ehrenamtlich dem VS zur Verfügung stellen, werden fortfahren, wie zähe Hausierer - »Prima Frieden! Kaufen Sie mir doch ein Stückchen Frieden ab!«* - an jede Tür zu klopfen, auch uns weiter bemühen, wie es in der »Haager Erklärung« heißt, »die wahren Sachverhalte und geheimen Komplizenschaften aufzudecken und jedermann verständlich zu machen«.

---

*Ilja Ehrenburg zu Hermlin beim Stockholmer Friedenskongreß der Autoren während der Nazizeit.

Konkret 10/82, S. 115

Günter Gaus

Der Krach im Verband
Einsichtskraft und guter Wille

Man soll ein Volk nicht teilen. Und schon gar nicht ein Volk wie das deutsche, dessen selbständiges politisches Denkvermögen in den letzten hundert Jahren wenig vermehrt worden ist.

Unter den Gegebenheiten der staatlichen Teilung haben wir hüben und drüben nicht nur die Eichung unserer politischen Wertmaßstäbe weithin der jeweils tonangebenden, herrschenden Agitation überlassen; wir nehmen auch diese geistige Selbstentäußerung nicht mehr zuverlässig wahr. Viele Beispiele belegen, daß solche unbewußte Unterwerfung unter das allgemeine Strömungsgesetz - dessen erster Artikel lautet: Schwimme mit dem Strom, sonst wirst Du schon sehen - auf beiden Ufern der Elbe vorkommt: Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze.

Jüngstes Beispiel ist die Kommentierung, die der politisch begründete Austritt einiger Schriftsteller aus dem westdeutschen Schriftstellerverband und darauf gemünzte Äußerungen des Verbandsvorsitzenden Bernt Engelmann gefunden haben. Zu den verschiedenen Gründen für die Austritte, soweit sie mir bekannt geworden sind, ist wenig zu sagen. Man kann aus solchen Gründen aus seinem Verein austreten. In seiner ersten Stellungnahme zu den öffentlich diskutierten Austritten (wiederum: soweit sie mir bekannt ist) scheint mir Engelmann flapsig gewesen zu sein; ein wenig zu sehr der Verbandsvorsitzende, dessen Karawane weiterzieht, mögen auch die Hunde bellen. Erst im zweiten Anlauf gelangen ihm notwendige Klarstellungen.

Damit könnte es genug sein. Und das wird es wohl auch: Das öffentliche Bewußtsein der Bundesrepublik Deutschland erinnert seiner Art nach an eine Rakete, die schnell hochgeschossen wird, kurz ein grelles Licht verbreitet und ebenso schnell alles wieder im Dunkel läßt. Gelegentlich ist das kein Nachteil; öfter trägt es zum miserablen Zustand der politischen Kultur des Landes bei.

Der vorliegende Fall lohnt wohl noch einige Bemerkungen, bevor er vergessen wird. Er hat so, wie er öffentlich behandelt wurde, einige weitere Indizien für hiesiges Unvermögen geliefert, politisch eins und eins zusammenzuzählen.

Das gilt nicht für jene, denen jedes Gespräch, jede Verhandlung mit kommunistisch regierten Staaten und deren (natürlich auch kommunistisch beherrschten) Verbänden nicht nur überflüssig erscheint, sondern als grundsätzlich vom Übel gilt. Von dieser Seite ist der Fall Engelmann, Kunze und andere mit gewohnter Geschicklichkeit benutzt worden, um jene Stimmung zu verstärken, die hierzulande immer wieder einmal die Ratio der Politik erst verächtlich gemacht und schließlich verdrängt hat.

Die Bemerkungen, Fragen eher, richten sich an einige (bisherige?) Sympathisanten der altmodischen Entspannungspolitik, die den Fall kommentiert haben. Also: Reiner Kunze hat Anstoß genommen daran, daß Engelmann die Wiedererrichtung eines Bismarck'schen Nationalstaates als ein erstrebenswertes, als ein noch mögliches Ziel verworfen hat. Kunze hat darin die Absage an Hoffnungen gesehen, wie sie in der DDR existieren. Darin hat Kunze recht. Aber hat Engelmann unrecht? Verlangt nicht die Kompliziertheit der sogenannten deutschen Frage die Bereitschaft der hiesigen Kommentatoren, eben diese Kompliziertheit ins Bewußtsein zu heben?

Muß nicht zäh gegen den Strom geschwommen und also Kunze - obwohl er drüben verfolgt wurde - gesagt werden, daß wir Engelmanns Ansicht in der strittigen Frage für alle absehbare Zeit als die Voraussetzung dafür ansehen, überhaupt Verbindung mit den Menschen in Mitteldeutschland zu erhalten, die mehr ist als nur ein Propagandaruf von hier aus? Oder sehen wir das schon nicht mehr so? Sind die Einsichten, die wir seit 1969 in konkrete Politik verwandelt haben, schon wieder verflogen? Kehrt der Strom in sein altes Bett zurück?

Weiter: Engelmann ist falsche Rücksichtnahme auf führende Mitglieder des Schriftstellerverbandes der DDR vorgeworfen worden. Wo beginnt beim Umgang mit Kommunisten die Rücksichtnahme darauf, daß sie Kommunisten sind, falsch zu werden? Hätten wir die DDR nicht anerkennen sollen? Die Frage kann nur für zu hoch gegriffen ansehen, wer vergißt, daß jede Entspannung zwischen West und Ost, die an den herrschenden Gewalten beispielsweise der DDR (oder auch Polens) vorbeigehen will, sich auf gute Absichten reduziert, die nichts als ohnmächtig sind.

Am Fall Engelmann ist sichtbar geworden, daß die Fähigkeit hierzulande, in gefährlichen Zeiten an Prioritäten festzuhalten, auch wenn das nicht immer kleidsam ist und gelegentlich sogar schmerzt, nicht hoch entwickelt ist. Wenn die politische Einsichtskraft schwächer wird als der gute Wille, dann wird damit zwar weder »Solidarnosc« geholfen noch einem verfolgten Schriftsteller - aber folgenlos wird das dennoch nicht bleiben.

Konkret 10/82, S. 116

Gisela Elsner

Bücher: Lebensekel für die Schöngeister

Thomas Bernhards neue Erzählung »Beton« bestätigt wieder alle Vorbehalte gegen den Endzeit-Dichter.

Die Tatsache, daß sich Thomas Bernhard zu gesellschaftlichen Zuständen lediglich am Rande in blindwütigen Anwürfen äußert, die eine verblüffende Unkenntnis größerer Zusammenhänge und eine mitunter lachreizerregende Fehleinschätzung verraten, ist vermutlich der Grund dafür, daß ihm die bürgerliche Literaturkritik mit einer lakaienhaften Eilfertigkeit den Rang eines Dichters zuerkannt hat. Auch sein neuer Roman »Beton« ist von einem zügellosen Lebensekel, einer elitären Menschenverachtung und jenem bodenlosen Pessimismus geprägt, der auf Schöngeister eine animierende Wirkung auszuüben pflegt.

Robert, der Held des Romans, sieht in der Außenseiter-Rolle die einzige Möglichkeit, sein Dasein zu ertragen. Er kann es sich leisten, denn seine Eltern haben ihm ein Vermögen hinterlassen, das es ihm erlaubt, sich aus dem Lebenskampf herauszuhalten. Er lebt völlig zurückgezogen in einem österreichischen Ort in seinem geräumigen Elternhaus. Seit zehn Jahren plant er eine größere wissenschaftliche Arbeit über Mendelssohn-Bartholdy, doch ist er außerstande, den ersten Satz zu Papier zu bringen. Irgend etwas steht der Verwirklichung seines Projekts im Wege.

Seine Person und sein Scheitern sind das einzige, was ihn interessiert. Ohne Unterlaß bemüht er sich, die Schuld für dieses Scheitern auf andere abzuwälzen. Nachdem er versucht hat, seine Schwester zum Sündenbock zu stempeln, verfällt er auf den Gedanken, daß es seine Umgebung sein müsse, die ihn an der Arbeit hindert. In der Hoffnung, dort sein Buch beginnen zu können, reist er kurzentschlossen nach Palma de Mallorca. Die Tatsache, daß er dies schon mehrfach getan hat, ohne daß er vorangekommen wäre, läßt sein Unterfangen von vornherein unsinnig erscheinen. Diesmal kann er sich nicht mit Mendelssohn-Bartholdy befassen, weil ihm die jähe Erinnerung an eine deutsche Touristin namens Anna Härdtl zu schaffen macht, deren Mann vor zwei Jahren vom Balkon im achten Stockwerk eines Hotels zu Tode gestürzt war. Damit endet der Roman. Ob Robert jemals mit seiner wissenschaftlichen Arbeit beginnen wird, erfährt der Leser nicht.

Weil es nicht leicht ist, mit der Schilderung der Schreibschwierigkeiten eines Müßiggängers, dessen Weigerung, geselligen Kontakt zu pflegen, zudem eine Einführung weiterer Romanfiguren unmöglich macht, zweihundert Druckseiten zu füllen, bereichert Thomas Bernhard den Roman mithilfe kürzerer oder längerer Exkurse. So ereifert er sich über die Ärzte, die ihre »medizinische Notdurft« verrichten. So ereifert er sich über die Stadt Wien, die er als »eine von den Pseudosozialisten bis an den Rand mit ihrem Unrat angefüllte Kloake« bezeichnet. So ereifert er sich über den österreichischen Kanzler, der »größenwahnsinnig« und »gemeingefährlich« sei, so als gäbe es zwischen Kreisky und Hitler keinen Unterschied.

Gelegentlich sind seine Fehleinschätzungen allerdings so grotesk, daß man an seinem Verstand zu zweifeln beginnt. Aus einem Exkurs: »Es ist nicht so absurd, wie es zuerst erscheint, wenn ich sage, die Welt verdankt ihre fürchterlichsten Kriege der sogenannten Tierliebe ihrer Beherrscher... Diese Leute, Politiker, Diktatoren sind von einem Hund beherrscht und stürzen dadurch Millionen ins Unglück... sie lieben einen Hund und zetteln einen Weltkrieg an, in welchem Millionen getötet werden wegen dieses einen Hundes.«

Von Thomas Bernhard kann man offensichtlich bedenkenlos alles drucken.

Thomas Bernhard: »Beton«. Suhrkamp Verlag, 216 Seiten, 24 Mark

Konkret 10/82, S. 116

Karin Reschke

Bücher: Terror-Bruder Leichtfuß

Die Italienerin Luce d'Eramo, viel gelobt für ihr autobiographisches Buch »Der Umweg«, legt jetzt einen Roman über die römische Terrorszene vor.

Wenn es nur ein Räuber- und Gendarmspiel geblieben wäre, das Luce d' Eramo in ihrem neuen Buch »Gruppe Zero« beschreibt, käme man aus dem anfänglichen Lachen nicht heraus. Vom Aktionismus ihrer Figuren besessen, läßt sie sich dazu hinreißen, Beteiligte und Unbeteiligte bei einem Überfall auf eine Bank in einen turbulenten Karneval der Masken und Rollen zu verstricken. Sie ist mittendrin im Getümmel, stiftet Verwirrung und zieht den Leser in den Bann laufender Ereignisse, die sich in der Groteske als Terrorakte entpuppen.

Zunächst sympathisiert man mit den Draufgängern im alltäglichen Wirrwarr. Die Grausamkeit von Terroranschlägen, in Italien schon blutige Tradition (das Bombenattentat auf den Hauptbahnhof in Bologna im August 1980 habe ich lebhaft in Erinnerung), geistert bloß im Verborgenen durch die Köpfe der politisch motiviert handelnden Täter. Sie zieren sich mit Beispielen, die ein aktionistisches Außenseitertum rechtfertigen. Unwillkürlich denkt man auch an Robin Hood, an Piraten und Abenteurer, die auf Kosten der Reichen für ausgleichende Gerechtigkeit und minimale Umverteilung von Schätzen sorgten. Daß Geschichtsschreibung und Legendenbildung Luce d'Eramos Fiktion vom volksnahen Terroristen genährt haben, mag man als biografisch sinnfällig hinnehmen. Nach ihrem autobiographischen Roman *Der Umweg,* ihren Leiden auf der falschen Seite und ihrem Widerstand gegen die Nazidiktatur, die sie verherrlichte und bekämpfte, glaubte sie, einen Ausweg aus der Geschichte des tradierten Widerstands suchen zu müssen.

Worum geht es?

Um eine Gruppe von zehn Leuten - jene Gruppe Zero - unterschiedlicher Couleur, die sich im »unregierbaren« Italien zusammenfinden und im November 1980 an einem neuralgischen Verkehrsknotenpunkt mitten in Rom einen Coup landen. Mit der Präzision einer »lebenden Stoppuhr« überfallen sie an ein und demselben Tag auf der Piazza Bologna eine Bank, ein Postamt und einen Juwelierladen. Jeder Schritt des Überfalls und seine Konsequenzen werden bis ins unsägliche Detail durchdacht, vorexerziert und psychisch ausgelotet. Die Gruppe begreift sich als gesellschaftlich notwendiges Gegengewicht zu den herrschenden Verhältnissen, eine Gruppe, die man allzu gerne (und Luce d'Eramo tut es auch) als enttäuschte Linke oder politisch Verirrte bezeichnet, die ihren ideologischen Kleinkrieg um Haben und Sein nicht mehr intellektuell ausspielen wollen. Sie wählen diesen dritten Weg in der simplen Überzeugung, daß die Reichen nicht endlos reicher werden dürfen. Sie verirren sich immer wieder - seitenlang in ermüdenden politischen Platitüden, im Gestrüpp idealer Vorstellungen von einer besseren Welt. Der politisch postulierte Anspruch Luce d'Eramos wirkt hier eher spielerisch, der Ehre halber, als müsse die Gruppe ihre Ideen und Widersprüche der eigenen Geschichte endlich einmal ausleben, sich selbst erfahren im Widerspruch zu den anderen, den Normalos auf dem Felde der Unehre. Die Gruppe Zero unterscheidet sich dann auf den zweiten Blick kaum von einer Räuberbande. Einzig ihr human deklamierter Konsens, ohne Blutvergießen handeln und kämpfen zu wollen, erinnert an die legendären Räuber und Rächer längst vergangener Zeiten. Der Kopf der Gruppe, Giovanni Dettore, beschreibt das so: »Wir müssen Maschinengewehr und Revolver so einsetzen wie die Priester im Mittelalter die Hölle. Als metaphysische: Schreckensbilder, von denen wir das Entsetzen übernehmen.«

Sie landen ihren Coup in der Tat ohne Blutvergießen, und das ist nicht ohne Amüsement geschrieben. Verwirrend witzig steigen die Mitglieder in ihre jeweiligen Kostüme und führen die römische Polizei in die Irre. Sie wissen, daß sie ihre Sache besonders gut machen müssen, haben sie doch den Terrorismus nicht erfunden und den Schrecken vor einem Blutbad nicht gepachtet, um ein spektakuläres Ziel zu erreichen. Der Untergrund schäumt, die ideologischen Zerreißproben zwingen sie, sich mit einer anderen Gruppe zusammenzuschließen, und die Vorstellungen von neuen Aktionen bis aufs Messer zu diskutieren. Denn Räuber- und Gendarmspiele sind Kinderkram und kein politisches Kampfmittel.

im zweiten und dritten Teil des Buches wird es nun bitter ernst. Romantisch-infantile Einschätzungen vom bewaffneten Kampf werden blutige Wirklichkeit. Die Gruppe wird dem barbarischen Terror im Untergrund einverleibt, und die Spuren ihrer Taten sind so unübersehbar wie einst die Opfer der Gladiatorenkämpfe im Rom Neros.

Der politische Ehrenkodex heißt Kampf mit allen Mitteln. Die bekannten und von der Presse stets kolportierten und analysierten Anschläge der roten Brigaden und anderer Gruppen auf staatliche Institutionen, einzelne Personen, Richter, Anwälte, Industrielle finden auf nahezu 200 Seiten ihren Niederschlag. Luce d' Eramo hatte nicht vor, die gesellschaftliche Wirklichkeit in Italien literarisch zu bearbeiten. Ihr ging es, wie sie sagt, um die Umsetzung bereits bestehender Urteile und um den Erkenntnisakt beim Niederschreiben, die Welt, in der wir leben, besser zu verstehen.

Ich muß gestehen, ich habe die Innenwelt der Terroristen nach der Lektüre nicht besser verstehen gelernt. Aber vielleicht verstehe ich es auch nicht, die inneren »Kriegszeiten« eines Landes im scheinbar sozialen Frieden als Komödie oder Tragikomödie gegen den Strich zu lesen. Vielleicht fehlt mir der Tropfen leichten Bluts, Luce d'Eramos »Gruppe Zero« mit den Augen Dario Fos und Franca Rames zu sehen; vielleicht sitzt mir Margarete von Trottas »Bleierne Zeit« zu sehr in den

Knochen, und die Außenseiterbande schwimmt für mich zu fasziniert auf der Oberfläche allgemein verbreiteter Wahrheiten vorüber.

Luce d'Eramo: »Gruppe Zero«. Deutsch von Evalouise Panzner, Rowohlt-Verlag, 420 Seiten, 32 Mark

-

Konkret 10/82, S. 118

Hermann Peter Piwitt

Bücher: Katastrophen-Storys

In seinem neuen Buch »Jammerschoner« übt sich H. C. Buch in faszinierenden erzählerperspektiven.

Vergleichbar ist Hans Christoph Buch in manchem mit so manchem lebenden Autor. Unvergleichlich ist sein Fabuliertalent. Was er auch an Erlebtem oder Erlesenem nacherzählt, es wird ein Kabinettstückchen daraus durch das, was er in der Phantasie hinzumogelt. Von dieser Art waren die Erzählungen des Zwanzigjährigen, die 1966 unter dem Titel »Unerhörte Begebenheiten« bei Suhrkamp erschienen. Historische Authentizität täuschen auch die meisten »Nacherzählungen« seines neuen Bandes vor: 1866, bei Fort Kearny in Wyoming, erleidet die US-Army unter Captain Fetterman eine empfindliche Niederlage gegen die Sioux. Darwin fährt auf dem Dreimaster »Beagle« nach Feuerland. Der jüngere Plinius schildert in einem »erst jetzt aufgefundenen« Brief die herrschenden Verhältnisse seiner Zeit; und die sind den unseren verteufelt ähnlich.

Aber nicht nur in die Rolle des römischen Gelehrten schlüpft Buch. Damit alles noch echter klingt, wählt er hier den Stil des Historiographen, dort den des Tatsachen-Romanciers des 19. Jahrhunderts. Von Asylanten aus Siam, die bei den Oberammergauer Festspielen als **»J**uden« eingesetzt werden und dabei den »Staatsminister Dr. Stoibl« in der Rolle des Pontius Pilatus als Geisel nehmen, berichtet die »Ammergauer Passion«; und der Tonfall einer regierungsamtlichen Verlautbarung, in dem das geschieht, verhilft dem geläufigen Irrwitz zur Reinkultur.

Buchs Erzählungen sind Katastrophenerzählungen, voll böser Anspielungen, hintergründiger Verweise, gezielter Irreführungen und kobolzender Übertreibung. Voll Wehmut und blinzelnder Tragik ist der vielleicht schönste Text des Buches: die Geschichte des braunschweigischen Kammergerichtssekretärs in Wetzlar, Jerusalem, jene Geschichte, die Goethe im »Werther« nicht, oder doch so nicht, erzählt.

Ein zum Weinen komischer Band, schon ganz jenseits jenes Tiefsinns, vor dem Kritiker in diesem Land gewöhnlich erschauernd haltmachen.

Hans-Christoph Buch: »Jammerschoner. Sieben Nacherzählungen«. Suhrkamp-Verlag, 7 Mark

Konkret 10/82, S. 120

Daniel Dubbe

Bücher: Nochmal Brinkmann

Neues und Altes und immer noch neues Altes vom 1975 tödlich verunglückten Rolf Dieter Brinkmann.

Können sie uns nicht endlich mit diesem B. in Ruh lassen? '75 von 1 Auto in London totgefahrn. Drei dickleibige posthume Bücher, Rom, Blicke, Standphotos & nun vorzustellen *Der Film in Worten.* Zusammen über 1.000 kleingedruckte & großformatige Seiten. Dabei wurde der Mann nur 35; als er lebendig war, unaufhörlich gedruckt in den unteren wie den oberen Etagen des Kulturbaus. Rebellisch, voroffiziell. Ein Monomane, ein Besessener . Es ist wahr, daß er 1.000 Seiten lang dieselbe Klage variiert: *Dieser Planet ist erloschen. Was Wirklichkeit genannt □ ird, ist eine heruntergekommene Schaubude. Menschliche Wesen e□ istieren in der ph□ sikalischen Welt nur insofern, □ ie seine Macht □ ber ihr Be□ u□ tse haben. Das Kon□ ept des So□ ialismus ist □ u eng. Das Fi□ iertsein in der Gegen□ art, das sich in den dargebrachten Figu Handlungsabl□ ufen, Geschichten, strukturierten Sprache□ perimenten □ eigt, □ ird unerträ□ glich. Die Gegen□ art □ ird unertr□ glich.*

Zerfallen, erloschen, schäbig, muffig, verschmiert. Eine tiefe Agonie, die jeden Körper aufzehrt, bis nur noch ein schwaches, pulsierendes Zucken ist. Können wir diesen toten B. nicht endlich vom Hals haben? Mir wird immer ganz mulmig, wenn ich einen neuen lackierten posthumen Band auf den Tisch bekomme.

Wird alles, was ich schreibe, museal sein? fragte er einmal. Wird es. Von Brinkmann ist nichts zu lernen. Nachahmung (er lädt bekanntlich zu Identifikation ein) zwecklos. Aber Hunderte enthusiastische Alltagsdichter versuchten es B. nachzutun. Lyriker stocherten in Worten wie Nachkriegler, die den Ofen nicht anbekamen. Kann man diesen B. nach 7 Jahren tot endlich loswerden?

»Der menschliche Geist wird von Viren der Morbidität & Furcht bewacht. *Ausblicke sind keine.*□Aber wenn ich trotz der Vorbehalte gegen das Geschäft mit toten Dichtern, das »Kenn ich schon« & »Nochmal das« mich in die Seiten Rolf Dieter Brinkmanns einlese, so taucht Zeitlosigkeit auf. Die Lust zu lesen und weiterzulesen. Lesehunger. Dem tut kein Argumentationsgebäude Abbruch, daß B. falsch gewickelt war, als Einzelgänger, potentieller Rechter. Brinkmann hat sich eh gegen das Entweder-Oder, gegen den Dualismus links-rechts gewandt. Und das Verblüffendste ist, daß dieser Schriftsteller einem über 400 Seiten *dasselbe* erzählen kann, und die Lektüre wird nicht langweilig. Alles richtig gesehen.

Brinkmann gehörte zu der Kategorie der Sabbler. Ich weiß nicht, ob er im Leben viel redete; und ich meine 'Sabbler' nicht abwertend, sondern im Sinn von 'eloquent'; einer der unaufhörlich und anscheinend ohne Ermüdungserscheinungen sich äußern konnte. Wahrscheinlich das größte Ausdruckstalent, das die BRD in den letzten 20 Jahren hervorbringen durfte.

Film in Worten enthält nicht nur Neues, Nachgelassenes, bisher Unveröffentlichtes. Vieles kenn ich schon. Das Vorwort zu *Sil□ er Screen*69, der ersten repräsentativen Anthologie amerikanischer Lyrik, das Nachwort zu einer Übersetzung Frank O'Haras, 68/69, von dem B. neben Ted Berrigan am meisten lernte, Fotos aus einem März-Band von 1970, wenn auch leicht verändert, eine Menge Erzählungen im Stil von »Raupenbahn« (1966), »Worlds End«, 1973 als Sonderdruck der Villa Massimo, 500 Exemplare, erschienen; die unglaublichste Apocalypse der neuen deutschen Literatur. Zum ersten Mal die drei Hörspiele, die B. Anfang der 70er »für Geld« und für den WDR schrieb. Ein äußerst interessantes - und vorher nie gedrucktes Manuskript »Notizen und Beobachtungen vor dem Schreiben eines zweiten Romans« (1970/74). Der Roman wurde nie geschrieben.

Der Film in Worten gibt einen Eindruck von allem, was B. verfaßt hat, und ist deshalb, wenn man von dem enorm hohen Preis absehen kann, ein guter Einblick für diejenigen, die noch nicht lasen, als B. um 1970 veröffentlichte. Es zeigt den frühen, brillant-besessenen Adepten eines Stil á la *Nou□ eau Roman*den enthusiastischen Vermittler der damals voroffiziellen amerikanischen Literatur, die sich um die herrschenden Denkmuster und Maßstäbe nicht zu kümmern schien und der das Mißlungene wichtiger war als das literarisch Korrekte.

Rolf Dieter Brinkmann: »Der Film in Worten«, Arbeiten von 1965-1974. Rowohlt-Verlag, 315 Seiten, 38 Mark

Konkret 10/82, S. 122

Hermann L. Gremliza

Gremlizas Express

Manches war früher doch besser. Wenn man bloß daran denkt, daß die Redakteure des Nachrichtenmagazins »Spiegel« bei guter Entlohnung und reichlicher Kost in vollklimatisierten Räumen unter strikter Anonymität gehalten wurden. Doch auch hier drängt seit einiger Zeit die Persönlichkeit nach vorn, um zu beweisen, daß es sie gibt und daß es wirklich nicht nötig gewesen wäre.

Mit schlechtem Beispiel voran geht der Chefredakteur E. Böhme, einst ein geübter Verfasser von Schilderungen, wie *die Koalitionäre an Strategien basteln* und welcher *Nierensteiner Gallenberg kredenzt* wurde. Offenbar überzeugt, daß die Mitteilung der Meinung, was Schmidt dürfe, Kohl solle und Strauß müsse, nach einer individuellen Anstrengung des Stils verlange, versucht er sich an sog. »Kolumnen«, in denen er die Welt und ihren Lauf aus dem Blickwinkel der Bornheimer Wohnküche betrachtet. Da sieht man Schmidt und Genscher als »Silberjubelpaar« an »Kabinetts- und Kaffeetafel«, seltsamerweise umstellt von »Hofphotographen und PK-Berichtern«, »hinter der Kulisse« hört man »Katzbalgen und Fußscharren«, Kohl hält die »Zügel in der Hand«, während der Kanzler »im Sinkflug das Steuer nicht aus der Hand« geben will, Genscher ist »wetterfühlig« und hat »die Lust am Kurs verloren«, Liberale sind »beschwatzt«, die Lage ist »vertrackt«, die FDP ist ein »Wackelverein« mit »freidemokratischem Gequengel«. So nett kann Politik sein, bevor der Kanzler, weil er genug vom Balgi-Balgi hat, atta-atta geht.

Es ist einzusehen, daß der Wortschatz, den der Duden bietet, zur Entfaltung dieser Persönlichkeit nicht ausreicht. Erich - Kinder sind ja so einfallsreich! - pinkelt in den Sand und backt sich schnell zwei neue Wörter: *entbergen* und *verkeifen.* »Dumpfe Geräusche entbergen den wahren Grad intimer Beziehungen« und »die Sozialliberalen« sind »verkeift« (über die Frage, ob zwei Millionen Arbeitslose genug seien). Und das in einem Alter, wo schon die Prostata zwickt. Schickt sich das?

Es gab eine Zeit, da waren die Alkoholiker des Verlags stadtbekannt und die Redakteure anonym. Jetzt haben sie einen anonymen Alkoholiker und stadtbekannte Redakteure. Manches war früher viel besser.

Wenn die »Welt« ein Volksfest der SPD veranstaltet, geht es hoch her:

Die Sonne scheint ... Es riecht brenzlig ... Schmidt wird es später in ein gellendes Pfeifkonzert hineinrufen ... Niemand singt mit ... Die Massen bleiben stumm ... Die Reden werden unterbrochen von Klatschen und Bravo-Rufen. Aber lauter noch ist die schrille Begleitmusik, ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert, das sich wie ein Sirenen-Dauerton über die Veranstaltung legt, unterbrochen nur von Sprechchören, in denen sich immer wieder das alte »Hopphopphopp, Startbahn stopp« wiederholt. Als Börner mit dem Victory-Zeichen ans Mikrophon tritt, schwillt der Lärm zum Orkan... Trillerpfeifen und Schnarren schneiden ihm förmlich das Wort ab.

Soviel von Springers Blocksberg. Eine etwas andere künstlerische Auffassung zeigt die Inszenierung der »Frankfurter Allgemeinen«:

Wie ein Gegenchor nahmen sich die einigen Dutzend Störer aus, die die Internationalität der Veranstaltung stören und ihr durch ein einfallslos skandiertes »Hopp, hopp, hopp, Startbahn stop« einen regionalen Anstrich zu geben versuchten... Doch diese Zwischenspiele konnten nicht davon ablenken... Selbstsicher war der Beifall am Ende nicht.

Ich war ja nicht dabei, aber irgendwie überzeugen mich beide Deutungen nicht. Dem Gesamtkunstwerk Sozialdemokratie ist weder mit spätexpressionistischem Elan noch mit den Mitteln der neuesten allgemeinen Sachlichkeit beizukommen. Vielleicht wenn sie das nächste Mal den Zadek damit betrauen...

In zwei Sparten ist die »FAZ« wirklich tonangebend, das ist der Börsenzettel und die Berichterstattung über das Jenseits als dem Ort, wohin die Börsianer einmal kommen werden. Also spricht der Evangelist Johannes, genannt Reißmüller:

Das Leitwort des Katholikentages heißt »Kehrt um und glaubt - erneuert die Welt«. Es ist wichtig, sich die Reihenfolge vor Augen zu hallen: Die Umkehr steht an erster Stelle. Gemeint ist die Abkehr von einem Dasein ohne den Glauben, gleich ob das Leben ist in konsumistischer Kurzsichtigkeit oder ein Leben, das sich verzehrt in einem vom Diesseits ausgehenden und im Diesseits sich erschöpfenden Eifer,

man könnte auch sagen: in kommunistischer Kurzsichtigkeit. Die Führung ins Jenseits durch Umkehrung besorgt gleich darunter der Hilfsprediger Adelbert Weinstein:

Wie konnte es zu einer weltweiten Diskussion kommen, deren Kennzeichen Mißtrauen

kommunistisches *und* konsumistisches

gegenüber der höchsten Atommacht ist? Dabei ist Weinberger von Natur liebenswürdig,

und man kann gegen ihn sagen was man will, nur das nicht: daß sich sein Leben verzehrt in einem Eifer, der sich im Diesseits erschöpft. Andererseits birgt die Befassung mit den letzten Dingen auch Gefahren. Wie aus jungen Huren alte Betschwestern werden, so neigen alte Militärredakteure im Angesicht des Jenseits zu Anfällen grob fahrlässiger Ehrlichkeit und nennen nach jahrelanger Beschreibung der sowjetischen »Vor- und Überrüstung« die USA einfach »die höchste Atomstreitmacht«. Weinstein, Weinstein, keiner bezahlt Sie dafür, daß Sie die Wahrheit schreiben. Kehrt um, marsch! Und glauben Sie, es ist besser für Sie.

Seit Conny Francis wissen wir, daß die Liebe ein seltsames Spiel ist, und doch haben wir die Bedeutung der Erotik für das Allzumenschliche im Zwischenmenschlichen rein menschlich immer wieder unterschätzt. Nehmen wir nur einmal den »Stern«-Autor Jürgen Serke und die Ratlosigkeit, die dessen Artikel über »die DDR-Anbiederei westdeutscher Schriftsteller« verursacht hat. Es gab tatsächlich Leute, die sich fragten, welche politischen Gründe Serke dazu veranlaßt haben könnten, dem Schriftsteller Bernt Engelmann die »einseitige Kritik an den USA« vorzuwerfen, die ein halbes Jahr zuvor der »Stern« in einer sehr beweiskräftigen Serie geübt hatte.

Dabei hätte das beigefügte Porträtfoto des Autors, das ihn als eine Art Rasputin der Müsli-Zeit darstellt, den Hinweis auf erotische Probleme aufdrängen müssen: Dieser Mann liebt.

Man hat ihn zu Werner Maihofer geschickt, und er kam mit einer Liebeserklärung in die Redaktion zurück, die selbst den hartgesottenen Anhängern der FDP peinlich war. Dann schickten sie ihn zu Karin Struck, und beide wurden schwanger, er mit einem Liebesbrief von 35 Seiten, den er in seiner Raserei, als der »Stern« nicht mehr wollte, bei KONKRET anbot. Ein andermal sollte er über Oskar Lafontaine schreiben, und heraus kam ein Geständnis tiefster Gefühle: »Mein Sozi für die Zukunft!« Natürlich zog es ihn auch zu den Dissidenten - und, was glaubt man, geschah? Er verliebte sich in Frau Kohut.

Ob blond, ob braun, ob Männer, ob Fraun - sein Herz ist groß. Kein erratischer Block liegt auf der Szene, an dem er sich nicht als erotischer Bock versucht hätte. Wer ihn aber zurückstößt, wie ich, oder seine Angebeteten nicht hofiert, womöglich sogar kränkt, dem kratzt er die Augen aus. Da werden Reporter zu Hyänen. Eifersucht ist eine Leidenschaft, die mit Eifer sucht usw... In seiner Liebeswut verlangt er ultimativ nach schonungsloser Untersuchung, ob denn wahr sein könne, daß Engelmann eine Politik gefordert habe, die alles vermeidet, »was auf den Wunsch nach Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates hinauslaufen könne«, also was Serkes Herausgeber Nannen so alle halbe Jahre mal verlangt. Wenn ich der Chefredakteur des »Stern« wäre, würde ich den Erotiker jetzt nach Monaco ans Grab von Grace Kelly schicken, zur Abkühlung. Obwohl, wer weiß, er mit einer Probe von Nekrophilie heimkehren könnte, die Conny Francis erblassen ließe. Es ist vielleicht auch aus diesem Grunde besser, daß ich dort nicht der Chefredakteur bin.